

# Bohemia

Zeitschrift für Geschichte und Kultur  
der böhmischen Länder  
A Journal of History and Civilisation  
in East Central Europe

Herausgegeben  
im Auftrag des Collegium Carolinum  
von Ferdinand Seibt und Hans Lemberg

in Verbindung mit Karl Bosl†, Peter Burian,  
John M. Clifton-Everest, Winfried Eberhard, Horst Förster,  
Rudolf Jaworski, Heinrich Georg Kosta, Richard Plaschka,  
Walter Schamschula, Georg R. Schroubek, Helmut Slapnicka,  
Stanley B. Winters

---

Band 34

Heft 2

1993

---

## INHALT

### SONDERAUSGABE

#### VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG: WAS KANN DIE GESCHICHTSWISSENSCHAFT BEITRAGEN?

Einleitung . . . . .	251
Hahn, Hans Henning: Schwierige Vergangenheiten, und wie man damit umgeht. . . . .	252
Loewenstein, Bedrich: Identitäten – Vergangenheiten – Verdrängungen . . . . .	261
Borodziej, Włodzimirz: Vergangenheit, die nicht vergehen will – Ersatz für die Zukunft, die nicht kommen will? . . . . .	271
Brenner, Christiane: Verordnete Vergangenheitsbewältigung: Nationalsozialismus und antifaschistisches Traditionsverständnis im Geschichtsbild der DDR . . . . .	279

## II

Goschler, Constantin: Wiedergutmachung als Vergangenheitsbewältigung . . . . .	295
Benz, Wolfgang: Der Judenmord im Bewußtsein der Deutschen . . . . .	305
Jelinek, Yeshayahu: Wenn die Vergangenheit zur Gegenwart spricht: Fünf Publikationen über den Holocaust des slowakischen Judentums . . . . .	314
Pešek, Jiří: Die unbequemen Opfer: Die tschechische Erinnerung an die Verfolgten findet nicht statt . . . . .	328
Otráhal, Milan: Vergangenheitsbewältigung und Reinterpretation der tschechischen Geschichte . . . . .	333
Čornejová, Ivana: Das „Temno“ im mitteleuropäischen Kontext: Zur Kirchen- und Bildungspolitik im Böhmen der Barockzeit . . . . .	342
Heumos, Peter: Probleme des Neuanfangs: Bemerkungen zu Konzeptionen und Methoden der tschechischen zeitgeschichtlichen Forschung nach 1989 . . . . .	359
Křen, Jan: Die Vergangenheit bei Tschechen und Sudetendeutschen . . . . .	381
Alexander, Manfred: Die tschechische Diskussion über die Vertreibung der Deutschen und deren Folgen . . . . .	390
Müller-Handl, Utta: Erinnerungen als ein Ansatz für Vergangenheitsbewältigung	410
Schmidt-Hartmann, Eva: Tschechen und Sudetendeutsche: Ein mühsamer Abschied von der Vergangenheit . . . . .	421
SUMMARIES . . . . .	434
RÉSUMÉS . . . . .	441
RESUMÉ . . . . .	448
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS . . . . .	455
MITARBEITER DES HEFTES . . . . .	457

VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG:  
WAS KANN DIE GESCHICHTSWISSENSCHAFT  
BEITRAGEN?

*Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei im Herbst 1989 hat das Collegium Carolinum in München vier Forschungskonferenzen vorbereitet, die den Bohemisten in Deutschland und in anderen Ländern gemeinsam mit ihren Kollegen aus der Tschechoslowakei die Möglichkeit bieten sollten, übergreifende Fragen nach dem Wegfall hemmender Barrieren offen zu diskutieren und im wissenschaftlichen Gespräch die Grundlagen zu einer neuen Forschungs-kooperation zu legen. Die dritte dieser vom der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft geförderten Konferenzen beschäftigte sich mit der Frage nach dem möglichen Beitrag der Geschichtswissenschaft zur Bewältigung der Vergangenheit in der tschechischen und gegenwärtigen deutschen Gesellschaft, aber auch danach, ob und wie die Erfahrungen aus den deutschen Diskussionen der vergangenen vier Jahrzehnte über Vergangenheitsbewältigung nutzbar gemacht werden könnten. Die während der Tagung geführten Gespräche waren außerordentlich lebhaft. Im Anschluß erhielten die Herausgeber der „Bohemia“ nicht nur mehrere von der Tagung angeregte Manuskripte, sondern sie wurden wiederholt gebeten, zumindest die wichtigsten Beiträge der umfangreichen Diskussion ihren Leser zugänglich zu machen. Diesem Wunsch wird mit dem vorliegenden Heft entsprochen.*

*Herausgeber und Redaktion*

## SCHWIERIGE VERGANGENHEITEN, UND WIE MAN DAMIT UMGEHET

Von Hans Henning Hahn

*in memoriam Jan Józef Lipski*

Es gehört zu George Orwells Vision von „1984“, daß ein totalitäres System alles daran setzt, das Gedächtnis der Menschen zu besetzen, d. h. die Selektion, die in jedem Vorgang des Sich-Erinnerns stattfindet, autoritativ zu steuern und damit auch bestimmte Dinge vergessen zu lassen. Ist das Vergessen das Element des Anti-Historischen schlechthin? Ist es nicht die Aufgabe des Historikers, gegen das Vergessen anzukämpfen, gegen diese leider unvermeidliche Defizienz des menschlichen Gedächtnisses? Oder – wenn der Historiker nicht Gefahr laufen will, eine Mischung aus Don Quijote und Sisiphos zu werden – soll er zumindest klar, „objektiv“ sagen, was wesentlich und damit erinnerungswürdig sei und was vergessen werden darf?

Lucian Hölscher ist vor kurzem in einem lesenswerten Aufsatz über „Geschichte und Vergessen“<sup>1</sup> davon ausgegangen, daß „Erinnern und Vergessen . . . zwei Grundkategorien des historischen Bewußtseins (sind), die der psychischen Grundausstattung des Menschen selbst angehören“. Eine seiner erstaunlichen Schlußbehauptungen lautet: „Vergessen ist das logische Ziel aller Konflikte, zu deren Lösung zunächst ein Höchstmaß an Erinnerung aufgeboten werden muß.“ Hölscher versteht hier unter Vergessen das bewußte Verabschieden von Erinnerungen. Das Erinnern ist die Voraussetzung von Vergessen – hier nicht nur als anthropologische Grunddisposition gemeint, sondern als ganz konkretes Postulat im Umgang mit der Vergangenheit.

In der deutschen Sprache gibt es eine idiomatische Wendung, die es in dieser Form, soweit mir bekannt, in keiner anderen Sprache gibt: „seine Vergangenheit holte ihn ein“ – gemeint ist, daß eine Vergangenheit bzw. bestimmte Aspekte dieser Vergangenheit, die bisher vergessen waren oder verdrängt bzw. bewußt verschwiegen wurden, plötzlich wesentlich werden und – die Gegenwart stören. Bedenklich erscheint mir, daß schon in der sprachlichen Form die Vergangenheit selbst hier zum Akteur wird; der Mensch unterliegt ihr passiv, er wird quasi ihr Opfer, d. h. Opfer der Tatsache, daß die Vergangenheit sich als nicht verfügbar erweist.

„L’histoire comme l’agent de l’histoire“, so könnte man hier Marc Ferro paraphrasieren. Die Geschichte als Akteur, und der Mensch als ihr Opfer – aber welcher Geschichte? Der Begriff Geschichte hat ja eine doppelte Bedeutung, er meint, vom Wortsinn her, das Geschehene, die *res gestae*, gleichzeitig aber auch die Kunde, den Bericht vom Geschehenen – als Erinnerung, als Tradition, als Erzählung, als Wissen-

---

<sup>1</sup> Hölscher, Lucian: Geschichte und Vergessen. *Historische Zeitschrift* 249 (1989) 1–17, Zitate 3 und 16.

schaft. In der genannten Redewendung („seine Vergangenheit holte ihn ein“) kommen beide Bedeutungen zum Tragen: dadurch, daß es die Kunde vom Geschehenen gibt, daß sie sich nicht unterdrücken läßt, bekommt die Geschichte als das Geschehene ein Eigengewicht, verliert ihren abgeschlossenen Charakter, „stört“ die Gegenwart.

\* \* \*

Der Terminus Vergangenheitsbewältigung setzt voraus, daß es eine schwierige Vergangenheit gibt bzw. daß eine Person, eine Personengruppe, eine Gesellschaft Schwierigkeiten hat, mit ihrer Vergangenheit in toto oder mit bestimmten Aspekten ihrer Vergangenheit umzugehen. Es geht um belastende Vergangenheit, d. h. eine Vergangenheit wird als Last empfunden. Diese Qualifizierung ist nicht das Ergebnis einer kognitiven Erkenntnis: nicht mein Intellekt sagt mir, daß eine bestimmte Vergangenheit für mich schwierig, belastend ist, sondern eine Empfindung. Und diese Empfindung stellt sich nicht von selbst ein. Eine Vergangenheit ist nicht von selbst eine Last, auf Grund ihrer objektiven Existenz, sondern durch die subjektive bzw. intersubjektiv empfundene Situation desjenigen oder derjenigen, um dessen oder deren Vergangenheit es geht.

Die Problematik, die Bezeichnung „schwierige Vergangenheit“ oder „schwierige Geschichte“ zu definieren, wird deutlich, wenn man die Gegenfrage stellt, was denn eine „leichte“ Vergangenheit oder besser eine „normale“ Vergangenheit sei? Ist das nicht meist eine idyllisierte, eine heroisierte Geschichte, die eine eindimensionale, eine lineare Kontinuität suggeriert? Reinhard Wittram hat vor 35 Jahren Droysens Satz: „Das Gebiet der historischen Methode ist der Kosmos der sittlichen Welt“ fortgeführt mit dem Diktum: „Immer aber geht es in der Geschichte um Schuld, sie ist der geheime Motor, der das Getriebe in Gang hält, meist verborgen, immer tätig, das eigentliche perpetuum mobile der Weltgeschichte.“<sup>2</sup>

Dieser – wohl nicht ganz zufällig in den fünfziger Jahren formulierte – Satz impliziert, daß es eine „normale“ Geschichte im Sinne eines unbefangenen, unbelasteten Verhältnisses zu ihr im Grunde nicht geben kann. Diese Schlußfolgerung mag etwas zu weit gehen – es ist wohl kaum allen Zeitgenossen nahezubringen, daß jegliches Verhältnis zu jeglicher Geschichte belastend sein muß. Vielmehr geht es weitgehend um den Teil der Geschichte, der materiell zur individuellen oder kollektiven Erinnerung gehört.

Geschichte als Erinnerung impliziert eine Form des Rückentwurfs der eigenen jetzigen Existenz, und daher rührt die Betroffenheit. Denn die Erinnerung kann – und das ist wohl das Kennzeichen all dessen, was wir meinen, wenn wir die Notwendigkeit von Vergangenheitsbewältigung artikulieren – traumatisch sein bzw. traumatische Züge annehmen, und zwar je nach der Rolle, die man in den gemeinten Ereignissen gespielt hat, indem man sich als böse empfindet (Täterrolle) oder als schwach empfindet (Opferrolle).

Die selektiven Mechanismen des Erinnerns versuchen, das Traumatische durch totale oder partielle Verdrängung beiseite zu schieben, scheinbar aufzuheben. Wenn

<sup>2</sup> Wittram, Reinhard: Das Interesse an der Geschichte. 12 Vorlesungen über Fragen des zeitgenössischen Geschichtsverständnisses. 2. Aufl. Göttingen 1963, 17.

wir bei der – zugegebenermaßen etwas schematisierenden – Polarisierung Täter-Opfer bleiben, so läßt sich behaupten, daß dies am häufigsten in der Form geschieht, daß sich die Täter als „Auch-Opfer“ darstellen – und der Umgang vieler Deutscher mit der NS-Vergangenheit darf wohl als Beispiel dafür gelten. Viele, die – vom Ergebnis her – Täter waren, aber intentional nicht solche Täter sein wollten, wie sich später herausstellte, flüchten sich in ihre kollektive Eingebundenheit als Moment der individuellen Rechtfertigung oder zumindest Entschuldigung, lehnen aber gleichzeitig so etwas wie Kollektivschuld oder zumindest kollektive Verantwortlichkeit ab. Jedoch erkennt diese Art der Selbst-Stilisierung als Auch-Opfer nur selten die Ambivalenz einer solchen Argumentation an, nämlich die moralische Diskrepanz zwischen Intention und dem historischen Ergebnis ihres Handelns – in der Folge geben die Betroffenen, direkt oder indirekt, ihren Opportunismus als einen gesinnungsethischen Standpunkt aus und sprechen sich, oft ungewollt, gegen eine Verantwortungsethik aus. Denn mit der Selbstbezeichnung als Auch-Opfer (und das beginnt oft mit dem Hinweis auf eigene Entbehrungen und endet mit der Feststellung, andere seien ja auch nicht besser gewesen) weigern sie sich anzuerkennen, daß sie, selbst wenn sie als angeblich Verführte und Mißbrauchte, als bloße Werkzeuge stärkerer Mächte oder gar anonymer historischer Gewalten und zugleich als solche, die am Ende die Rechnung mitbezahlen mußten, auch Opfer geworden sind, sie weigern sich anzuerkennen, daß sie vordem Täter oder zumindest Auch-Täter gewesen sind und daß sie dafür Verantwortung tragen.

Die Situation der überlebenden Opfer angesichts ihrer traumatischen Erinnerungen ist oft beschrieben worden, weniger von Historikern, häufiger von Psychologen und Schriftstellern. Am extremsten, aber vielleicht folgerichtigsten hat sie der polnische Regisseur Jerzy Kawalerowicz in seinem 1957 gedrehten Film *Prawdziwy koniec wielkiej wojny* („Das wahre Ende des großen Krieges“) dargestellt: Ein ehemaliger KZ-Häftling ist derart von seinen traumatischen Erinnerungen besessen, daß er sie gar nicht mitteilen kann, und diese Kommunikationsunfähigkeit führt zur Lebensunfähigkeit – er begeht Selbstmord. Diese extreme Konsequenz ist als individuelles Schicksal zwar kein Massenphänomen gewesen, aber auch wieder nicht so selten; die Schwierigkeit, mit dem Stigma des Opfers weiterzuleben, ist ebenso ein Problem von Vergangenheitsbewältigung wie diejenige, mit dem Stigma des Täters zu existieren, ja wahrscheinlich machen es sich oft die Täter dabei leichter als die Opfer.

Auf der anderen Seite gibt es auch bei den Opfern eine Art Selbst-Stilisierung. Włodzimierz Borodziej hat vor drei Jahren in einem Artikel über den Antisemitismus in Polen<sup>3</sup> darauf hingewiesen, daß das kollektive Selbstbild des Opfers es nicht erlaubt oder zumindest erschwert, andere Opfer neben sich gleichberechtigt zu dulden, sondern sie quasi aus dem kollektiven „Bewußtsein ausspernt“. Man leugnet nicht, daß andere ebenfalls Opfer gewesen sind, aber man nimmt sie nicht wahr, man nennt sie nicht, sie haben keinen Platz in der Erinnerung. Die intensive Diskussion, die seit über einem Jahrzehnt in Polen über das polnisch-jüdische Verhältnis im Zweiten Weltkrieg und danach geführt wird, ist insofern auch eine spezifische Form der Ver-

<sup>3</sup> Borodziej, Włodzimierz: Im Bild vom Opfer paßt der Holocaust nicht. Frankfurter Rundschau vom 27. 11. 1989.

gangenheitsbewältigung, denn hier geht es weniger bzw. nicht nur darum, was die einen den anderen getan haben, sondern um den Platz beider Seiten in der kollektiven Erinnerung.

Diese Problematik, die Anerkennung, daß auch andere Opfer gewesen sind und man sie als solche anerkennen und würdigen sollte, ja selbst mit der Konsequenz, daß diejenigen, die sich mit Fug und Recht bisher als Opfer empfinden, zugestehen müssen, danach auch Täter geworden zu sein, gilt auch für die Vertreibungsproblematik nach 1945<sup>4</sup>.

\* \* \*

Der Umgang mit schwierigen Vergangenheiten ist ein unzweifelhaft wichtiger Faktor in den Beziehungen zwischen Völkern und Gesellschaften, ja die Diskussion darum wird oft genug ausgelöst durch die Konfrontation mit dem Geschichtsbewußtsein der anderen, deren Vergangenheit ja materiell zumindest partiell auch immer die eigene Vergangenheit mit einschließt. Wenn man sich nicht abschließen will, wenn man den Dialog will, dann gehört dazu fast immer auch ein In-Frage-Stellen, eine Revision des eigenen Geschichtsbilds.

Nichtsdestoweniger aber – ebenso wie der Antisemitismus nicht ein Problem der Juden und auch nicht primär ein Problem des Dialogs mit den Juden ist, sondern ein Problem der Antisemiten – ist der Umgang mit schwieriger Geschichte, ist Vergangenheitsbewältigung zuallererst ein innergesellschaftlicher Vorgang, und als solcher erscheint er uns auch heute in den meisten Ländern.

Es geht, wie es Henry Rousso vor kurzem formuliert hat, meist um die Frage: „Wie kann man in eine nationale Geschichte Perioden integrieren, die schlechterdings nicht einverleibbar erscheinen?“<sup>5</sup> Man könnte darauf leicht antworten mit dem Hinweis, daß die Frage falsch gestellt ist, denn die jeweiligen fragwürdigen Perioden sind Teil der jeweiligen nationalen Geschichte.

Es geht aber nicht um Geschichte als das Geschehene, sondern um Geschichtsbewußtsein oder besser um das Bewußtsein oder Verständnis historischer Kontinuität sowie auch darum, daß Vergangenheit in Legitimationsstrategien eingebaut wird, dort sogar eine ausschlaggebende Rolle spielt, sei es als Legitimierung nationalstaatlicher Existenz oder als Legitimierung eines bestimmten politischen Systems. Solche

<sup>4</sup> In diesem Sinne formuliert J. J. Lipski sehr klarsichtig: „Wir Polen“ sollten aufhören, anderen und vor allem den Deutschen Rechnungen vorzulegen. „Anstatt dessen sollten wir uns für die Angelegenheiten unserer Schuld den Deutschen gegenüber interessieren. Die meisten Polen vertragen eine solche Fragestellung nicht, was man verstehen, aber auch überwinden sollte. Es geht nicht nur um eine gewöhnliche Abneigung dagegen, über eigenes Verschulden zu reden, sondern auch um ein scharfes Empfinden der Ungleichheit der Schuld. Das ist wahr, die Rechnung ist sehr ungleich, aber auch für die moralische Gesundheit des Volkes ist es gefährlich, wenn man vergißt, daß auch die unvergleichlich kleinere Schuld immer Schuld bleibt, daß das kleine Übel immer Übel bleibt. Und es ist für das zukünftige Leben wichtig, daß man nicht das eigene Gewissen vergißt“ (Lipski, Jan Józef: Polen zwischen Ost- und Westverschiebung. In: Ztracené Dejiny aneb Ziemie Odzyskane? Verlorene Geschichte oder Wiedergewonnenes Land. Hrsg. v. Goethe-Institut Prag und Osrodek Kultury Polskiej w Pradze. Praha 1992, 42–50, hier 47f.). Vgl. auch zahlreiche andere Beiträge in diesem Band.

<sup>5</sup> Rousso, Henry: „Säuberungen“ gestern und heute. Transit 2 (1991) 187–192, hier 192.

Legitimationsstrategien münden fast immer in den Versuch, Geschichte eindeutig zu machen, ja eindeutige (und eindimensionale) Kontinuitäten zu konstruieren.

Das geht oft einher mit Warnungen vor Verlust an Geschichte, und in innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen gibt es da offenbar eine Korrelation zwischen Generationskonflikten und dem Vorwurf mangelnden Geschichts- und damit Kontinuitätsbewußtseins. Theodor Schieder schrieb 1973: „Bruch der Generationen bedeutet immer, wenn er das geschichtlich notwendige Maß überschreitet, Verlust des historischen Kontinuums bedeutet nicht mehr geschichtlichen Wandel, sondern Störung dieses Wandels.“<sup>6</sup> Nun gibt es wohl kaum eine europäische Nation, in deren Geschichte man – seit der literarischen Sturm-und-Drang-Epoche zu Ende des 18. Jahrhunderts – auf ein derartiges Kontinuum vehementer Generationskonflikte zurückblicken kann wie die Deutschen. Sind die Deutschen deshalb ein Volk mit gestörtem historischem Wandel, ohne Kontinuität? Muß man nicht vielmehr die vielleicht ketzerische Frage stellen, ob es sich nicht eher so verhält, daß vieles von den Vorwürfen über „Verlust von Geschichte“ darauf zielt, daß sich innerhalb einer Gesellschaft bestimmte Gruppen bzw. meist Vertreter einer jüngeren Generation weigern, sich in eine bestimmte inhaltliche Kontinuität zu stellen, ohne aber historische Kontinuität an sich abzulehnen? Denn um Vergangenheitsbewältigung überhaupt als Aufgabe und als Notwendigkeit zu empfinden, muß man sich erst einmal in eine historische Kontinuität stellen und bereit sein, auch für Ungeliebtes, ja Verhaßtes historische Verantwortlichkeit zu empfinden.

Die Korrelation von Vergangenheitsbewältigung, öffentlichen Legitimationsstrategien und Kontinuitätsbewußtsein wird überdeutlich, wenn man sich den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in den Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“ ansieht<sup>7</sup>. Österreich „externalisierte“ die NS-Vergangenheit, indem sie sie aus der kollektiv zu verantwortenden eigenen Geschichte ausblendete<sup>8</sup> und – scheinbar problemlos – an die Kontinuität der (in Wahrheit doch recht ungeliebten) ersten Republik anknüpfte. Die DDR vollzog scheinbar einen gewollten Kontinuitätsbruch, indem sie eine direkte und ausschließliche Kausalbeziehung zwischen Kapitalismus und Nationalsozialismus herstellte, das Problem damit quasi universalisierte und mit ihrer Antifa-Ideologie eine eigene Rechtfertigungsstrategie entwickelte, die nur auf die sogenannten fortschrittlichen Elemente der deutschen Geschichte rekurrierte und jegliche Verantwortlichkeit für andere Kapitel ablehnte.

<sup>6</sup> Schieder, Theodor: Ohne Geschichte sein? Geschichtsinteresse, Geschichtsbewußtsein heute. Köln 1973, 9 (Walter-Raymond-Stiftung. Kleine Reihe, Heft 3).

<sup>7</sup> Lepsius, M. Rainer: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“. In: Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988. Frankfurt/New York 1989, 247–264; ebenfalls Dubiel, Helmut: Deutsche Vergangenheiten. Transit 2 (1991) 169–179.

<sup>8</sup> Über den Stellenwert antisemitischer Manifestationen in Situationen, wenn diese „österreichische Lebenslüge“ bedroht scheint (als „Judaeus ex machina“). Vgl. Wodak, Ruth e. a.: „Wir sind alle unschuldige Täter“. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. Frankfurt/M. 1990, 24 ff.

Allerdings war die Preußen-Renaissance in der DDR seit Ende der siebziger Jahre wohl doch ein Indiz für die Kontinuitätsdefizite, die sich aus dieser Konzeption ergaben.

Zwar in ganz anderen Formen verlaufend, aber doch in einer gewissen Analogie zur Antifa-Ideologie, steht der Mythos der „Resistenza“ im Nachkriegsitalien<sup>9</sup> und der „Résistance“ in Frankreich<sup>10</sup>. Die heutigen postkommunistischen Gesellschaften laufen, so hat es den Anschein, Gefahr, in ihrem Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit alle diese (wenn man so will eskapistischen) Varianten zu wiederholen: Externalisierung (von außen importiertes Regime, das angeblich keinerlei heimische nationale Basis hatte), Universalisierung (Hinweis auf Systemkonflikt, Kalten Krieg) und Mythisierung des Widerstands (bis hin zur Kombattantenmartyriologie) scheinen als Legitimationsstrategien in der öffentlichen Meinung vorzuherrschen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat einen anderen Weg gewählt, ungewollt, denn auch die vergröberte Antitotalitarismuskonzeption tendierte zunächst zu einer Universalisierung der eigenen Vergangenheit. Aber dadurch, daß die Bundesrepublik die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches übernahm, stand sie zwangsläufig in der Kontinuität, mußte diese, widerwillig, akzeptieren, konnte nicht eine „schlagartige“ Bewältigung der Vergangenheit proklamieren und somit die historische Verantwortlichkeit loswerden oder umgehen. Die Folge waren, mit einer gewissen Verzögerung, innergesellschaftliche Auseinandersetzungen, Diskussionen, Konflikte innerhalb und zwischen Generationen. Es liegt mir fern, diese bundesrepublikanische Variante der Vergangenheitsbewältigung als vorbildhaft darzustellen, im Gegenteil. Denn freiwillig wurde diese Verantwortlichkeit nicht auf sich genommen. Zu lernen ist aus ihr jedoch zweierlei:

1. man kann historische Kontinuität und daraus sich ergebende Verantwortlichkeit nicht partiell übernehmen, sondern muß dann schon die eigene Geschichte in toto akzeptieren;
2. auch eine konflikthafte Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, ihren Verirrungen und Traditionen setzt zunächst einmal voraus, daß man historische Kontinuität als solche akzeptiert und sich nicht mental eskamotiert. Bewu ter Traditionsbruch heißt ja nicht unbedingt Kontinuittsbruch, denn es geht hier ja nicht um bestimmte inhaltliche Kontinuitäten, die ohnehin, wenn überhaupt, nur selektiv zu übernehmen sind und über die ein gesellschaftlicher Diskurs stattfinden muß, sondern um die Anerkennung des Prinzips historischer Kontinuität.

\* \* \*

Vergangenheit wird tradiert von unterschiedlichen Menschen auf unterschiedlichen Wegen mit unterschiedlichen Zielen. Was im Grunde das historische Bewußtsein einer Gesellschaft heutzutage bestimmt: die persönliche Erinnerung, das Elternhaus, die Schule, die Presse, die Wissenschaft, das Fernsehen, muß wohl letztlich eine offene Frage bleiben. Und das ist gut so, denn es bedeutet, daß historisches Bewußt-

<sup>9</sup> Carlo Campani zit. nach Dubiel: *Deutsche Vergangenheiten* 173.

<sup>10</sup> Rousso: „Säuberungen“ 192 und passim.

sein im gesellschaftlichen Diskurs entsteht und daß auch die Auseinandersetzung mit schwierigen Vergangenheiten in einer öffentlichen Diskussion stattfinden muß.

Was kann da die Aufgabe der Geschichtswissenschaft sein? Es wird oft genug gefordert, eine Nation oder eine Gesellschaft müsse im Konsens mit ihrer Geschichte bleiben, Geschichte habe eine identitätsstiftende und sinnstiftende Funktion für die Gesellschaft. Die vielen Vorwürfe bezüglich eines angeblich gestörten Verhältnisses der Deutschen heute zu ihrer Vergangenheit laufen oft genug auf die Forderung nach Konsens und Sinnstiftung hinaus.

Also – sind die Historiker die Hüter der Tradition, die Priester der Gedächtnisleistung, auf die Erinnerungsdimension spezialisierte Ingenieure der Kollektivpsychologie? Soll die Geschichtswissenschaft es sich zur Aufgabe machen, eine „volonté générale quant à l'histoire“ zu formulieren und zu legitimieren? Damit würde, auch in einer demokratischen Gesellschaft, die Geschichtswissenschaft zu einer Legitimationswissenschaft, deren Auftraggeber nicht ein totalitäres Regime, sondern die Gesellschaft wäre. Nicht Wahrheitsfindung wäre das Ziel, sondern Konsens, und schließlich käme man zu der bedenklichen Schlußfolgerung, daß das wahr ist, was gesellschaftlichen Konsens fördert oder herstellt.

Schon ein flüchtiger Blick auf die Wissenschaftsgeschichte zeigt, daß Konsens in wissenschaftlichen Diskussionen ein höchst instabiler Zustand ist. Wie soll aber eine Wissenschaft in der Gesellschaft Konsens herstellen, wenn der Konsens wissenschaftsintern gar nicht zu ihren Zielen gehört, ja die Dynamik der Erkenntnisgewinnung gerade vom Dissens, vom Streit, lebt?

Was eine kritische Geschichtswissenschaft beitragen kann zur Aufarbeitung schwieriger Vergangenheiten, ist im Grunde offensichtlich, denn es ergibt sich aus ihrer Methode und ihrem wissenschaftlichen Instrumentarium: „weiße Flecken“ quellenmäßig aufarbeiten und darstellen, versuchen, wissenschaftlich belegbare Aussagen über die Vergangenheit zu machen und plausible Interpretationen anzubieten, Legenden und Mythen hinterfragen, Selbstverständlichkeiten in Frage stellen und Dämonisierungen, Heroisierung oder Idyllisierungen vorbeugen, gegen monokausale Erklärungsmuster zu Felde ziehen usw.

Jedoch – bei Vergangenheitsbewältigung geht es nicht einfach um die Aufarbeitung vergangener Tatbestände, sondern um historische Verantwortlichkeit und darum, in welchem Maße eine Gesellschaft bereit ist, diese anzuerkennen, auf sich zu nehmen und mit ihr zu leben. Hier kann die Geschichtswissenschaft zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion beitragen, ja sie könnte sogar durch die Art und Weise, wie fachwissenschaftlicher Streit ausgetragen wird, ein Vorbild intellektueller Streitkultur geben.

Was die Historiker jedoch nicht können, das ist, weder die Frage nach historischer Kollektiv-Verantwortlichkeit letztendlich autoritativ beantworten noch der Gesellschaft die Last der Schuld, so sie denn eine solche empfindet, abnehmen. Jeder Historiker kann das für sich beantworten und seine persönliche Antwort auch der Öffentlichkeit argumentativ mitteilen, ja er sollte es sogar, denn solche Fragen berühren direkt sein Ethos als Citoyen und als Historiker. Insofern hat die Geschichtswissenschaft einen Einfluß darauf, wie über den Umgang mit schwierigen Vergangen-

heiten diskutiert und gestritten wird, aber in einer offenen Gesellschaft hat sie weder die Autorität noch die Legitimation, hier endgültige Antworten zu geben.

\* \* \*

Gesellschaftliches Konsens- und Harmoniebedürfnis stehen häufig einem Streit um schwierige Vergangenheiten entgegen und dem sozialen Konformitätsdruck zu widerstehen, dazu gehört oft genug individueller Mut gepaart mit der Selbstverpflichtung auf bestimmte ethische Grundwerte. Der Historiker, wie jeder Intellektuelle, sollte, ja darf nicht zum Ziel haben, im emotionalen Konsens mit seiner Gesellschaft zu stehen (so verführerisch das auch sein mag). Jemandem, der das in fast exemplarischer Weise vorgelebt hat, sollen meine letzten Sätze gelten.

Einer der beeindruckendsten Gestalten der demokratischen Opposition in Polen, der vor einem Jahr verstorbene Literaturwissenschaftler Jan Józef Lipski, veröffentlichte im Sommer 1981 eine Broschüre unter dem Titel „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“<sup>11</sup>. Lipski befaßte sich mit dem Verhältnis der Polen zu ihren Nachbarvölkern und zu den nationalen Minderheiten in Polen selbst und plädierte für eine schonungslose Aufdeckung und Aufarbeitung der Vergangenheit. Der Untertitel „Anmerkungen zur nationalen Megalomanie und zur Xenophobie der Polen“ machte deutlich, worum es ihm ging: zum einen darum, eine Diskussion in der polnischen Gesellschaft über die „heiligen Kühe“ des polnischen historischen Selbstbewußtseins zu entfachen, und dafür ist er, vor allem, was seine Aussagen über das Verhältnis zu den Deutschen, aber auch zu den Ukrainern und Juden betrifft, wie nicht anders zu erwarten, von der offiziellen Propaganda, aber auch von vielen, die sich damals der Opposition zurechneten, verdammt worden. Seine zweite Absicht war, wie er später schrieb:

[...] zur Genesung des Verhältnisses der Polen zu einigen Völkern, vor allem zu unseren Nachbarvölkern, beizutragen. Die Hauptbedingung dafür liegt meines Erachtens darin, daß wir uns unserer eigenen nationalen Schulden anderen gegenüber klar bewußt werden, ganz gleich ob die anderen sich womöglich weit größerer Vergehen den Polen gegenüber schuldig gemacht haben. Für eine künftige Versöhnung und Freundschaft wäre es, meine ich, günstig, wenn jeder mit seinen eigenen Schulden ehrlich abrechnen würde, und zwar eher mit den eigenen als mit denen der anderen<sup>12</sup>.

Lipski hat später in einem Gespräch mit mir, aber auch anderswo<sup>13</sup> seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben, daß trotz der Tatsache, daß sein Essay auf deutsch erschien, es nur wenig Reaktionen aus Deutschland gab und daß diese wenigen Reaktionen in einem betont apologetischen Ton gehalten waren, „nicht genug“ riefen

<sup>11</sup> Lipski, Jan Józef: Dwie ojczyzny – dwa patriotyzmy. Uwagi o megalomanii narodowej i ksenofobii Polaków. Warszawa, Juni 1981 – die im Untergrundverlag NOW-a erschienene Broschüre wurde im Exil nachgedruckt in: *Kultura* 10/409 (1981) (Paris) 3–29; auf deutsch: Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen. Mit einer Einführung von Gotthold Rhode. *Kontinent* 22 (1982) 3–48.

<sup>12</sup> Lipski, Jan Józef: Offener Brief an die Deutschen, die für die deutsch-polnische Versöhnung arbeiten wollen. *Kultura*. Sondernummer deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet. Paris, Herbst 1984, 80–84, hier 80.

<sup>13</sup> Ebenda.

und Lipskis Text als Argument für die Forderung nach Grenzrevisionen mißbrauchten. Das Dialogangebot wurde nicht aufgenommen, ja alle Argumente der polnischen Gegner Lipskis wurden durch die spärliche und falsche Reaktion auf deutscher Seite bestätigt.

Mit Selbstgerechtigkeit, Larmoyanz und apologetischer Opfermartyriologie läßt sich keine Vergangenheitsbewältigung durchführen, weder im innergesellschaftlichen Rahmen noch im Dialog zwischen Völkern. Deshalb – Dialogfähigkeit ist die wohl wichtigste Voraussetzung für den Umgang mit schwierigen Vergangenheiten.

## IDENTITÄTEN – VERGANGENHEITEN – VERDRÄNGUNGEN

Von Bedrich Loewenstein

*Denn die menschliche Natur ist erfahrungsgemäß so beschaffen, daß jeder (ob König oder Untertan), der etwas Schändliches begangen, seine That mit Umständen zu beschönigen sucht, unter welchen sie gegen Recht und Anstand nicht zu verstoßen scheint.*

Spinoza: Der theologisch-politische Traktat (1670)

Im Jahre 1967 haben Alexander und Margarete Mitscherlich festgestellt, daß die Motive, die längerfristig die deutsche (aber eben nicht nur die deutsche) Politik bestimmen, von unbewußt wirkenden *Verleugnungen* bzw. einer trügerischen Naivität beeinflußt werden. Dadurch sahen sie die Fähigkeit zu kritischer Reflexion und das kollektive Selbstvertrauen beeinträchtigt. Ihr Indiz war das Ausbleiben von Trauerreaktionen nach der nationalen Katastrophe, wobei sie von der Therapieerfahrung ausgingen, daß auch bei einzelnen nicht-stattgefundene Trauerarbeit die zwischenmenschlichen Beziehungen, ja auch die spontanen und schöpferischen Fähigkeiten, behindert. Man schafft sich einen Panzer, eine Art neurotische Barriere, hinter der sich die in ihrem Selbstwertgefühl Verletzten einigeln und gegen Schuldgefühle abschirmen. Trauer und Mitgefühl gilt nur den eigenen Verlusten und den eigenen Beschädigungen. Immobilismus und Provinzialismus in der Gesamtgesellschaft, so die Mitscherlichs, könnten mit der Sperrung gegen eine Gefühlsbeteiligung an anderem als dem eigenen Leid und der Verleugnung bestimmter Vorgänge in der Vergangenheit in einem determinierenden Zusammenhang stehen<sup>1</sup>.

So weit ist der Deutungsversuch klar. Die Mitscherlichs argumentierten allerdings mit ihrem Buch u. a. gegen eine illusionäre deutsche Politik, die nach Hitlers verbrecherischem Krieg glaubte, ungerührt Rechtsansprüche stellen zu können, statt sich, vor allem im Osten, um eine vernünftige Koexistenz auf der Basis des Status quo zu bemühen. Nachdem heute dieser Status quo von 1945 wieder in Bewegung geraten ist, das sowjetische Imperium auseinandergebrochen und überall die alten verdrängten nationalen Identitäten sich vehement zu Wort melden, werden derartige Argumentationsweisen häufig als kleinmütiger Pseudorealismus, wenn nicht als Opportunismus, denunziert und den damaligen Illusionisten vom Typus „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ nachträglich rechtgegeben. War also nicht das, was bei den Mitscherlichs „Verhärtung in nationaler Selbstbezogenheit“ heißt und als „Orientierung

---

<sup>1</sup> Mitscherlich-Mitscherlich, A. u. M.: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München 1967, 7–9.

am Unwirklichen“ kritisiert wird<sup>2</sup>, vielleicht doch mehr als nur „Verarmung in den Objektkontakten“, Erstarrung in Routine und Konformismus? Wo ist die Grenze zwischen Realitätsprinzip und Charakterlosigkeit?

Es geht dabei gewiß nicht nur um außenpolitische Positionen. Was Alexander und Margarete Mitscherlich an der psychischen Verfassung der Nachkriegs-Bundesrepublik empörte, war die allgemeine Weigerung, die vergangene Katastrophe auf andere Weise denn als ein Erdbeben in den eigenen Erfahrungshorizont einzubeziehen; es störte sie der damit zusammenhängende Mangel an politischer Phantasie und Gestaltungskraft jenseits des Wirtschaftlichen, eine nur eingeschränkte Wahrnehmung mit stereotypen Vorurteilen, die sich aus unbewußt arbeitenden Kräften eines *infantilen Selbstschutzes* im Vergessen, Verleugnen und Projizieren ergeben<sup>3</sup>.

Das wird im weiteren folgendermaßen erläutert: Da man sich gehorsam/begeistert/masochistisch mit einem Idol identifiziert, dessen infantile Omnipotenzphantasien mitgeträumt hatte, mußte es mit dem Zusammenbruch des Idols auch zur traumatischen Entwertung des eigenen Ich-Ideals kommen<sup>4</sup>. Deshalb wurde die Verstrickung in Schuld, aber auch die darauffolgende Erniedrigung (man denke an die massenhaften Vergewaltigungen von 1945!) durch eine *Entwirklichung* der Katastrophe abgewehrt, eine emotionelle Abwendung, die die eigene Beteiligung traumartig versinken läßt und die Identifizierung mit den Siegern ebenso bruchlos ermöglicht wie die manische kollektive Anstrengung des Wiederaufbaus, die verbissene Schaffung einer neuen Identität<sup>5</sup>. Die Nazizeit wird somit zu einer Art Verkehrsunfall, wenn nicht zum Erziehungsfehler der Erwachsenen stilisiert, an dem das „Kind“ (das schwache Ich) schuldlos, jedenfalls nicht zu Trauer und Aufarbeitung von Scham und Schuld verpflichtet war.

Soweit die Hauptgedanken, wobei ich mich weder auf die Plausibilität der analytischen Argumentation noch auf die historischen Unterschiede und auch nicht auf die verblüffenden Analogien im Verhalten der Entlassenen aus dem pathogenen Umfeld des Totalitarismus einlassen will, was für die Ex-DDR z. B. Hans-Joachim Maaz<sup>6</sup> sichtbar gemacht hat. Ein anderes scheint mir wichtig: Warum eigentlich die Notwendigkeit, in einer säkularisierten, areligiösen Gesellschaft, von Schuldarbeitung und Reue zu sprechen? Die Mitscherlichs verschlossen sich nicht der alten

<sup>2</sup> Ebenda 18, 16.

<sup>3</sup> Ebenda 24.

<sup>4</sup> Ebenda 30f.

<sup>5</sup> Ebenda 40. Vgl. die bemerkenswerte Feststellung der neuen Prager Geschichtssynthese (der Verfasser des entsprechenden Kapitels ist Pavel Bělina): „Das tschechische Volk hat es getreu seiner Neigung, schicksalhaften und schweren Dingen nicht direkt gegenüberzutreten – nicht vermocht, sich restlos mit dem Erbe der ruhmlosen Protektoratszeit auseinanderzusetzen, und das rächte sich in den fünfziger Jahren ... Der August 1968 erinnert in manchem an München 1938, die Zeitspanne bis zum April 1969 sodann an die Zweite Republik.“ (Dějiny zemí Koruny české [Geschichte der Länder der böhmischen Krone]. Bd. 2. Praha 1992, 294).

<sup>6</sup> Maaz, H.J.: Gefühlsstau. Berlin 1990. Dazu vorwegnehmend der DDR-Fernsehfilm „Geschlossene Gesellschaft“ (gedreht 1978, erstmals gezeigt im Oktober 1992). „Was uns zu schaffen macht, ist eine Altschuld von 1933, daß nicht gelernt werden konnte, wie mit Freiheit umzugehen sei und welche Verpflichtungen sie auferlegt.“ (Erich Loest in Die Zeit vom 2. 10. 1992).

Erkenntnis des *ökonomischen Gewinns* durch das Vergessenkönnen. War es nicht produktiver, sich ungebrochen der Gegenwart hinzugeben, als fruchtlos in der Vergangenheit herumzuwühlen und auf die Entwertung des kollektiven Ich-Ideals mit Melancholie zu reagieren?<sup>7</sup>

Das haben schon andere so gefühlt und das *Recht auf Vergessen* reklamiert, besser gesagt: auf selektive Erinnerung im Dienste des Lebens. Vergangenes Unrecht, vergangene Ansprüche liegen wie ein Felsblock auf dem Leben der Gegenwart und lassen es nicht zu seinen wahren Bedürfnissen kommen. Die alten Friedensverträge enthielten, wie wir wissen, in der Regel eine „Oblivions- und Amnestieklausel“ für alles im Kriege verübte Böse. Und die griechische Polis versuchte mit Gesetzen der Totenklage der Mütter Grenzen zu setzen und damit die Demokratie vor ihren Leidenschaften zu schützen. Auch in einem weiteren Sinn ist es sinnvoll, sich mit Nietzsche bewußt zu werden, daß „leben und ungerecht sein eins ist“<sup>8</sup>. Und das gilt auch gegenüber der Vergangenheit, die wir nicht nach unseren Moralvorstellungen messen sollten: Als Richter muß man wohl höher stehen als der zu Richtende, aber wir sind nur später gekommen<sup>9</sup>. Unsere späten Gerechtigkeitsnormen sind nicht nur nach Nietzsche der Geschichte nicht adäquat; „ihr Richten ist immer ein Vernichten“, weil „bei der historischen Nachrechnung jedesmal so viel Falsches, Rohes, Unmenschliches, Absurdes, Gewaltsames zutage tritt“<sup>10</sup>.

Gleich, ob Nietzsche tatsächlich für einen unbeschwerten Immoralismus eintritt oder nur den Ballast einer „eunuchenhaften Scheinbildung“ verhöhnt, der vor lauter Wissen über Vergangenes die Gestaltung der Gegenwart mißlingt: Seine ambivalente Kritik am Historismus als einem falschen Bewußtsein kann jedenfalls als Schützenhilfe für diejenigen gelesen werden, die nach 1945 wie nach 1989 dicke Striche ziehen wollten. Aber es sind wohl nicht nur die in Schuld Verstrickten, die es fragwürdig finden, daß man ein aus rechtsstaatlichen Verhältnissen geschöpftes Normalitätsbewußtsein einfach als Maßstab für Gesellschaften und Zustände verwendet, die von allgegenwärtigen Zwängen und Demoralisierung geprägt waren.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden, aber man kann einen selbstgerechten moralischen Rigorismus *ex post* (oder von außen) als ebenso problematisch empfinden wie die Selbstrechtfertigung der Mittäter und Mitläufer, die sich in Sprachlosigkeit und Selbstmitleid verschanzen<sup>11</sup>. Steht man als „Richter“ wirklich moralisch höher als der „zu Richtende“, oder hat man einfach historisch mehr Glück gehabt und macht aus dieser berüchtigten „Gnade der späten Geburt“ eine Tugend? Wie ist es mit der moralischen Kompetenz insbesondere der jungen Generation, die sich als „Missionare in Sachen Scham“ in die Sicherheit des Verdammens, des inquisitorischen Vorwurfs

<sup>7</sup> Mitscherlich-Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern 36f.

<sup>8</sup> Nietzsche, Friedrich: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben. In: Nietzsche-Studienausgabe I. Frankfurt/M. 1968, 205.

<sup>9</sup> Ebenda 222.

<sup>10</sup> Ebenda 223f.

<sup>11</sup> „Die Masse derer, die sich gefügt und mitgemacht hatten“, schreibt der Europa-Abgeordnete Edelbert Richter, war ja kaum an einer echten Aufarbeitung der Vergangenheit interessiert, nur an verlogener Selbstentlastung, „an ihrer Statt ein paar Köpfe rollen zu sehen.“ (Richter, E.: Erlangte Einheit, verfehlt Identität. Berlin 1991, 85).

gegenüber den Eltern flüchtet<sup>12</sup>? Brecht, der menschlich Fragwürdige, hat in kluger Apologie die Verse niedergeschrieben: „Gedenkt/Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht/Auch der finsternen Zeit/Der *ihr* entronnen seid.“

Natürlich schließt eines das andere nicht aus, und so muß auch das Freudsche Programm „Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten“ keineswegs zu Depression und Handlungsunfähigkeit führen (sowenig wie die alten kirchlichen Bußpraktiken mit ihrer Trias von *contritio-confessio-satisfactio*, die über das Erinnern hinaus zu guten Werken führen sollen). Das Argument, daß ständige moralische Zerknirschung und „Betroffenheitsrituale“ politisch immobilisieren, wenn nicht erpreßbar machen, wurde allerdings in den vergangenen Jahrzehnten über Deutschland hinaus oft verwendet – gegenüber der Erinnerung an den Judenmord, aber auch an den europäischen Kolonialismus. Wahrscheinlich kommt es nicht auf das Ob, sondern auf das *Maß* der eigenen erinnernden Infragestellung an.

An der Grenze des politisch Möglichen, nämlich „unpolitischer Politik“, bewegt sich Václav Havel, wenn er 42 Jahre nach dem kommunistischen Umsturz auf dem Prager Altstädter Ring nach der Aufarbeitung aller Verbrechen des totalitären Regimes ruft, aber zugleich die Fähigkeit zu verzeihen annimmt. „Die Wissenschaft“, sagt er, „hat kein Gewissen . . . Der menschliche Geist ist nicht nur Verstand. Er ist auch Besonnenheit. Auch Vernunft. Auch Gewissen. Auch Anstand. Auch Geschmack. Auch Nächstenliebe. Auch Verantwortung . . . Auch Distanz zu sich selbst. Auch Zweifel. Ja sogar Humor.“<sup>13</sup> Kultur, heißt es, hat derjenige, der *erschütterbar* ist. Politiker, die sich auf abgesicherte *Antworten* verlassen, verdummen durch Routine, weil sie verlernen, auch im Praxisbereich, Fragen zu stellen und damit Probleme zu erkennen. Bekanntlich macht sogar das Gefühl der moralischen Überlegenheit blind<sup>14</sup>.

Damit sind wir bei einem weiteren Punkt. Wir kommen nie ohne eine *Identität* aus, die über unsere individuelle Biographie hinausreicht, haben sie als konstitutiv benachteiligte Gemeinschaftswesen immer notwendig gehabt. Es geht gewiß nicht darum, individuelle Verantwortung hinter kollektiven Fassaden und Schicksalsgemeinschaften zu verstecken, man kommt aber nicht über die Tatsache hinweg, daß wir immer über bestimmte Gemeinschaftscodes sozialisiert werden, die durch emotionsbesetzte Symbole und Deutungsmuster die Erfahrungen ordnen, d. h. die Aufmerksamkeit auf Bestimmtes richten und anderes ausblenden<sup>15</sup>. Dieselben Ereignisse erscheinen in

<sup>12</sup> Vgl. Moser, Tilmann: Die Unfähigkeit zu trauern. Hält die Diagnose einer Überprüfung statt? In: *Psyche* 1992–5, der die Vermischung von verstehender Therapie und erbarungsloser Anklage auch den Mitscherlichs vorwirft bzw. für kontraproduktiv hält.

<sup>13</sup> Ansprache am 25. Februar 1990. Havel, Václav: *Projevy* [Reden]. Praha 1990, 63.

<sup>14</sup> „Die Demokratie hat über die theokratische Autokratie gesiegt. Der Militarismus ist vernichtet . . . Die Mächte der Dunkelheit haben zum Sieg des Lichts beigetragen – das ersehnte Zeitalter der Menschheit beginnt.“ (Aus Masaryks Washingtoner Deklaration vom 18. Oktober 1918). „ . . . In der Geschichte zählt man vielleicht am meisten für Triumphe, obwohl die Rechnung erst einer späteren Generation präsentiert wird.“ (Křen, Jan: *Konfliktní společnoství. Češi a Němci 1780–1918* [Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche]. Praha 1990, 472.

<sup>15</sup> Giesen, B./Junge, K.: Vom Patriotismus zum Nationalismus. In: Giesen, B. (Hrsg.): *Nationale u. kulturelle Identität*. Frankfurt/M. 1991, 257. Vgl. auch v. Thadden, R.: *Aufbau nationaler Identität. Deutschland und Frankreich im Vergleich*. Ebneda 497ff., 504f.

völlig verschiedenem Licht je nachdem, welche kulturellen Wertvorstellungen und Geschichtsbilder man uns eingepägt, mit „Wir-Gefühlen“ besetzt hat. Und dieser Sozialisierung kommt das individuelle Bedürfnis nach Geborgenheit entgegen. Um wieder mit Nietzsche zu sprechen: das Bedürfnis, nicht einzeln zu sein, einzeln zu sehen, die Sehnsucht nach „Verwandschaft und Gleichheit in Auge und Begierde, ein Ausruhen im Vertrauen der Freundschaft, *eine Blindheit zu zweien* ohne Verdacht und Fragezeichen, ein Genuß an Vordergründen, Oberflächen, Nahem, Nächstem ...“<sup>16</sup>.

Diese Gruppennorm ist historisch *primär* gegenüber jeder Form eines reflektierten Selbst; auch das individuelle Gewissen ist ja zunächst nur das Wissen von der Sanktion bestimmter Verhaltensweisen, der Mißbilligung jeder Abweichung von der Gemeinschaft, aus der sich das Gefühl der Schande und Schuld ergibt. Ein Großteil der gegenwärtig überall ausbrechenden Gewaltbereitschaft in unseren Gesellschaften, nicht zuletzt der neuen Attraktivität nationaler Symbolik, kommt aus der Unfähigkeit – keineswegs nur der post-sozialistischen Verwirrung –, die Jugend glaubwürdig anzusprechen und zu integrieren. Die traditionellen Verhaltensmuster greifen nicht mehr; soziale Verankerung und Wertorientierung wird durch eine bis zum Exzeß getriebene mobile Leistungs- und Konsummentalität nicht vermittelt, und so schafft man sich, primär aus Mangel an Selbstwertgefühl, eine Art *Ersatzidentität* durch Gewalt gegenüber Außenseitern. Aber das ist alles andere als neu. Jede Krise ruft nach Zusammenschluß und nach Sündenböcken. So war der Nationalismus von Anfang an „integral“ samt seinen „semantischen Ausgrenzungsmechanismen, (seiner) Aggressivität nach außen (und seinem) inneren Harmoniepostulat, das zur Diffamierung des politischen Gegners dienen konnte“<sup>17</sup>.

Bei der Bildung des Gruppenbewußtseins ist schon immer das Fiktive, Projektive und Willensmäßige entscheidend gewesen, nicht zuletzt die verfälschte kollektive Erinnerung. Da gibt es z. B. die *damnatio memoriae* von der Art des Echnaton, der Namen und Symbole des gestürzten Gottes Amun tilgen läßt, ebenso wie es dem Nikias geschieht, der sich 413 den Syrakusanern ergab, anstatt ehrenhaft Selbstmord zu begehen; ähnlich verschwinden die Namen verurteilter römischer Kaiser aus Inschriften. Ihre Standbilder werden zerstört und ihnen gewidmete Münzen eingeschmolzen<sup>18</sup>.

Wir kennen natürlich analoge Beispiele aus unserem Erfahrungsbereich, nicht nur der Praxis totalitärer Herrschaft, so die Erklärung ehemaliger Heroen zu Unpersonen, aber auch die „Säuberung“ von Bibliotheken und Umbenennung von Straßen. Ein halbislamisches Gemisch aus mazedonischen Slawen, Albanern, Serben, Griechen, Türken und Roma rekuriert auf das Erbe Alexanders des Großen und auf

<sup>16</sup> Menschliches, Allzumenschliches. Nietzsche-Studienausgabe 2, 24. „Der Mensch ist von Natur aus faul, sagt Kant sehr richtig. Aus dieser Trägheit entspringt zunächst Feigheit. Feigheit ist die Trägheit, in der Wechselwirkung mit anderen unsere Freiheit und Selbständigkeit zu behaupten.“ Fichte, J. G.: Sittenlehre § 16 (1798) Hamburg 1969.

<sup>17</sup> Jeismann, M.: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff 1792–1918. Stuttgart 1992, 42.

<sup>18</sup> Demandt, Alexander: Historische Selbstentlastung in der Antike. In: Loewenstein, Bedrich (Hrsg.): Annäherungsversuche. Pfaffenweiler 1992, 116–121.

Nordgriechenland bis zur Ägeis, während griechische Anzeigen nach 23 Jahrhunderten natürlich Mazedonien für sich reklamieren. Statt kritischer Verarbeitung findet *Verdrängung* all dessen statt, was nicht paßt.

Denkmäler von Tyrannen sollten stehen bleiben – nicht, weil sie uns erschlagen könnten oder um „schmerzlich Abschied nehmen zu können, was wir geliebt haben“ (Margarete Mitscherlich 1992), sondern als Memento unserer Verführbarkeit. Das Vergessen des Bösen heißt bekanntlich die Erlaubnis zu seiner Wiederholung. Es geht bei der Aufarbeitung nicht um Rache und auch nicht um übermäßige Faszination durch die Vergangenheit, die gerade sehr oft zu Fehlentscheidungen geführt hat, wovon etwa Edvard Beneš Fixierung auf München 1938 ein beredtes Beispiel abgibt<sup>19</sup>. Für die praktische politische Orientierung wichtig ist eine realistische Einschätzung dessen, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb versucht ja jede Utopie, nicht nur in der Orwellschen Prägung, die Gegenwart von einer authentischen Vergangenheit abzuschneiden. Das kollektive Bewußtsein glaubt es nicht ertragen zu können, daß seine Normen relativiert, seine Symbole mit Fehlern, Versagen, Makel verbunden und die herrschenden Autoritäten mit anderen als den dogmatisierten Traditionsbeständen oder gar mit proskribierten Namen konfrontiert werden.

Zu diesen Verleugnungspraktiken kommt die heute vielleicht weniger bedeutsame Herstellung falscher Stammbäume, wonach die Julier von Aeneas abstammen, Jesus der Sohn Gottes und Davids, die Franken Nachkommen der Trojaner sind, andererseits die Minderwertigkeit der Ammoniter und Moabiter durch die Herkunft von Lot und der inzestuösen Verbindung mit seinen Töchtern begründet wird<sup>20</sup>. Aber Ex-post-Aufwertungen einzelner und Gruppen oder kollektive Schuldzuweisungen für vergangene Taten kennen wir von überall, auch außerhalb kirchlicher Judenfeindschaft (als „Christusmörder“) und islamisch-fundamentalistischer Neuaufgaben der Schlacht von Kerbela. Jeder Nationalismus erfindet falsche Ahnen und projiziert die eigene Gruppe, vor allem deren Vorzüge, in die Vergangenheit, die von diesen nicht unbedingt etwas wußte, und so gehen auch andere Kollektive vor – keineswegs nur die Bolschewiki mit ihrem berüchtigten „Kurzen Lehrgang“.

Das Bedürfnis nach kollektiver Selbstbestätigung und Verwurzelung in idealisierten Vergangenheiten ist uralt und übermächtig; es äußert sich immer wieder im Herausstreichen der eigenen Leistungen, der Betonung des immer unzweifelhaft berechtigten eigenen Anspruchs, während der Verlierer nicht nur militärisch, sondern auch moralisch vernichtet werden muß. Das kann, wie Alexander Demandt gezeigt hat, zu symbolischen Akten führen, wie der Zerstörung des Siegesmals des Arminius im Teutoburger Wald durch Germanicus oder zur Errichtung von Siegesmalen durch beide Seiten (bei Seeschlachten an verschiedenen Küsten). Die Logik dieser Art von selektivem Gedächtnis, wonach nicht gewesen sein kann, was nicht sein darf, ist gewissermaßen *infantil*, d. h., man leugnet Taten, die als ehrenrührig gelten und die das kollektive Selbstbewußtsein beeinträchtigen; die Schuld wird anderen zugeschoben, für die eigene Seite stets ein gutes Motiv reklamiert und nicht zu leugnende Untaten durch den

<sup>19</sup> Petr Příhoda in Lidové noviny vom 12. 6. 1992.

<sup>20</sup> Demandt: Historische Selbstentlastung 122–125.

Hinweis auf analoge Verbrechen der Gegenseite relativiert (Auschwitz gegen den Gulag, um nur ein Beispiel zu nennen)<sup>21</sup>. Genauso verhalten sich Kinder, wenn sie zur Rechenschaft gezogen werden: ich war es nicht – ich hab' es nicht so gemeint – die anderen waren noch schlimmer.

Diese Pseudologik wird uns heute auf drastische Weise (nicht nur in Bosnien oder Berg-Karabach) vordemonstriert: Jeder neue Tote stärkt die Gruppenidentität und steigert den Haß auf die anderen, während die Untaten der eigenen Gruppe verschwiegen oder bagatellisiert werden. Und es zeigt sich kein Weg aus dem Teufelskreis, weil Streß-Situationen und das Gefühl, bedroht zu sein, zu verzerrter Wahrnehmung und zu kopfloser Konformität führen; weil die Fähigkeit verlorengeht, nach alternativen Auswegen zu suchen, nicht zuletzt die Fähigkeit, zwischen richtigen und falschen Analogien aus der historischen Erfahrung zu unterscheiden<sup>22</sup>.

Das Problem liegt sicher auch darin, daß es zwischen den Völkern keinen akzeptierten, unabhängigen Schiedsrichter gibt, der das Maß an Schuld gerecht abwägt und auch die Geschichte eben nicht das Weltgericht ist, sondern ein ziemlich trübes Wasser und bestenfalls die *Nemesis*, von der es bei Macbeth (I, 7) bemerkenswert klarsichtig heißt: „... daß, wie wir ihn gegeben / Den blut'gen Unterricht, er, kaum gelernt, / Zurückschlägt, zu bestrafen den Erfinder“. Natürlich ist die Frage nach dem „Woher“ legitim und nicht einfach durch das voluntaristische „Wohin“ zu ersetzen. Ebenso wenig kann man bei gegenseitigen Schuldaufrrechnungen immer nur das Allerletzte auf die Waagschale legen, also auf die Vorgeschichte als unmaßgeblich verzichten, so sehr Mord Mord ist und Vertreibung Vertreibung. Um bei der tschechisch-deutschen „Konfliktgemeinschaft“ zu bleiben: Gewiß war die Vertreibung von 1945/46 ein barbarischer Rückfall in Vorstellungen von Kollektivschuld, aber ebenso natürlich waren diese barbarischen Vorstellungen zuvor vom Nationalsozialismus aktualisiert und praktiziert worden: Der „blut'ge Unterricht“ schlug zurück auf den Erfinder. Auf der Ebene des infantilen gegenseitigen Aufrechnens können die Vertreiber von 1945 hinweisen auf den „Verrat“ der Auszusiedelnden von 1938, aber mit gleichem Recht können die Deutschböhmen die Entscheidung von 1918/19 zur Geltung bringen, als sie niemand fragte, ob sie Tschechoslowaken werden wollten, die Tschechen ihrerseits 1918 auf jahrzehntelange Verhinderung eines nationalen Ausgleichs durch die deutschböhmisches Politik usw. ad absurdum.

Wir kennen das Ergebnis eines so arbeitenden Gedächtnisses und wissen inzwischen, daß Geschichte alles und nichts beweist und auch niemandem „rechtgibt“, es sei denn als Autosuggestion durch einseitig zurechtgemachte *Geschichtsbilder*, von denen Tacitus die Formel *fiunt simul creduntque* geprägt hat, also das alte Kinderspiel mit dem Glauben an die eigene Erfindung. Ich meine, wir sollten gegen diese ideologisierende Rechthaberei eine andere Art von Geschichte stellen, nämlich die *Vergegenwärtigung vergangener Chancen*, Chancen, die zwar nicht wiederkehren müssen, aber unser Bewußtsein sensibilisieren und damit auch die „Fähigkeit zu trauern“ wecken. Trauerarbeit ist schmerzlich und befreiend zugleich: vorausgesetzt, sie bleibt nicht auf uns selbst fixiert, sondern schließt kritisches und selbstkritisches

<sup>21</sup> Ullrich, Volker: Die neue Dreistigkeit. Die Zeit vom 30. 10. 1992.

<sup>22</sup> Holsti, O. R.: Theories of Crisis Decision Making. Montreal 1979, 110.

Erinnern, den Ausbruch aus der Lebenslüge, das Begreifen des anderen als Teil unserer selbst ein<sup>23</sup>.

„Vor unserem Lebensende“, sagt Max Scheler, „ist alle Vergangenheit, wenigstens ihrem Sinngehalte nach, immer nur das Problem: *Was wir mit ihr anfangen sollen* . . . Der ‚historische Tatbestand‘ ist unfertig und gleichsam erlösbar.“<sup>24</sup> Der Erinnerungsakt ist für Scheler der Anfang der Freiheit von der dunklen Gewalt des erinnerten Geschehens, aus dessen Fatalität bzw. historischer Determination wir nicht zuletzt durch *Reue* heraustreten können.

Ich wage allerdings zu bezweifeln, ob die heutige Menschheit zu Schuld und Buße fähig ist, ja auch nur zu schonungsloser Erkenntnis als Akt der Trauer und „Erlösung“. Die selbständige kritische Sichtung der individuellen und kollektiven Vergangenheit ist auch kulturanthropologisch alles andere als selbstverständlich. Die Autonomie des individuellen Denkens und Gewissens ist trotz des Daimonion des Sokrates und trotz der Worte des Petrus: „Man muß Gott mehr gehorchen denn den Menschen“ (Apg. 5, 29) ein *Spätankömmling*, der von den phylogenetisch älteren kollektiven Zivilisationsstrukturen auf das heftigste bekämpft wird. Heinz D. Kittsteiner hat meines Erachtens recht überzeugend dargelegt, wie sich auch das christliche individuelle Gewissen nur sehr allmählich aus Strafandrohung durch Hölle, Zorngericht Gottes, Blitz und Donner verinnerlicht, purifiziert und gegenüber der Sanktion verselbständigt hat. Man fragt sich allerdings skeptisch, ob die Kirche nicht doch recht hat, wenn sie an der traditionellen Lehre festhält, das Gewissen sei schwach und brauche Autorität und Gesetz<sup>25</sup>.

Es sind natürlich die Autoritäten, die dem einzelnen von Kind auf ein „Über-Ich“ einpflanzen und durch Zwangsinstitutionen daran hindern, den Sozialgeboten kritisch gegenüberzustehen. Andererseits gibt es keine „natürlich“ funktionierende Gewissensinstanz, die sich bei Regelverstößen durch die Hintertür, z. B. durch psychosomatische Erkrankungen, rächt: auch die Schuldfähigkeit muß erlernt werden. Die Ambivalenz der sozialen Gebote und Verbote zeigt sich sodann in der Unerträglichkeit von *Anomie*, die uns schnell regredieren bzw. ein grundlegendes menschliches Bedürfnis nach Untertauchen in der Gemeinschaft zum Vorschein kommen läßt. Es gibt – um zu den Mitscherlichs zurückzukehren – auch ein Bedürfnis nach Konservierung und Ritualisierung, eine Art Wiederholungsbedürfnis, ja Wiederholungszwang,

<sup>23</sup> Mitscherlich/Nielsen, M.: (Un)Fähigkeit zu trauern in Ost- und Westdeutschland. In: *Psyche* 1992–5, 413f. Vgl. den aufschlußreichen Hinweis von Podiven auf die Neigungen der tschechischen Öffentlichkeit zu unfruchtbarem Radikalismus, der vernünftige Politiker an tragfähigen Kompromissen hinderte. „Die Brutalität der deutschen Attacken haben die tschechischen Annalen aufmerksam vermerkt, die deutschen schwiegen sich über sie aus. Mit der tschechischen Brutalität war es genau umgekehrt.“ „Die Badeni-Krise erschütterte die Stabilität Österreichs, das sich danach eigentlich nicht mehr erholte. Auch dieses Memento wurde überhört.“ Podiven: *Češi v dějinách nové doby* [Die Tschechen in der Geschichte der Neuzeit]. Praha 1992, 257f.

<sup>24</sup> Scheler, Max: *Vom Ewigen im Menschen*. Gesammelte Werke. Bd. 5. Bonn 1968, 30ff.: „Nicht die bereute Schuld, sondern nur die unbereute hat auf die Zukunft des Lebens jene determinierende und bindende Gewalt.“

<sup>25</sup> Kittsteiner, H. D.: *Die Entstehung des modernen Gewissenes*. Frankfurt/M. - Leipzig 1991, 20f., 31f., 94ff., 114f.

der auf Unlust zum Neuen beruht: „Etwas, was wir gelernt haben, schafft uns Zuwachs an Lust, Vergnügen, Einfluß.“ „... das Ritual selbst libidinisiert“. Das Ritual beruhigt, beschwichtigt unsere Ängste durch die Suggestion des Immergleichen. Und umgekehrt heißt das, daß Proberhandlungen Unlust und Veränderungen Angst erzeugen, während das Ritual Triebbefriedigung und Sicherheit verspricht, also Immobilismus und Konservierung bestehender Normen durchaus auch von Triebwünschen ausgehen<sup>26</sup>. Dagegen ist jeder Versuch, eine Ordnung auf der Basis eines kritisch denkenden Ich zu schaffen, notwendigerweise *instabil* und von Angst, Ressentiment bzw. Infantilformen des Umgangs mit der Welt bedroht<sup>27</sup>.

Genau darauf stützen sich aber die diversen autoritären Bewegungen und Ordnungen: Sie mobilisieren die Unlust gegenüber Eigenverantwortung, dem Neuen und Fremden, einen krankhaften kollektiven Autismus (Lutz Rathenow), sie setzen Prämien auf Identifikationen mit der Kollektivnorm, auf passive Anpassung und Gehorsam, wecken Ängste und Aggressionen gegenüber Außenseitern, erzwingen im Extremfall durch Gehirnwäsche die Auslöschung des kritikfähigen Ich.

Es entbehrt leider nicht der Logik, wenn der Zusammenbruch der autoritären Systeme ohne Autorität (nicht anders als der der alten Kolonialsysteme) nur äußerst selten jene selbstkritische Trauerarbeit als Voraussetzung einer liberalen politischen Kultur in Bewegung gesetzt hat. Im Gegenteil: das, was einem jahrzehntelang eingebleibt wurde – dumpfe, kollektive Emotionen, Aggressionen und Schuldzuweisungen an „die anderen“<sup>28</sup>. Wir waren wohl alle zu lange die Affen unserer Gefängniswärter, haben die Hilflosigkeit, die Vergeblichkeit der Ideale erlebt, ihren doppeldeutigen Illusionscharakter durchschaut, sind zu einer Art „verschworener Bruderschaft wahrer Materialisten“ geworden, denen man „keinen einzigen Gedanken, keinen einzigen Wert angeboten hat, der ihrem Leben einen Sinn gegeben hätte...“<sup>29</sup>.

Alle Schuld, die zuvor der totalitären Obrigkeit zugeschoben wurde, während man gern die eigene Feigheit und konformistische Duckmäuserei als deren Voraussetzung vergaß, wird jetzt auf andere projiziert. *Ripeness is all*, sagt Edgar in König Lear (V, 3). Von diesem Reif- bzw. Erwachsensein sind wir überall in den Ländern der gescheiterten polizeibürokratischen Fürsorgestaaten sehr weit entfernt. Das schlechte Gewissen der Radikalen der letzten Stunde, diagnostiziert Petr Pithart, läßt uns in die Falle der Vergangenheit tappen. Immer sind es die anderen, nie du und ich, die schuldig sind; immer geht es um das Sichtbare und Äußerliche, nie um die unsichtbare Vergangenheit: die Erbschaft der Intoleranz, der fehlenden politischen Kultur, der mangelnden Dialog- und Risikobereitschaft. Die Revolution der Rächer läßt die Vergangenheit triumphieren, und das erste Opfer sind die lästigen Zeugen des eigenen Ver-

<sup>26</sup> Mitscherlich-Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern 284f.

<sup>27</sup> E b e n d a 286.

<sup>28</sup> „Wir haben die Stärke der Vergangenheit unterschätzt... Darüber hinaus haben wir uns von der Bosheit und dem Haß derer überraschen lassen, die außerstande sind, sich selbst kritisch gegenüberzustehen und die oft – um ihr eigenes Versagen zu bemänteln – einen Nachbarn suchen, um mit dem Finger auf ihn zu zeigen.“ Dienstbier, Jiří: Ponížení, udavači a ti druzí... [Die Erniedrigten, die Denunzianten und der Rest...]. Lidové noviny vom 8. 9. 1992.

<sup>29</sup> Kl í m a, Ivan: Má veselá jitra [Meine fröhlichen Morgen]. Praha 1990, 65f.

sagens – die Dissidenten und Moralisten aus der Zeit der Diktatur. Die Politik ertrinkt in der Banalität von Rechnungen und Gegenrechnungen<sup>30</sup>.

Die Aufarbeitung der immer auch individuellen menschlichen Beschädigungen setzt eben eine *andere* Identität voraus als eine infantile, schuldunfähige bzw. eine narzißtische, die sich durch Abgrenzung von den schlechten anderen herauskristallisiert. Natürlich brauchen wir in einer Welt, die uns täglich mit einer unstrukturierten Informationsflut überschwemmt, Wegweiser, Vorbilder, Siebe, die das Wesentliche aus dem Belanglosen herausfiltern. Aber ich frage mich, ob dazu ideologisierten Kollektividentitäten wie das Deutscher- oder Pole-Sein taugen. Eher schon die „Solidarität der Erschütterten“ des Jan Patočka: Das wäre aber erst einmal der schonungslose Verzicht auf Verdrängungen, Ausreden und Selbsttäuschungen.

Das „Zurückholen aus dem Man“, dem Reich des Anonymen, Unpersönlichen, Verantwortungslosen, wird in breiterem Maßstab ohnehin nur durch sehr reale tag-tägliche schmerzliche Lernprozesse möglich werden, die die Menschen die *Folgen ihrer Tätigkeit* (und Untätigkeit) fühlen lassen<sup>31</sup>. Das ist sozusagen der weltliche Ersatz für die von der Kirche angedrohten Höllenstrafen als Sanktion des schwachen menschlichen Gewissens. Ohne diesen Anschauungsunterricht wird auch die schönste Rhetorik zur folgenlosen Phrase.

---

<sup>30</sup> Pithart, Petr: Všichni jsou vinni – vinen není nikdo [Alle sind schuld – niemand ist schuld]. Lidové noviny vom 24. 4. 1992.

<sup>31</sup> Havels Ansprache am 25. Februar 1990. – Vgl. Havel: Projevy: „Die Wiedergutmachung wird Jahre dauern und mit Entbehrung verbunden sein: ... die Strafe für unsere langjährige Gleichgültigkeit gegenüber dem, was mit unserem Land geschah, und für unsere passive Teilnahme an diesem Werk des Verderbens.“

## VERGANGENHEIT, DIE NICHT VERGEHEN WILL – ERSATZ FÜR DIE ZUKUNFT, DIE NICHT KOMMEN WILL?

*Von Włodzimierz Borodziej*

„Nach 47 Jahren – die polnische Siegesparade“ lautete die Schlagzeile in den polnischen Zeitungen am 17. August 1992. Der Staatspräsident meinte sogar, am selben Tag vom „wahren Ende des Krieges“ sprechen zu können<sup>1</sup>. Gemeint war in beiden Fällen ein Marsch von Kombattanten verschiedener polnischer Einheiten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, heute 70 bis 80jährige Männer, durch das Warschauer Stadtzentrum. 1945 durften nur die Kommunisten Siegesparaden abhalten; 1992 durften alle, nur die Kommunisten nicht.

Den 15. August assoziiert man in Polen mit dem Jahrestag der Schlacht von Warschau, dem „Wunder an der Weichsel“ von 1920, als die polnische über die Rote Armee gesiegt hatte; seit heuer ist der 15. August offizieller Feiertag der Streitkräfte. An diesem also Tag fanden sich Seite an Seite ehemalige Soldaten der polnischen Einheiten von der französischen und von der italienischen Front, Kombattanten des regierungstreuen Untergrunds und der weit weniger bekannten Nationalen Streitkräfte, die stets die Sowjets und ihre polnischen Verbündeten als den Feind Nr. 1 betrachtet hatten.

Die postkommunistischen Gruppierungen von 1992 waren außer sich vor Empörung: Die Anerkennung der Nationalen Streitkräfte bedeute die Würdigung der extremen Rechten, sie sei ein Schlag ins Gesicht aller jener polnischen Staatsbürger, die von den Nationalsozialisten unter deutscher Besatzung ermordet wurden. Und daß gerade der 15. August zum Feiertag gewählt wurde, würde den Beziehungen Polens mit Rußland auch nicht helfen.

Viel mehr Aufsehen zog das Ereignis bemerkenswerterweise nicht auf sich; Hitze und Waldbrände schienen den Zeitungen wichtiger.

Zweifellos symbolisierte die „Siegesparade“ vom 15. August auf eindringliche Weise den von der Öffentlichkeit längst zur Kenntnis genommenen Wandel des offiziellen Geschichtsbildes. Die polnische Geschichte wird umgeschrieben – in Hand- und Schulbüchern, im Festtags- wie im Ordensverzeichnis; stellenweise handelt es sich um eine einfache Umkehrung des bis 1989 verbindlichen Schemas. Wäre aber die Vergangenheitsbewältigung per Verneinung das einzig Bemerkenswerte, bräuchten wir das Thema nicht näher zu behandeln, denn ähnliches geschieht in allen postkommunistischen Ländern. Die konkreten Folgen im Fall Polens formuliert auf treffliche Weise ein Satiriker 1991:

„Die Geschichte Polens hat sich verändert, und seit etwa anderthalb Jahren haben wir eine neue Geschichte. In der vorigen Geschichte haben die Polen gegen die Deut-

<sup>1</sup> Życie Warszawy v. 17. 8. 1992, 1.

schen und gegen die Unterdrückung durch die polnischen Herren, d. h. gegen die eigenen, gekämpft (...). Je ärmer man war, desto verdienter für das Land. Den meisten Nutzen zog Polen aus der Arbeiterbewegung und aus der Roten Armee.

In der neuen Geschichte kämpfen die Polen gegen die Russen, sind Objekt verschiedener Wunder und Heiligsprechungen; pausenlos erlangen sie ihre Unabhängigkeit wieder.“

Weiter folgen zahlreiche Beispiele für die „Neue“ und die „Alte Geschichte. Einige davon sollten wir uns nicht entgehen lassen.

966

AG: Entstehung des polnischen Staates

NG: Taufe Polens

um 1000

AG: Eroberung von Stettin

NG: Eroberung von Kiev (...)

1795

AG: Preußen teilt Polen, Rußland nimmt die ethnisch nichtpolnischen Gebiete in Schutz

NG: Rußland teilt Polen, Preußen schließt sich an (...)

1939

AG: Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen

NG: Ribbentrop-Molotow-Pakt, Einmarsch der deutschen und der sowjetischen Armee

1941

AG: Entstehung der Polnischen Arbeiterpartei

NG: Verbrechen in Katyń (...)

1945

AG: Befreiung durch die Rote Armee

NG: Alle sitzen im Gefängnis

1945 bis 1989

AG: Periode der dynamischen Entwicklung, alle Parteien vereinen sich in der PVAP, die den 1., 2., 11. Parteitag abhält und sich in die SDRP umbenennt

NG: Massenproteste der Arbeiter; vereint um Kardinal Wyszyński und Jacek Kuroń gründet die Nation die „Solidarność“

1990

AG: Streiks

NG: Wiedererlangung der Unabhängigkeit<sup>2</sup>

So der Satiriker, der wieder einmal besser als der Historiker zu pointieren vermag. Nehmen wir ihn wörtlich, so bedeutet dies, daß die Vergangenheit bewältigt wird, indem sie mit umgekehrten Vorzeichen präsentiert wird. Vordergründig gibt

<sup>2</sup> Ogórek, Michał: Przewodnik po Polsce [Polenführer]. Warszawa 1991, 14–19.

es wenig Anlaß, diese These in Frage zu stellen: In der Tat sind Buchhandlungen und Zeitschriften voll von Zeugnissen und Erlebnisberichten russisch-kommunistischer Untaten, Katyń scheint in der Öffentlichkeit jenen Platz einzunehmen, den einst Auschwitz besetzt hielt. Wollten wir das im Westen so gut bekannte Bild der Polen vervielfältigen, die ebenso weltfremd wie stolz mit ihrem Leiden die Weltöffentlichkeit zu beeindrucken versuchen und darüber alles andere vergessen, hätten wir hier ein ideales Beispiel gefunden. Nur: Ganz so einfach ist Geschichte nie.

\* \* \*

Geschichtsbewußtsein gehört nicht ohne Grund zu den meiststrapazierten Erklärungsmustern der Psyche „des Polen“. Dieses Geschichtsbewußtsein ist in den 45 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg vergewaltigt worden, das vielzitierte Zwangskorsett sieht in der Rückschau vielleicht noch imponierender aus, als es im Durchschnitt der Jahrzehnte gewesen ist. 1989 wurde die „Entlügung“ (odklamanie) der Geschichte zum Grundanliegen aller (auch jener, die sich bisher auf diesem Feld nicht gerade hervor getan hatten): Rehabilitierung des Befreiungskampfes gegen Rußland und die Sowjetunion, deren Kontinuität wieder zweifellos schien, Herausstellung der ostpolnischen statt der westpolnischen Komponente der Geschichte, vor allem aber – und darum geht es eigentlich – eine Neubewertung der 45 Jahre Nachkriegsgeschichte.

Auch bei diesem Stichwort sind die Fronten der Auseinandersetzung aus anderen Ländern bestens bekannt; auf der einen Seite finden wir die Argumente der Postkommunisten, daß der real existierende Sozialismus zwar eine Mißgeburt, viele seiner direkten Folgen jedoch unzweifelhafte Errungenschaften gewesen seien – Bodenreform und Nationalisierung, soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung; von der anderen Seite hören wir, die letzten 45 Jahre seien ähnlich zu qualifizieren wie der Nationalsozialismus – als Gewaltherrschaft, kombiniert mit Völkermord. Und wenn wir nicht Hitler wegen der Autobahnen rehabilitieren wollen, dann dürfen wir auch Bierut wegen des Wiederaufbaus der Warschauer Altstadt nicht als Wohltäter betrachten.

Wie eng hängt nun die Umschreibung der Geschichte, die wir zumindest als Hauptinstrument der Vergangenheitsbewältigung identifiziert haben, mit diesem tagespolitischen Streit zusammen? Sehr eng, obgleich auf verschiedenen Ebenen.

Erstens gibt es ein tatsächlich weitverbreitetes Bedürfnis, die nationale Geschichte ins „rechte Licht“ zu rücken. Daß sie nicht nur aus der Auseinandersetzung mit den westlichen Nachbarn bestanden hat, daß vielmehr die Ablehnung Rußlands einen Grundzug der polnischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert konstituiert, wird niemand in Zweifel ziehen wollen. Das heißt aber nicht, daß der – nun, nach Jahren, nicht mehr tabuisierte – Abwehrkampf gegen den Osten den Abwehrkampf gegen den Westen in den Schatten stellt: In einer jüngst durchgeführten Umfrage stimmten 67% der Befragten der Vermutung zu, daß die Verhältnisse unter sowjetischer Besatzung ebenso schlimm waren wie unter deutscher Okkupation<sup>3</sup>. Und daß der Topos der nationalen Abwehr gegen die Russen ausgerechnet für die Zeit nach 1945 nur sehr

<sup>3</sup> Umfrage von OBOP (Zentrum zur Erforschung der Öffentlichen Meinung, Warschau) vom 21.–22. September 1992, Typoskript.

eingeschränkt aussagefähig ist, scheint die zweite Ebene des Problems darzustellen. Die Geschichte der Abhängigkeit Volkspolens von der Sowjetunion ist voll von Halbtönen und Schattierungen, die Motive und Bezugspunkte der Polen in dieser Zeit verlieren sich in Zwei- und Mehrdeutigkeiten; als Beispiel für den heroischen Kampf einer Nation gegen den Feind aus dem Osten taugen die meisten der 45 Jahre Nachkriegsgeschichte eher wenig. Als Kuriosität sei hier hinzugefügt, daß 38 % der heute zum Kriegsrecht Befragten zu Protokoll geben, daß sie damals, im Dezember 1981, das Kriegsrecht für ganz oder teilweise gerechtfertigt hielten. Zehn Jahre später halten 53 % derselben Befragten das Kriegsrecht für ganz oder teilweise gerechtfertigt<sup>4</sup>. Die Relativierung der Urteile über die jüngste Geschichte hat offensichtlich zwei Seiten und führt in entgegengesetzte Richtungen.

Nehmen wir nun an, daß die Nachkriegsgeschichte, auch wenn ihre Weichen in Moskau gestellt worden sind, doch von Polen zumindest mitgestaltet wurde – wo bleibt dann die erwünschte Eindeutigkeit des schwarzen-weißen Geschichtsbildes, die erst die Schuldzuweisung ermöglicht und legitimiert?

„Der Beginn“ heißt im polnischen Original der in Deutschland bekannte Roman von Andrzej Szczypiorski „Die schöne Frau Seidenmann“. Und „der Beginn“ ist für Pawel, einen der Helden des Romans just jener Augenblick im Dezember 1981, als er im Zeichen des Kriegsrechts von polnischen Milizionären in die Haftanstalt abgeführt wird, eigentlich „eine kurze, triviale Geschichte“. Die Polizisten, Polen „mit masowischen und kleinpolnischen Gesichtern“, waren nicht brutal, „aber sie waren da. Mit dem Adler an der Mütze. Mit weit gegrätschten Beinen [...] Lieber Gott“, formuliert Pawel den Sinn seiner Erfahrung, „es ist doch nicht wahr, daß es immer die eine Fackel, das gemeinsame Ziel, die Solidarität gab! Es ist doch nicht wahr, sondern eine ewige polnische Lüge [...] Endlich ist in mir der Mythos von unserer Sonderrolle krepieret, von diesem polnischen Leiden, das immer rein, edel und gut war [...] Vielleicht wird Polen jetzt endlich verstehen, daß Schufte und Heilige in einer Kammer wohnen, auch hier, an der Weichsel wie überall auf Gottes weiter Welt“<sup>5</sup>.

Die von Szczypiorski anvisierte Vergangenheitsbewältigung per Relativierung und Differenzierung vollzieht sich bisher weitgehend im stillen – obwohl sie, wie die zitierte Umfrage belegt, durchaus stattfindet. Auf den ersten Blick scheint dies damit erklärbar, daß die entgegengesetzte Vorgangsweise, nämlich Vergangenheitsbewältigung per Verneinung, unvergleichbar einfacher zu vermarkten ist – nicht zuletzt, weil sie die individuelle Verantwortung ausgesprochen klein schreibt. Doch auch diese Feststellung sollte ohne Fragezeichen nicht vorgetragen werden.

„Entwurzelt aus der bekannten Welt“ lautete der Titel eines aufseherregenden Artikels vor wenigen Wochen. Die These: Eine neue Lage erfordert neue Lebensläufe. Die bekannte, die vertraute Welt ist nur noch die Welt von gestern. Um in der neuen Welt mit ihren umgekehrten Vorzeichen zu bestehen, muß man sich dem neuen Wertsystem anpassen. Das heißt, daß jeder seine individuelle Lebensgeschichte umschreiben muß. Was bisher als Errungenschaft galt, wird zum Schandflecken:

<sup>4</sup> Umfrage von OBOP vom 2.–3. Dezember 1991, Typoskript.

<sup>5</sup> Szczypiorski, Andrzej: Die schöne Frau Seidenmann. Zürich 1988, 210ff.

Eine Errungenschaft im Zeichen falscher Werte. Nur: Wohin mit den kleinen Alltagserfolgen, die alle unter dem falschen Stern des real existierenden Sozialismus zustande gekommen, indes aus Millionen von konkreten Lebensläufen nicht wegzudenken sind<sup>6</sup>?

Hier stößt die Vergangenheitsbewältigung per Geschichtsrevision deutlich an ihre Grenzen. Natürlich werden viele der Aufforderung, ihren curriculum vitae nachträglich zu korrigieren, mit Erleichterung Folge leisten; das Umschreibenmüssen bedeutet ja zugleich ein bedingtes Umschreibendürfen.

Das neue System ist unvergleichbar liberaler als das alte. Kein Zensor, keine Sprachregelung, die Verantwortung für das Wort wird in der Regel eher leicht genommen. Ein nahezu makabres Beispiel hierfür bot unlängst der Nachruf auf Piotr Jaroszewicz: langjähriges Politbüromitglied, langjähriger Ministerpräsident, der – ob zu Unrecht oder Recht, ist hier unbedeutend – für geraume Zeit als Vertreter der Interessen Moskaus in der polnischen Führung galt. In dem von der Familie verfaßten Nachruf wurde er als Opfer sowjetischer Deportationen von 1940, Frontoffizier und hochdekoriertes General der Armee, schließlich Opfer von entwürdigenden Verfolgungen im Namen des Kriegsrechts dargestellt<sup>7</sup>. All dies entsprach der Wahrheit – nur handelte es sich um die berüchtigte kleinere Hälfte der Wahrheit, die andere blieb unerwähnt. Die Entwurzelung aus der bekannten Welt – eine Peinlichkeit, die in unterschiedlicher Dimension jeder Neufassung des eigenen Lebenslaufs widerfahren kann; eine Peinlichkeit, die man nicht unbedingt auf sich nimmt, selbst wenn man umschreiben darf.

Das eigentliche Problem liegt aber, wie bereits angedeutet, woanders: Um zu bestehen, soll, muß man umschreiben. Und hier sehe sich in den kommenden Jahren das größte Hindernis auf dem Weg der Vergangenheitsbewältigung per Verneinung: Je mehr sich die Kombattanten der „Solidarność“ am Alltag der neunziger Jahre abreiben, desto stärker wird auch die Abneigung, den eigenen Lebenslauf zu verleugnen – zumal es sich immer öfter um Biographien handeln wird, die ihren Anfang nicht in der Nacht des Kalten Kriegs, sondern in den relativ zivilisierten siebziger Jahren nehmen.

\* \* \*

Vergangenheit als Ersatz für eine vage Zukunft – nicht ohne Grund habe ich dem Titel während der Arbeit an diesem Text ein Fragezeichen hinzugefügt. Weil die „Entlüftung“ der Geschichte in der Gründungsphase der Opposition und 1980/81 eine bekanntermaßen wichtige Rolle gespielt hat, weil heute, in einer Zeit allgemein verbreiteten Krisenbewußtseins, neue Geschichtsbilder oft und gerne bemüht werden, schien mir ursprünglich die These plausibel, die der Titel ohne Fragezeichen nahegelegt hätte. Bis zu einem gewissen Grad stimmt sie auch, intentional wird Geschichte als Trostpflaster gedacht und als Klebstoff für die diffuse Wählerlandschaft gehandelt. Der Erfolg dieser Methode scheint jedoch keineswegs sicher, womit wir uns wiederum von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung postkommunistischer Länder entfernen und dem polnischen Sonderfall zuwenden.

\* \* \*

<sup>6</sup> Bogucka, Teresa: Wykorzeniemi ze znajomego świata [Entwurzelt aus der bekannten Welt]. *Gazeta Wyborcza* v. 26.–27. 9. 1992.

<sup>7</sup> Abgedruckt u. a. in *Gazeta Wyborcza* v. 9. 9. 1992, *Życie Warszawy* v. 9. 9. 1992.

Wie weit geht eigentlich die Neufassung per Verneinung? Wer bzw. was setzt die Grenzen? Zwei Beispiele aus der polnisch-deutschen Beziehungsgeschichte scheinen aufschlußreich.

Das polnische Fernsehen sendet eine Dokumentation über den „Truppenübungsplatz Lamsdorf“<sup>8</sup>. Zur Erinnerung: Das deutsche Gefangenenlager Lamsdorf wurde 1945 zum polnischen Arbeitslager Lambinowice. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, als die Geschichte von westdeutscher Seite ausgegraben wurde, übte sich die offizielle polnische Presse in heftigen Angriffen gegen die bundesdeutschen Medien, die an die Existenz des polnischen Internierungs- bzw. Konzentrationslagers Lambinowice erinnert hatten, in dem die Todesrate durchaus jener in nationalsozialistischen Konzentrationslagern ähnelte.

Sendetermin der Dokumentation: 19.8.1992, 23.30. Die These: Nach dem Krieg von 1870 starben hier 70 französische Kriegsgefangene. Während des Ersten Weltkriegs starben 6000 Russen, während des Zweiten – 40000 polnische, russische, britische, französische Kriegsgefangene. Für die Zeit nach 1945 werden keine Zahlen genannt; die Geschichte des Internierungslagers, das tatsächlich einem KZ geähnelt haben muß, wird in wenigen Minuten abgehandelt – „die Behörden“ hätten in das ehemalige deutsche Stalag wehrlose Zivilisten verschleppt, vermeintliche Deutsche, die tatsächlich Polen waren; viele sind umgekommen, Verbrechen sind geschehen.

Soviel zum Filmtext. Das Lager Lambinowice ist für die Zeithistoriker längst kein unbekanntes Terrain mehr. Ersparen wir uns, die Diskrepanz zwischen fachspezifischem Wissen und dem Text der Dokumentation aufzuzeigen. Denn wichtig sind zwei andere Dinge: Erstens ist das Bemühen unbestreitbar, Zusammenhänge zu zeigen, die an einem Ort wie Lamsdorf/Lambinowice wohl tatsächlich das wichtigste sind. Es geht um den Tod von jungen Menschen, Wehrpflichtigen aus vielen Ländern, hören wir mehrmals. Dies bedeutet: Es kann kein Monopol auf Trauer, kein Monopol auf Würde geben. Gibt es aber noch immer ein Monopol auf Würdelosigkeit? Deutsche Verbrecher kommen im Film eigentlich nicht vor, Hunger, Kälte, Heimatlosigkeit sind die eigentlichen Täter – 1871, 1916, 1943 und 1946. Ein Schritt in Richtung Abbau des deutschen Monopols auf Verbrechen. Aber dennoch wird die Geschichte nach 1945 zu einem ausschließlich polnisch-polnischen Drama reduziert, in dem die kommunistischen Behörden an den alten polnischstämmigen Bewohnern des Landes Verbrechen begehen. Es ist ein Stück Wahrheit, oft genug haben in Lambinowice und anderswo nach 1945 Polen Polen umgebracht. Die volle Wahrheit ist es freilich nicht.

Nun zum anderen Beispiel aus jüngster Vergangenheit. Andrzej Szczypiorski, von der polnischen Rechten der wohl unbequemste nichtkommunistische Schriftsteller, veröffentlicht einen Essay über den Grafen Stauffenberg, in dem er diesen schlicht als Helden bezeichnet. Das Echo ist ebenso groß wie die Empörung: Soldaten Hitlers können nicht Helden gewesen sein, Polen hätten sie alle gehaßt, und ein Erfolg des 20. Juli wäre für sie eine Katastrophe gewesen; unklar werden vermeintliche Kriegsverbrechen Stauffenbergs ins Spiel gebracht, nein, als Held könne er nicht betrachtet werden.

<sup>8</sup> „Skrzynka kontaktowa – poligon Lambinowice“, TVP 2, 19.8.1992, 23.30.

Erste Pointe der Geschichte: Stefan Niesiolowski, einer der Führer der polnischen Rechten, meldet sich zu Wort. Als Planer eines Sprengstoffattentats gegen ein Lenindenkmal hat er mehrere Jahre im kommunistischen Gefängnis verbracht; heute mitverantwortlich für das Klima, in dem Andrzej Szczępiorski eher als Störenfried denn als Klassiker gilt. Und Niesiolowski, der ein Buch über Stauffenberg vorbereitet, hat keine Bedenken, Szczępiorski voll zuzustimmen, den Attentäter einen Helden zu nennen.

Es ist vielleicht das einzige Mal in diesem Jahr, daß ein prominenter Politiker der Rechten in einer Grundsatzfrage einer Symbolfigur der linksliberalen Öffentlichkeit zustimmt. Auch kann ich mich nicht erinnern, je ein deutlicheres Sympathiebekenntnis eines polnischen Rechten für einen deutschen Rechten gelesen zu haben<sup>9</sup>.

Die zweite Pointe zeigt die Komplexität der polnischen Vergangenheitsbewältigung 1992 noch deutlicher. Zur gleichen Zeit wie die Diskussion um Stauffenberg findet eine noch lebhaftere Auseinandersetzung um einen anderen hohen Stabsoffizier, Oberst Kukliński, statt. Kukliński soll den CIA in den siebziger Jahren mit Material von unschätzbarem Wert versorgt haben; einmal mehr fragt man sich, wie denn der Warschauer Pakt überhaupt handlungsfähig gewesen sein kann. Unmittelbar vor Ausrufung des Kriegsrechts wurde der hochkarätige Spion im polnischen Generalstab von den Amerikanern aus dem Verkehr gezogen, kurze Zeit später in Abwesenheit vom Militärgericht verurteilt. Verbittert fragt Kukliński nun in der *Washington Post*, wo denn seine Rehabilitierung bleibe – schließlich habe die Geschichte doch deutlich gezeigt, wer als Patriot agiert habe. Unterstützt wird der ehemalige Vertraute der kommunistischen Generalität von den prominentesten Polnischamerikanern, u. a. von Zbigniew Brzezinski, der als Sicherheitsberater von Carter den Wert von Kuklińskis Berichten wohl am besten abzuschätzen weiß.

Die damaligen Vorgesetzten Kuklińskis halten ihn weiterhin für einen Spion; das Urteil würden sie nur aus humanitären Erwägungen aufheben wollen. Einige Politiker und Journalisten unterstützen die Idee des Rehabilitierungsverfahrens. Der Sprecher des Präsidenten zeigt sich seltsam unentschlossen; ebenso der Verteidigungsminister. Das Offizierskorps soll Kukliński in schlechtester Erinnerung haben, hört man mehrmals.

Die Parallele zu Stauffenberg wird im Verlauf der Diskussion erwähnt, später wieder in Zweifel gezogen: Der deutsche Oberst war alles andere als ein Spion, der polnische hat ein Attentat gegen Jaruzelski nie geplant. Und schließlich fallen jene Sätze, die die ganze Diskussion um die Nachkriegsgeschichte auf den Punkt bringen: Es handelt sich nicht um die Rehabilitierung einer Einzelperson. Zur Disposition stehen faktisch die Jahre 1944–89; sollte Kukliński ein Verräter gewesen sein, haben seine Kollegen, aber auch alle anderen, die volkspolnischem Recht Folge geleistet haben, bloß ihre Pflicht getan, sie haben Anspruch auf Pension, Orden und Ehre. Sollte hingegen Kukliński ein Held gewesen sein, waren die anderen, Millionen von ihnen, – Verräter<sup>10</sup>.

<sup>9</sup> Der Beitrag Niesiolowskis sowie die Zusammenfassung Szczępiorskis in *Gazeta Wyborcza* v. 1. 10. 1992.

<sup>10</sup> Die Diskussion abgedruckt in *Sprawa pułkownika Kuklińskiego. Bohater czy zdrajca. Fakty i dokumenty* [Der Fall Kukliński. Held oder Verräter. Tatsachen und Dokumente]. Bearb. v. Maciej Łukasiewicz und eingel. v. Dariusz Fikus. Warszawa 1992.

Es liegt durchaus im Bereich des Wahrscheinlichen, daß ein Gerichtsurteil im Fall Kukliński ausbleiben wird. Die III. Republik ist zwar aus dem evolutionären Zusammenbruch Volkspolens entstanden, die Frage nach Kontinuität bzw. Diskontinuität zwischen volks- und adjektivlosem Polen läßt sich aber auf keinem mir bekannten Feld eindeutig beantworten. So beteiligt sich der Staat an der Vergangenheitsbewältigung per Verneinung, mit gutem Grund und erheblichem Umfang. Er stößt aber an Grenzen, die gleichsam biologisch, durch die Existenz von Millionen Antikuklińskis, vorgegeben sind. Und diese Grenzen wird er erst dann überschreiten können, wenn der ganze Fragenkomplex – wiederum aus biologischen Gründen – eindeutig zu einer historischen Frage geworden ist, ähnlich wie die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität zwischen Adelsrepublik, Warschauer Herzogtum und Königreich Polen.

\* \* \*

Von welchem zeitlichen Horizont ist hier die Rede? Die Antwort bleibt spekulativ, wenngleich der Trend der letzten Jahre recht eindeutig ist. Schon vor 1989 wußte nur jeder fünfte Schüler, warum er nach Auschwitz gefahren wird. In den letzten Jahren ging die Zahl der Besucher der Mahnstätten auf die Hälfte bis ein Viertel zurück. „Aus der Sicht der heutigen Jugendlichen“, erzählen Fremdenführer, „rücken Auschwitz, Majdanek oder Groß-Rosen in die Ferne, sie werden verdeckt durch die frisch entlarvte Wahrheit über sowjetische Lager, sie wandern ab in die Geschichte, irgendwo neben Verdun und das Wunder an der Weichsel“<sup>11</sup>.

Allem Anschein zum Trotz vergeht die Vergangenheit, wenngleich langsam und zögerlich. „Das eigentliche Ende des Zweiten Weltkriegs“ im August 1992 auf dem Warschauer Siegesplatz macht aufmerksam auf die noch immer immense Rolle des Geschichtsbewußtseins, sollte zugleich aber auch wörtlich genommen werden – der Zweite Weltkrieg scheint nun endgültig, samt Jalta und Katyń, jenem Zeithorizont zugeordnet zu sein, dem man nicht mehr Aufmerksamkeit zollt als den Teilungen Polens.

Anders verhält es sich offensichtlich mit der Nachkriegsgeschichte, mit Lamsdorf, Jaruzelski und Kukliński, die – trotz aller Historisierung – noch immer im tagespolitischen Streit einsetzbar bleiben. Nur: Daß die letzten 45 Jahre lebendige Geschichte, eben Zeitgeschichte, sind, ist doch letztlich durch und durch normal. Optimistischer Trugschluß oder Zeichen der fortschreitenden Normalität der Gesellschaft?

<sup>11</sup> Kalicki, Włodzimierz: Coraz trudniej pamiętać [Es fällt immer schwerer, sich zu erinnern]. Gazeta Wyborcza v. 7. 9. 1992.

VERORDNETE VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG:  
NATIONALSOZIALISMUS UND ANTIFASCHISTISCHES  
TRADITIONSVERSTÄNDNIS IM GESCHICHTSBILD  
DER DDR

*Von Christiane Brenner*

„Vergangenheitsbewältigung“ oder „Aufarbeitung der Vergangenheit“ waren in der DDR lange Zeit keine gängigen Begriffe. In zeitgeschichtlichen Darstellungen, Handbüchern und Geschichtsllexika suchte man vergebens nach ihnen. Erst in den achtziger Jahren widmete die Historiographie der DDR der individuellen wie kollektiven Faschismusbewältigung stärkere Aufmerksamkeit<sup>1</sup>. Der Bezug zur jüngeren deutschen Geschichte, insbesondere zur Zeit des Nationalsozialismus, war im Selbstverständnis und in der Selbstdarstellung des ostdeutschen Staates jedoch stets in sehr starkem Maß präsent. Während der vierzig Jahre deutscher Zweistaatlichkeit durchlief die Haltung der DDR zum Erbe der deutschen Geschichte einige, zum Teil einschneidende Veränderungen. Unter den Historikern ließen sich seit den siebziger Jahren zunehmend differenziertere und kritischere Stellungnahmen vernehmen<sup>2</sup>. An der Grundposition, in der DDR sei die nationalsozialistische Vergangenheit definitiv bewältigt<sup>3</sup>, wurde aber trotz der gewachsenen Sensibilität für die verschiedenen Bereiche der Erforschung des Nationalsozialismus und einer gewissen Liberalisierung der Historiographie nicht gerührt.

Da der Satz von der endgültigen Vernichtung des Faschismus und seiner möglichen Keimzellen durch die antifaschistische Staatsgründung bis zum Ende der DDR unhin- terfragt und unangetastet blieb, war es naheliegend, daß eines der Themen, an dem sich nach dem November 1989 die deutsch-deutsche Geschichtsdiskussion entzündete, eben jenes antifaschistische Selbstverständnis des sozialistischen deutschen Teilstaates war. Aus dem proklamierten Anspruch der DDR, die einzig wirkliche Alternative zum Nationalsozialismus darzustellen, erwachsen in der aktuellen Antifaschismus-Debatte Fragen, die über die Erforschung der Wirksamkeit und der Veränderun-

<sup>1</sup> Siehe z. B. der Band zur Geschichte der SBZ, der zum 40. Jahrestag der DDR erschien: B a d s t ü b n e r, Rolf u. a.: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949 (Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 9). Köln 1989. Der „geistigen Faschismusbewältigung“ sind die Seiten 150ff. gewidmet.

<sup>2</sup> B r i n k s, Jan Herman: Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels. Frankfurt/M.-New York 1992, 9.

<sup>3</sup> Siehe z. B. B a d s t ü b n e r, Rolf: Zur Nationalgeschichte der DDR 1945–1949. Ergebnisse der Arbeit an Band 9 der „Deutschen Geschichte in zwölf Bänden“. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1989) 675–684, hier 680.

gen der antifaschistischen Legitimation der DDR hinausgehen. Der Umgang des ostdeutschen Staates mit den Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus und die Konsequenzen, die die politische Klasse der SBZ und späteren DDR aus zwölf Jahren Faschismus zog, rücken nach dem Zusammenbruch der DDR umso mehr ins Blickfeld, als auch dieser Staat eine schwierige Vergangenheit hinterläßt, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Und diese Aufgabe stellt sich, wie sich gegenwärtig immer deutlicher zeigt, nicht allein auf wissenschaftlicher und juristischer Ebene. Mehrere Generationen von Bürgern der ehemaligen DDR sind von der ostdeutschen Geschichtserziehung geprägt. Ihre Reaktionen auf den Zusammenbruch des sozialistischen deutschen Staates, der nicht zuletzt auch das Scheitern dessen antifaschistischer Legitimation offenlegte, bewegen sich zwischen dem Bemühen um deren (zumindest teilweise) Rehabilitierung als Verteidigung eigener Identität<sup>4</sup> und der radikalen Abkehr von der in der DDR gültigen Leseart der Geschichte, die als diskreditiert und vor allem als diktiert empfunden wird. Die These vom „verordneten Antifaschismus“ wird häufig auch zur Erklärung der erschreckenden Popularität nationalsozialistischer Symbole und Parolen unter ostdeutschen Jugendlichen herangezogen<sup>5</sup>. Wenn diese Erklärung allein auch nicht ausreicht – denn Rechtsradikalismus und Neonazismus sind keine typisch ostdeutschen Phänomene –, so stellen verdrängte Realitäten, die nach dem Ende der DDR wieder an die Oberfläche kommen, zweifellos ein Problem der Gegenwart dar. Damit gewinnt die Auseinandersetzung mit der Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte in der DDR aktuelles politisches Interesse.

Eine nüchterne Bilanz der Leistungen und Defizite der ostdeutschen Vergangenheitsbewältigung könnte möglicherweise noch mehr leisten. Vier Jahrzehnte kontroverser, an Widerständen und Skandalen reicher Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der westdeutschen Gesellschaft zeugen davon, daß die Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit und Vergangenheitsbewältigung ein wichtiger Lernprozeß ist und in den komplexen Vorgang der Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur gehört.

### *Das DDR-Faschismusverständnis als Entlastungsstrategie*

Im Aufruf der KPD vom 11. 6. 1945, mit dem diese als erste Partei nach Kriegsende an die deutsche Öffentlichkeit trat, hieß es:

[...] Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider

<sup>4</sup> Versuche, den DDR-offiziellen Antifaschismus und damit die Vergangenheitsbewältigung der DDR zu retten, sind z. B. Elm, Ludwig: *Nach Hitler. Nach Honecker. Zum Streit der Deutschen um die eigene Vergangenheit.* Berlin 1991 und Kühnrich, Heinz: „Verordnet“ – und nichts weiter? Nachdenken über Antifaschismus in der DDR. *Zeitschrift für Geschichte* 9 (1992) 819–833.

<sup>5</sup> Z. B. Heinemann, Karl-Heinz/Schubarth, Wilfried (Hrsg.): *Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland.* Köln 1992. – Schubarth, Wilfried/Pschierer, Roland/Schmidt, Thomas: *Verordneter Antifaschismus und die Folgen. Das Dilemma antifaschistischer Erziehung am Ende der DDR.* *Aus Politik und Zeitgeschichte* B9/91 (22. 2. 1991) 3–28.

Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird. Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten<sup>6</sup>.

Aus dem Bewußtsein, im „Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung“ (1945–1949) die Gegenwart von jenem „reaktionären Schutt“ der deutschen Geschichte entrümpelt zu haben, leitete die spätere DDR ihre Legitimation ab. Sie nahm für sich in Anspruch, einen fundamentalen Neuanfang gewagt und die richtigen Lehren aus den negativen Traditionen der deutschen Geschichte – aus Militarismus, Imperialismus und Ausbeutung – gezogen zu haben<sup>7</sup>. Je deutlicher die DDR sich in Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik und auf der Suche nach einer eigenen Identität in die Tradition der progressiven Kräfte der deutschen Geschichte stellte und deren Schattenseiten allein der Bundesrepublik als Erbmasse zuwies, desto weniger schien der Nationalsozialismus ein Thema zu sein, mit dem sie sich aus eigener Betroffenheit zu beschäftigen hatte.

Verstärkt wurde diese Tendenz durch den Kalten Krieg, da beide deutsche Staaten in der plakativen Rhetorik dieser Zeit den ideologischen Gegenpart gerne mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleichsetzten oder zumindest verglichen<sup>8</sup>. Mit einer gewissen Häme konnte man im Osten Deutschlands auf die skandalöse Tatsache deuten, daß nicht wenige Führungspersonen im Westen auch im „Dritten Reich“ in Amt und Würden gewesen waren. Während in der SBZ besonders in den sensiblen Bereichen von Justiz und Bildung ein intensiver Personalaustausch stattfand, entwickelte sich in der Bundesrepublik eine Dynamik, die sich bald gegen die ursprüngliche Intention der Entnazifizierung richtete<sup>9</sup>. Auch das trug dazu bei, daß die historische Verantwortung für den Nationalsozialismus und die Aufgabe der Bewältigung dieser Vergangenheit zunehmend den Westdeutschen zugeschoben wurden.

Im Verlauf dieser Entwicklung, an deren Ende sich der ostdeutsche Staat vom Ballast der deutschen Geschichte befreit wähnte, veränderten sich der in der DDR verbindliche Faschismusbegriff sowie die Darstellung und Vermittlung der nationalsozialistischen Wirklichkeit in der historischen Forschung, in populärwissenschaftlichen Werken und in Schulbüchern.

In den ersten Jahren nach Kriegsende hatten in der SBZ/DDR Geschichtsauffassungen dominiert, die den Nationalsozialismus aus den Traditionen der deutschen Geschichte zu erklären suchten. Die sogenannte „Misere-“ oder „Irrweg-Konzeption“, die in erster Linie auf Alexander Abuschs 1947 erschienenes Werk „Der Irrweg einer

<sup>6</sup> Aufruf des ZK der KPD, zit. nach Flechtheim, Ossip: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland. Bd. 3/2. Berlin 1967, 316.

<sup>7</sup> Doernberg, Stefan: Kurze Geschichte der DDR. Berlin (Ost) 1964, 146f.

<sup>8</sup> Haug, Wolfgang Fritz: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt. Berlin 1987, 138ff.

<sup>9</sup> Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. Berlin/Bonn 1982, 653f.

Nation“<sup>10</sup> zurückging, zeichnete die Entwicklung Deutschlands seit Martin Luther als eine Linie, die über die Stationen Friedrich II. und Bismarck gewissermaßen folgerichtig zu Hitler und in den Zusammenbruch von 1945 führte<sup>11</sup>.

Im Zuge der Stalinisierung wurde der These vom „besonderen deutschen Weg“ in Zukunft und Vergangenheit eine Absage erteilt. Für die Geschichtsschreibung der DDR bedeutete dies die Abkehr von der Interpretation des „Dritten Reichs“ als eines spezifisch deutschen Phänomens. Während die „Misere-Konzeption“ durch ein positiveres Geschichtsbild ersetzt wurde, das die progressiven und revolutionären Traditionen der deutschen Geschichte hervorhob, wurde die Nationalsozialismus-Forschung dem orthodox-marxistischen Faschismusverständnis verpflichtet, dem die Formel Georgi Dimitroffs von 1933 zugrunde lag. Hier wird Faschismus als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ definiert. Die Hindernisse, die dieses verkürzte Verständnis des Faschismus als Verlängerung des Kapitalismus einer profunden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entgegensetzt, liegen auf der Hand und sind vielfach aufgezeigt worden. In der Beschränkung auf die ökonomische Komponente, den Imperialismus und auf den Antikommunismus des Faschismus wurden wesentliche Elemente der nationalsozialistischen Realität ausgeblendet. Hatte die „Misere-Konzeption“ den Nationalsozialismus aus der Logik der deutschen Entwicklung hergeleitet, erschien dieser nun nur noch als zwingende Endstufe des Kapitalismus. Er wurde gewissermaßen entnationalisiert, als Faschismus zum internationalen und quasi überhistorischen Phänomen erklärt. Marginalisiert wurden der Rassismus, der Antisemitismus und der millionenfache Mord an den Juden<sup>12</sup>. Aber auch die Frage nach der Massenbasis des „Dritten Reichs“ wurde mit dem Hinweis auf das Interesse von „Monopolkapitalisten und Latifundienbesitzern“, den Kapitalismus seiner definitiven Steigerung und „scheußlichen Endphase“ zuzutreiben, in den Hintergrund gedrängt<sup>13</sup>. Die breite Masse erscheint in Darstellungen des „Dritten Reichs“ als vom Klassenfeind „verhetzt“<sup>14</sup> und wird gänzlich in der Opferrolle dargestellt, wenn vom „Bürgerkrieg der Nazis gegen das eigene Volk“<sup>15</sup> die Rede ist.

Waren in den ersten Jahren nach Kriegsende Schuld und Mitschuld der Massen am NS noch ein wichtiges Element der politischen Aufklärung gewesen<sup>16</sup>, so leistete der

<sup>10</sup> Abusch, Alexander: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte. Berlin (Ost) 1947.

<sup>11</sup> Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989. Frankfurt/M. 1992, 65f. – Brinks: Die DDR-Geschichtswissenschaft, 92ff.

<sup>12</sup> Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 114.

<sup>13</sup> Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Buchenwald. Berlin (Ost) 1959, 20.

<sup>14</sup> Doernberg: Kurze Geschichte der DDR, 85.

<sup>15</sup> Scheer, Regina: Der Umgang mit dem Grauen. In: Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert. Begleitbuch zur Ausstellung in der Museumswerkstatt im Thälmannpark. Hrsg. vom Kulturamt Prenzlauer Berg und dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V. Berlin 1992, 101–113, hier 107.

<sup>16</sup> Bender, Peter: Deutsche Parallelen. Anmerkungen zu einer gemeinsamen Geschichte zweier getrennter Staaten. Berlin 1989, 47f.

Stalinismus durch die Verbindung einer betont nationalistischen Geschichtsschreibung mit der eindeutigen Schuldzuweisung an die Adresse der „Agenten des Imperialismus“ einen entscheidenden Beitrag zum Freispruch des größten Teils der deutschen Bevölkerung von der Komplizenschaft mit dem Nationalsozialismus.

Eine entlastende Wirkung ging auch von der antifaschistischen Gründungslegende der DDR aus, die sich mit der Geschichtserfahrung eines Großteils ihrer Bevölkerung keineswegs deckte und zur institutionalisierten Erinnerung erstarrte.

Die antifaschistische Legitimation der DDR, die den Widerstand der KPD gegen den Nationalsozialismus zum siegreichen Weg stilisierte, der in der „Selbstbefreiung von Buchenwald“ seinen krönenden Höhepunkt fand, profitierte von der politischen und moralischen Integrität, die man der Elite des neuen Staates zubilligte<sup>17</sup>. Diese rekrutierte sich zu einem großen Teil aus dem Widerstand und dem Exil. Viele derer, die in der DDR in verantwortliche Positionen rückten, waren in Gefängnissen und Konzentrationslagern gewesen und verkörperten in ihrem Selbstverständnis das andere, bessere Deutschland<sup>18</sup>. Und sie wurden unterstützt von angesehenen Künstlern. Brecht, Arnold Zweig, Anna Seghers, Bredel, Renn und Bloch gingen in die DDR. „Selbst Heinrich Mann wäre gekommen, trotz seiner Vorbehalte, aber er starb, bevor er die Reise antreten konnte“<sup>19</sup>, erinnert sich Stefan Heym in seinen Memoiren. Das verschaffte dem ostdeutschen Staat gegenüber seinem westdeutschen Konkurrenten einen Anstrich moralischer Überlegenheit und zeigte auch im westlichen Ausland Wirkung.

Ob es der Staats- und Parteiführung tatsächlich gelang, ihr Siegesbewußtsein auf die ganze Bevölkerung zu übertragen – wie es Christa Wolf formuliert hat<sup>20</sup> – und die DDR-Bürger dadurch nachträglich zu einem Teil der Anti-Hitler-Koalition zu machen<sup>21</sup>, kann angesichts der Konfrontation der Menschen in der SBZ mit der sowjetischen Besatzungsmacht und den Reparationsforderungen der UdSSR bezweifelt werden. Sicher aber ist, daß die Identifikation mit den Antifaschisten in krassem Widerspruch zu den Erfahrungen der Bevölkerungsmehrheit, den Erfahrungen der Mitläufer, der Verführten und der gläubigen Nazis, stand<sup>22</sup>.

Dabei sprach der Appell, gemeinsam eine „neue Welt“ zu errichten, der sich anfangs ausdrücklich auch an bürgerliche und christliche Kräfte richtete, durchaus die in der deutschen Gesellschaft weitverbreiteten antipluralistischen Politikvorstellungen an. Denn die Konzeption der antifaschistischen Blockpolitik schien durch die Überwindung der Parteienzersplitterung einen Ausweg aus dem Dilemma von Weimar anzubieten. Sie antwortete gewissermaßen auf traditionell antipluralistische und antidemokratische Haltungen, denen die erste deutsche Republik nicht mehr war als

<sup>17</sup> Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 38.

<sup>18</sup> Wenzel, Gisela: Vorwärts und schnell vergessen. Geschichtsverdrängung und Erinnerungsarbeit in deutschen Wendezeiten. In: Mythos Antifaschismus, 125–135, hier 130.

<sup>19</sup> Heym, Stefan: Nachruf. Frankfurt/M. 1990, 543.

<sup>20</sup> Zit. nach Obenaus, Herbert: Stasi kommt – Nazi geht? Die Zeit vom 31. 7. 1992, 40.

<sup>21</sup> Giordano, Ralph: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein. Hamburg 1987, 219.

<sup>22</sup> Obenaus: Stasi kommt – Nazi geht 40.

das Vorspiel der nationalsozialistischen Machtübernahme<sup>23</sup> und damit eine Bestätigung der Ablehnung der dem westlichen Demokratietyp inhärenten Konkurrenzverhältnisse und Interessenkonflikte<sup>24</sup>. Organizistische Gesellschaftsvorstellungen fanden sich in der frühen Nachkriegszeit nicht nur in den Reihen der KPD/SED, sondern bei Vertretern nahezu aller politischen Richtungen<sup>25</sup>.

Indem die antifaschistische Konzeption die Hoffnung auf gesellschaftspolitischen Wandel und innere wie äußere Einheit der Nation gleichzeitig nährte, „wurde der Antifaschismus zu einer revolutionären Technik des Machterwerbs stilisiert“<sup>26</sup>. Als *tieferer, ehrlichere Form der Demokratie* versprach die antifaschistische Konzeption den Menschen eine Politik jenseits der Parteiegoismen. Sie warb mit wirklicher Volksnähe für sich und stellte Mitbestimmungsrecht für „den kleinen Mann“ in Aussicht.

### *Antifaschismus und politische Praxis in der DDR*

In der politischen Praxis waren aber weder die nach Kriegsende spontan entstandenen Antifa-Initiativen gefragt, noch konnten in den neu gebildeten Parteien und Massenorganisationen Kräfte, die nicht mit der Linie der KPD/SED übereinstimmten, über die erste Phase der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ hinaus Einfluß nehmen.

Die „Kurze Geschichte der DDR“, mit der Stefan Doernberg 1964 eine erste verbindliche Gesamtdarstellung der Entwicklung des ostdeutschen Staates vorlegte, berichtet, die antifaschistischen Initiativen, die zum Aufbau einer neuen Verwaltung und zur Linderung der ärgsten Not in der Bevölkerung beitragen wollten, seien von den sowjetischen Behörden als Verwaltungsorgane anerkannt worden<sup>27</sup>. Tatsächlich aber waren die antifaschistischen Initiativen und Ausschüsse in der sowjetischen Besatzungszone ebensowenig willkommen wie im Westen. Auf obersten Befehl wurden sie aufgelöst, ungeachtet der Tatsache, daß viele ihrer Initiatoren Kommunisten und ehemalige KZ-Häftlinge waren<sup>28</sup>.

Die Einengung auf den allein von der Sozialistischen Einheitspartei bestimmten „Antifaschismus“ vollzog sich in den Massenorganisationen binnen weniger Jahre.

<sup>23</sup> Grunenberg, Antonia: „Hier eine Welt des Niedergangs – dort eine neue Welt im Aufbau ...“ Antifaschismus – ein Mythos in Deutschland. Kommune. Forum für Politik, Ökonomie und Kultur 9 (1992) 58–63, hier 61.

<sup>24</sup> Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 115.

<sup>25</sup> Dazu: Mommsen, Hans: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands. In: Ders.: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze. Zum 60. Geburtstag hrsg. v. Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod. Hamburg 1991, 233–337, hier vor allem 285 ff., 320 ff.

<sup>26</sup> Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 31.

<sup>27</sup> Doernberg: Kurze Geschichte der DDR, 25.

<sup>28</sup> Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat. München 1987, 96 ff. – Schmoltinger, Horst W.: Das Bezirkskomitee Freies Deutschland in Leipzig. In: Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Hrsg. v. Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt. Wuppertal 1976, 219–251. – Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1992, 469–479.

Die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ), die 1946 aus den antifaschistischen Jugendausschüssen und -komitees hervorgegangen war<sup>29</sup>, wollte, nach den Worten ihres Vorsitzenden Erich Honeckers, ihren überparteilichen Charakter wie den „eigenen Augapfel“ hüten<sup>30</sup>. Nicht Staatsjugend wollte sie sein und keiner politischen Richtung als allein dem Antifaschismus und der Demokratie verpflichtet. So waren anfangs sämtliche Parteien wie auch die Kirchen in der „Freien Deutschen Jugend“ vertreten. Bis 1949 war die FDJ als einzig legale Jugendorganisation der DDR bereits vollständig auf SED-Linie gebracht. An der Akzeptanz und Unterstützung von Maßnahmen, die unter den Jugendlichen zunächst auf Unverständnis und Ablehnung stießen, wie die Einführung des Blauhemds und die Rekrutierung für den Dienst in der Kasernierten Volkspolizei<sup>31</sup>, zeigte sich, daß die organisierte Jugend längst zur „jungen Garde der Partei“ geworden war.

Auch die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), die organisierte Vertretung der Opfer und Widerstandskämpfer, war als überparteilicher und überkonfessioneller Zusammenschluß gegründet worden. 1948, ein Jahr nach der Vereinigung der verschiedenen Landesverbände der VVN zu einer SBZ-weiten Organisation, zählte sie zwischen 28 000 und 35 000 eingetragenen Mitgliedern<sup>32</sup>. Bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung betrachtete die SED die VVN als ihren „natürlichen Bündnispartner“<sup>33</sup>. Aus der Sicht vieler VVN-Mitglieder war jedoch eine unbedingte Übereinstimmung ihrer Ziele mit denen der Partei nicht gegeben. Zwar wurde in der SBZ/DDR den Interessen der Opfer vielfach schneller entsprochen als im Westen – so z. B. was die Annullierung von NS-Urteilen und die Gewährung spezieller Renten betrifft – ein Erfolg, den die VVN auch als den ihren betrachten konnte. Darüber hinaus aber konnte die Verfolgtenorganisation kaum Einfluß auf die Politik nehmen, was sie in ihrer Erwartung, den Nachkriegsaufbau aktiv mitzugestalten, enttäuschte. Unzufriedenheit herrschte in den Reihen der VVN auch über die Entnazifizierungspraxis, vor allem aber wurde Kritik an der Einstellung der Entnazifizierung Anfang 1948 durch SMAD-Befehl laut. Obwohl schon Mitte 1950 der größte Teil der VVN-Mitglieder auch in der SED organisiert war<sup>34</sup>, zeigten sich die Grenzen der Beeinflussbarkeit und Instrumentalisierbarkeit im Falle der VVN deutlicher als bei den meisten anderen Massenorganisationen. Zunehmend unter Druck geriet die VVN, als die SED-Führung vor dem Hintergrund des Kalten Krieges 1948 die Kampagne gegen ehemalige Sozialdemokraten, 1949 die Verfolgung von „Trotz-

<sup>29</sup> Freiburg, Arnold/Mahrad, Christa: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR. Mit einem Vorwort von Walter Jaid e und Barbara Hille. Opladen 1982, 19ff.

<sup>30</sup> Borkowski, Dieter: Für jeden kommt der Tag ... Stationen einer Jugend in der DDR. Berlin 1990, 87. – Weber, Hermann: Freie Deutsche Jugend (FDJ). In: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Hrsg. von Martin Brosz at und Hermann Weber. München 1990, 665–690, hier 669.

<sup>31</sup> Borkowski: Für jeden kommt der Tag, 287ff.

<sup>32</sup> Foitzik, Jan: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. In: SBZ-Handbuch, 748–759, hier 750.

<sup>33</sup> Ebenda, 752.

<sup>34</sup> Ebenda, 751.

kisten“ und anderen „Abweichlern“ und in den beiden darauf folgenden Jahren die Kampagne gegen die „Westemigranten“ veranlaßte.

In besonders makabrem Licht erscheinen die Säuberungswellen der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre aufgrund ihrer antisemitischen Färbung<sup>35</sup>. Die Tatsache, daß sich die Kampagnen erneut gegen Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands richteten, sprach dem Anspruch Hohn, mit der Schaffung des sozialistischen Deutschlands sei „das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ erfüllt worden<sup>36</sup>.

Trotz heftiger interner Auseinandersetzungen trug die VVN die antisemitische Stoßrichtung der sogenannten „Lehren“ mit, die die SED aus dem Rajk-Prozeß in Ungarn (1950) und dem Slánský-Prozeß in der Tschechoslowakei (1953) zog. Diese gewaltige Anpassungsleistung – Parteiausschlüsse und Verhaftungen trafen auch die VVN – konnte die Vereinigung nicht retten. Im Februar 1953 hatte sie auf Weisung Ulbrichts ihre Selbstauflösung zu beschließen. Offiziell wurde dieser Schritt mit der „Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus“ durch die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ begründet<sup>37</sup>. Durch den erfolgreichen Abschluß der Umwälzung, so hieß es, habe sich die VVN überlebt. Tatsächlich reagierte die SED in erster Linie auf den schwelenden Konflikt mit der jüdischen Gemeinde. Welche Rolle der Machtkampf zwischen Ulbricht und Franz Dählem bei der Auflösung der VVN spielte, ob Dählems Sturz für Ulbricht ein willkommener Nebeneffekt oder eine der Hauptintentionen bei der Ausschaltung der Verfolgtenvereinigung war, ist nicht mit letzter Sicherheit zu sagen<sup>38</sup>.

An Stelle der VVN entstand das „Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer“, ein Gremium, dessen Mitglieder direkt vom ZK der SED berufen wurden. Seine Aufgabe lag in der „Traditionspflege des Antifaschismus“, das heißt in der Erforschung und Popularisierung des Widerstandskampfes. Diese inhaltliche Schwerpunktverlagerung in Richtung Repräsentation des offiziellen Traditionsbewußtseins der DDR deutete sich auch im Namen der neuen Organisation an, der die Kämpfer gegen den Faschismus, aber nicht mehr die Verfolgten nennt.

In den territorialen Ablegern des Komitees bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED wurde die Arbeit mit Jugendlichen, die Einrichtung und Pflege von Mahn- und Gedenkstätten und Traditionskabinetten koordiniert. Damit wirkte das Komitee an entscheidender Stelle in der Geschichtsarbeit der DDR mit, die mit zahllosen Mahn- und Gedenkstätten, der „Namensträgerbewegung“, d. h. der Verleihung von Namen antifaschistischer Widerstandskämpfer an Jugendbrigaden, und der Gestaltung von Gedenk- und Feiertagen im öffentlichen Leben sehr stark präsent war.

Mit der Auflösung der VVN hatte aber die organisierte Vertretung der Opfer und Widerstandskämpfer in der DDR ihre Autonomie gänzlich verloren. Durch die Ein-

<sup>35</sup> Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 51.

<sup>36</sup> Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Einstimmig angenommen auf dem IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin [Ost] 18. bis 22. Mai 1976, 5.

<sup>37</sup> Leo, Annette: Antifaschismus und Kalter Krieg. Eine Geschichte von Verengung, Verdrängung, Erstarrung. In: Mythos Antifaschismus, 143–153, hier 149.

<sup>38</sup> Foitzik, Jan: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, 674.

richtung einer direkt vom Staat abhängigen Organisation gelang es der SED, ihren Alleinvertretungsanspruch in Sachen Antifaschismus endgültig durchzusetzen. In späteren Konflikten um die Darstellung von Vernichtung und Widerstand im nationalsozialistischen Deutschland bewies die Partei, daß sie gegebenenfalls auch bereit war, die Unterdrückung unerwünschter Bilder von oberster Stelle zu veranlassen<sup>39</sup>.

### *Stalinismus und Antifaschismus*

Der Gleichsetzung von „Nationalsozialismus“ und „Faschismus“ im Zuge der Stalinisierung entsprach die semantische Verschiebung, nach der in der DDR bald „antifaschistisch“ mit „sozialistisch“ identifiziert wurde.

Während Faschismus zunehmend aus dem eigenen Erfahrungsbereich und hinter die westliche Landesgrenze gerückt wurde, wo es die „Refaschisierung“ durch „revanchelüsterne Hitlergenerale“<sup>40</sup> anzuprangern galt, war weiter östlich Antifaschismus erlernbar. Auch der sozialistische deutsche Staat verzicht den kleinen Nazis und Mitläufern bald und bot ihnen im Zuge der völligen Umwälzung der bisherigen Wirtschafts- und Sozialverfassung und des Nachkriegsaufbaus beachtliche Aufstiegsmöglichkeiten, von denen vor allem Arbeiter und andere bisher minder privilegierte Gruppen profitierten<sup>41</sup>. Antifaschist zu werden bedeutete, die antifaschistisch-demokratische Umwälzung – also vor allem die Enteignung der Industriellen und die Bodenreform – zu unterstützen. Es bedeutete aber auch, im Gegenzug zur Entlastung von der eigenen Vergangenheit<sup>42</sup>, dem stalinistischen Kurs der SED aktive oder zumindest passive Loyalität zu erweisen.

Gerade viele junge Menschen nahmen dankbar die neue Lehre an, die nicht nur die Schrecken der Vergangenheit perfekt zu erklären wußte, sondern auch ein unfehlbares Gestaltungskonzept für die Zukunft anbot. Nicht selten mußte die Bereitwilligkeit, mit der Loyalität gegen Entlastung getauscht wurde, mit einer zweiten bitteren Enttäuschung bezahlt werden. Der Schriftsteller Erich Loest beschrieb in einem biographischen Rückblick auf seine Jugend während der vierziger und fünfziger Jahre die rasche „Absolution“ nach 1945 als verpaßte Chance einer Auseinandersetzung mit seinem Engagement in der Hitlerjugend:

<sup>39</sup> Ein Beispiel dafür aus den achtziger Jahren ist die Unterdrückung der Fernsehinszenierung des Stücks „Ravensbrücker Ballade“ von Hedda Zinner, das 1961 in der DDR ein großer Theatererfolg gewesen war, 1985 aber nicht gesendet werden durfte, da es dem Bild des antifaschistischen Widerstandskampfes, den die führende DDR-Funktionärschicht sehen wollte, nicht exakt entsprach. Eine ausführliche Dokumentation darüber erschien unlängst: *Ravensbrücker Ballade oder Faschismusbewältigung in der DDR*. Mit einem Essay von Hedda Zinner. Hrsg. von Klaus Jarmatz. Berlin 1992.

<sup>40</sup> Doernberg: *Kurze Geschichte der DDR*, 315.

<sup>41</sup> Staritz: *Die Gründung der DDR*, 99ff. – Niethammer, Lutz/von Plato, Alexander/Wierling, Dorothee: *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie in der Industrieprovinz der DDR*. Berlin 1991, 61.

<sup>42</sup> Wittich, Bernd: *Die dritte Schuld. Antifaschismus, Stalinismus und Rechtsextremismus*. In: Heinemann/Schubarth (Hrsg.): *Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder*, 29–36, hier 41.

Hätte er [Loest/C. B.] nach 1945 mehr Zeit gefunden, mit seinem Naziballast fertig zu werden, wäre ihm nicht zu schnell und pauschal vergeben worden, hätte er nicht zu flink Preisgabe zu einem wenn auch völlig anderen Ziel hin angestrebt, wäre ihm ein zweites Erwachen erspart geblieben<sup>43</sup>.

Da die Staatsgründung von 1949 im offiziellen Geschichtsbild der DDR zur „Krönung des antifaschistisch demokratischen Befreiungskampfes“ wurde und „das wichtigste Ergebnis des Kampfes um die Ausmerzungen des Faschismus“<sup>44</sup> darstellte, war es folgerichtig, jede Bedrohung des eigenen Staates als „faschistisch“ zu bezeichnen. So schildert Stefan Doernberg den Aufstand vom 17. Juni 1953 als einen vom Westen angezettelten und gesteuerten faschistischen Putschversuch:

Verurteilte Kriegsverbrecher, wie die berüchtigte Kommandeuse des faschistischen Konzentrationslagers Ravensbrück, Erna Dorn, wurden aus den Gefängnissen herausgeholt und riefen unter der Losung „Freiheit“ zum Mord an Partei- und Staatsfunktionären und zum Sturz der Arbeiter- und Bauern-Regierung auf. [...] Die Arbeiterklasse und auch die anderen Schichten der Bevölkerung wurden um viele wertvolle Erfahrungen reicher. Die Ausschreitungen der Putschisten hatten ihnen gezeigt, daß sich hinter den Bonner Phrasen von Einheit und Freiheit und von der sogenannten Befreiung der DDR in Wirklichkeit die blutige Fratze des Faschismus und des Krieges verbarg<sup>45</sup>.

Auch das Jugoslawien Titos, der Aufstand 1956 in Ungarn und der tschechoslowakische Reformsozialismus erhielten, da sie aus der Sicht der Staats- und Parteiführung der DDR das sozialistische Staatensystem in Frage stellten, das Etikett „faschistisch“. Die befremdlichste Wortschöpfung aber stellte die Bezeichnung „antifaschistischer Schutzwall“ für die Berliner Mauer dar. Wenn auch viele dieser Worthülsen nie wirklich Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch fanden, so prägte die Lehre von der Dichotomie zwischen der wirtschaftlich weniger prosperierenden, aber moralisch besseren Welt im Osten und einer postfaschistischen Welt im Westen das politische Bewußtsein vieler DDR-Bürger bis in die jüngste Vergangenheit<sup>46</sup>.

Die antifaschistische Gründungslegende wirkte in hohem Maße stabilisierend auf die innere Entwicklung der DDR. Als „verinnerlichtes Disziplinierungsinstrument“<sup>47</sup> sicherte sie dem Staat die Loyalität der meisten Intellektuellen, teilweise bis über sein Ende hinaus. Aus der angenommenen Alternativlosigkeit zu der antifaschistischen Staatsgründung von 1949<sup>48</sup> resultierte der Glaube an die unbedingte Legiti-

<sup>43</sup> Loest, Erich: Durch die Erde ein Riss. Ein Lebenslauf. Frankfurt/M. 1986, 253 f.

<sup>44</sup> Doernberg: Kurze Geschichte der DDR, 11 f.

<sup>45</sup> Doernberg: Kurze Geschichte der DDR, 223–227.

<sup>46</sup> In einer vom Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung durchgeführten Umfrage stimmten 1988 95 Prozent der befragten Jugendlichen der Auffassung zu, daß die gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus in der DDR beseitigt seien. Von der Bundesrepublik nahmen das von denselben Jugendlichen indessen nur 16 Prozent an. Mitte 1990 betrug das Verhältnis 67 Prozent zu 22 Prozent. Nach: Schubarth, Wilfried/Schmidt, Thomas: „Sieger der Geschichte“. Verordneter Antifaschismus und die Folgen. In: Heinemann/Schubarth (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder, 12–28, hier 25.

<sup>47</sup> Probst, Lothar: Die Revolution entläßt ihre Schriftsteller. Deutschland-Archiv 6 (1990) 921–925, hier 922.

<sup>48</sup> Grunenberg: „Hier eine Welt des Niedergangs ...“, 61.

mität der DDR und daraus der Mangel an kritischer Distanz, den das Gros der ostdeutschen Schriftsteller und Wissenschaftler von ihren Kollegen in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei unterschied. Tabuisiert und aus der Wahrnehmung ausgegrenzt wurde vor allem der Stalinismus<sup>49</sup>, dessen Einzug in die SBZ mit der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung zusammenfiel, und das politische und gesellschaftliche Leben in der DDR bis tief in die fünfziger Jahre hinein prägte. Immun gegen Kritik erschien der Aufbau des sozialistischen Deutschland, obwohl er sich augenfällig von der Utopie unterschied, auch dadurch, daß seine führenden Politiker, im Gegensatz zu den meisten Deutschen, aktive Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Christa Wolf erklärt die Unfähigkeit, „Widerstand gegen Widerständler“<sup>50</sup> zu leisten, folgendermaßen:

Weil wir als sehr junge Menschen, aufgewachsen im Faschismus, erfüllt waren von Schuldgefühlen und denen dankbar waren, die uns da rausgeholt hatten. Das waren Antifaschisten und Kommunisten, die aus Konzentrationslagern, Zuchthäusern und aus der Emigration zurückgekehrt waren und die in der DDR mehr als in der Bundesrepublik das politische Leben prägten. Wir fühlten eine starke Hemmung, gegen Menschen Widerstand zu leisten, die in der Nazizeit im KZ gegessen hatten<sup>51</sup>.

Im November 1989, nach dem Fall der Mauer, waren es dann auch vor allem die Schriftsteller, die den antifaschistischen Konsens von 1945 gegen den Zusammenschluß mit der Bundesrepublik beschworen. Das antifaschistische Erbe erschien als das zentrale Argument für den Erhalt der Eigenstaatlichkeit der DDR. Die Neuaufgabe eines „dritten Wegs“, welche dann die Schriftsteller enttäuscht von ihrem Volk zurückließ<sup>52</sup>, spielte dabei auf reformsozialistische Vorstellungen mit mehr oder minder stark mitschwingendem antiwestlichen Ressentiments an<sup>53</sup>. Die dualistische Weltansicht, die in den fünfziger Jahren die Kritik am Stalinismus erstickt hatte, weil es zur antifaschistisch-sozialistischen DDR keine Alternative geben konnte, fand hier ihre Fortsetzung<sup>54</sup>.

### *Faschismus im Schulbuch*

Stand das offizielle Geschichtsbild der DDR in mancher Hinsicht in scharfem Gegensatz zu den realen Erlebnissen der älteren Generation während des Nationalsozialismus und bei Kriegsende, so warf die Vermittlung dieser Zeit an die Folgegeneration über Schulunterricht und Medien noch weitaus gravierendere Probleme auf.

Im realexistierenden Sozialismus rückten die Helden, die Antifaschisten und die Aktivisten der ersten Stunde in weite Ferne. Ihr Protest und ihr Kampf wurde sakralisiert, während die Jugend sich mit der vorgefundenen Welt, in der es nichts mehr zu

<sup>49</sup> Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 29.

<sup>50</sup> Wittich: Die dritte Schuld, 33.

<sup>51</sup> Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 29.

<sup>52</sup> Probst: Die Revolution entläßt ihre Schriftsteller, 924.

<sup>53</sup> Comedy, Horst: Feindbild: BRD. Kursbuch 109 (1992) 63–77.

<sup>54</sup> Grunenberg: „Hier eine Welt des Niedergangs ...“, 63.

verändern gab, begnügen sollte<sup>55</sup>. Das den heranwachsenden Generationen in Schule und Gedenkstätten vermittelte Bild vom „Dritten Reich“ war eigenartig stilisiert und schematisiert<sup>56</sup>. Das Alltagsleben der Menschen im Nationalsozialismus kam ebenso wenig vor, wie der aktive Nationalsozialist und der Mitläufer als Personen verdeutlicht wurden. Die NS-Prominenz geriet zur Karikatur<sup>57</sup>. In den Heldenlegenden aus dem kommunistischen Widerstand kamen dessen Isolation, kamen Scheitern und Schwäche nicht vor. Von Sozialdemokraten und Christen, die gegen die Nazidiktatur kämpften, war nur am Rande die Rede. Da der antifaschistische Widerstandskampf definiert wurde als „seinem Wesen nach Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse sowie anderen Werktätigen und dem Monopolkapital“<sup>58</sup>, wurde der konservative Widerstand bis in späten achtziger Jahre in den Schulbüchern überhaupt nicht gewürdigt.

Die Menschen der damaligen Zeit wurden primär als Opfer beschrieben. Sie erschienen als Opfer der sozialen und politischen Verhältnisse der Weimarer Republik, die sie für die Demagogie der Nazis anfällig gemacht hatten. Führerkult und Masseneuphorie wurden dabei ebensowenig problematisiert wie die Bereitwilligkeit, mit der sich die Bevölkerungsmehrheit der Diktatur anpaßte und unterordnete<sup>59</sup>. Nach den Worten Stephan Hermlins, der sich 1988 zu diesem Geschichtsbild kritisch äußerte, lebten viele Jugendliche in der DDR „in der stillschweigenden Annahme, etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung sei in den Jahren der Naziherrschaft antifaschistisch gewesen“<sup>60</sup>.

Dem Film und der Literatur kam da, wo ein völlig von der Ideologie bestimmtes Geschichtsbild das Interesse an der Vergangenheit eher ersticken als fördern konnte, eine wichtige Rolle zu. Gerade in der frühen Nachkriegszeit entstanden in den Studios der DEFA bemerkenswerte Werke über das „Dritte Reich“. Erinnert sei an dieser Stelle nur an Wolfgang Staudtes „Die Mörder sind unter uns“ und „Ehe im Schatten“ von Kurt Mätzig. Später waren es eher Romane, wie Erich Loests „Jungen, die übrig blieben“ und Christa Wolfs „Kindheitsmuster“, die vom gewöhnlichen Faschismus in gewöhnlichen deutschen Kleinstädten, von Krieg, Zusammenbruch und Flucht und von den gar nicht so heroischen Schwarzmarktzeiten erzählten.

### *Erbe und Tradition*

Mit der verschärften Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik und dem Bemühen, eine DDR-eigene Identität auf breiter historischer Basis zu schaffen, setzte sich in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft seit Beginn der siebziger Jahre ein

<sup>55</sup> Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 314.

<sup>56</sup> Jarausch, Konrad H.: Das Versagen des ostdeutschen Antifaschismus. Paradoxien von Wissenschaft als Politik. Berliner Debatte Initial 2 (1991) 114–123, hier 117.

<sup>57</sup> Schubarth/Schmidt: „Sieger der Geschichte“, 15.

<sup>58</sup> Mammach, Klaus: Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939. Frankfurt/M. 1974, 255.

<sup>59</sup> Schubarth/Schmidt: „Sieger der Geschichte“, 14.

<sup>60</sup> Zit. nach Höpcke, Klaus: Wider gewisse Vergeßlichkeit. Die Weltbühne vom 18.10. 1988, 1316–1318, hier 1316.

neues Traditionsverständnis durch. Im Zuge der auch im Westen mit Interesse beobachteten Diskussion um „Erbe und Tradition“ entwickelte die DDR-Historiographie einen erweiterten Traditionsbegriff, über den bisher negativ beurteilte Phasen und Personen der deutschen Geschichte ihren Platz im offiziellen Geschichtsbild bekamen. Martin Luther und die Reformation, die in der „Misere-Konzeption“ am Anfang des deutschen Irrwegs gestanden hatten, erfuhren als erste eine Umwertung<sup>61</sup>. Nachdem auch Friedrich II. seinen Platz in der Ahnengalerie der DDR gefunden hatte, kam es zu Beginn der achtziger Jahre zu einer Preußen-Renaissance und damit auch zu einer Aufwertung Bismarcks und der Reichsgründung von 1871<sup>62</sup>. Mit der Bekundung, die DDR stelle sich der „ganzen deutschen Geschichte“, entsprach die Historikerschaft der DDR zwar in erster Linie dem von der SED formulierten politischen Identitätsbedarf bei der Konstituierung einer „Nation neuen Typs“<sup>63</sup>, in Folge des politischen Wandels gelang es ihr aber auch, sich von einigen ideologischen Fesseln der fünfziger und sechziger Jahre zu befreien<sup>64</sup>. Das schlug sich sowohl in den Themen als auch in den Methoden der Geschichtswissenschaft nieder. So erlebte z. B. die Regionalgeschichte einen Entwicklungsschub, und es entstanden erste alltagsgeschichtliche Untersuchungen<sup>65</sup>.

In unserem Zusammenhang interessieren vor allem die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Erforschung und Vermittlung der Geschichte der Jahre 1933–1945, die sich allerdings später und zaghafter äußerten als auf dem Gebiet der weiter zurückliegenden deutschen Geschichte.

Die Aufforderung an die Adresse der Geschichtswissenschaft, sich der ganzen deutschen Geschichte und nicht nur ihren revolutionären und fortschrittlichen Traditionen zu stellen, bereitete einem breiteren Widerstandsverständnis den Weg, in dem neben dem Klassenkampfaspekt nun stärker der Kampf um Demokratie, um Frieden und Humanität herausgearbeitet wurden<sup>66</sup>. In verstärktem Maß wandte sich die ostdeutsche Historiographie dem konservativen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, namentlich den Attentätern des 20. Juli 1944, zu<sup>67</sup>. Wenngleich eine Ablösung von dem lange gültigen Dogma stattfand, das den Antifaschismus mit dem proletarischen Klassenkampf identifiziert hatte, wurde noch Mitte der achtziger Jahre an

<sup>61</sup> Brinks: Die DDR-Geschichtswissenschaft, 164f.

<sup>62</sup> Stürmer, Michael: Ein Preußen für die DDR – umstrittenes Erbe. Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 9 (1982) 582–598.

<sup>63</sup> Brinks: Die DDR-Geschichtswissenschaft, 213.

<sup>64</sup> Ebenda 201.

<sup>65</sup> Dazu Iggers, Georg G. (Hrsg.): Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte. Frankfurt/M. 1991.

<sup>66</sup> Bramke, Werner: Der antifaschistische Widerstand in der Geschichtsschreibung der DDR in den achtziger Jahren. Aus Politik und Zeitgeschichte B 28 (1988), hier 25f.

<sup>67</sup> Ebenda. – Dazu auch Ammer, Thomas: Kontinuität und Wandel. Zur Bewertung der Verschwörung vom 20. Juli 1944 in der DDR. Deutschlandarchiv 9 (1989) 964–967. – Groehler, Olaf: Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite. In: Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90. Hrsg. von Rainer Eckert, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Mit einem Nachwort von Jürgen Kocka. Stuttgart 1992, 408–418.

der Unterscheidung zwischen „reaktionären“ und „fortschrittlichen“ Widerständlern festgehalten<sup>68</sup>.

Mit der Lockerung der einseitigen Fixierung auf den kommunistischen Widerstand – und damit auf die kommunistischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung – rückten in den achtziger Jahren auch andere Opfergruppen ins Blickfeld der DDR-Historiographie.

Die enge Bindung dieser Wandlungen im Geschichtsbild der DDR an die Direktiven der SED zeigte sich besonders deutlich an der Rezeption des Holocaust. 1945 hatte die KPD die „Wiedergutmachung“ zu den wichtigsten Aufgaben des deutschen Volkes gezählt<sup>69</sup>. Wenige Jahre später wählte sich die offizielle DDR durch die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ von den negativen Traditionen der deutschen Geschichte und damit von der Pflicht zu Wiedergutmachungsleistungen befreit. Hinter der Weigerung, sich an Wiedergutmachungszahlungen zu beteiligen, stand natürlich nicht primär die Illusion vom Ausstieg aus dem schlechten Teil der deutschen Geschichte, sondern die antiisraelische Politik der UdSSR, die von der DDR mitgetragen wurde. Erst 1988 führten Verhandlungen zwischen der Jewish Claims-Conference und Vertretern der DDR zu einer Übereinkunft über ostdeutsche Entschädigungsleistungen an die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung<sup>70</sup>.

Seit dem Ende der fünfziger Jahre gab es zwar in der offiziellen Sprache der DDR keinen Antisemitismus mehr – vielmehr wurden antisemitische Äußerungen streng geahndet –, die Jüdische Gemeinde der DDR wurde aber immer wieder unter Druck gesetzt, sich in ihren offiziellen Verlautbarungen gegen Israel zu stellen<sup>71</sup>.

In ostdeutschen Geschichtsdarstellungen der fünfziger und sechziger Jahre erschien der Antisemitismus als eine der vielen Spielarten imperialistischer Unterdrückung<sup>72</sup>. Aus diesem Grund kam den ideologischen, speziell den religiösen Wurzeln des nationalsozialistischen Rassenwahns kaum Aufmerksamkeit zu. Die DDR-Faschismusforschung wählte sich dabei in der Tradition der Arbeiterbewegung, die „eine Unterscheidung ihrer Mitglieder und generell der Bürger nach ihrer Herkunft nie gemacht und nie zugelassen“<sup>73</sup> hat. Die systematische Ausgrenzung des jüdischen Bevölkerungsteils und die institutionalisierte Vernichtung wurden im DDR-offiziellen Geschichtsbild ebenso vernachlässigt wie die Haltung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, ihr millionenfaches Wegsehen, die unterlassene Hilfeleistung, die Mittäterschaft zahlloser Bürger.

<sup>68</sup> Reich, Ines/Finker, Kurt: Der 20. Juli in der Geschichtswissenschaft der SBZ/DDR seit 1945. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6 (1991) 533–553, hier 553.

<sup>69</sup> Lindemann, Hans: Ost-Berlin und die Wiedergutmachung an Israel. Deutschlandarchiv 8 (1973) 808–809, hier 808.

<sup>70</sup> Ammer, Thomas: DDR und Judentum. 50 Jahre nach den Novemberpogromen. Deutschlandarchiv 1 (1989) 17–23, hier 21.

<sup>71</sup> Niethammer/von Plato/Wierling: Die volkseigene Erfahrung, 293f.

<sup>72</sup> So z. B. in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Kapitel IX, Vom Herbst 1929 bis Januar 1933. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln). Berlin (Ost) 1968, 25f.

<sup>73</sup> Schmidt, Walter: Jüdisches Erbe deutscher Geschichte im Erbe- und Traditionsverständnis der DDR. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1989) 692–714, hier 713.

Im Zuge der Entwicklung der DDR-Historiographie von einer „selektiven Interpretation zu einer integralen Darstellung der deutschen Geschichte“<sup>74</sup> seit den siebziger Jahren wurde eine Aufnahme aller Teile der deutschen Vergangenheit – d. h. aller Epochen sowie aller sozialen und kulturellen Phänomene – in das offizielle Geschichtsbild angestrebt.

So „entdeckte“ die ostdeutsche Geschichtswissenschaft in den siebziger Jahren die Juden wieder. In großem Umfang wandte sie sich der jüdischen Geschichte jedoch erst in den achtziger Jahren zu. Nun konnte man die selbstkritische Einschätzung lesen, der Holocaust sei infolge der bevorzugten Darstellung des antifaschistischen Kampfes der Arbeiterbewegung „weniger stark im gesellschaftlichen Bewußtsein verankert“<sup>75</sup>, wie es überhaupt um das Wissen zur Geschichte der Juden in Deutschland nicht gut bestellt sei<sup>76</sup>. War mit dem jüdischen Anteil an der Geschichte bisher recht selektiv verfahren worden – indem z. B. gerne hervorgehoben wurde, wie viele der Künstler, die nach 1945 in den östlichen deutschen Teilungsstaat gingen, jüdischer Herkunft waren, während die bürgerlichen und großbürgerlichen Traditionen aber ebenso wenig Beachtung fanden wie die jüdische Religion –, bemühte man sich nun um die Rekonstruktion der „ganzen jüdischen Vergangenheit“.

Die Arbeit der Historiker ging Hand in Hand mit der Pflege des „wiederentdeckten Erbes“ von Seiten des Staates. Anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Pogrome des 9. November 1938 im Jahr 1988 fanden öffentliche Gedenkfeiern statt, es erschien eine ganze Reihe von Veröffentlichungen zur jüdischen Geschichte, und nicht zuletzt wurden in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde der DDR Ausstellungen zum Thema der Verfolgung und Vernichtung der Juden organisiert<sup>77</sup>. Ohne Zweifel bedeutete dies eine entscheidende Qualitätsverbesserung in der Wissensvermittlung über jüdische Geschichte und Traditionen in der DDR, d. h. über jüdische Vergangenheit in Deutschland. Eine Vermittlung jüdischer Gegenwart indessen kam kaum zustande. Dem stand fast bis zum Ende der DDR die Politik entgegen. Antisemitismus war ein Problem der Vergangenheit oder der Westdeutschen<sup>78</sup>.

Auch in der kritischen Literatur wurde vom Antisemitismus der fünfziger Jahre nur in vagen Andeutungen gesprochen<sup>79</sup>. In Kuczinskys „Dialog mit meinem Urenkel“ konnte der von ihm sofort relativierte Stalinismus die Großartigkeit der Aufbaujahre nicht in Frage stellen<sup>80</sup>. Der Antifaschismus, der Kitt dieser frühen Jahre, durfte dadurch nicht angekratzt werden, daß die DDR die Verantwortung für den Holocaust bis in die achtziger Jahre hinein von sich wies. Ein grundlegender Wandel dieser

<sup>74</sup> Fischer, Alexander/Heydemann, Günther: Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945. In: Krise – Umbruch – Neubeginn. 125–151, hier 125.

<sup>75</sup> Ebenda, 703.

<sup>76</sup> Ebenda, 710.

<sup>77</sup> Ammer: DDR und Judentum, 17ff.

<sup>78</sup> Hirsch, Rudolf/Schuder, Rosemarie: Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte. Essays. 2. Aufl. Berlin 1989, 11.

<sup>79</sup> Kuczinsky, Jürgen: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch. Berlin/Weimar 1983, 51

<sup>80</sup> Ebenda, 77, 83.

Auffassung deutete sich erst kurz vor dem Ende der DDR an. Die letzte Regierung der DDR bot russischen Juden Asyl an. Vielleicht war das der erste entschiedene Schritt in Richtung einer wirklichen Annahme der ganzen deutschen Vergangenheit.

\* \* \*

Wie gezeigt, spiegelte die Rezeption des Nationalsozialismus in der historischen Forschung und im Geschichtsbild der DDR die politische und ideologische Entwicklung der DDR wider. Wenn die Faschismusforschung der DDR auch eindrucksvolle Ergebnisse vorweisen konnte, blieben bestimmte Aspekte der nationalsozialistischen Realität doch weitgehend unbeachtet. Auch im erweiterten Faschismusbild der DDR-Forschung in den achtziger Jahren fand keine kritische Auseinandersetzung mit den Mentalitäten statt, die die Etablierung des nationalsozialistischen Systems begünstigt hatten – also mit der traditionellen deutschen Staats- und Autoritätshörigkeit, der Anpassungs- und Unterordnungsbereitschaft der Bevölkerungsmehrheit. Hier liegen die wesentlichen Defizite, die die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der DDR aufwies.

Andererseits leistete die DDR-Faschismusforschung, gerade auf den Gebieten Beachtliches, die in der Bundesrepublik lange Jahre völlig unbeachtet blieben, z. B. bei der Erforschung des kommunistischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus und der Verdeutlichung der wirtschaftlichen Hintergründe des Nationalsozialismus.

Würdigen muß man auch das Bemühen, durch eine breit angelegte Geschichtsarbeit die Bevölkerung und besonders die Jugendlichen über den Faschismus und den antifaschistischen Widerstand in Deutschland aufzuklären. Allerdings weisen Untersuchungen über das Geschichtsbewußtsein junger Menschen in Ostdeutschland darauf hin, daß hier in den achtziger Jahren ein Wandel stattgefunden hat, Gleichgültigkeit und Desinteresse an der Geschichte des Nationalsozialismus tendenziell zugenommen haben<sup>81</sup>. Das in Schulen und Gedenkstätten vermittelte Bild vom antifaschistischen Widerstandskampf, das in erster Linie zur Staatstreue erziehen sollte, war sicher ein Grund für das schwindende Interesse der Jugend.

Die stets behauptete Identität von Antifaschismus und DDR-Sozialismus erklärt auch die derzeitige starke Tendenz zur völligen Entsorgung von der bisher gültigen Version der Geschichte. Straßen, die nach antifaschistischen Widerstandskämpfern benannt waren, werden umgenannt, weil die Toten nachträglich für den Realsozialismus verantwortlich gemacht werden. Gedenktafeln verschwinden, weil sie an Widerständler erinnern, die auch Kommunisten waren. Diese Art von Schlußstrichmentalität kann jedoch nur eine völlig unverständliche Vergangenheit hinterlassen.

Zu hoffen ist indessen, daß es gelingt, in bezug auf den Nationalsozialismus eine „Erinnerungskultur“ zu schaffen, die ideologisch unbelastet eine Ablösung von den konstruierten Vergangenheiten beider deutscher Staaten leistet. Der stalinistisch gefärbte Antifaschismus gehörte zu diesen Konstruktionen wie die ebenfalls nicht unproblematischen Bewältigungs- und Verdrängungsstrategien der jungen Bundesrepublik.

<sup>81</sup> Schubarth/Schmidt: „Sieger der Geschichte“, 18ff.

## WIEDERGUTMACHUNG ALS VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

*Von Constantin Goschler*

Nach dem politischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa stellt sich dort nicht allein das Problem der Bewältigung der Gegenwart und Zukunft, sondern auch das des angemessenen Umgangs mit der eigenen Vergangenheit. Dazu gehört mit an erster Stelle die Frage der Rehabilitierung und Entschädigung derjenigen Menschen, die unter den früheren sozialistischen Regime politische Verfolgungen zu erleiden hatten. Ein aktuelles Beispiel für derartige Bemühungen bildet das am 1. August 1993 in der tschechischen Republik in Kraft getretene Gesetz über Kommunismus und antikommunistischen Widerstand, das Opfern des Stalinismus, wenngleich recht bescheidene, Entschädigungsansprüche zuspricht<sup>1</sup>. Große Probleme bereiten dort zudem, ebenso wie in anderen Ländern des ehemaligen sowjetischen Machtbereichs, die in der Vergangenheit vorgenommenen gewaltigen gewaltsamen Vermögensverschiebungen. So sieht sich die tschechische Republik etwa umfangreichen Forderungen der katholischen Kirche, aber auch von jüdischer Seite gegenüber. Hier sei nur daran erinnert, daß die mittel- und osteuropäischen Nachkriegsstaaten vielfach das Vermögen der ehemals dort ansässigen, durch das nationalsozialistische Deutschland ermordeten Juden beerbt hatten. Die kommunistischen Regime profitierten dabei stillschweigend von den Folgen der nationalsozialistischen Verfolgung, die ihnen bei der Umwälzung der Besitzverhältnisse tatkräftig vorgearbeitet hatte. Die Auseinandersetzung mit dieser Frage wird aber insbesondere in der tschechischen Republik auch davon behindert, daß Befürchtungen bestehen, hier einen Präzedenzfall für die Vermögensforderungen der nach 1945 vertriebenen Deutschen zu schaffen<sup>2</sup>. Historisches Unrecht lagert gleichsam in sedimentierten Schichten übereinander und wird nun im Gefolge der gegenwärtigen gesellschaftlichen Umwertung aller Werte wieder aufgewirbelt. Zwar lassen sich die daraus resultierenden Forderungen durchaus nicht alle über einen Kamm scheren, doch zwingen sie in jedem Fall zu einer unbequemen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die in manchen dieser Länder – man denke vor allem an Rumänien<sup>3</sup> – nach Möglichkeit vermieden wird.

In diesem Zusammenhang liegt es nahe, die Wiedergutmachung für die Opfer des Nationalsozialismus, wie sie nach dem Ende des Dritten Reiches von deutscher Seite versucht worden ist, als historisches Vorbild zu bemühen. Bei einem derartigen

---

<sup>1</sup> Vgl. Michael Frank: Die Last der uneingelösten Schuldscheine. Süddeutsche Zeitung vom 28. 7. 1993.

<sup>2</sup> Vgl. Ders.: Furcht vor einem Präzedenzfall in Prag. Süddeutsche Zeitung vom 11. 3. 1993.

<sup>3</sup> So ist in Rumänien Edgar Hilsenraths Roman „Die Nacht“, das die Ghettoisierung der Juden unter dem Antonescu-Regime thematisiert, weiterhin verboten.

Vergleich ist jedoch große Sorgfalt und Vorsicht erforderlich, um nicht in historische Schief lagen zu geraten. Zu den verschiedenen Sonderbedingungen des deutschen Beispiels gehört vor allem der untrennbare Zusammenhang mit dem von Deutschland begonnenen und verlorenen Krieg und als dessen besondere Folge nicht zuletzt die Tatsache, daß die Entwicklung über 40 Jahre lang von der Rivalität zweier deutscher Staaten um die Anerkennung als das „bessere Deutschland“ geprägt war. Bei den folgenden Überlegungen, die den Umgang mit den Verfolgten des Nationalsozialismus in Deutschland nach dem Ende des Dritten Reiches in den Mittelpunkt stellen, soll deshalb die Entwicklung in der Bundesrepublik und in der DDR systematisch miteinander verglichen werden<sup>4</sup>. Außer Betracht bleibt dabei, daß die DDR selbst in der Zeit ihres Bestehens wieder einigen neuen Wiedergutmachungsbedarf geschaffen hat, indem mitunter die Opfer von einst ihrerseits zu Tätern geworden sind.

Ein derartiger Vergleich wirft eine ganze Reihe von Fragen auf: Welche Konsequenzen besaßen die deutsch-deutschen Systemgegensätze für den Umgang mit den Wiedergutmachungsansprüchen der NS-Verfolgten? Im einzelnen heißt das: Welche Faktoren bestimmten jeweils Zustandekommen und Ausmaß einer Wiedergutmachung? Welcher Platz wurde den NS-Verfolgten in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften zugewiesen? Und welche Rolle spielten sie dabei für die jeweilige Raison d'être und Legitimation der Bundesrepublik wie der DDR? Zu fragen ist aber auch, zu welchen Resultaten dies aus der Sicht der Betroffenen führte. Und schließlich, die für heute hauptsächlich interessante Frage, ob sich aus diesem Prozeß praktische Erfahrungen für die aktuellen Probleme post-diktatorialer Systeme in Mittel- und Osteuropa ableiten lassen.

Die Forderung nach einer Wiedergutmachung für die Verfolgten des Nationalsozialismus hatte bereits in den Nachkriegsplanungen ganz unterschiedlicher Kreise einen festen Platz eingenommen. Den Ausgangspunkt bildeten einerseits die Forderung nach einem radikalen Bruch mit dem NS-Regime, was Maßnahmen zur Wiederherstellung der Rechte seiner Opfer erforderte, als auch schiere sozialpolitische Notwendigkeiten. Wenngleich also das gewaltsame Ende des Dritten Reiches von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht unbedingt als Befreiung empfunden wurde, so traf dies in einem sehr wörtlichen Sinn auf die zahlreichen Opfer rassistischer, politischer oder religiöser Verfolgung zu, deren Leidenszeit in Konzentrationslagern, Zuchthäusern oder sonstiger massiver Bedrängung nunmehr endete. Das vom NS-Regime angerichtete Elend wurde nun in vollem Ausmaß sichtbar und löste zunächst mehr oder weniger unkoordinierte rudimentäre sozialstaatliche Aktivitäten aus.

Die Initiative für solche Fürsorgemaßnahmen ging dabei teils von den Besatzungsmächten, teils von deutschen Behörden, mitunter aber auch von den ehemaligen

---

<sup>4</sup> Im folgenden wird auf Einzelbelege weitgehend verzichtet. Siehe dazu Ludolf Herbst/Constantin Goschler (Hrsg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1989. – Constantin Goschler: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus, 1945–1954. München 1989. – Ders.: Paternalismus und Verweigerung. Die DDR und die Wiedergutmachung für jüdische Verfolgte des Nationalsozialismus. Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993) 93–117.

Verfolgten selbst oder – zumal im Falle ehemaliger jüdischer Verfolgter – von internationalen Hilfsorganisationen aus. So sehr sich die Verhältnisse im einzelnen unterschieden, gemeinsam war diesen Aktivitäten, daß es hier um Bemühungen zur Linderung eines unmittelbaren und existentiellen Notstandes ging. Es handelte sich also um eine mehr oder weniger gehobene Sozialfürsorge, wobei solche „kompensatorische Privilegierung“ angesichts des allgemeinen Mangels von der übrigen Bevölkerung, wie vielfach bezeugt, oftmals mißgünstig aufgenommen wurde.

Während die äußerst begrenzten finanziellen Spielräume der deutschen Länder, die an Stelle des Deutschen Reiches zunächst die Basiseinheiten deutscher Staatlichkeit bildeten, in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum über solche Fürsorgemaßnahmen hinausreichende Entschädigungsregelungen zuließen, waren die Voraussetzungen für eine baldige Rückerstattung des aus rassistischen, religiösen und politischen Gründen geraubten oder entzogenen Vermögens prinzipiell günstiger. Soweit Grundstücke, Immobilien oder Firmen noch vorhanden waren, mußten sie im Prinzip ja nur den rechtmäßigen Eigentümern zurückgegeben werden. Letztere waren allerdings wegen der Gründlichkeit des nationalsozialistischen Mordprogramms oftmals nicht mehr am Leben, was zu komplizierten Auseinandersetzungen um die Frage der berechtigten Erben führte.

Für die Priorität der Rückerstattung sprach vor allem auch, daß die Klärung von strittigen Eigentumsverhältnissen, ähnlich wie heute in den neuen Ländern der Bundesrepublik, bedeutsam für eine geordnete wirtschaftliche Entwicklung war. Allerdings machte sich dabei die bereits frühzeitig auseinanderlaufende Entwicklung zweier gegensätzlicher politischer Systeme geltend. So fiel im Westen die Entscheidung für die Wiederherstellung eines liberal-kapitalistischen Systems, wodurch dem Grundsatz des Schutzes des Privateigentums besondere Bedeutung zukam. Dabei machten sich die USA in ihrer Eigenschaft als Sieger- und Besatzungsmacht zum Anwalt namentlich der jüdischen Vermögensinteressen, die von den Maßnahmen des Dritten Reiches im Zuge der sogenannten „Arisierung“ besonders betroffen gewesen waren. Bereits seit Ende 1947 regelte somit in der amerikanischen Besatzungszone ein sehr weitreichendes Gesetz die Rückerstattung solchen wiederauffindbaren Vermögens, das zwischen 1933 und 1945 aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen entzogen worden war. Ähnliche Bestimmungen traten gleichzeitig in der französischen und zwei Jahre später auch in der britischen Besatzungszone und in Westberlin in Kraft.

In der SBZ bzw. DDR bedingte hingegen die sich bereits frühzeitig anbahnende Entwicklung zu einem „volksdemokratischen“ Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eine andere Grundeinstellung gegenüber der Eigentumsfrage. Daraus resultierte auch eine insgesamt ablehnende Haltung gegenüber einer Rückerstattung von im Dritten Reich entzogenem Eigentum. Einzig in Thüringen verhielten sich die Dinge anders: Bis zu der 1952 erfolgten Auflösung des Landes wurde in gewissem Umfang während der NS-Zeit aus rassistisch, religiösen und politischen Gründen enteignetes oder entzogenes Vermögen zurückerstattet.

An der Frage der Rückerstattung läßt sich auch deutlich zeigen, wie sehr, zumal in der ersten Nachkriegszeit, die alliierten Interessen ausschlaggebend für die Handhabung der Ansprüche der ehemaligen NS-Verfolgten waren: Einerseits konnten sich

die USA, die selbst keine eigenen Reparationsansprüche infolge des Krieges gegen das Deutsche Reich besaßen, den „Luxus“ leisten, sich zum Fürsprecher von Rückerstattungsansprüchen ehemaliger NS-Verfolgter zu machen, von denen viele, soweit sie in der Zeit des Dritten Reiches dorthin emigriert waren, mittlerweile amerikanische Staatsbürger geworden waren. Demgegenüber genossen für die von Kriegszerstörungen stark betroffene Sowjetunion ihre eigenen Reparationsforderungen höchste Priorität auch vor den Rückerstattungsansprüchen ehemaliger NS-Verfolgter.

Systemdifferenzen machten sich aber auch in der Frage der Fortentwicklung der in der unmittelbaren Nachkriegszeit getroffenen Fürsorgemaßnahmen für NS-Verfolgte geltend: Der Übergang von anfänglichen Nothilfemaßnahmen zu einer endgültigen Wiedergutmachung fiel in die Gründungs- und Aufbauphase der beiden deutschen Staaten und war deshalb eng mit dem sich jeweils entwickelnden gesellschaftlichen Selbstverständnis verbunden. Im westlichen Bereich, und auch hier wieder zuerst in der amerikanischen Besatzungszone, begannen schon frühzeitig Vorbereitungen, die auf dem Prinzip der Bedürftigkeit basierenden Hilfsmaßnahmen zugunsten von Rechtsansprüchen nach dem Grad der individuell erlittenen Schädigung zu ersetzen, was als eigentliche Entschädigung angesehen wurde. Auch hier spielte alliierte Nachhilfe, insbesondere seitens der USA, zunächst eine wichtige Rolle. Die noch vor Gründung der Bundesrepublik vor allem in der amerikanischen Besatzungszone entwickelten Grundsätze mündeten schließlich 1953 in das sogenannte Bundesergänzungsgesetz, das bis 1965 mehrfach novelliert wurde und als Bundesentschädigungsschlußgesetz bis auf den heutigen Tag die zentrale Grundlage der Entschädigung für Verfolgung aus politischen, rassischen und religiösen Gründen darstellt. Entschädigt wurden dabei Freiheitsentzug, Schaden an Leben, an Körper und Gesundheit, Schaden an Eigentum und Vermögen sowie im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen. Der Großteil der bis heute durch die Bundesrepublik gezahlten etwa 90 Milliarden DM geht auf Ansprüche nach diesem monumentalen Gesetzeswerk zurück.

Im Osten hielt man hingegen am Grundsatz einer gehobenen Sozialfürsorge fest. Am 5. Oktober 1949, d. h. zwei Tage vor Gründung der DDR, erließ die als Nukleus einer Regierung fungierende Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) die „Anordnung zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Nazi-regimes“. Sie gewährte anerkannten Opfern des Faschismus Alters- und Arbeitsunfähigkeitsrenten, besondere Berücksichtigung bei der Wohn- und Gewerberaumvergabe, ausreichende Versorgung mit Hausrat, umfassende Leistungen zur gesundheitlichen Rehabilitation sowie besondere Studienbeihilfen für deren Kinder. Allerdings waren die Ansprüche auf solche anerkannten Opfer des Faschismus beschränkt, die auf dem Territorium der DDR lebten – 1949 sollen es etwa 50 000 gewesen sein. Gleichfalls 1965 wurde auch hier dann eine abschließende Regelung getroffen. Im April erließ die Regierung der DDR die „Verordnung über Ehrenpensionen für Kämpfer gegen den Faschismus sowie für deren Hinterbliebene“. Bei Erreichen des um fünf Jahre herabgesetzten Pensionsalters erhielten diese fortan eine nach DDR-Maßstäben recht großzügig bemessene Ehrenpension, deren Höhe allerdings zwischen „Kämpfern“ und „Opfern“ abgestuft war. (1965 lagen die Ehrenpensionen bei 800 bzw. 600 Mark, bis 1989 waren sie auf 1800 bzw. 1600 Mark gestiegen.)

Der Vergleich dieser beiden Modelle macht unter anderem deutlich, daß der Wiedergutmachung jeweils ein spezifischer Blick auf die nationalsozialistischen Verbrechen und ihre Opfer zugrunde liegt. Zugespißt formuliert, entwickelte sich in der Bundesrepublik eine Haltung, wonach die Verfolgung der Juden das Zentrum des NS-Terrors gebildet habe. Demgegenüber stellte nach der in der DDR herrschenden Auffassung der Angriff auf die Sowjetunion bzw. auf die Kommunisten den Kern der nationalsozialistischen Aggression dar. Dies korrespondierte mit einer Interpretation des Faschismus als antisozialistischer Konterrevolution. Damit wurden in der DDR einerseits die umfangreichen Reparationen an die Sowjetunion, die nach schwankenden Berechnungen in der Größenordnung von etwa 50 Milliarden Reichsmark gelegen haben dürften<sup>5</sup>, gerechtfertigt, zum anderen aber eine Hierarchisierung der ehemaligen Verfolgten in aktive „Kämpfer gegen den Faschismus“ und passive „Opfer des Faschismus“ begründet, die sich auch in abgestuften materiellen Leistungen niederschlug. Die „Kämpfer gegen den Faschismus“ waren indes weitgehend identisch mit ehemals verfolgten Kommunisten und bildeten nunmehr einen bedeutsamen Teil der neuen Herrschaftselite. Die Machtteilhabe wurde zugleich für den betreffenden Teil auch als eine Art von moralischer Wiedergutmachung angesehen, wirkte aber zugleich als ein Hemmnis für materielle Leistungen, da hier stets der Vorwurf der Selbstbegünstigung der herrschenden Elite riskiert wurde.

Im Ergebnis herrschte in der DDR für die anerkannten „Kämpfer gegen den Faschismus“ bzw. „Opfer des Faschismus“ eine erhebliche sozialpolitische Privilegierung, die insbesondere beim Vergleich der dieser Gruppe seit 1965 zustehenden Ehrenpensionen mit den Durchschnittspensionen der DDR-Bevölkerung deutlich wird. In der DDR genossen die „Kämpfer gegen den Faschismus“ Verehrung als Ikonen des Antifaschismus, was sich bis in hagiographisch angehauchte Bemühungen im Rahmen des Schulunterrichts und der betrieblichen Traditionskabinette deutlich nachzeichnen läßt. Für die „Opfer des Faschismus“, zu denen die Juden meist gehörten, blieb zwar keine solche Verehrung, aber immerhin die sozialpolitische Privilegierung, deren Kehrseite jedoch eine ausgeprägte politische Disziplinierung darstellte.

Die „Kämpfer gegen den Faschismus“ dienten in der DDR nicht zuletzt der Systemlegitimation. In der Präambel der Verordnung über die Ehrenpensionen wurden die dort materiell begünstigten Kämpfer gegen den Faschismus ausdrücklich als Wegbereiter dieses Staates gepriesen. Die angestrebte Verknüpfung zwischen diesem Erbe und der Rechtfertigung des Staates wurde auch mit Hilfe eines flächendeckenden Netzes an Denkmälern und Gedenkstätten versucht, deren einheitliche Botschaft, allenfalls sprachlich variiert, lautete: *Den im Kampf gegen den Hitlerfaschismus Gefallenen – Ihr Tod ist uns Verpflichtung*. (Hier das Beispiel des Denkmals im Innenhof der Humboldt-Universität zu Berlin.)

Ebenso deutlich demonstriert die Umgestaltung der Neuen Wache im Zentrum Berlins von einer Gedenkstätte der DDR für die „Opfer des Faschismus und Militarismus“ zu einer zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik für die „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ den bundesrepublikanischen Konsens: Verzicht

<sup>5</sup> Vgl. dazu Rainer Karlsch: *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53*. Berlin 1993.

auf spezielle Hervorhebung der Verfolgten des Nationalsozialismus im Bereich des öffentlichen Gedenkens, statt dessen symbolische Überwölbung der Kriegsoffer und der NS-Opfer, die im Extremfall Opfer und Täter einschließt. Seit den frühen fünfziger Jahren dominierten in der Bundesrepublik politische Bestrebungen, die dauerhafte Verfestigung einer politisch-moralisch hervorgehobenen Gruppe der NS-Verfolgten nach Möglichkeit zu verhindern. Anders als in der DDR bedeutete hier der Kampf gegen das NS-Regime auch keinen besonderen Anspruch auf privilegierte Teilhabe an der politischen Macht.

Ein wesentliches Signum der Entwicklung der Wiedergutmachung in der Bundesrepublik war deshalb auch, daß Leistungen für NS-Verfolgte in der Regel an gleichzeitige Leistungen für andere gesellschaftliche Gruppen, die infolge des Krieges geschädigt worden waren, gekoppelt waren, also etwa Flüchtlinge und Vertriebene, Bombengeschädigte, Kriegsgefangene, Beamte aus den abgetrennten Ostgebieten etc. Diese und andere „Opfer des Krieges“ nannte Bundeskanzler Konrad Adenauer in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag im September 1949, als er von der besonderen Fürsorgepflicht der Bundesrepublik sprach, ohne dabei auch die NS-Verfolgten zu erwähnen. Dies mahnte hingegen Oppositionsführer Kurt Schumacher in seiner Antwort an den Bundeskanzler an gleicher Stelle dringend an. Auch wenn die NS-Verfolgten schließlich in der Gesetzgebung der Bundesrepublik meist die optische Priorität erhielten, besaßen die Ansprüche der anderen Geschädigtengruppen vielfach die faktische Priorität. Innenpolitisch steht die bundesrepublikanische Wiedergutmachung also im Kontext eines Systems der Loyalitäts- und Konsensstiftung (mit Hilfe einer Mischung aus materiellen Wohltaten und Antikommunismus), die den Aufbau der Bundesrepublik begleitete.

Im bewußten Gegensatz zur Bundesrepublik, die sich in die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches stellte, verstand sich die DDR stets als eine antifaschistische Neuschöpfung außerhalb dieser Tradition und akzeptierte folglich auch nur eine sozialpolitisch begründete Verantwortung für diejenigen ehemaligen Verfolgten, die auf ihrem Staatsgebiet lebten – eine bedeutsame Einschränkung, da dies, zumal im Falle der verfolgten Juden, nur auf einen Bruchteil zutraf. Zwar basierten auch in der Bundesrepublik Entschädigungsleistungen auf dem Territorialprinzip, wonach der Verfolgte zu bestimmten Zeitpunkten in bestimmten räumlichen Beziehungen zu einem Land der Bundesrepublik gestanden haben mußte, womit vor allem gegenwärtige oder ehemalige deutsche Staatsbürger anspruchsberechtigt waren<sup>6</sup>. Die Bundesrepublik ließ sich dabei den Alleinvertretungsanspruch einiges kosten und legte dieser Regelung das Staatsgebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1938 einschließlich Danzigs zugrunde. Vor allem aber konnten diese Leistungen auch dann erfolgen, wenn die Verfolgten, was sehr häufig der Fall war, später außerhalb Deutschlands lebten, wobei jedoch bis vor kurzem noch eine politisch motivierte Beschränkung auf das „westliche“ Ausland gegeben war. Stand also, wie gesagt, das Verhältnis der DDR zu den ehemaligen NS-Verfolgten vor allem im Zeichen der

<sup>6</sup> Als präzisen Überblick zu dieser komplizierten Frage siehe Walter Schwarz: Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland. Ein Überblick. In: Herbst/Goschler (Hrsg.): Wiedergutmachung 41 f.

Binnenlegitimation, so war eine wichtige Funktion der bundesdeutschen Wiedergutmachungsleistungen die Außenlegitimation dieses Staates. Die Bundesrepublik demonstrierte so (nach außen hin) einerseits ihren Anspruch, das ganze Deutschland zu vertreten, als auch das Bemühen, die Verbrechen der Vergangenheit zu sühnen. Zugleich dokumentierte sie damit auch den Anspruch, wieder als gleichberechtigter Partner in die Familie der freien Völker aufgenommen zu werden, wie die diplomatische Sprache formulierte.

Eine besondere Rolle spielte dies im Zusammenhang der sogenannten Globalabkommen, bei denen im Gegensatz zur individuellen Wiedergutmachung nicht einzelne NS-Verfolgte, sondern die jeweiligen Heimatstaaten als treuhänderische Vertreter solcher Personen Leistungen von der Bundesrepublik empfangen. Die Abgrenzung zwischen Globalentschädigungen und Reparationen war dabei nicht ganz eindeutig und unterlag in hohem Maße außenpolitischem Kalkül. Hinzu kam, daß diese Abgrenzung, analog zur Definition des Kreises der NS-Verfolgten, abhängig war von der Bewertung des Nationalsozialismus und seiner Ziele überhaupt, handelte es sich doch darum, eine Unterscheidung zu treffen zwischen Schädigungen, die sozusagen eine „normale“ Folge des Krieges waren, und solchen, die eine nationalsozialistische Spezifik aufwiesen.

Das erste und bekannteste Beispiel bildete das Abkommen von 1952 zwischen der Bundesrepublik und Israel sowie der die Diaspora-Juden repräsentierenden Jewish Claims Conference. Die Bundesrepublik verpflichtete sich hier zu Leistungen in Höhe von 3,5 Milliarden DM, einer damals beträchtlichen Summe, während die DDR ähnliche Forderungen ignorierte. Beförderte hier die Bundesrepublik positive außenpolitische Effekte mithilfe der Wiedergutmachung, so unternahm umgekehrt die DDR den – weitaus weniger erfolgreichen – Versuch, außenpolitisches Terrain mit der Nicht-Wiedergutmachung zu erobern. Die anhaltende Ablehnung eigener wie der bundesdeutschen Wiedergutmachungsleistungen für Israel wurde auch ein wichtiger Bestandteil der Anstrengungen der DDR, bei den arabischen Ländern im Nahen Osten die durch die Hallstein-Doktrin erzwungene außenpolitische Isolierung aufzubrechen.

Seit Ende der fünfziger Jahre vereinbarte die Bundesrepublik darüber hinaus Globalabkommen mit insgesamt 12 politisch in der Regel dem Westen zugehörigen Staaten mit einem Gesamtvolumen von etwa einer Milliarde DM. Dies gehörte in den Kontext einer Politik, die die aus dem Krieg resultierenden Probleme sukzessive aus dem Weg räumte und auf diesem Wege eine Art von „Ersatzfriedensvertrag“ (Alan S. Milward) konstruierte. Diesen Zusammenhang bekräftigen auch noch einmal die Leistungen zugunsten ehemaliger Zwangsarbeiter, die die Bundesrepublik jüngst mit Polen sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion vereinbarte, hier bestand ein deutlicher Konnex von Wiedergutmachung und Wiedervereinigung.

Einen aufschlußreichen Spezialfall bildete schließlich Jugoslawien: Seiner besonderen Position zwischen den beiden Blöcken verdankte es, daß es sowohl von der Bundesrepublik und zugleich als einziges Land überhaupt auch von der DDR derartige Leistungen erhielt. Damit wich die DDR von ihrer sonst vertretenen Grundposition ab, wonach sie alle aus dem Potsdamer Abkommen resultierenden Reparationsverpflichtungen sorgfältig erfüllt habe und somit zu keinen weiteren Leistungen

verpflichtet sei. Ein weiteres Standardargument der DDR zur Ablehnung von Wiedergutmachungsleistungen an Bürger ausländischer Staaten, insbesondere Israel, bestand zudem darin, daß die DDR keine Verantwortung für die Verbrechen des Dritten Reiches trage, seien doch auf ihrem Staatsgebiet, im Gegensatz zur Bundesrepublik, alle Wurzeln des Nazismus gründlich beseitigt worden. In der letzten Konsequenz dieser Auffassung lag somit die Vorstellung, daß die Existenz der DDR selbst die eigentliche Wiedergutmachung darstelle. Eine Aufweichung dieser Linie zeichnete sich erst im Zeichen der Agonie der DDR ab, als Vorstöße zur Regelung der Wiedergutmachungsfrage gegenüber Israel unternommen wurden, die man aber getrost in erster Linie als Versuch werten darf, in Israel einen Verbündeten zur Rettung der Eigenstaatlichkeit zu gewinnen. So bildete die Wiedergutmachung für Israel und die Juden in doppeltem Sinne eine Existenzfrage der DDR.

Versucht man, die Wiedergutmachung aus der Perspektive der ehemaligen Opfer zu betrachten, stößt man auf eine grundsätzliche Schwierigkeit: Die vielen Millionen NS-Verfolgten bildeten weder in sozialer, politischer, religiöser oder auch nur nationaler Hinsicht eine homogene Gruppe. Dies schlug sich auch darin nieder, daß sie sich in einer Vielzahl von voneinander unabhängigen, zum Teil sogar opponierenden Gruppen artikulierten, manche Gruppen blieben aber auch lange oder gar bis heute ohne entsprechende Repräsentation. Anhand des einzigen Versuches, eine übergreifende Organisation der Verfolgten des Nationalsozialismus zu schaffen (wenngleich beschränkt auf die deutschen Verfolgten), lassen sich noch einmal die gesamtdeutschen Schwierigkeiten im Umgang mit dieser Gruppe andeuten: Während die 1947 gegründete und seither bald unter kommunistischen Einfluß geratene gesamtdeutsche „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) Anfang der fünfziger Jahre in das Visier der westdeutschen Verfassungsschützer geriet und zugleich ein der Bundesregierung genehmer Verband, der „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ (BVN), gegründet wurde, wurde die VVN in der DDR 1953 als unbotmäßig aufgelöst und durch das „Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR“ ersetzt. Hier kam bereits in der Bezeichnung eine stärkere Hervorhebung der zu Legitimierungszwecken in den Vordergrund gerückten „Kämpfer“ zum Ausdruck.

So weist schließlich auch die Erfahrungsgeschichte der Wiedergutmachung seitens der ehemaligen Verfolgten ebenso Gemeinsamkeiten wie systembedingte Unterschiede auf. Soweit es die Bundesrepublik betrifft, die in dieser Frage stets im Rampenlicht stand, so sind die Erfahrungen der Verfolgten mit der Wiedergutmachung so verschiedenartig wie es auch die Verfolgung selbst war; die Urteile bewegen sich in der Spannweite zwischen großem Lob und schärfster Kritik, die im polemischen Schlagwort von der Wiedergutmachung als einer „zweiten Verfolgung“ ihren Ausdruck gefunden hat. In diesem Zusammenhang sei nur ein grundsätzliches Problem der Praxis der bundesdeutschen Wiedergutmachung angeschnitten: Aus dem Rechtscharakter der Wiedergutmachung resultierte die Notwendigkeit zu einem bürokratisch-rationalen Verfahren, wobei die ehemaligen Verfolgten den sich dabei entwickelnden bürokratischen Eigensinn oftmals lediglich als Schikane empfanden. Ähnlich wie es die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley nach der deutschen Wiedervereinigung im Hinblick auf enttäuschte Erwartungen vieler DDR-Bürger formulierte, so stießen

auch die NS-Verfolgten mit ihren Wiedergutmachungsforderungen erst einmal auf den Rechtsstaat anstatt auf das erhoffte Recht; nicht selten erlebte sich so der einzelne Verfolgte erneut, wie schon bei der Verfolgung selbst, als der „verwaltete Mensch“ (H. G. Adler).

Konkret stellte es dabei für viele Verfolgte ein erhebliches Problem dar, daß sie mit einer Behördenprozedur konfrontiert waren, die auf mancherlei Weise Verfolgungstraumata wiederzubeleben vermochte, sei es durch den Zwang zum inneren Nacherleben der Verfolgungen im Zuge der erforderlichen Nachweise und medizinischen Untersuchungen oder einfach durch die Konfrontation mit deutschem „Behördengeist“. Daß solche abstrakten Kontinuitäten in Extremfällen ganz handfest werden konnten, zeigen Fälle, bei denen Experten, die als Sachverständige Teil der Verfolgungsmaschinerie gebildet hatten, in Wiedergutmachungsangelegenheiten erneut als Gutachter auftraten. Bekannt sind derartige Vorfälle insbesondere im Zusammenhang von Wiedergutmachungsverfahren bei verfolgten Zigeunern. Diese Gruppe, aber auch sogenannte „Asoziale“, Homosexuelle und Zwangssterilisierte gehörten zum Kreis derer, die in der Bundesrepublik ebenso wie in der DDR bei der Anerkennung ihrer Ansprüche in besonderem Maße auf Schwierigkeiten trafen – ein eher negativer Aspekt deutsch-deutscher Gemeinsamkeiten.

Im übrigen sind die Unterschiede jedoch evident: Wie gesagt, erfuhren die in der DDR ansässigen „Kämpfer gegen den Faschismus“ bzw. „Opfer des Faschismus“ neben der materiellen eine starke soziale Aufwertung und Zuwendung, deren Preis allerdings eine erhebliche politische Disziplinierung war. Der Anspruch auf die mit dem Kämpfer- bzw. Opfer-Status verbundenen Vorteile war nämlich an ein positives Verhalten gegenüber der DDR geknüpft. Zudem war es nicht für jeden leicht erträglich, ständig mit dem geforderten Anspruch der persönlichen Vorbildhaftigkeit zu Rande zu kommen. Man könnte so vielleicht im Unterschied zu dem in der Bundesrepublik feststellbaren rational-bürokratischen Verfahren im Hinblick auf die DDR von einem paternalistischen Modell der Wiedergutmachung sprechen.

Versuchen wir am Ende, wie angekündigt, einige mögliche Schlußfolgerungen für mögliche oder tatsächliche Versuche zur Wiedergutmachung der Verbrechen der sozialistischen Systeme in Ost- und Mitteleuropa zu ziehen. Dazu ist eine Vergleichbarkeit der Verbrechen des Nationalsozialismus und der sozialistischen Systeme insgesamt nicht erforderlich. Der Holocaust an Juden und Zigeunern als das nationalsozialistische Zentralverbrechen blieb letztlich ohnehin außerhalb der Reichweite jeglicher materiellen oder moralischen Wiedergutmachung. Soweit sich die nationalsozialistische Verfolgung in Dimensionen bewegte, die mit rechtlichen Mitteln überhaupt noch halbwegs angemessen wiedergutmacht werden konnte, dürfte ein Vergleich mit anderen historischen Beispielen massenhafter staatlicher Verfolgung möglich sein, ohne eine problematische Relativierung vorzunehmen.

Es sollte deutlich geworden sein, daß jeder Versuch zu einer Wiedergutmachung stets zu einer Bewertung der vorangegangenen Epoche zwingt. Hier ergibt sich zumindest in einem parlamentarisch-demokratischen System eine schwierige Aufgabe: Darüber, was in der Vergangenheit als wiedergutmachungsbedürftiges Verbrechen angesehen wird, muß ein gesellschaftlicher Konsens hergestellt werden. Dieser ist um so schwieriger zu erzielen, je mehr die Distanzierung zur vorangegangenen

nen Epoche nur partieller Natur ist. In Deutschland waren bei Kriegsende durch die vollständige Niederlage und die alliierte Besetzung günstige Voraussetzungen zu einem radikalen Schnitt gegeben. Zudem setzten zumindest die westlichen Alliierten die ersten Pflöcke in diesem schwierigen Terrain selbst und enthoben auf diese Weise die Deutschen wenigstens zum Teil von dieser heiklen Aufgabe. Im Kontext zweier sich auseinander entwickelnder Systeme prägten sich dann gegensätzliche Modelle von Wiedergutmachung aus, deren Prioritäten entlang der jeweiligen legitimatorischen Bedürfnisse orientiert waren.

Demgegenüber scheint der heute vor unseren Augen in Ost- und Mitteleuropa ablaufende Ablösungsprozeß von der Vergangenheit wesentlich komplizierter zu sein. Von Land zu Land unterscheidet sich dabei das Maß an evolutionärer Ablösung bzw. revolutionärem Umschwung. Dies ist selbstredend von erheblicher Bedeutung für das Maß der Kontinuität der alten Eliten, deren Interesse verständlicherweise gegen eine Thematisierung der ehemaligen Opfer und ihrer Ansprüche gerichtet ist, da damit immer auch Frage nach der Stellung der ehemaligen Täter verbunden ist.

Doch nicht allein die Eliten, sondern die Gesellschaft als ganzes ist von diesen Fragen betroffen. Schließlich wirft die Wiedergutmachungsfrage vor allem die für die heutige nationale Selbstbestimmung dieser Länder heikle Frage des Verhältnisses von autochtonen und fremdbestimmten Anteilen an Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen auf. Gegenüber der naheliegenden exkulpatorischen Neigung, sich in erster Linie als vormaliges Objekt sowjetischer Hegemonie zu empfinden, wird die historische Forschung auch sozusagen „hausgemachte“ Schuldanteile an das Licht befördern. Dieses Problem konnte im Hinblick auf das nationalsozialistische Deutschland erst gar nicht aufkommen, wengleich die DDR den Versuch unternahm, die Frage der Verantwortung für die NS-Verbrechen insofern aus ihrer Geschichte auszulagern, als gewissen sozial-ökonomischen Kräften die Hauptverantwortung für diese aufgebürdet wurde. Wiedergutmachung als Teil der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stellt somit ein wesentliches Problem der nationalen Identitätsfindung dar, wie sie nicht nur in Deutschland eine wichtige und vielleicht gelegentlich auch überbetonte Rolle spielt, sondern auch für die sich neu orientierenden Staaten Ost- und Mitteleuropas.

## DER JUDENMORD IM BEWUSSTSEIN DER DEUTSCHEN

Von Wolfgang Benz

Auschwitz steht nicht nur als Name des Konzentrations- und Vernichtungslagers, in dem eine Million jüdischer Menschen – ein Sechstel der Opfer des Genozids – ermordet wurde, Auschwitz dient auch als Synonym für das Grauen des Völkermords, als Metapher von Schuld und Verstrickung im Bewußtsein der Deutschen. Viele, wohl die meisten, drängten die stigmatisierte Vokabel aus ihrem Gedächtnis, suchten nach überdeckenden Erinnerungen, bäumten sich nach anfänglichem Schweigen mit Vehemenz gegen die historische Realität und versuchen immer wieder auf neue, „Auschwitz“ und alles, was hinter dem Begriff steht, zu verneinen<sup>1</sup>.

Mit der Erinnerung der Mehrheit blieb – ohne das Leugnenwollen der evidenten Wahrheit – Auschwitz das Tabu schlechthin, selbst wenn das Problem thematisiert wurde<sup>2</sup>. Zwei Verhaltensweisen breiteten sich im westlichen Nachkriegsdeutschland aus, natürlich nur bei denen, die nicht blind und stumpf waren und ohnehin keine Gedanken an das Vergangene verschwendeten: Die einen suchten das Heil in unreflektiertem Philosemitismus und verlagerten das Problem auf die Ebene christlich-jüdischer Begegnung<sup>3</sup>, die anderen gerieten nach Auschwitz und wegen Auschwitz aus dem Gefühl unbewußter und unbewältigter Schuld heraus in neue Ressentiments gegen die Juden, in neuen Antisemitismus<sup>4</sup>.

In der DDR war die Erinnerung an den Völkermord auf andere Weise tabuisiert. Im verordneten Antifaschismus hatte die Judenverfolgung keinen besonderen Stellenwert, der Reduzierung von Verfolgung und Widerstand auf die Heroisierung der Rolle der KPD fiel das Schicksal der Juden im kollektiven Gedächtnis in Ostdeutschland zum Opfer. Die offiziell propagierte Israelfeindschaft tat ein übriges;

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist die veränderte Fassung eines Aufsatzes, der auch im Sammelband Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus (Hamburg 1992) erschienen ist; vgl. auch die Beiträge zur „Bewältigung der Vergangenheit“ in beiden deutschen Nachkriegsstaaten: Rauschenbach, Brigitte (Hrsg.): *Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psycho-Analyse deutscher Wenden*. Berlin 1992. – Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes. Hrsg. v. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Berlin 1992.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Friedländer, Saul: *The "Final Solution": Unease in Interpretation*. In: *History and Memory. Studies in Representation of the Past* 1/2 (1989) 61–76. – Meier, Christian: *Vierzig Jahre nach Auschwitz. Deutsche Geschichtserinnerung heute*. München 1990.

<sup>3</sup> Stern, Frank: *Deutsch-jüdischer Neubeginn nach 1945? Ein Rückblick auf die Gründungen der Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit. Journal Geschichte* (1989) Nr. 6, S. 19–27. – Ders.: *Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg*. Gerlingen 1991.

<sup>4</sup> Diner, Dan: *Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz. Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart* 1 (1986) Nr. 1, S. 9–20.

der Völkermord an den Juden hatte auch in der Historiographie der DDR nur marginale Bedeutung. Daß die DDR sich auch in Fragen der Entschädigung und Wiedergutmachung gegenüber Juden restriktiv verhielt, hatte nicht nur finanzielle Gründe. Wenn die Bundesrepublik in dieser Beziehung die moralische Legitimation frühzeitig und ausschließlich beanspruchen konnte, so überholten die Abgeordneten der Ostberliner Volkskammer in letzter Stunde, im April 1990, den Bonner Bundestag mit einem feierlichen Bekenntnis zur deutschen Schuld am Judenmord. Dergleichen hatte die Bundesrepublik bei allen materiellen Leistungen an die Opfer des Holocaust nie zustande gebracht<sup>5</sup>.

Die vier Verjährungsdebatten des Deutschen Bundestags (1960, 1965, 1969 und 1979) waren freilich auch beachtliche Demonstrationen des öffentlichen Konsenses der Demokraten gegen den Nationalsozialismus und von der Verurteilung des Judenmords getragen; auch in der Verachtung der rechtsradikalen Publizistik waren sich die Parlamentarier vom konservativen bis zum linken Rand einig<sup>6</sup>. Eine kurze Zeit gab es Ende der siebziger Jahre auch, als die große Mehrheit der Bevölkerung, emotional angerührt von der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“, über den Judenmord nachdenklich war. Aber auf Dauer war das Diktum des Politikers Franz Josef Strauß tröstlicher, „ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen“<sup>7</sup>.

Der Wunsch, die nationalsozialistische Vergangenheit und den Umgang mit ihr abzuschließen, kommt im Unterbewußtsein auch dergestalt zum Ausdruck, daß die Mehrheit der Deutschen die Opfer des Holocaust nur als Tote wahrnimmt. Daß es gerettete und befreite Überlebende gibt, daß die Toten nicht spurlos ausgelöscht wurden, sondern im Bewußtsein ihrer Familienangehörigen präsent sind – davon und von den Traumata dieser Menschen nimmt die Mehrheit der Deutschen kaum Kenntnis. Und weil sie die vor mehr als vier Jahrzehnten begangenen Verbrechen als Teil der Geschichte – als abgeschlossene Vergangenheit – verstehen, während sie für die Opfer immer noch bis in die Realität des Alltags reichen, entstehen immer wieder Mißverständnisse. Sie kristallisieren sich an Personen, Ereignissen oder an tabuisierten Orten heraus und kulminieren bei bestimmten Gelegenheiten, etwa beim Appell zur Errichtung von Gedenkstätten, bei der Bitte um Spenden für Zwecke, die der Bewahrung der Erinnerung dienen. Die Reaktionen sind jeweils auch wichtige Indikatoren für den Zustand des öffentlichen Bewußtseins im Hinblick auf den Holocaust.

Das Fernseh-Magazin „Panorama“ brachte am 9. März 1992 einen Beitrag „Auschwitz verfällt“. Vorangegangen waren eindrucksvoll illustrierte Berichte in großen Zeitungen der Bundesrepublik, in denen der desolate Zustand der Gedenkstätte geschildert worden war. Es mangelte nicht an Hinweisen auf die moralische, kulturelle und pädagogisch-politische Bedeutung des Erhalts der ehemaligen Mordstätten auf polnischem Boden. Der polnischen Regierung fehle das Geld, schrieb die Süddeutsche

<sup>5</sup> Gemeinsame Erklärung der Fraktionen der Volkskammer der DDR, 12. April 1990 (ADN).

<sup>6</sup> Benz, Wolfgang: Der Nationalsozialismus als Problem der politischen Kultur der Bundesrepublik. In: Hanke, Irma/Keidel, Hannemor (Hrsg.): Unruhe ist die erste Bürgerpflicht. Politik und Politikvermittlung in den 80er Jahren. Baden-Baden 1988, 55–73.

<sup>7</sup> Zit. nach Die Zeit vom 7. 10. 1988 (Worte von Franz Josef Strauß).

Zeitung, und Deutschland fehle das Interesse an einem Ort des Gedenkens, den die UNESCO als Bestandteil des Kulturlebens der Welt erklärt und damit in eine Reihe mit der Akropolis, der Alhambra, den Pyramiden und weiteren 300 Objekten in 115 Staaten der Erde gestellt hat. International bedurfte die Aufnahme von Auschwitz in die Welt-Denkmaliste keiner Rechtfertigung, dem deutschen Publikum muß man es freilich immer wieder erklären, daß der Begriff *Kultur* die Gesamtheit der Lebensformen umfaßt, die für eine Gesellschaft repräsentativ sind, geistig wie materiell, daß daher Dachau und Auschwitz als Zeugnisse einer Epoche, die Bestandteil deutscher Geschichte als individueller Erfahrung und kollektiven Bewußtseins ist, unbedingt erhaltenswürdig sind.

„Bewahren“ wird aber wegen des Schuld- und Leidensdrucks, der alle Verdrängungen überdauert, vielfach als Anklage, und „Erinnern“ wird als Schulderklärung und erzwungene Selbstbeziehung verstanden.

Die Reportage im Fernseh-Magazin Panorama<sup>8</sup> diente, wie auch die vorhergehenden Berichte in anderen Medien, einer Spendenaktion der „Internationalen Stiftung zur Erinnerung der Opfer von Auschwitz“. Die Wirkung des Appells im Fernsehen war beträchtlich, im Positiven wie im Negativen. Dokumentiert und publiziert in Anrufen an den Sender<sup>9</sup> und in Zuschriften, die den Norddeutschen Rundfunk in der Folgezeit erreichten, ergibt sich ein Einblick in die Bewußtseinslage und das Verhältnis der Deutschen zum nationalsozialistischen Völkermord an den Juden und weit darüber hinaus. Antisemitische und rassistische Attitüden sind darin ebenso wie nationalistische Einstellungen, die sich in Feindschaft und Überheblichkeit etwa gegenüber Polen zeigen oder als Syndrom aus Selbstmitleid, Trotz und Abwehr historischer Realität zutage treten.

Selbstverständlich sind die Äußerungen aus Anlaß der Sendung „Auschwitz verfällt“ im quantitativen Sinne nicht repräsentativ<sup>10</sup> für die Einstellung der Deutschen zum Holocaust. Die Rückmeldungen auf die Sendung bieten aber, aus konkretem Anlaß und spontan erfolgt, Hinweise auf Verhaltensmuster und Einblicke in Bewußtseinsstrukturen, die typisch und weit verbreitet sind. In der Moderation zur Dokumentation des Zustands vom Stammlager (Auschwitz I) und Birkenau (Auschwitz II) am Beginn der neunziger Jahre hatte es geheißsen, die polnische Regierung habe mehr Geld in die Gedenkstätte Auschwitz gesteckt als in jedes andere Museum, aber jetzt sei das Land nicht mehr in der Lage, „das Massenvernichtungslager als Zeugnis und Mahnung zu erhalten“. Und abschließend rief der verantwortliche Redakteur der Sendung zur privaten Hilfe für Auschwitz auf – zur Ergänzung der offiziellen Beteiligung der Bundesregierung, denn „die moralische, historische und politische Verantwortung für die Greueltaten des NS-Regimes treffe nicht nur den Staat, sondern alle Deutschen“<sup>11</sup>.

<sup>8</sup> NDR/Panorama Nr. 477 vom 9.3.1992: „Auschwitz verfällt“. Moderation Joachim Wagner, Dokumentation Patricia Schlesinger.

<sup>9</sup> In der Sendung „Nachgefragt“ (ausgestrahlt über den Sender 1 Plus unmittelbar im Anschluß an Panorama) konnten sich Zuschauer gegenüber Redaktion und Reportern telefonisch zur vorangegangenen Sendung äußern.

<sup>10</sup> Vgl. Bergmann, Werner: Die Reaktion auf den Holocaust in Westdeutschland von 1945 bis 1989. *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 43 (1992) 327–350.

<sup>11</sup> Herzlicher Dank gebührt der Redaktion Panorama des Norddeutschen Rundfunks, die

Diese Feststellung ist Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik seit ihrer Gründung, sie wird aber auch relativiert durch die Forderung vieler, die Verantwortung zu terminieren: irgendwann müsse, amtlich, weltöffentlich und unwiderrufbar, das Ende der deutschen Zuständigkeit für Hitler und den nationalsozialistischen Staat erklärt werden.

Das geschieht in der Regel in sehr emotionalisierter Form, wobei viel von einem diffusen Schuldbegriff Gebrauch gemacht und wobei deutlich wird, daß viele Deutsche die Zeit nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes als Periode der Bestrafung empfinden, zugleich aber auch als Zeit der Sühne: Die materiellen Leistungen zur Entschädigung und Restitution werden als Argument ebenso verwendet wie die Aufbauleistungen im eigenen Land, und daraus wird gefolgert, es sei genug getan und gebüßt worden, der saldierende Schlußstrich unter das Kapitel Holocaust sei überfällig.

Zwei Generationen leben inzwischen in Deutschland, die keine individuelle Schuld mehr haben können; in deren Argumentation spielt die Zurückweisung einer Mithaftung für die Schuld der Väter und Großväter eine große Rolle. Dazu sind sie individuell und subjektiv natürlich berechtigt, und den Nebeln der „Betroffenheit“ zu entrinnen, die selbsternannte Moralisten erzeugen, ist ein Bestreben, das an sich ja keinen Tadel verdient. Die ebenso emotional aufgeladene Abwehr der Erinnerung, als Zurückweisung oktroyierter „Schuld“ getarnt und mit Leidenschaft betrieben, ist zwar teilweise ein Reflex auf zuviel aufklärerisch-anklagendes Engagement, aber schon wegen der demagogischen Verwischung der Tatbestände „Schuld“ und „Verantwortung“ unzulässig. Gehört in solches Argumentationsmuster doch die Unterstellung, der „Schuldvorwurf“ diene in erster Linie und vor allem der Erpressung oder zumindest der Demütigung der Deutschen, die überdimensional viel leisten müßten, aber gleichzeitig am Genuß des ihnen Zustehenden gehindert blieben.

Aus der – im Prinzip zunächst wertneutralen – Verantwortung der Nachgeborenen destillierten nationalistiche und reaktionäre Interessenten frühzeitig den grobschlächtigen Vorwurf einer angeblichen „Kollektivschuld“ der Deutschen heraus, gegen den man sich unermüdlich zur Wehr setzen müsse. Das populistische Rezept erweist sich seit Jahrzehnten als erfolgreich: Zwar wurde niemals Deutschland oder den Deutschen offiziell der Vorwurf kollektiver Schuld gemacht – in keinem Dokument, in keiner Handlung der Alliierten –, aber der Abwehrmechanismus gegen die imaginäre Pauschalverurteilung funktioniert reibungslos, ja man scheint geradezu darauf angewiesen.

„Schuld“ ist auch die zentrale Kategorie in der Reaktion der Zuschauer auf die Panorama-Sendung. Der erste Anrufer, der Enkelgeneration zugehörig, spricht immer wieder von „Selbsterfleischung“, die in Deutschland betrieben werde, man „wolle Schuldgefühle einimpfen“ bzw. „die eingetrichterten Schuldgefühle“ konservieren. Eine BerlinerIn plädiert unter Hinweis auf das von ihr so verstandene Verursacherprinzip dafür, die Industrie zur Kasse zu bitten, weil sie Nutznießer des NS-Systems

---

freundlicher Weise sämtliche Zuschriften im Wortlaut zur Verfügung stellte. Alle Briefe wurden zuvor zur Gewährleistung des Datenschutzes anonymisiert. Einige Zuschriften erfolgten auch anonym. Die Kopien befinden sich im Archiv des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

und damit von Auschwitz gewesen sei. Ein 25jähriger stellt die Frage, bis wann man denn zahlen solle, und meint, irgendwann müsse die alte Schuld doch abgeglichen sein. Es gebe so viel wichtigere Probleme – etwa das Ozonloch in der Atmosphäre – „wieso sollen wir immer spenden?“ Ähnlich argumentiert auch eine Frau, die Spendenmittel für die Kinder der Dritten Welt verwenden will, das Geld solle nicht in „die tote Materie Auschwitz“ gesteckt werden, Hilfe für die Lebenden sei wichtiger als die museale Renovierung des KZ: Zur Bewahrung der Erinnerung genüge die Dokumentation der Daten und Fakten.

In der Diskussion der Fernseh-Redaktion mit den spontanen Anrufern wird eine Schwierigkeit deutlich, die symptomatisch ist: Keiner der Anrufer bestreitet die historische Realität von Auschwitz und des Holocaust, alle sind überzeugt von der Notwendigkeit, eine Wiederholung zu verhindern, sie sind also durchaus repräsentativ für die Mehrheit der Deutschen, und zwar auch in dem Punkt, daß es – mindestens für die Jüngeren – problematisch ist, sich individuell und subjektiv im Komplex von Schuld und Erinnerung, im negativen nationalen Heroismus zu verorten. Die stereotype Einladung zur Betroffenheit ist nicht hilfreich bei der Lösung des Problems, dient allenfalls der Ausgrenzung und Abwendung vom Thema.

Die Reaktionen, die schriftlich den Sender erreichten, sind auch insofern vielleicht weniger repräsentativ, als die Unmutsäußerungen überwiegen. Es wäre daher falsch, aus den im folgenden zitierten Stellungnahmen die Schlußfolgerung zu ziehen, die Mehrheit der Deutschen dächte so.

Ein 32jähriger Zuschauer, den die gezeigten Bilder „sehr betroffen gemacht“ haben, fragt, ob es „für nachfolgende Generationen eigentlich nicht unglaublich makaber“ sei, eine Stätte der Grausamkeit und Menschenvernichtung zu konservieren. Es komme ihm so vor, „als würde in einem offenen Sarg in einem offenen Grab ein furchtbar verstümmelter Leichnam liegen, den man in dieser Form für die Nachwelt um jeden Preis erhalten wolle, nur um die Greuelthaten seiner Mörder zu dokumentieren“. Auschwitz könne möglicherweise zu einer Art „Horrorkabinett“ verkommen, „zu dem vielleicht eines Tages junge, vielleicht weniger verantwortungsbewußte Menschen pilgern könnten, um sich dort gehörig zu gruseln, und vielleicht noch ihre Namen in die Wände der Gaskammern ritzen würden“. Das käme einer zweiten Ermordung der Toten gleich; dies zu verhindern, sollten die materiellen Überreste vernichtet werden, eine fotografische Dokumentation über Leben und Tod im Konzentrationslager solle die Besucher über die historische Realität aufklären. Man kann das als Flucht ins Abstrakte, als Abwehr gegenüber den konkreten Relikten des Völkermords interpretieren.

Eine Krankenschwester argumentiert ähnlich, wendet aber die Abwehr der Restaurierungsabsicht zum philanthropischen Projekt: „Wir sollten unsere Betroffenheit besser in unseren Gedanken und in unseren Herzen bewahren und uns in Menschlichkeit üben. Auschwitz – als Denkmal – sollte zu einem Zentrum besonderer Art ausgebaut werden. Aber dafür brauchen wir doch nicht diese schrecklichen 450 Baracken wieder! Wir sollten eine neue Stadt erbauen, in der insbesondere die „Erben“ der Opfer und die „Erben“ der Täter in Frieden und Freiheit wohnen und in Respekt, Toleranz und multinationaler Kultur miteinander leben. Das wäre ein lebendiges Denkmal und ein tägliches Sicherinnern.“

In eine andere Kategorie von Reaktionen fallen die Zuschriften, die unter patriotischen Gesichtspunkten Relativierungen des historischen Befunds vornehmen. Das geschieht, je nach Generationszugehörigkeit, unter Hinweis auf Erlebnisse in der Kriegsgefangenschaft (so wird erwähnt, daß Auschwitz im Frühjahr 1945 als Sammelplatz für deutsche Kriegsgefangene diente, wobei erhebliche Verluste durch Hunger und Seuchen zu beklagen waren) oder bei der Flucht und Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Abgelehnt wird im gleichen Atemzug auch immer wieder die These von der deutschen Kriegsschuld 1914, und auf den Versailler Vertrag als verursachendes Element für den Nationalsozialismus wird ebenso häufig verwiesen. Das dient der kollektiven Rechtfertigung und Entlastung; die verbrecherische Qualität des NS-Regimes wird bei dieser Form der Relativierung nicht bestritten. „In unserem Land existieren genügend Gedenkstätten für das menschenverachtende Naziregime“, schreibt jemand, der den Spendenaufruf für Auschwitz für „eine Geschmacklosigkeit“ hält. Der Gegenvorschlag: „Wie wär’s mit einer Gedenkstätte für die zwei Millionen Toten, meist Frauen, Kinder und Greise, die durch Flucht und Vertreibung umkamen? Oder sind diese Menschen, weil Deutsche, schuldig?“

Aus dem Trauma, einer quasi universellen deutschen Alleinschuld bezichtigt zu werden, argumentiert auch ein Angehöriger der Kriegsgeneration, der die verfallende Gedenkstätte Auschwitz abreißen und durch ein Mahnmal ersetzen will. Eine schäbige Gedenkstätte würde der Sache eher abträglich sein, meint er, sollte es trotz seiner Bedenken zur Restaurierung kommen, müsse sich aber Israel beteiligen, und zwar wegen der Leistungen der Bundesrepublik für Opfer und Hinterbliebene des Holocaust. Das Fazit: „Wir sollten nichts unter den Tisch kehren, aber nach 47 Jahren uns nur ausschließlich auf die Zukunft konzentrieren, wo enorme Aufgaben auf uns warten. Indem wir einseitig über die Vergangenheit reden, schüttet man nur Wasser auf Mühlen der Rechtsextremen. Die vielfältigen Schicksale unseres Volkes verdienen gleichwertige Behandlung und Berichterstattung.“

Das Relativieren und Aufrechnen deutscher Verbrechen mit fremder Schuld ist nicht gleichbedeutend mit der Verharmlosung oder Leugnung des historischen Tatbestandes, wie er von den „Revisionisten“ betrieben wird. Diese meldeten sich unter Beifügung von Pamphleten und mit reichlichem, aus der rechtsextremistischen und neonazistischen Literatur gewonnenen Zitatenschatz zu Wort. Wie nicht anders zu erwarten, versuchten sie mit den bekannten Fragestellungen und Behauptungen, die „Auschwitz-Lüge“ zu widerlegen. Die angebliche technische Unmöglichkeit, in Auschwitz (oder an anderen Stätten des Genozids) Menschen in den Dimensionen zu ermorden, wie dies tatsächlich geschah, spielt eine beträchtliche Rolle in der Argumentation diesser Zuschriften. Immer wieder werden die „Forschungsergebnisse“ eines dilettierenden amerikanischen Ingenieurs namens Leuchter erwähnt, die von der Verteidigung in einem Neonaziprozeß in Toronto eingeführt wurden. Der Leuchterbericht<sup>12</sup> gilt seitdem Rechtsextremisten als naturwissenschaftlich-technischer „Beweis“, daß es keine Massentötungen durch Giftgas gegeben hat.

<sup>12</sup> Vgl. Wellers, Georges: Der „Leuchter-Bericht“ über die Gaskammern von Auschwitz: Revisionistische Propaganda und Leugnung der Wahrheit. In: Dachauer Hefte 7 (1991) 230–241.

Widersprüche in der Berichterstattung der Medien, insbesondere hinsichtlich der Zahlenangaben von Holocaustopfern, aber auch belangloser Details, werden von Interessenten stets aufgegriffen und jahrelang tradiert, um den Makel der „Kollektivschuld“ abzustreifen. Auch die Korrektur irrtümlich zu hoch angegebener Opferzahlen (wie in Auschwitz, wo auf inzwischen entfernten Gedenktafeln früher vier Millionen Opfer genannt waren) dient den Revisionisten noch als „Beweis“ dafür, daß alle Angaben und Berechnungen von Historikern grundsätzlich falsch sind, auch die eine Million tatsächlicher Opfer in Auschwitz und die sechs Millionen ermordeter Juden insgesamt<sup>13</sup>.

Ein „Sudetendeutscher“ beruft sich auf zwei Onkel tschechischer bzw. jüdischer Herkunft, die in Buchenwald und Theresienstadt inhaftiert waren und nach ihrer Befreiung – im Gegensatz zu den Massenmedien – nichts von Gaskammern und Vergasungen zu berichten wußten. „Da ich meinen Onkeln mehr glaubte als der Propaganda . . . war für mich klar, daß da nicht alles stimmen kann.“ Er fühle sich seit langem über die Konzentrationslager belogen, und die Sendung habe sein Mißtrauen noch bestärkt. Vieles an den gezeigten Bildern erscheine ihm einfach unmöglich: „Da war das Bild mit der Unmenge von Schuhen der ‚Getöteten, sprich Vergasten‘. Das Bild ist für mich eine Fälschung, denn eine hier gezeigte „Lagerung“ ist undeutsch. Ich war lange genug Soldat der Wehrmacht, um zu wissen, was deutsche Ordnung ist. Niemals wäre geduldet worden, daß die requirierten Schuhe so wahllos hingeworfen worden wären. Damit die Schuhe einem doch beabsichtigten nützlichen Zweck hätten zugeführt werden können, wäre zumindest das paarweise Zusammenbinden notwendig gewesen. Wie sonst hätte man in dem auf dem Bild gezeigten Chaos jemals zwei zusammengehörende Schuhe finden können?!“

Die Argumentation ist typisch, wenn auch in dieser Skurrilität selten. Immer wieder werden Zweifel an der Authentizität der Brillen oder der abgeschnittenen Haare geäußert, die in Auschwitz gezeigt werden. Könnte das Haar nicht auch von deutschen Landsern stammen, die im Frühjahr 1945 hier geschoren wurden, fragt einer, der die Realität der Gaskammern und Krematorien erschüttern will. Wenn es gelänge nachzuweisen, daß die Brillen alle von gleicher Art und somit vielleicht nicht von Holocaustopfern aus allen Teilen Europas getragen worden sind, dann wäre auch der Massenmord nicht wirklich geschehen, dann wäre man vom Schuld- und Leidensdruck erlöst, lautet die Hoffnung. Der „Sudetendeutsche“ faßt die Motive zusammen: „Eigentlich hätte ich mich niemals mit diesen Ereignissen beschäftigt, denn als Heimatvertriebener hatte ich genug Last zu tragen. Nachdem aber kein Ende der Kollektivbeschuldigung, und damit auch meiner Person!, abzusehen war, wollte ich nun genau wissen, welche Verbrechen ich als tatsächlich Unschuldiger begangen haben sollte. Eben diesem Umstande ist es zu verdanken, wenn ich ein ganz anderes Ergebnis bekomme, als es die Massenmedien ‚hervorzubern‘. Ein weiterer Grund ist der, daß ich von meinen Kindern, und jetzt schon wieder Enkelkindern, nicht als Massenmörder dastehen möchte.“

---

<sup>13</sup> Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*. München 1991.

Dem Rechtfertigungsbedürfnis dient auch die Schuldzuweisung an andere. Das äußert sich in vielen Stellungnahmen in Form von Antisemitismus und Polenfeindschaft. In einem Brief wird unterstellt, die zum Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz erforderlichen Gelder würden von jüdischer Seite verlangt. Es müsse „den Juden doch selbst langsam peinlich sein, uns Deutschen dieses Thema immer wieder auf's Brot zu schmieren! ... Und dann diese für mich äußerst peinliche Demuthaltung der deutschen Politiker gegenüber dem jüdischen Volk, dieses hat doch inzwischen selbst Dreck genug an seinen Händen (und Blut!), siehe den Umgang mit den Palästinensern!“ Ein anderer schildert, unter dem Vorwurf, die Fernsehsendung sei deutschfeindlich in ihrer Berichterstattung, ausführlich seine Leiden als Kriegsgefangener in Sibirien; in die Aufrechnung deutscher Leiden mischen sich antijüdische und antislawische Ressentiments: „Verkommenheit, Unordnung und Verfall gibt es in Polen doch wahrlich genug. Und im Betteln sind die Polen ja auch Weltmeister.“ Deshalb solle eine schlichte, leicht zu pflegende Gedenkstätte in Auschwitz das verkommene und verfallene Lager Auschwitz ersetzen. Wie lange man „den Polaken“ noch die Stiefel küssen müsse, fragt ein Heimatvertriebener, der vorschlägt, alle Relikte in Auschwitz zu verbrennen „damit der Spuk endlich mal zu Ende ist“.

Die häufig artikuliert Vermutung, die Deutschen müßten zur Lösung aller Probleme der Welt finanziell einstehen, und um die Zahlungsbereitschaft aufrechtzuerhalten, würden Schuldvorwürfe verewigt, ist in einer Zuschrift so gefaßt: „Haben Sie denn noch immer nicht begriffen, warum alle zu uns kommen und uns einreden, wir hätten an allem schuld? Jahrzehnte wurden wir beschimpft, das Wort vom häßlichen Deutschen ging um die Welt, und plötzlich mögen uns alle und kommen zu uns. Wir wurden schon immer ausgebeutet ...“

Der Verfasser des Briefes ist 1940 geboren und verbittet es sich ausdrücklich, mit Auschwitz in Verbindung gebracht zu werden und eine moralische oder materielle Schuld angelastet zu bekommen. Das sei „Verleumdung und Volksverhetzung“. Aber gegen Deutsche dürfe man ja, im Gegensatz zu Ausländern, ungestraft hetzen. Der das schreibt, ist möglicherweise kein notorischer Fremdenfeind, sondern sucht, wie viele andere, ein Ventil für seine Empörung, für die vermeintlich oktroyierten und instrumentalisierten Inferioritätskomplexe, die er als Deutscher hat, wenn er mit moralischen Appellen konfrontiert wird, die sich auf – für ihn – lange zurückliegende historische Ereignisse gründen.

Von einer sehr kleinen Minderheit abgesehen, die mit der Leugnung und Verharmlosung des Holocaust jeden vernünftigen Diskurs verweigert (das dokumentiert sie bei entsprechenden Gelegenheiten durch anonyme und obszöne Äußerungen stets aufs neue), sind sich die Deutschen bewußt, daß Auschwitz ein schweres Erbe ist. Die Erinnerung ist, das beweisen die Reaktionen auf die Fernsehsendung, auch weniger verdrängt als vielmehr negativ besetzt; das kollektive Bewußtsein über den Holocaust ist von Empfindungen der Scham und Schuld geprägt. Diese Empfindungen sind im allgemeinen nicht reflektiert und schlagen leicht in Abwehr um. Dem Wunsch nach Erlösung dienen freilich Aufforderungen zur Betroffenheit oder moralische Appelle zur Verantwortung, wie sie sich als Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik eingebürgert haben, je länger, desto weniger. Insbesondere gegenüber der zweiten und dritten Generation sind neue Formen der Auseinandersetzung erforderlich.

Die Notwendigkeit weiterer Beschäftigung und Auseinandersetzung mit dem schweren Erbe des Holocaust steht außer Frage. Neonazistische Aktivitäten und fremdenfeindliche Exzesse, die seit der Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten mit steigender Tendenz zu beobachten sind, sind nicht repräsentativ für die Haltung „der Deutschen“, sie sind aber alarmierende Anzeichen für die Haltung einer Minderheit, deren Gemeinsamkeit in der Verleugnung der historischen Realität besteht. Diese Attitüde ist – ohne die militanten Umstände, mit denen die Minderheit agiert – auch attraktiv für breitere Schichten.

WENN DIE VERGANGENHEIT ZUR GEGENWART  
SPRICHT: FÜNF PUBLIKATIONEN ÜBER DEN  
HOLOCAUST DES SLOWAKISCHEN JUDENTUMS\*

Von *Yeshayahu A. Jelinek*

Immer dann in der modernen Geschichte der Slowakei, wenn ihre ethnischen Minderheiten der unmittelbaren Kontrolle slowakischer Institutionen unterworfen waren – wie in den Jahren 1938–1948 –, stand ihr Schicksal unter keinem günstigen Stern. Während des Zweiten Weltkrieges sahen sich Tschechen, Juden, Roma, Ruthenen/ Ukrainer und Polen in der Slowakei nationaler und religiöser Diskriminierung ausgesetzt. Selbst die Deutschen und die Ungarn in der Slowakei mußten – trotz des Schutzes, den ihnen fremde Regierungen gewährten – gelegentlich die Erfahrung nationaler Intransigenz und Intoleranz machen.

Heute, da die Slowakei wieder ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit erlangt und damit auch die unmittelbare Kontrolle über ihre nationalen und ethnischen Gruppen und Minderheiten gewonnen hat, lebt die winzige jüdische Minderheit in Furcht. In der Tat wird das Los der Juden in der Slowakei heute von Unduldsamkeit und Haß bestimmt. Obwohl sie auf der einen Seite offiziell geschützt werden („wie der Bär im Frühling“, wie die Juden die Haltung der slowakischen Regierung zu ironisieren pflegen), fühlen sie auf der anderen Seite häufig und schmerzlich die Abneigung der politisch Verantwortlichen und eines Teils der Gesellschaft. Typisch für den weitverbreiteten Haß gegen die Juden sind die Versuche, die Geschichte des slowakischen Staates

---

\* *Fatran, Gila: Ha-im maavak al hisraduth. Hanhagath y'hudei slovakia b'shoah 1938–1944* [Wessen Kampf für die Rettung? Die Führung der slowakischen Juden in der Zeit des Holocaust 1938–1944]. Tel-Aviv 1992, 333 S.

*Tragédia slovenských Židov. Materiály z medzinárodného sympózia. Banská Bystrica 25.–27. marca 1992* [Die Tragödie der slowakischen Juden. Materialien des internationalen Symposiums in Banská Bystrica vom 25.–27. März 1992]. Hrsg. von Dezider *Tóth*. Banská Bystrica 1992, 328 S.

*Vatíkán a Slovenská republika 1939–1945. Dokumenty* [Der Vatikan und die Slowakische Republik 1939–1945. Dokumente]. Hrsg. von Ivan *Kamenec*, Vilém *Prečan* und Stanislav *Škorvák*. Bratislava 1992, 228 S.

*Kamenec, Ivan: Po stopách tragédie* [Auf den Spuren der Tragödie]. Bratislava 1991, 285 S.

*Prakim b'koroth y'hudei slovakia. Hartsaoth b'kenes mada'i al y'hudei slovakia b'shanim 1942–1945* [Kapitel aus der Geschichte der slowakischen Juden. Vorträge des wissenschaftlichen Kongresses über das slowakische Judentum 1942–1945]. Hrsg. von Akiba *Nir*. Giva'th Chavivah 1988, 136 S.

und zumal ihres jüdischen Kapitels zu leugnen oder umzuschreiben. In einer Welt, in der es zur populären Mode geworden ist, den Holocaust in Abrede zu stellen, haben sich einige slowakische Politiker, Journalisten und Historiker in dieser Hinsicht ebenfalls hervorgetan: Ihnen geht es um die Rehabilitierung eines Staates, in dem Brutalität und Willkür an der Tagesordnung waren. Die Forderung nach Rehabilitierung einiger Protagonisten jenes Staates ist zugleich die Forderung nach der Rehabilitierung desjenigen Teils der slowakischen Gesellschaft, der die Nächstenliebe vergessen hatte. Die Versuche, die slowakische Verantwortung für die Deportation der Juden in die Vernichtungslager zu bestreiten<sup>1</sup>, die Bestrebungen zur Rehabilitierung von Jozef Tiso, Vojtech Tuka und Alexander Mach sowie die Aufforderungen zur „Korrektur“ der Annalen des slowakischen Staates sind die slowakische Variante der im Ausland aufgetischten „Auschwitz-Lüge“ und der „jüdischen Erfindung des Holocaust-Mythos“. Interessant ist hierbei lediglich, daß sich in dieser Tendenz Traditionen der kommunistischen Ära, als die verzerrende und verfälschende Geschichte des slowakischen Staates zu den festen Gewohnheiten gehörte, mit Traditionen der ludakischen Emigration im Westen vereinigen, die sich ebenfalls intensiv und mit Vorliebe mit der Verfälschung eben dieser Geschichte befaßt – wenn auch aus diametral entgegengesetzten Gründen. Beide Seiten lehnen es ab, daß dieser Abschnitt der slowakischen Geschichte von westlichen Historikern bearbeitet wird, die sich der Tradition unabhängiger und objektiver historischer Forschung verpflichtet fühlen. Daß gerade das Schicksal der Juden in der Slowakei häufig als Thema für die historische Urteilsbildung herangezogen wurde, verwundert nicht. Freilich bildet gerade der Holocaust einen der dunkelsten Flecken auf der nicht eben glanzvollen historischen Bilanz der Slowakischen Republik.

In der mehr als vierzigjährigen Geschichte der kommunistischen Herrschaft in der Slowakei erschien nicht eine einzige Monographie, die sich mit diesem Kapitel der slowakischen Geschichte befaßt hätte<sup>2</sup>. Obwohl Periodika und Tagespresse das Thema von Zeit zu Zeit aufgriffen und dieses während des Prager Frühlings auch zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion wurde, blieb der Holocaust doch weitgehend tabuisiert. Erst nach der „samtenen Revolution“ des Jahres 1989 wurde diese Mauer des Schweigens durchbrochen, und die slowakische Gesellschaft hat damit begonnen, dem Schicksal der Juden größere Aufmerksamkeit zu widmen; wie schon oben erwähnt, geschieht dies jedoch nicht immer in würdiger und aufrichtiger Weise. Die hier rezensierten Arbeiten stellen einen ersten Ertrag der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Holocaust seit dem politischen Umbruch des Jahres 1989 dar. Die

---

<sup>1</sup> Es ist gewiß typisch, daß die Vorsitzende der Jozef Tiso-Gesellschaft, die die Rehabilitierung des ehemaligen Staatspräsidenten fordert, die gesamte Verantwortung für die Deportation der Juden auf die Deutschen abwälzt und zynisch erklärt, die slowakischen Juden hätten sich als Deutsche ausgegeben, so daß die Deutschen nur Deutsche deportiert hätten. Vgl. Lidové noviny v. 13. 11. 1992.

<sup>2</sup> Vgl. dazu meine bibliographischen Essays: *The Holocaust of Slovakian Jewry*. East Central Europe 10/1–2 (1983) 14–23. – *The Holocaust of Slovakian and Croatian Jewry from Historiographical Viewpoint*. In: *The Historiography of the Holocaust Period*. Hrsg. von Yisrael Gutman und Gideon Greif. Jerusalem 1988, 343–368.

Betonung liegt dabei auf „wissenschaftlich“; unberücksichtigt blieben Publikationen, die eher den Charakter von Memoiren haben oder polemischer Natur sind.

Das von Ivan Kamenec vorgelegte Buch „Po stopách tragédie“ ist im Grunde genommen die erste umfangreichere wissenschaftliche Untersuchung des Holocaust in der Slowakei. Ursprünglich die Dissertation des Autors aus dem Jahre 1973, mußte die Arbeit lange warten, bevor sie einem breiteren Publikum vorgestellt werden konnte. Die Sicherheitsorgane und gewisse politische Kreise hatten seinerzeit Interesse an der Dissertation gezeigt, und die kommunistischen Machthaber machten Kamenec unmißverständlich klar, daß sie seine Arbeit nicht gerade wertschätzten. Das eigentliche Ende des öffentlichen Tabus, das den Holocaust umgab, bezeichnet jedoch die Publikation „Tragédia slovenských Židov“. Dieser Sammelband<sup>3</sup> enthält die Vorträge einer Konferenz in Banská Bystrica im März 1992, die aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages des Beginns der Deportationen der Juden aus der Slowakei veranstaltet wurde. Auf dieser Konferenz wurden 17 Referate vorgetragen; hinzu kamen zahlreiche Diskussionsbeiträge slowakischer, tschechischer und israelitischer Historiker. Es war das erstmal, daß eine Delegation von Historikern aus Israel (sie umfaßte sieben Mitglieder) die Ergebnisse ihrer Forschungen einem Publikum in der Slowakei vorlegen konnte. Die dreitägige Konferenz, an der zahlreiche slowakische Historiker teilnahmen, die auf dem Gebiet der Zeitgeschichte arbeiten, stand im Zeichen lebhafter Debatten, die Dezider Tóth vom Museum des Slowakischen Nationalaufstands anschließend zu dem erwähnten Buch zusammenfaßte. Auch der Band „Vatikán a Slovenská Republika“ ist vor allem dem hier behandelten Thema gewidmet und wurde daher in die vorliegende Rezension einbezogen. Das Buch stellt einen wichtigen Beitrag zu den Debatten über den Charakter des slowakischen Staates dar, über dessen Präsidenten und über die slowakische Variante der Lösung der sogenannten jüdischen Frage. Die drei Herausgeber – Ivan Kamenec, Vilém Prečan und Stanislav Škorvánek – waren sich der Bedeutung ihrer Aufgabe bei der Vorbereitung des Bandes für den Druck durchaus bewußt.

Die in hebräischer Sprache geschriebene Darstellung von Gila Fatran „Wessen Kampf für die Rettung?“ ist erst in jüngster Zeit veröffentlicht worden. Die Autorin

<sup>3</sup> Mit den folgenden Beiträgen in slowakischer Sprache: Robert B ü c h l e r: Die jüdische *comunitas* in der Slowakei vor dem Zweiten Weltkrieg; Akiba N i r: Die zionistische Organisation, die Jugendbewegung und die Emigration nach Palästina in den Jahren 1918–1945; Yehuda B a u e r: Die Tragödie der slowakischen Juden im Rahmen der nationalsozialistischen Judenpolitik in Europa; Katarina Z a v a c k á: Die antijüdische Gesetzgebung des slowakischen Staates; Ivan K a m e n e c: Die Deportation der jüdischen Bürger aus der Slowakei im Jahr 1942; Gila F a t r a n: Der Überlebenskampf der Juden in der Zeit des Holocaust; Yes-hayahu A. J e l i n e k: Die katholische Kirche und die Juden in der Slowakei vom Frühjahr 1942 bis zum Frühjahr 1944; Vlasta K l a d i v o v á: Das Schicksal der jüdischen Transporte aus der Slowakei in Auschwitz; Miroslav K á r n ý: Die Geschichte des Auschwitz-Berichts von Wetzler und Vrba; Ján K o r č e k: Zur Frage der rassistischen Verfolgung im Zeitraum 1943–1944; Ján S t a n i s l a v / Stanislav M i č e v: Die antijüdischen Repressalien in der Slowakei von September 1944 bis April 1945; Jan R y c h l í k: Die Lage der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren; Juraj S p i t z e r: Möglichkeiten des jüdischen Widerstands in den Jahren 1939–1945; Erich K u l k a: Jüdische Versuche zur Einstellung des Holocaust in Auschwitz; Margita S c h w a l b o v á: Slowakische Jüdinnen in Auschwitz.

hat sich darum bemüht, in ihre Arbeit auch Dokumente aus slowakischen Archiven heranzuziehen. Man darf wohl behaupten, daß dieses Buch bisher das letzte Wort der westlichen Forschung zur Geschichte der Vernichtung der slowakischen Juden ist. Weitgehend unbekannt ist der wissenschaftlichen Öffentlichkeit die Untersuchung „Kapitel aus der Geschichte der slowakischen Juden“ geblieben, obwohl sie bereits 1988 veröffentlicht wurde<sup>4</sup>. Der Band vereinigt die Vorträge einer Konferenz in Israel (in Giva'at Chaviva und Jerusalem) im November 1984, die sich mit den slowakischen Juden im Zweiten Weltkrieg beschäftigte. Die Anregung zu dieser Konferenz gab die Debatte in der israelischen Presse im April 1984 über die Möglichkeiten, den Holocaust durch Verhandlungen mit der SS zu begrenzen; als Beispiel wurden dabei die Verhandlungen mit Dieter Wisliceny in der Slowakei zugrunde gelegt. Diese Debatte machte deutlich, daß die israelischen Historiker mit den Einzelheiten der Situation der Juden in der Slowakei nicht vertraut waren. Das Ziel der Konferenz im November 1984 bestand denn auch darin, die Kenntnis dieser Frage zu erweitern und zu vertiefen und das Problem abzustecken. Insofern ist es kein Zufall, daß sich die beiden Konferenzen aus den Jahren 1984 und 1992 ergänzen, was eine gemeinsame Rezension beider Bände rechtfertigt.

Das Buch von Kamenec ist bereits die dritte zusammenfassende Darstellung zu dem hier diskutierten Thema<sup>5</sup>, jedoch die erste, die sich auf slowakische archivalische Quellen stützt. Alle bisher im Westen erschienenen Untersuchungen, einschließlich der israelischen, beruhen auf deutschen und/oder jüdischen Dokumenten mit Ergänzungen aus den staatlichen amerikanischen und britischen Archiven. Zwar hat Ladislav Lipscher, der die Tschechoslowakei 1969 verließ, slowakische und ostdeutsche Archive benutzt, konnte aber seine Arbeit nicht auf so zahlreiche slowakische Dokumente gründen wie Kamenec. Die Quellen sind zugleich die starke und die schwache Seite der Untersuchung von Kamenec. Ihre Vorzüge beruhen, wie wir schon erwähnt haben, auf den slowakischen Dokumenten, während ihre Schwächen in der Unkenntnis von Dokumentationen und Publikationen westlicher Provenienz liegen, wie es zumindest scheint. Diese Schwäche spiegelt sich im Text der Untersuchung deutlich wider: Obwohl das Buch ausdrücklich die Tragödie der Juden zum Thema hat, befaßt sich der Autor hauptsächlich mit der Tätigkeit slowakischer und deutscher Institutionen

<sup>4</sup> Dieser Sammelband enthält die folgenden Beiträge in hebräischer Sprache: Vilém Prečan: Der Slowakische Nationalaufstand 1944; Ladislav Lipscher: Die Teilnahme der Juden am Slowakischen Nationalaufstand; Eli Šadmi: Die Fallschirmspringer aus Palästina im Slowakischen Nationalaufstand; Alexander Pelach: Das sechste Arbeitsbataillon; Yeshayahu A. Jelinek: „Jahre des Schweigens“; Ya'kov Ronen: Die Jugendbewegung in der Illegalität in der Slowakei – Ein Erlebnisbericht; Gila Fatran: Rettungsversuche; dies.: Dr. Oskar Yirmiahu Neumann; Akiba Nir: Arbeitslager in der Slowakei in den Jahren 1942–1944; Yehuda Bauer: Der „Plan Europa“; Livia Rothkirchen: Die jüdische Führung in der Slowakei; Abraham Fuchs: Zur Persönlichkeit und Tätigkeit des Rabbiners Weissmandel; Emanuel A. Frieder: Der Rabbiner Dr. Abraham Abba Frieder; Channah Jablonka: Gisi Fleischmann; Erich Kulka: Flucht aus Auschwitz als Rettungsversuche.

<sup>5</sup> Zuvor erschienen Rothkirchen, Livia: Churban Yahaduth Slovakia. Teur history b'teudoth [Die Vernichtung des slowakischen Judentums. Eine historische Darstellung in Dokumenten]. Jerusalem 1961, LXXV, 254 S. – Lipscher, Ladislav: Die Juden im Slowakischen Staat 1939–1945. München-Wien 1980, 210 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 35).

und der nationalsozialistischen Machthaber, während den Aktivitäten der jüdischen Seite weniger Raum gewährt wird. Die Auseinandersetzungen hinter den Kulissen der jüdischen legalen und illegalen Organisationen, ihre Verbindungen ins Ausland (beispielsweise nach Istanbul, Genf und Budapest) sowie die Tätigkeit jüdischer Agenturen im Westen, im Vatikan und im Nahen Osten sind Kamenec wenig bekannt. Auch fehlt es ihm an Kenntnissen des jüdischen Alltags in der Slowakei in den Jahren des Zweiten Weltkrieges, über den die israelitischen Archive, Dokumentationen und die mündliche Überlieferung Auskunft geben. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ergänzen sich die Arbeiten von Kamenec und Fatran. Fatrans Untersuchung, die auf einer breiten Grundlage von Quellen aus israelischen, amerikanischen und deutschen Archiven ruht, wird darüber hinaus durch Aussagen überlebender Zeitzeugen vervollständigt. Das Bild, das sie zeichnet, wirkt plastischer als das von Kamenec entworfene, wenn ihm auch die dokumentarische Genauigkeit der Untersuchung Kamenec' und einige Quellen fehlen, die die Konzeption der israelischen Autorin gewiß an einigen Punkten geändert hätten (Der Leser denkt dabei etwa an die Interventionen des Vorsitzenden des Zentralen Wirtschaftsinstituts Augustin Morávek). Natürlich kann Kamenec – wenn er die hinter den Kulissen der illegalen jüdischen Führung wirkenden Kräfte, d. h. die sogenannte Arbeitsgruppe, nicht kennt – bestimmte Ereignisse nicht auf ihre Ursachen zurückführen. So weiß der Autor beispielsweise nicht, daß der „Erholungsurlaub“ des zweiten Vorsitzenden der Judenzentrale Arpád Sebestyén von der Arbeitsgruppe erzwungen wurde, wie Fatran schreibt. Beispiele dieser Art lassen sich bei beiden Autoren häufig finden.

Der unmittelbare und ungehinderte Zugang zu den slowakischen Dokumentationen unseres Themas – hoffen wir, daß hier keine restriktiven Maßnahmen ergriffen werden und das Material sorgfältig aufbewahrt wird – in Verbindung mit dem Studium der Archive des Westens sollte uns in Zukunft zu einem umfassenderen Verständnis der Situation der slowakischen Judenschaft verhelfen. Nicht zu vergessen sind dabei die bisher kaum benutzten Bestände ungarischer, sowjetischer und auch italienischer Archive; schließlich hat auch der Vatikan noch nicht alles veröffentlicht, was sich in seinem Besitz befindet, und daneben gibt es überdies private Archive wie das von Karol Sidor und Jozef Kirschbaum. Freilich sollte angemerkt werden, daß Kamenec nach dem November 1989 freien Zugang mindestens zu einem Teil der westlichen Publikationen hatte, von denen er einige sogar besitzt. Es ist anzunehmen, daß Kamenec in dem Bestreben, seine Arbeit in möglichst kurzer Zeit der Öffentlichkeit vorzulegen, nur die allernotwendigsten Veränderungen an dem ursprünglichen Manuskript vorgenommen hat.

Schon eine Analyse des ideellen Gehalts und der Terminologie der Arbeit verweist auf die Zeit, in der sie in ihrer ursprünglichen Form entstanden ist. Die von Zeit zu Zeit benutzten Ausdrücke und Redewendungen aus dem marxistischen Vokabular und gelegentliche materialistische bzw. marxistische Untersuchungs- und Deutungsmuster lassen erkennen, daß auf die Überarbeitung des Manuskripts nur wenig Sorgfalt im Detail verwendet wurde. Oder war die Zeit zu kurz, um sich andere mögliche Untersuchungsmethoden anzueignen? Ob nun so oder so, dem Leser wird bewußt, daß der Autor sein Werk in einer Zeit der intellektuellen Unterdrückung geschrieben hat. Ebenso mißfallen werden dem westlichen Leser die (bewußten oder unbewußten)

Zugeständnisse des Verfassers an die slowakische öffentliche Meinung. In der Tat kann man zwischen den Zeilen die Konzession entdecken, die der Autor dem slowakischen Nationalismus, der slowakischen Eigenliebe und sogar den gemäßigten Antisemiten des Landes gemacht hat. Der Historiker muß alle Aspekte des historischen Geschehens untersuchen und sie nach bestem Wissen und Gewissen darstellen. Gleichwohl wird der kritische Leser im vorliegenden Fall herausfühlen, daß die weniger erfreulichen Seiten der nationalen Gesellschaft, in welcher der Autor lebt, in den Hintergrund gedrängt werden, während andererseits diejenigen Elemente hervorgehoben werden, die den slowakischen Mythos bestätigen. Mit anderen Worten: Der Leser kommt gar nicht umhin, sich bewußt zu machen, unter welchen Bedingungen und vor welchem Hintergrund diese zweifellos sehr gute Untersuchung entstanden ist.

Bei aufmerksamer Lektüre stößt man in dem Buch von Kamenec auf manche problematische Frage. Bei der Analyse des Hintergrunds der Deportationen im Frühjahr 1942 umgeht Kamenec – ein so sensibler und aufmerksamer Historiker er ist – beispielsweise die innenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen dem Lager Tiso und den von Tuka und Mach angeführten Gruppierungen. Kamenec kennt gewiß die Affäre Sznacky und ebenso die Rede des deutschen Gesandten Hans E. Ludin in Kásmark, und dennoch unternimmt er keinen Versuch, die Deportationen mit der innenpolitischen Unruhe in Verbindung zu bringen. Das für die ludakistische Apologetik der Deportationen so wichtige und gerade im Frühjahr 1942 so ins Auge fallende Argument des „kleineren Übels“ wird von Kamenec fast übersehen. Der Kenner wird sich auch nicht mit dem knappen Abriss zufriedengeben, mit dem die Unterbrechung der Deportationen im Winter 1942–1943 abgehandelt wird, ebensowenig mit der Darstellung der Verhinderung der Wiederaufnahme der Deportationen im Frühjahr 1943. Kamenec zitiert beispielsweise die These, die Mach vor dem Nationalgericht verkündet hatte, daß er im Grunde die Deportationen im Frühjahr 1943 nicht habe wieder aufnehmen wollen und daß sein Ziel gewesen sei, die erregten Radikalen zu besänftigen<sup>6</sup>. Es ist interessant, daß Mach diese These in dem knappen Abriss seiner Memoiren, der im Frühjahr 1981 in mehreren Varianten veröffentlicht wurde<sup>7</sup>, nicht wiederholt hat. In diesem Abriss, um den die proludakistische Historiographie im Ausland und in der Slowakei ein großes Geschrei erhoben hat, schreibt Mach seine sogenannte Passivität einer angeblichen Intervention des Zipser Bischofs Ján Vojtaššák zu. Wir hätten Verständnis dafür, wenn Kamenec nicht auf im Ausland veröffentlichte Quellen zurückgreifen konnte, doch Machs Ausreden waren 1991 in der Slowakei bereits bekannt<sup>8</sup>, und dennoch sind sie seiner Aufmerksamkeit entgangen. Ein slowakischer

<sup>6</sup> K a m e n e c : Po stopách tragédie 229.

<sup>7</sup> Vgl. beispielsweise den Beitrag „Tu prišiel list od biskupa Vojtaššáka“ [Und dann kam ein Brief von Bischof Vojtaššák]. Slovenské hlasy z Ríma, Januar 1981, 19–20, und Februar 1981, 19–21. – Ferner dazu Nad jedným listom biskupa Vojtaššáka [Zu einem Brief Bischof Vojtaššáks]. Horizont 81 (München), Januar–Februar 1981.

<sup>8</sup> Die von František Vnuk verfaßte Biographie Alexander Machs wurde an verschiedenen Stellen veröffentlicht; dabei wurde auch der obenerwähnte Artikel zitiert. Aus der Korrespondenz mit Freunden in der Slowakei weiß ich, daß Vnuks biographische Darstellung dort bereits 1989 bekannt war.

Historiker, der in der Vergangenheit Arbeiten publiziert hat, die mit der ausländischen Literatur wohlvertraut waren und der sogar die Londoner Archive besucht hat, sollte verpflichtet sein, den Leser auch über ungeklärte Fragen zu informieren.

Trotz der hier angedeuteten Schwächen hat Kamenec das archivalische Material zu einer glaubwürdigen Rekonstruktion der historischen Entwicklung verarbeitet. Man wird feststellen dürfen, daß er sich seiner Aufgabe in angemessener Weise entledigt hat.

Auch Fatrans Buch ist aus der Dissertation der Verfasserin hervorgegangen. Hier spielte die Frage des Zeitpunkts der Veröffentlichung keine so wichtige Rolle, dennoch wurde den notwendigen Verbesserungen des ursprünglichen Manuskripts ungenügende Aufmerksamkeit geschenkt. Das Werk leidet daher unter strukturellen und konzeptionellen Mängeln. Schlimmer noch ist, daß sich die Autorin gelegentlich von ihren Gefühlen beeinflussen ließ.

Ein Teil der Quellen, auf die sich Fatran stützt, ist slowakischer Provenienz, aber befindet sich nicht in slowakischen Archiven. Den wichtigsten Fundus der Dokumentation bilden slowakische Quellen aus dem Jerusalemer Archiv Yad Vashem, die dort 1949 von Bedrich Steiner abgelegt wurden, dem Leiter der Dokumentationsaktion in der Slowakei. Ergänzend hinzu kommen Dokumente aus weiteren israelischen Archiven, aus Deutschland und den Vereinigten Staaten. Außerdem hat Fatran zahlreiche Erlebnisberichte herangezogen, die entweder aus israelischen Archiven stammen oder von ihr selbst gesammelt wurden. Die Autorin zeigt Talent bei der Analyse und im Vergleich des dokumentarischen Bestandes und hat eine ganze Reihe von Aspekten der jüdischen Geschichte in dem hier interessierenden Zeitraum überhaupt erstmals beleuchtet und die damit verbundenen Fragen klären können. Es handelt sich dabei gerade um diejenigen Aspekte, die Kamenec nicht erfaßt, aufgegriffen und verstanden hat. Hierzu gehören Fragen nach der Tätigkeit der Judenzentrale und insbesondere ihrer Abteilung für spezielle Aufgaben, nach dem Tätigkeitsbereich der sogenannten Arbeitsgruppe und nach den Aktionen, die jüdische Organisationen im Ausland unternommen haben. Die Unterschiede zwischen den Arbeiten von Kamenec und Fatran sind somit leicht zu erklären: Beiden standen nach Inhalt und Provenienz unterschiedliche Quellenbestände zur Verfügung. Trotz dieser unterschiedlichen Quellenlage stimmen die Beschreibungen der Ereignisse zum größten Teil überein, und die Schlußfolgerungen decken sich häufig.

Fatran hält sich mit Kommentaren zu den dargestellten Ereignissen weniger zurück als Kamenec. Die Autorin läßt die Fakten nicht für sich sprechen, sondern fühlt sich verpflichtet, über diese zu debattieren und sie zu interpretieren. Bei diesen Interpretationen schwingen gelegentlich ihre Gefühle mit, und die Semantik der Verfasserin dient dann nicht immer einem kühlen Urteil. Beide Autoren haben das Ende der Geschichte vor Augen, die sie erzählen. Fatran erwartet jedoch hin und wieder von den handelnden Personen, daß sie in die Zukunft blicken können, und verlangt von ihnen, etwas zu wissen, was sie nicht wissen konnten. Ein solches Vorgehen muß als ahistorisch oder auch antihistorisch bezeichnet werden.

So fällt es schwer, dem Kapitel „Der Aufstand, die Juden und die Führung der

Judenzentrale“<sup>9</sup> zuzustimmen. Zunächst ist es faktographisch ungenau und beruht auf unzureichender Forschung. Doch der Leser erschrickt förmlich, wenn er den Satz liest: „Die Opfer der zweiten Welle der Deportationen gegen Ende September 1944 hätten gerettet werden können, wenn (Sperrung vom Rezensenten – Y. A. J.) der Aufstand einen Monat später ausgebrochen wäre.“<sup>10</sup> Historiker beschäftigen sich mit dem, was geschehen ist, und nicht mit dem, was hätte geschehen können. Die Argumentation der Autorin erweckt den Eindruck, als wolle sie den Slowakischen Nationalaufstand für das Schicksal der Juden verantwortlich machen. Der Rezensent stimmt in dieser Hinsicht völlig mit Kamenec überein, der mit ähnlichen Auffassungen polemisiert: „Eine solche Interpretation ist nicht nur historisch unhaltbar, sondern auch unmoralisch ...“<sup>11</sup> Wir wissen nicht, was mit der Slowakei, was mit den Juden geschehen wäre. Doch für das jüdische Schicksal waren der Nationalsozialismus und der Ludakismus verantwortlich und nicht der bewaffnete Kampf gegen diese beiden Regime. Es ist kein Zufall, daß gerade die ludakistischen Historiker die Schuld für die Ermordung der Juden dem Slowakischen Nationalaufstand anlasten, über den – als Aufstand gegen den eigenen Staat – ihr Urteil ohnehin feststeht. Diese Argumentation im Konditional würde dem slowakischen Staat gewiß ein Alibi verschaffen, und es ist daher nur zu gut zu verstehen, wenn sie von den ludakistischen Historikern verwendet wird. Unverständlich ist es jedoch, wenn sich auch eine israelische Historikerin dieser Argumente bedient.

Zu den interessantesten Abschnitten der Arbeit Fatrans gehört ihr Beitrag zu einer Debatte, die überflüssigerweise von John C. Conway ausgelöst worden ist<sup>12</sup>. Professor Conway hat auf der Grundlage des Zeugenberichts von Rudolf Vrba (Walter Rosenberg), seinem Kollegen an der Universität von British Columbia in Kanada, die Führung der Juden in der Slowakei beschuldigt, ihre Glaubensgenossen nicht vor dem bitteren Schicksal bewahrt zu haben, das sie in Polen erwartete. Die Historiker sind sich der Problematik von Zeugenberichten bewußt. Vrba, der in jener furchtbaren Zeit große persönliche Standhaftigkeit bewiesen hat, scheint sich später weniger beeindruckend verhalten zu haben<sup>13</sup>. Seine Erlebnisberichte und Zeugenaussagen können den Historiker in die Irre führen. Fatran hat ein bisher unbekanntes Dokument entdeckt, den schriftlichen Bericht eines anderen Flüchtlings aus Auschwitz namens Dionyz-Dani Lenart. Fatran hat die mit diesem Bericht zusammenhängende Problematik eingehend analysiert und weist darauf hin, daß Vrba vor dem Eintreffen Lenarts deportiert wurde und daß sich die Nachrichten aus Polen unter den Juden des Ortes rasch verbreiteten<sup>14</sup>. Conways Anschuldigungen entbehren also

<sup>9</sup> Fatran: Ha-im maavak 247–250.

<sup>10</sup> Ebenda 250.

<sup>11</sup> Kamenec: Po stopách tragédie 265.

<sup>12</sup> Conway, John S.: Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz – Glaubwürdigkeit und Wirkungsgeschichte. VfZG 28/2 (1979) 260–284. – Ders.: Der Holocaust in Ungarn. Neue Kontroversen und Überlegungen. VfZ 32/2 (1984) 179 ff.

<sup>13</sup> Alfred Wetzler, der zusammen mit Vrba aus Auschwitz floh, hat sich zu dessen Tätigkeit nach dem Krieg mehr als einmal kritisch geäußert. Auch andere Aussagen Dr. Vrbas vor kanadischen Journalisten erscheinen problematisch.

<sup>14</sup> Fatran: Ha-im maavak, 206 f.

der Grundlage und müßten – um glaubwürdig zu werden – durch weitere Belege ergänzt werden.

Ausführlich diskutiert Fatran die ethischen Standards der Judenzentrale. So wird etwa die Tätigkeit von Karl Hochberg im Detail dargestellt und der Nachweis erbracht, daß seine Arbeit den Juden Schaden zufügte, ja sogar Verrat an ihnen bedeutete. Auf der anderen Seite übt Fatran an weiteren Mitgliedern der Judenzentrale nur mäßige Kritik und hält selbst Sebestyén gewisse Umstände zugute, die ihn entlasten. Der Rezensent hat freilich mehrfach kritische mündliche Berichte von Zeitzeugen an die Adresse von Oskar Neumann, des letzten („suppletorischen“) Vorsitzenden der Judenzentrale, gehört, ebenso an die Adresse des Rabbiners Armin-Abba Frieder. Man gewinnt den Eindruck, daß die Autorin diejenigen mit ihrer Kritik verschont, die im Pantheon der slowakischen Judenschaft einen gewichtigen Platz einnehmen. Tatsache bleibt, daß auch die Judenzentrale mit dem Odium eines Judenrats behaftet ist, daß ihre Tätigkeit keine Antwort auf das tragische Dilemma gibt, ob die Zusammenarbeit mit dem Feind ihre Berechtigung hatte und positive Ergebnisse für die Juden hervorbringen konnte. Auf der anderen Seite hat die bereits erwähnte „Arbeitsgruppe“, der Fatran große Aufmerksamkeit schenkt, die problematische Position eines Judenrats offenbar erfolgreich umgangen. Es ist freilich interessant, daß sowohl Kamenec als auch Fatran der Besuch Jakob Edelsteins, des führenden Vertreters der tschechischen Juden, in Bratislava, entgangen ist, die bereits ihre Erfahrungen mit den Deutschen besaßen und der Führung der slowakischen Judenschaft ihren Rat anbieten wollten, wie mit dem oben erwähnten Dilemma umzugehen sei.

Ein Thema, auf das beide Arbeiten – wenn auch mit gewissen Unterschieden – ausführlich eingehen, ist die Hilfe, die den verfolgten Juden von slowakischer Seite zuteil wurde. Während beide Untersuchungen Jozef Sivak und Imrich Karvas erwähnen, deren Engagement für die Juden bekannt ist, wirft die Studie von Kamenec darüber hinaus auch Licht auf den sogenannten Widerstand des Volkes gegen die Deportationen und Verfolgungen und auf die Hilfe für die Juden, die sich versteckten. Kamenec zitiert in diesem Zusammenhang slowakische und deutsche Quellen und bringt dieses Thema weit mehr zur Sprache als Fatran. Die Frage der Hilfe für die Juden in der Zeit der Verfolgung ist in der Slowakei ein häufig diskutiertes Thema, wobei dies nicht selten in polemischer oder apologetischer Form geschieht. In der Tat handelt es sich um ein Problem, das eine gründliche Untersuchung verlangt. Oft als Deckmantel mißbraucht, oft aber auch nicht genügend gewürdigt, erfordert nicht nur die Problematik der slowakischen Hilfe für die Juden, sondern auch die Frage der sogenannten weißen Juden, der slowakischen „Gerechten unter den Völkern“, und der Opfer der Nationalsozialisten und Hlinka-Gardisten allorts das kritische, analytische und deskriptive Vorgehen eines objektiven Historikers. Es ist sicherlich kein Zufall, daß sich auf den hier genannten Konferenzen kein Wissenschaftler gefunden hat, der über dieses komplexe Thema referiert hätte.

Abschließend ist festzustellen, daß die Arbeiten von Fatran und Kamenec zweifellos einen Meilenstein in der historiographischen Aufarbeitung des slowakischen Holocaust und eine Bereicherung der Forschung darstellen.

Auch die beiden erwähnten Sammelbände ergänzen sich gegenseitig. Die israeli-

schen Historiker Bauer, Fatran, Jelinek, Kulka, Nir und Rothkirchen<sup>15</sup> waren auf beiden Konferenzen mit Referaten vertreten. Die Teilnehmer des Symposiums in Israel befaßten sich mit zwei Themen: mit dem Widerstand und der schon mehrfach erwähnten „Arbeitsgruppe“, wobei einige Referate auch der Tätigkeit einzelner Mitglieder dieser Gruppe gewidmet waren. Die offenen Debatten der Konferenz in Israel, an denen sich das Publikum lebhaft beteiligte, konzentrierten sich auf die Frage nach den Möglichkeiten der Rettung der Juden vor dem Holocaust, das Problem slowakischer Hilfe für die Juden und der Verantwortung slowakischer Regierungskreise für das Schicksal der Juden. Zu den Ergebnissen der Konferenz gehörte u. a. die Erkenntnis, daß denjenigen Slowaken größere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse, die den Juden hilfreich zur Seite standen. Die Mehrheit der Verdienstmedaillen, die Yad Vashem in den letzten sechs Jahren slowakischen Bürgern verliehen hat, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser Einsicht. Als ausländische Gäste nahmen an der Konferenz in Israel die Historiker Prečan und Lipscher teil.

Ein anderer Geist herrschte auf der Konferenz in Banská Bystrica. Das Bewußtsein davon, neuen Boden zu betreten, die Neugier, die die brennende und tabuisierte Frage des Holocaust weckte, und die Begegnung mit israelischen Historikern gaben der Veranstaltung eine ganz besondere Atmosphäre. Auch standen andere Themen auf der Tagesordnung; vor allem ging es um das Schicksal der Juden in den Vernichtungslagern<sup>16</sup>. Bei der Behandlung dieser Thematik ragte das Referat von Kárný heraus, der neue Aspekte zur Geschichte des Auschwitzer Berichts von Vrba und Wetzler beitrug. Neu für die israelischen Historiker war der Vortrag Rychlíks über die Situation der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren. Jablonický und Spitzer beschäftigten sich in ihren Vorträgen, die sich auf slowakische Quellen stützten, mit dem jüdischen Widerstand<sup>17</sup>. Es fehlte ein Beitrag über die Lage der Juden in der von Ungarn okkupierten Südslowakei. In Arbeiten über den Holocaust in Ungarn wird dieses Gebiet nur beiläufig behandelt, obwohl sich hier für das ganze Land spezifische Entwicklungen abspielten. Untersuchungen zum Holocaust im slowakischen Staat lassen die Südslowakei natürlich außer acht, so daß die Geschichte der Juden dieser Region zwischen alle Stühle fällt.

Die Konferenz in Banská Bystrica bot in vielen kürzeren Beiträgen ein Forum; bedauerlicherweise wurden diese dann nicht publiziert. Hierzu gehört etwa eine Untersuchung über die überraschend hohe Zahl von slowakischen Höhlen, die den Juden als Versteck dienten, ferner eine Abhandlung über die Rolle der jüdischen Ärzte im Widerstand, die ähnliche Erscheinungen wie in der jugoslawischen Partisanen-

---

<sup>15</sup> Der Beitrag von Rothkirchen – eine philosophisch-faktographische Betrachtung zum Schicksal der Juden in der Slowakei – traf bei der Redaktion in Banská Bystrica verspätet ein und wurde deshalb nicht in den Sammelband aufgenommen.

<sup>16</sup> In diesem Zusammenhang sei auch hingewiesen auf die wichtige Studie von Büchler, Jehoshua: *The Deportation of Slovakian Jews to the Lublin District of Poland in 1942. Holocaust and Genocide Studies* 6/2 (1991) 233–249. Büchlers Aufsatz ergänzt die Untersuchungen zur Deportation slowakischer Juden nach Auschwitz.

<sup>17</sup> Jablonickýs Beitrag traf in der Redaktion in Banská Bystrica verspätet ein und wurde deshalb nicht publiziert.

bewegung registrierte: Das Gesundheitswesen war nahezu ausschließlich in den Händen jüdischer Doktoren.

Die hier rezensierten Bände beleuchten unterschiedliche Aspekte des Themas. Wie dies in solchen Fällen zu sein pflegt, wiederholen sich einige Autoren, andere tragen vor, was sie bereits früher publiziert haben. Dennoch leisten die beiden Sammelbände einen Beitrag zur Erweiterung unseres Wissens über ein ebenso schmerzliches wie kompliziertes Thema und ergänzen die zusammenfassenden Arbeiten von Rothkirchen, Lipscher<sup>18</sup>, Kamenec und Fatran. Ihre Mängel bleiben dem Leser nicht verborgen: Es fehlen Register, Bibliographien bzw. Inhaltsverzeichnis oder Angaben zu den Teilnehmern. Der israelische Sammelband enthält englische Resümees der Beiträge, der Band mit den Referaten der Konferenz in Banská Bystrica dagegen einen Abbildungsteil. Dieser letztere wurde in slowakischer und englischer Sprache publiziert, wobei einige Übersetzungen freilich unter dem üblichen Niveau blieben.

Obwohl die Quellenedition „Vatikán a Slovenská Republika“ nicht ausschließlich den Holocaust zum Thema hat, bezieht sich die Mehrheit der Dokumente auf die Juden in der Slowakei. Der größte Teil der Quellen stammt aus dem Vatikanischen Geheimarchiv; dessen Bestände wurden in elf Bänden in der Originalsprache unter dem Titel „Actes et documents du Saint Siège relatifs à la Seconde guerre mondiale 1939–1945“ (Hrsg. v. P. Blet, R. A. Graham, A. Martini, B. Schneider. Vatikan 1965–1981) publiziert. Weitere Dokumente wurden im Archiv des Außenministeriums der Slowakischen Republik, im Archiv des Nationalmuseums in Prag und anderen tschechischen und slowakischen Archiven gesammelt. Im Anmerkungsapparat der Edition werden Quellen aus ausländischen Archiven zitiert. Die Herausgeber der Edition standen offensichtlich vor finanziellen Schwierigkeiten und wollten den Dokumentenband möglichst rasch erscheinen lassen. Vorab muß festgestellt werden: Die Edition erschöpft das Thema nicht, und eine ganze Reihe von Dokumenten wurde nicht in den Band aufgenommen. Die Defizite betreffen insbesondere Dokumentationen in israelischen und jüdischen Archiven (zuma in den USA und England) und Bestände in amerikanischen und englischen Staatsarchiven. Die Herausgeber haben zwar einen Teil der fehlenden Dokumente in den Händen gehabt und diese im Anmerkungsapparat (nicht in der eigentlichen Edition) angeführt, ohne jedoch ihre Provenienz – die ausländischen (israelischen) Archive – anzugeben. Sollte hier die Überlegung eine Rolle gespielt haben, die Nationalisten und Antisemiten nicht zu provozieren?

Es sei auch vermerkt, daß die Edition – obwohl einem Aspekt des Zweiten Weltkrieges gewidmet – im Grunde ein Stück „engagierter Historiographie“ darstellt. Die Herausgeber deuten dies in der Einleitung indirekt an, indem sie der Hoffnung Ausdruck geben, die Edition könne dazu beitragen, die Apologeten des slowakischen Staates zu demaskieren und den Gläubigen vor Augen zu führen, daß der Vatikan in den Kriegsjahren die Handlungsweise der Regierungsspitze in Bratislava kritisch betrachtete. Es war gerade der Priester und Präsident des slowakischen Staates, Jozef Tiso, an dessen Adresse sich viele kritische Bemerkungen des Vatikans richteten. Der

<sup>18</sup> Das in Anm. 5 zit. Buch Lipschers erschien 1992 in Bratislava in slowakischer Sprache.

Vatikan hat die Verfolgung der Juden und der jüdischen Konvertiten mißbilligt, protestierte gegen die Deportationen und bemühte sich später um deren Einstellung. Fakten dieser Art kommen den Apologeten des slowakischen Staates und seines Präsidenten natürlich nicht gelegen. Nicht zufällig war Mgr. Guisepppe Burzio, der päpstliche Legat in Bratislava und Verfasser eines großen Teils der Dokumente, um die es hier geht, das Ziel von Angriffen in Presse und in mündlicher Form<sup>19</sup>. Freilich ist festzustellen, daß die vatikanischen Dokumente über die Slowakei heute keine Neuigkeit sind und vielfach schon in italienischer, hebräischer und auch slowakischer Sprache publiziert wurden. Allerdings hatte die Öffentlichkeit unter dem kommunistischen Regime keinen Zugang zu diesem Material. Der ludakistischen und proludakistischen Emigration dürften die Dokumente dagegen nicht unbekannt gewesen sein – überzeugen ließen sich diese Gruppen davon nicht. Insofern dürfte auch die Hoffnung, die Auffassungen des Heiligen Stuhls könnten die slowakischen Radikalen beeinflussen, zu optimistisch sein.

Finanzielle Schwierigkeiten haben die Herausgeber der Edition auch dazu gezwungen, den Anmerkungsapparat einzuschränken. In diesem Punkt haben die Herausgeber freilich gelegentlich übertrieben. So finden wir auf S. 79 eine für die Holocaust-Forscher neue Information: „V. Tuka *schloß* [Hervorhebung des Rezensenten – Y. A. J.] als Ministerpräsident und Außenminister am 2. Dezember 1941 mit dem deutschen Gesandten in Bratislava ein *Abkommen* [Hervorhebung des Rezensenten – Y. A. J.] über die Aussiedlung der Juden in die vom Reich okkupierten ostpolnischen Gebiete.“ Doch warum wurden zu diesem Dokument nicht der Name des Archivs, die Bezeichnung des Fonds und die Signatur angeführt?<sup>20</sup> Auf S. 98 wird in einer Anmerkung angegeben, daß Tiso etwa 1000 Ausnahmegenehmigungen erteilte, die das Leben von etwa 5000 Juden retteten. Die beigelegte Dokumentation bestätigt jedoch die Zahl von 5000 nicht<sup>21</sup>. Auf S. 126–127 wird ein Dokument über den Besuch der ungarischen Ordensschwester Margit Szlachta beim Papst abgedruckt. Die ungarische Historikerin Maria Schmidt hat vor einigen Jahren neues Material zur Tätigkeit von Frau Szlachta veröffentlicht<sup>22</sup>; bedauerlicherweise haben die Herausgeber der

<sup>19</sup> Vgl. dazu Murin, Karol: Spomienky a svedectvo [Erinnerungen und Zeugnis]. Hamilton, Ontario 1988, 76f. – Zu erwähnen sind auch die Aussagen von Prof. Dr. Stanislav M. Durica von der Universität Padua auf der Konferenz im slowakischen Papierničky im Juni 1992 über die Persönlichkeit und die Rolle Tisos, die mir von Kollegen aus Bratislava und Prag schriftlich und mündlich mitgeteilt wurden.

<sup>20</sup> Kamenec spricht in seinem obenerwähnten Buch auf S. 156 lediglich von „Verhandlungen“ zwischen Tuka und Ludin am 2. Dezember 1941, ohne den „Abschluß eines Abkommens“ zu erwähnen.

<sup>21</sup> Dr. Fatran hat im Staatlichen Zentralarchiv in Bratislava ein Dokument gefunden (Signatur „S“–499–561/1944, Faszikel S–499–2), das die Zahl der Schutzjuden in der Slowakei zum 1. Februar 1944 angibt. Insgesamt wurden davon 577 Juden direkt und 251 Juden indirekt durch Ausnahmegenehmigungen Tisos geschützt. Ich danke Frau Dr. Fatran für diese Information.

<sup>22</sup> Schmidt, Maria: Margit Szlachta's Activities in Support of Slovakian Jewry 1942–44. In: Remembering for the Future. Jews and Christians During and After the Holocaust. Theme I, Papers Presented at an International Scholars Conference to be held in Oxford, 10–13 July 1988, 207–211.

Edition dieses Material nicht zur Präzisierung ihrer eigenen Angaben herangezogen. Auf Mängel dieser Art stößt der Leser auch an anderen Stellen; sie verringern allerdings nicht die Bedeutung der Edition für das slowakische Publikum, das sich nunmehr an den Quellen ein Bild vom Standpunkt des Heiligen Stuhls machen kann. Eine knappe Bibliographie zu den Beziehungen zwischen der Slowakei und dem Vatikan hätte den Wert des Buches noch erhöht.

Auf der Grundlage der hier rezensierten fünf Publikationen können wir uns durchaus ein Urteil über die historiographische Aufarbeitung des Holocaust der slowakischen Jüdischaft bilden. Trotz der keineswegs geringen Zahl von Untersuchungen, die dem Thema bisher gewidmet wurden, scheint das letzte Wort noch nicht gesprochen zu sein. Nur eine Synthese der Quellen aus den ost- und den westeuropäischen Archiven wird ein umfassenderes Bild der Tragödie des slowakischen Judentums bieten können. Vor allem wird es sich als notwendig erweisen, die bisher der Forschung nicht zugänglichen Archivalien zu sichten; in ihnen finden wir vielleicht einen Teil der Antworten auf die Fragen, die noch immer offen sind:

Wer waren die Urheber und wer die Exekutoren der Verfolgung der Juden bis zu den Salzburger Gesprächen? Wer waren die Initiatoren der Deportationen, und wo wurde über diese entschieden? Welchen Anteil an diesen Entscheidungen hatten die Deutschen, welchen die Slowaken? Die Verteidiger Tisos versuchen, die Verantwortung des Staatspräsidenten für die Deportation der Juden zu leugnen. Werden wir aus bisher geheimgehaltenen Dokumenten etwas erfahren, was wir bislang nicht gewußt haben? (In diesem Zusammenhang ist an das Staatliche Zentralarchiv in Bratislava die Forderung zu richten, jedem Historiker Zugang zu den einschlägigen Dokumentationen zu gewähren. Es ist untragbar, mit der Ausrede, bestimmte Dokumente seien noch nicht katalogisiert, nur ausgewählten Historikern Zugang zum Tiso-Fonds zu ermöglichen.) Wie verliefen die Deportationen im Jahr 1942? Gibt es Referate für jüdische Angelegenheiten bei den Agenturen, die die Deportationen exekutierten, d. h. der Hlinka-Garde, der Gendarmerie und den Leitungen der Deportiertenlager? Warum wurden die Deportationen im Herbst 1942 eingestellt und in den folgenden Jahren nicht wieder aufgenommen? In welchem Ausmaß waren slowakische Stellen in die Pläne eingeweiht, die slowakischen Juden in den Jahren 1943–1944 in Sicherheit zu bringen? In welchem Ausmaß haben hohe Würdenträger der katholischen Kirche dazu beigetragen bzw. nicht dazu beigetragen, das Los der Juden zu erleichtern? In welchem Maße ergänzten bzw. widersprachen sich die Vorstellungen der Hlinka-Partei, der Hlinka-Garde und der deutschen Organe bei der Planung und Durchführung der Verfolgung der Juden?

Die methodische Umorientierung der Forschung kann Antworten auf eine Reihe anderer Fragen geben. So ist etwa die Entwicklung in der Slowakei bisher überwiegend unabhängig von der von den Nationalsozialisten geplanten „Endlösung“ im europäischen Maßstab untersucht worden. Doch sollte der Holocaust in der Slowakei in vergleichender Perspektive betrachtet werden: Was zeigt uns der Vergleich mit Kroatien und Ungarn einerseits, den Verhältnissen in Vichy andererseits? Welches waren die für die Slowakei spezifischen Elemente, und worin spiegelte sich in der Slowakei der modus operandi des „Neuen Europa“? Bis jetzt haben wir keine genaue Vorstellung darüber, wie sich Verfolgung und Deportation der Juden auf die wirt-

schaftliche Entwicklung der Slowakei auswirkten. Hier kommen volkswirtschaftliche und technische Fragen ins Spiel, die die Anwendung moderner quantitativer Methoden und ökonomische Analysen verlangen. Die Ergebnisse solcher Forschungen werden uns zweifellos auch etwas über die Ursachen des Antisemitismus in der früheren Slowakei und darüber sagen können, in welchem Maße die Wirtschaft zur Entwicklung des slowakischen Antisemitismus beitrug. Vielleicht werden sie uns auch das besser verstehen lassen, was man das „große Schweigen“ der slowakischen Gesellschaft in der Zeit der Deportationen (zumindest in den Monaten April bis Juli 1942) nennen könnte. Der Einfluß der Juden in der slowakischen Wirtschaft überhaupt und der wirtschaftliche Strukturwandel nach der Einstellung der Deportationen würden auf der Grundlage solcher Forschungen klare Konturen annehmen.

Die Slowaken verstehen sich selbst gern als Nation von sanftem, „taubenhaftem“ Charakter. Soziopsychologische Analysen und die Methoden der psychologisch orientierten Geschichtsschreibung könnten vielleicht erhellen, warum Dutzende und Hunderte von Slowaken ohne Gewissensbisse bereit waren, die abscheulichsten Grausamkeiten an den Juden zu verüben, zumal in der Zeit der Deportationen, und warum die Bevölkerung, die Zeuge dieser Untaten wurde oder davon hörte, zur Tagesordnung übergang? Bestätigt die Verfolgung der Juden (oder der Tschechen in den Jahren 1938–1939, der Roma in den Kriegsjahren sowie der Deutschen und Ungarn in der Nachkriegszeit) die Existenz jenes „taubenhaften“ Charakters?

Die Ereignisse, die sich in der Slowakei während des Zweiten Weltkrieges abspielten, wiederholten sich in allen Teilen Europas, die vom Dritten Reich okkupiert wurden. Die hier rezensierten Publikationen zeigen gleichwohl, daß der slowakische Staat eine Pionierrolle bei der Durchführung antijüdischer Maßnahmen in legislativer wie operativer Hinsicht übernahm und daß sich ein Teil der herrschenden slowakischen politischen Elite als gelehrige und eifrige Adepten nationalsozialistischer Methoden und ihrer Anwendungen auf die Slowakei erwies.

DIE UNBEQUEMEN OPFER:  
DIE TSCHECHISCHE ERINNERUNG AN  
DIE VERFOLGTEN FINDET NICHT STATT

*Von Jiří Pešek*

Auf Konferenzen, in wissenschaftlichen Untersuchungen und publizistischen Beiträgen, die sich in jüngster Zeit mit der Problematik der Kriegs- und Nachkriegsjahre in der Tschechoslowakei befaßt haben, taucht immer wieder der Vorwurf auf, daß die tschechische Geschichtsschreibung, die tschechische Politik und die tschechische Gesellschaft nur in geringem Maß wahrnehmen würden, wie viele Opfer und wieviel Leid die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei verursachte, daß die Tschechen darüber hinaus auch den tschechischen Antisemitismus im Protektorat Böhmen und Mähren sowie nach dem Krieg ignorieren würden, damit also auch nicht zur Sprache brächten, daß sich die tschechische Gesellschaft gegenüber der Verfolgung der Juden gleichgültig verhielt und ebenso gegenüber der verzweifelten Situation der Juden, die die nationalsozialistischen Konzentrationslager überlebt hatten und nach Hause in eine Gesellschaft zurückkehrten, die ihnen kein allzu großes Interesse entgegenbrachte. Derartige Vorwürfe ließen sich gewiß mit dem Hinweis auf die Situation in anderen mitteleuropäischen Ländern beantworten, wo antideutsche Resentiments und/oder der Nachkriegsantisemitismus noch ausgeprägtere Formen annahmen. Es würde sich auch anbieten, einige allgemeine historische Gründe dafür anzuführen, warum die Gesellschaften in einer Reihe von mittel- und osteuropäischen Ländern (vorübergehend?) die Fähigkeit verloren haben, Mitleid zu empfinden und in großzügiger Weise Humanität zu üben.

Nun ließe sich unsere Frage freilich auch anders formulieren: Handelt es sich in der Tat um ein absichtliches Verschweigen oder Bagatellisieren gerade der jüdischen und deutschen Opfer? Welche Beziehung hatte und hat die tschechische Gesellschaft zu den tschechischen Opfern jener Zeit, in welchem Maße sind die gefallenen, hingerichteten, ermordeten oder „nur“ verfolgten Tschechen jener Jahre Gegenstand des gesellschaftlichen Interesses und schließlich der historischen Forschung geworden? Ich habe an dieser Stelle nicht vor, die Opfer nach ihrer Nationalität oder ihrem Bekenntnis zu „sortieren“, vielmehr möchte ich betonen, daß fast alle, die in die Räder der von den Nazis in Gang gesetzten und hernach von verschiedenen Spielarten des Nationalismus und Kommunismus in Gang gehaltenen Todsmühlen gerieten, aus der Sicht der Glücklichen, die diese schweren Jahre einigermaßen wohlbehalten überlebten, in vieler Hinsicht uninteressant, unbequem und zur Last wurden.

Stellvertretend für alle denkbaren Beispiele sei hier nur an den weltberühmten 17. November 1939 erinnert. Dieses Datum wurde zu einem Symbol. Das Interesse an den Toten und Eingekerkerten, die mit dem 17. November 1939 verbunden sind, war

und ist jedoch minimal. Bis heute gibt es beispielsweise keine Monographie über Jan Opletal, ganz zu schweigen von einem „analytischen Nekrolog“ jener „rechten“ und den Deutschen im Grunde geneigten studentischen Funktionäre, die zusammen mit dem Dozenten Matoušek unmittelbar nach dem Eingreifen der Gestapo erschossen wurden; wir wissen nichts von der sozialen Zusammensetzung, der Verteilung der Fachbereiche und dem ideellen Spektrum jener mehr als 1000 Hochschulüler, die am 17. November 1939 verhaftet und in Konzentrationslager gebracht wurden, wo ein Teil von ihnen den Tod fand.

Es ist symptomatisch, daß wir nicht einmal wissen, wie die tschechische Öffentlichkeit, wie die Protektoratsregierung und die demokratische Welt auf diese brutale Tat reagierten. Wir wissen auch nicht, ob ein Zusammenhang zwischen der Prager Besetzung der Wohnheime und Wohnungen der studentischen Funktionäre und der Verhaftung jener Professoren bestand, die sich wenige Tage vor der Prager Aktion zur feierlichen Eröffnung des Wintersemesters an der Krakauer Universität versammelt hatten. Die Verhaftung der Krakauer Pädagogen wurde von Personen aus der unmittelbaren Umgebung Himmlers geplant und geleitet. Die ins Gefängnis geworfenen Professoren sollten alle in Abständen hingerichtet werden. Der unerwartete Widerstand der polnischen, vor allem aber der europäischen Öffentlichkeit, und dies auch in Staaten, die mit Deutschland freundschaftlich verbunden waren, schließlich sogar die Proteste einiger Persönlichkeiten im Dritten Reich selbst retteten der Mehrzahl der Krakauer Pädagogen das Leben und ermöglichten es, daß sie bereits im Frühjahr 1940 wieder aus dem Gefängnis entlassen werden konnten. Während die Vorgänge in Krakau von polnischen Historikern gründlich untersucht und dokumentiert worden sind, stehen uns für den 17. November 1939 nur ein paar Gedenkartikel und die – freilich bemerkenswerten – Erinnerungen Eduard Goldstückers zur Verfügung.

Es gibt eine ganze Reihe von vergleichbaren Beispielen eines geringen Interesses an den Opfern und ihren Schicksalen und daran, wie die Gesellschaft mit diesen Opfern umging. Wir wissen bis heute wenig über die Emigration aus den Sudetenländern ins Landesinnere nach dem Münchener Abkommen, über den Verlauf und die Zusammensetzung der Reemigration oder „Abschiebung“ der Tschechen aus der Slowakei in der gleichen Zeit und nach dem 15. März 1939, über die politische, berufliche und altersmäßige Zusammensetzung und regionale Herkunft derjenigen, die während der Okkupation hingerichtet, in Konzentrationslagern ermordet oder „nur“ inhaftiert wurden und zurückkehren konnten, wobei viele von ihnen für ihr ganzes Leben gezeichnet waren. Auch für diejenigen, die an den Fronten des Zweiten Weltkrieges gefallen sind oder beispielsweise auf den Prager Straßen im Maiaufstand des Jahres 1945 ihr Leben verloren, bestand bisher kaum Interesse. Die tschechische Gesellschaft hat es somit bis heute nicht geschafft, auf die Frage, wer während der Ereignisse in den Jahren 1939–1945 das höchste Opfer bringen mußte, eine präzisere Antwort zu geben.

Dabei ist es interessant, daß das Interesse an den Opfern des Nationalsozialismus (*mutatis mutandis* gilt dies freilich auch für die späteren Opfer der kommunistischen Justiz) schon in jenem kurzen Zeitraum einer „regulierten Demokratie“ der Jahre 1945–1948 nicht allzugroß war und nicht einmal in der Reformbewegung der sechziger Jahre und nach dem „samtenen“ Umsturz des Jahres 1989 größere Ausmaße er-

reichte. Die Aufmerksamkeit der Politiker, Publizisten, Historiker und der Öffentlichkeit richtete sich vielmehr stets auf die kleine Zahl der „professionellen Opfer“ (Fučík, Jaroš, Kudeřiková, Slánský, Horáková u. a.), deren Schicksal in ein Politikum verwandelt wurde. Die übrigen Opfer wurden bestenfalls in Entschädigungs- oder Rehabilitierungsverfahren einbezogen.

Es stellt sich die Frage, was an den Opfern national-totalitärer Regime und Kriege so unbequem ist, daß an sie nur global (in Form von Denkmälern, Gedichten und Totenfeiern) oder stellvertretend (durch ausgesuchte, repräsentative Personen) erinnert werden kann, daß gegebenenfalls an diese Opfer als Menschen überhaupt nicht erinnert wird und man statt dessen nur von „Vertreibung, Ermordung, Gefängnishaft und menschlichen Verlusten“ spricht.

Befassen wir uns mit dem Kreis der Opfer, soweit wir diese aus verstreuten Hinweisen in Memoiren u. ä. kennen, dann stellen wir fest, daß sich darunter eine beträchtliche Zahl unzufriedener, ideologisch hartgesottener Intellektueller befindet, teils jüdischer Herkunft, Personen, die eigenartige politische Ideen vertraten und nicht als exemplarisch einzustufen sind, Vertreter der Bohème mit wirrer Mähne, kurzum: Menschen aus den „Randzonen“ einer disziplinierten, parteipolitisch organisierten Gesellschaft mittelständischer Karrieren und Ideale. Unter denen, die an den Fronten fielen, gab es einige Abenteurer, die sich „das hätten ersparen können“, freilich auch nicht wenige politische Gegner der Protagonisten der Nachkriegsregime. Und schließlich finden wir unter ihnen die große Gruppe der „völlig uninteressanten“ Personen, die einen zu zivilen Charakter hatten, um das Interesse der Publizisten und Historiker großer Epochen erregen zu können.

Wir dürfen in diesem Zusammenhang nicht vergessen, welche Rolle mangelnde Großzügigkeit spielt, wenn die Konkurrenten oder sogar Gegner erst einmal endgültig beseitigt sind. Das Beispiel der nach dem Kriege herausgegebenen Zeitschrift der Archivschule (*Časopis archivní školy*), deren Doppelband – mit zahllosen Nekrologen für Archivare und Historiker – trotz ständigen Drängens und einer Dotation des Finanzministeriums wegen des Widerstandes des Chefredakteurs bis zur Auflösung der Archivschule nicht in Druck gegeben werden konnte, sagt hierüber alles. Im übrigen zeigten auch die Regierungen wenig Neigung, mancher Opfer zu gedenken. Das Verhältnis Benešs zu General Eliáš dokumentiert dies vielleicht am besten. Die Erinnerung an Gefallene und Gefolterte wirft notwendigerweise die Frage nach der Verantwortung derjenigen auf, die den Boden für das Schicksal der jeweils Betroffenen vorbereitet hatten, auch die Frage danach, wen man fallen und sterben ließ. Und war dies dann immer unbedingt notwendig? Die Frage nach der Verantwortung für die Dinge, die in der jüngsten Vergangenheit geschehen sind, möchte offenbar niemand so recht stellen.

Freilich stellt sich auch diese Frage: Wenn sich schon die Herrschenden nicht für die Opfer und ihre Schicksale interessiert haben, warum hat dies dann nicht zumindest die Opposition getan, wenn man von dieser in der Zeit der Nationalen Front überhaupt reden kann? Vor allem aber: Warum haben sich auch diejenigen des Themas nicht angenommen, die die Qualen der Verfolgung überlebten, warum nicht die Hinterbliebenen der Opfer? Hier ist offenbar mit der Wirkung eines psychischen Syndroms zu rechnen, das sich nach dem Ende jeder Diktatur, nach jeder traumatischen

historischen Erfahrung feststellen läßt. So wurde auf jener in diesem Jahr in Hamburg veranstalteten Tagung über die psychischen Folgewirkungen langdauernder Ausübung von Gewalt am Beispiel Chiles erklärt: Die Furcht hat die Diktatur überlebt. Die meisten Menschen wollen von den schrecklichen Schicksalen der Opfer nichts wissen ... Die politischen Gruppierungen, denen die Verfolgten angehörten, prangern zwar die Verletzung der Menschenrechte durch die Junta an, wollen aber die Opfer als idealisierte Helden präsentieren. Darüber, was bei den Folterungen wirklich geschehen ist, schweigen auch sie.

Die menschliche Psyche kommt in dem Zusammenhang, den wir hier diskutieren, auch noch in anderer Weise ins Spiel. In dem Augenblick, in dem die schreckliche oder auch nur unangenehme Vergangenheit tatsächlich Vergangenheit geworden ist, und zumal in einer Situation, in der man sich als Sieger betrachten kann, bedarf es keiner großen propagandistischen Anstrengungen, da sich das Interesse der Gesellschaft auf die Zukunft richtet, die in hellem Licht erscheint und die es zu gestalten gilt. Eine Konfrontation der Ideale, die das *hic et nunc* dominieren, mit den Idealen derjenigen, die auf dem Weg zum Sieg auf der Strecke geblieben sind, erscheint dann überflüssig. Der Gedanke, die Opfer der Vergangenheit könnten sich die Gegenwart und die lichte Zukunft anders vorgestellt haben, wirkt einfach störend.

Wir haben also eine Situation vor uns, in der die Opfer nur politisierbar, jedoch keineswegs historisierbar sind, wie dies einmal Martin Broszat festgestellt hat. Wenn aber die Gesellschaft vermeiden will, daß sich die Tragödien wiederholen, die in den großen Plänen und Versuchen zur Verwirklichung von Utopien angelegt sind, muß damit begonnen werden, nicht nur systematisch danach zu fragen, wer die Sieger waren und sind, wer die Schuld an den Tragödien trägt (hier gibt es zumindest ein gewisses vorsichtiges, wenn auch selektives Interesse), sondern auch danach, wer für die historischen Ereignisse seine Haut zu Markte tragen mußte, was dies für Menschen waren, warum sie in diese unglückliche Situation gerieten, wie ihre Schicksale im einzelnen verliefen, wie sie mit ihren Erlebnissen nach dem Ende der Tragödie fertiggeworden sind und wie sich die Gesellschaft ihnen gegenüber erhalten hat.

Das Problem ist um so drängender, als es eine keineswegs kleine Gruppe von Personen gibt, die an allen Repressionen, die die Tschechoslowakei in den letzten fünfzig Jahren erlebte, beteiligt waren: Sie agierten unter den Nationalsozialisten, waren in den fünfziger Jahren dabei und schließlich noch einmal in der Zeit der „Normalisierung“. So wie immer neue Verfolgungen (gewiß von unterschiedlicher Brutalität und gesellschaftlicher Reichweite) zum integralen Bestandteil unserer neuesten Geschichte geworden sind, so gehören auch die Opfer, die Toten wie die Überlebenden, zu dieser Geschichte. Ihre Schicksale, ihre Traumata und Erfahrungen lassen sich von der Geschichte Mitteleuropas nicht trennen und reichen bis in unsere Gegenwart, in der die erfolgreichen Politiker die Empfehlung ausgeben, man solle den Blick nach vorn richten und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auf die Zeit verschieben, in der „das Wesentliche“ vollendet sei.

Das Problem der „unbequemen Opfer“ ist kein spezifisch tschechisches Problem und hat auch nicht nur mit den restriktiven Bedingungen zu tun, unter denen historische Forschung während des kommunistischen Regimes betrieben wurde. Selbst die tschechoslowakische Emigration hat den Opfern der Jahre 1938–1948 keine

detaillierte Untersuchung gewidmet, so wenig wie auf der anderen Seite die sudeten-deutsche Historiographie, die sonst gern von den Opfern des Abschubs und Vertreibung der Sudetendeutschen spricht. Die Opfer sind überall auf der Welt unpopulär. Allenfalls in den Ländern, wo ein „positiver Nationalismus“ als wichtiges konstitutives Element der Wahrung der staatlich-nationalen Identität begriffen wird (beispielsweise in Polen und Israel), werden Opfer ideologisch höher bewertet und haben damit auch größere Aussichten, die Aufmerksamkeit der Geschichtsschreibung wie der Öffentlichkeit überhaupt zu wecken. In unserem eigenen Interesse – als potentielle Opfer – sollten wir uns daranmachen, unsere Unkenntnis in diesem Bereich zu beseitigen.

## VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG UND REINTERPRETATION DER TSCHECHISCHEN GESCHICHTE

*Von Milan Otáhal*

Die Historiographie war in der modernen tschechischen Geschichte eng mit der gesamtgesellschaftlichen Situation verbunden und spielte auch eine bedeutende politische Rolle. Es genügt, sich František Palacký ins Gedächtnis zu rufen, den Schöpfer der ersten modernen Konzeption der tschechischen Geschichte; zugleich war er aber auch ein führender Volksaufklärer und Politiker. Weiter muß T. G. Masaryk genannt werden, für den Geschichte ein Mittel zur politischen Auslegung der tschechischen Frage war. Während der nationalsozialistischen Okkupation half die Geschichte den Tschechen, ihr nationales Selbstbewußtsein zu stärken, wie es Vančuras „Bilder aus der Geschichte des tschechischen Volkes“ belegen. Die kommunistische Machtelite bemühte sich nach 1945 und besonders nach 1948 ganz bewußt, die Auslegung der Geschichte für ihre politischen Ziele zu nutzen. Sie war bestrebt – größtenteils mit Erfolg –, der tschechoslowakischen marxistischen Historiographie die Rolle eines kämpferischen Propagandainstrumentes aufzuzwingen, und betrachtete sie als Bestandteil ihrer Ideologie. Tatsächlich vollzog sich in jener Zeit eine vollständige Reinterpretation der tschechoslowakischen Geschichte wie auch der Weltgeschichte im Geiste des dogmatischen Marxismus-Leninismus. Obwohl eine Gruppe von jungen marxistischen Historikern diese Geschichtsauffassung freiwillig und überzeugt vertrat, waren es gerade diese Historiker, die sich in der sechziger Jahren auflehnten und versuchten, die Historiographie vom Diktat der Kommunistischen Partei und ihrer Ideologie zu befreien, auch wenn sie sich noch nicht gänzlich von der marxistischen Ideologie lösten. Sie bemühten sich insbesondere um die Aufhebung mancher Tabus und um die Rehabilitierung einiger Persönlichkeiten und Epochen; aber nur in Einzelfällen rangen sie sich zu prinzipiell neuen Ansichten und Konzeptionen durch. Sie widmeten ihre Aufmerksamkeit auch einer Reihe theoretischer Fragen, etwa dem Einfluß des Personenkults oder der Problematik der Ethik des Historikers usw.

Der enge Zusammenhang zwischen der Historiographie und den gesellschaftlichen Problemen zeigte sich auch im Reformprozeß der sechziger Jahre; es ging nicht nur um das Bestreben, die dogmatisch-marxistische Auffassung zu überwinden oder die sogenannten „bourgeois“ Historiker zu rehabilitieren, sondern um das direkte politische Engagement einer Reihe von Historikern. Ein Resultat dieses gesellschaftlichen Engagements war auch das „Schwarze Buch“, das die Augusttage des Jahres 1968 in Prag dokumentierte; dieses Buch hatte für die Autoren strafrechtliche Verfolgung von seiten des neuen Regimes zur Folge.

Während der „Normalisierung“ sah das Regime in den Historikern einen wichtigen Bestandteil der „Konterrevolution“ und schritt hart gegen sie ein. Viele von ihnen wurden aus der KPTsch ausgeschlossen, und es wurde ihnen verboten, in ihrem Fach tätig zu sein. Nach und nach schloß sich ein Teil von ihnen zu einer Gruppe unabhängiger Historiker zusammen, welche die Resultate ihrer Arbeit in Samisdat-Zeitschriften und -Sammelbänden publizierten. Die unabhängigen Historiker bemühten sich, die dogmatisch-marxistische Auslegung der Geschichte in ihren Arbeiten zu überwinden und auf der Grundlage der Pluralität von Ansichten und Methoden den Weg zu älteren Interpretationen zu finden sowie an neue Auslegungen heranzutreten.

Die Interpretation der tschechischen Geschichte wurde nicht nur durch die gesellschaftliche und oft auch durch die politische Situation beeinflusst, sondern auch durch „einen Mangel an gedanklicher Kontinuität“. Karel Kučera betonte: „Beinahe jede Generation der tschechischen Intelligenz lehnte das Programm ihrer Vorgänger ab; das tschechische Spezifikum bestand jedoch darin, daß anstelle der persönlich erlebten negativen Erfahrung bald der bloße Generationsinstinkt auftrat, und dieser Instinkt zog die älteren Ansichten einfach nicht in Betracht – es schien unwichtig, sich eingehend mit ihnen bekannt zu machen.“<sup>1</sup>

Wenig erfolgreich waren die Versuche der offiziellen Historiographie, an die Geschichte neu heranzutreten; letztere stand unter ständiger Aufsicht der Parteideologen, und im Gegensatz zur unabhängigen Historiographie durfte sie sich nur im Rahmen des „Erlaubten“ bewegen. In der „unabhängigen“ Historiographie traten mehrere Tendenzen zutage. Eigentlich neu entstand die katholisch-konservative Richtung; ihre Tribüne wurde die Zeitschrift *Střední Evropa* (Mitteleuropa). Diese Richtung war dadurch gekennzeichnet, daß sie den Nationalismus ablehnte und die historische Aufgabe Österreich-Ungarns verteidigte; in dessen Zerfall sah sie das Ende Mitteleuropas. Gegenstand der Kritik waren die Erste Republik und T. G. Masaryk als ihr Schöpfer. In manchen Arbeiten dieser Orientierung manifestierten sich auch stark antisemitische Elemente.

Die Arbeiten der konservativ-katholischen Historiker fanden in der unabhängigen Historiographie keinen großen Anklang, vielleicht mit Ausnahme der Studien Rudolf Kučeras; letztere berührt jedoch wiederum das Problem „Mitteleuropa“. Historiker dieser Orientierung sahen, wie Zdeněk Neubauer formulierte, den grundlegenden Maßstab der Differenzierung in der tschechischen Historiographie im „Streit zwischen Kreuz und Kelch“<sup>2</sup>.

Meiner Meinung nach kam es zur Differenzierung weniger aufgrund dieses Streits, sondern wegen der Auffassung von Geschichte und der gesellschaftlichen Rolle der Historiographie. Das beweist besonders die stürmische Reaktion auf das kontroverse Werk Podivens: *Češi v dějinách nové doby. Pokus o zrcadlo* (Die Tschechen in der Geschichte der Neuzeit. Versuch eines Spiegelbildes). Ein Kapitel *Jak jsme bourali Rakousko* (Wie wir Österreich zerlegten) – gezeichnet von XYZ – wurde 1987 in der Exilzeitschrift *Svědectví* veröffentlicht. Unter dem Pseudonym verbargen sich

<sup>1</sup> Kučera, Karel: *Historie a historici* [Geschichte und Historiker]. Praha 1992, 220.

<sup>2</sup> Neubauer, Zdeněk: *Kalich versus kříž* [Kelch versus Kreuz]. *Střední Evropa* Nr. 4 (1986) 61–70.

drei Autoren unterschiedlicher Weltanschauung: ein Konservativ-Liberaler, ein kritischer Katholik und ein kritischer Sozialist. Ihre gemeinsame Arbeit resultierte aus der Gemeinsamkeit der universalistischen Anschauung und der kritischen Einstellung dem tschechischen Nationalismus gegenüber. Das Ziel ihrer Arbeit sowie ihren methodischen Ansatz umrissen sie in der „etwas umgearbeiteten Einleitung“ wie folgt: „Wir wollten uns gegen diesen Untergang [d. h. des historischen Gedächtnisses – Anm. M. O.] zur Wehr setzen und begannen unsere Erinnerungen zu sammeln. Wir gingen nicht wie professionelle Historiker vor (ehrlich gesagt, wir hätten es auch nicht geschafft) und legen keine historische Facharbeit vor, wobei dies nicht als Entschuldigung dienen soll: auf keinen Fall wollen wir der historischen Wahrheit den Rücken kehren. Es geht uns jedoch nicht darum, ‚wie es wirklich war‘, denn hier wollen wir nicht einen Schlußpunkt setzen, da wir der Meinung sind, daß die unbestreitbare historische Faktentreue für den Menschen dasselbe bedeutet wie die ‚objektive‘ gegenständliche Wirklichkeit der positivistischen Wissenschaft. Wir lassen uns gern von einer solcher Wissenschaft belehren; wir stellen uns aber Fragen, zu welchen sie sich nicht bekennen will. Wir haben keinen Grund zur thematischen Reduktion, wie sie die neuzeitlichen Wissenschaften praktizieren, und objektiv bekennen wir uns zum ‚vorwissenschaftlichen‘ Standpunkt.“<sup>3</sup>

Gerade in diesem Ansatz sieht Erazim Kohák das Wesentliche des Buches, das – seiner Meinung nach – „ein Versuch der Sinnauslegung und nicht der positiven Beschreibung“ ist<sup>4</sup>.

Podiven setzte sich nicht zum Ziel, eine historische Monographie über die tschechische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts auszuarbeiten, sondern es ging ihm vor allem darum, durch Erkenntnis der Vergangenheit die Gegenwart zu begreifen<sup>5</sup>. Übrigens haben dies auch manche Kritiker so verstanden, wie z. B. Jan Havránek; dieser stellte fest, Podivens Standpunkt sei dadurch gekennzeichnet, daß er seine Antwort auf folgende Frage suche: „Wie konnte es geschehen, daß wir heute ein Land des sozialistischen Systems sind?“<sup>6</sup> Weiter nennen wir Jiří Rak, welcher konstatierte, daß der gesamte Text eine Suche nach einer Antwort auf die Grundfrage sei: „Was führte zum tragischen Versagen des Volkes und seiner politischen Repräsentation in München?“<sup>7</sup>

Die Beantwortung dieser Fragen übersteigt den Rahmen der klassischen Historiographie und beinhaltet auch die Lebenserfahrung der Autoren, philosophische Ausgangspunkte, ihre Verantwortung, ihren Charakter und ihre Angehörigkeit zu einer bestimmten Generation. Deshalb wurde der Streit um viele Fragen unserer Geschichte nicht zu Ende geführt, wie z. B. um die Frage, ob wir uns zur Zeit Münchens wehren sollten oder nicht. Die Geschichte allein ist nicht imstande, diese Fragen zu beantworten, kann aber bei ihrer Lösung behilflich sein.

<sup>3</sup> Podiven: Češi v dějinách nové doby (Pokus o zrcadlo) [Die Tschechen in der neuzeitlichen Geschichte (Versuch eines Spiegelbildes)]. Praha 1991, 6.

<sup>4</sup> Kohák, Erazim: Služebník knížete Václava [Der Diener des Fürsten Wenzel]. Listy 22/2 (1992) 42–46, hier 43.

<sup>5</sup> Podiven: Češi 107.

<sup>6</sup> Havránek, Jan: Podiven jako odsudek a podnět [Podiven als Aburteilung und Anregung]. Dějiny a současnost 14/3 (1992) 56.

<sup>7</sup> Rak, Jiří: Podiven à la Taine? Dějiny a současnost 14/3 (1992) 58.

Podiven löste kurz nach Veröffentlichung des erwähnten Artikels in der Zeitschrift *Svědectví* eine Polemik aus. Als erste reagierten Jaroslav Mezník und Jan Šimsa. Im Gegensatz zu vielen späteren Rezensenten hoben sie hervor, daß „der Artikel ein hohes Niveau besitzt, der Autor die Problematik erkannt hat und in der Lage ist, die komplizierte historische Faktenlage darzustellen, daß sich sein Text gut liest und aufschlußreich ist“<sup>8</sup>.

Gleichzeitig lehnten sie jedoch den historischen Ansatz des XYZ ab, indem sie darauf aufmerksam machten, daß dort, wo „XYZ von der Beschreibung der Ereignisse zu ihrer Einschätzung übergeht, die Grenze der Kritik überschritten und die Hyperkritik erreicht wird“<sup>9</sup>. Diese Auffassung war auch später einer der Haupteinwände der Kritik.

Unter dem Eindruck des publizierten Artikels schrieb Karel Kučera für den Sammelband *Historický sborník* eine Reflexion über einen möglichen Ansatz der tschechischen Geschichtsbetrachtung; diese Reflexion erschien 1992 in dem Buch *Historie a historici* (Geschichte und Historiker). Gemeinsam mit einem weiteren Autor machte Kučera auf einen charakteristischen Zug der Erwägungen aufmerksam, nämlich daß sie „die Erklärung der gegenwärtigen Verhältnisse in unserem Land in der Auslegung der Vergangenheit suchen. Wir vermissen darin eine tiefere Kenntnis der historischen Materie ...“. Seiner Meinung nach wurde die Einstellung vieler Historiker durch Jan Patočka ebenso beeinflusst wie durch die Phänomenologie, da diese „mit Hilfe der Betonung des wertenden Gedankens über die Relativität des positivistischen Wissens“ wirkte<sup>10</sup>. Gerade Patočka war es zuzuschreiben, daß der „legendäre Dschin aus der Flasche entkam – nämlich die Zweifel über die Berechtigung unserer nationalen und historischen Existenz“<sup>11</sup>.

Anders als die Autoren, die sich dann unter seinem Einfluß dem tschechischen Nationalismus gegenüber kritisch einstellten, hatte auch Masaryk am tschechischen Nationalismus Kritik geübt, jedoch immer konkret und nicht fiktiv<sup>12</sup>. Kučera lehnte es auch ab, „die Geschichte zu moralisieren“, womit seiner Meinung nach einer eigentlichen Auslegung der Geschichte aus dem Weg gegangen wurde; damit wurde ihr Niedergang ausgedrückt.

Die Herausgabe des Podiven in Buchform im Jahre 1991 rief nicht nur von seiten der Historiker eine Reaktion hervor. Die Teilnehmer der Diskussion lassen sich in zwei Gruppen einteilen. Vladimír Just konstatierte, daß ihn weniger die sachlichen Einwände der Kritiker Podivens als vielmehr die konzeptionellen Vorbehalte bestürzt hatten. „Nämlich diese fürsorgliche Angst, daß sich das arme, unreife, unter Minderwertigkeitskomplexen leidende Volk im Buch nicht, wie in einem wenig schmeichelhaften

<sup>8</sup> Mezník, Jaroslav/Šimsa, Jan: Můžeme být na ně hrdi. Proti hyperkritickému přístupu a hodnocení vzniku Československé republiky [Wir können stolz auf sie sein. Gegen die hyperkritische Einstellung und Einschätzung der Entstehung der Tschechoslowakischen Republik]. In: Pojetí českých dějin [Auffassung der böhmischen Geschichte]. Bd.2. Vervielf. MS [Praha] 1987, 54.

<sup>9</sup> Ebanda.

<sup>10</sup> Kučera: *Historie* 225.

<sup>11</sup> Ebanda 229.

<sup>12</sup> Ebanda 231.

Zerrspiegel, wiedererkennen, denn es könnte ihm schlecht werden. Ich aber bin der Meinung, daß in unseren Breiten eine andere Gefahr lauert: daß uns niemals schlecht wird und schlecht wurde, daß wir aus allem allzu billig davonkommen, ohne das Übel im eigenen Land zu benennen und es auszurotten, daß wir ein außergewöhnliches Talent haben, die Wege des geringsten Widerstands zu wählen. Und wenn sich die Japaner und die Deutschen heute wohl fühlen (materiell und moralisch), so ist es die Folge davon, daß ihnen nach dem letzten Krieg schlecht wurde.“<sup>13</sup> Weiter betonte Just, daß nicht Nihilismus, sondern Liebe zur Geschichte den Essay Podivens diktiert habe<sup>14</sup>.

Eine entgegengesetzte Einstellung nimmt Jaroslav Valenta ein, der mit seinem nicht genannten Freund einer Meinung ist: „Das tschechische Volk soll und muß nun eine wirklich enorme Umgestaltung zustande bringen, muß sich neue politische, wirtschaftliche, soziale Verhältnisse usw. einverleiben, muß in einem, in zwei oder fünf Jahren einen Weg absolvieren, den der Westen in zwei Generationen zurückgelegt hat. Dem tschechischen Volk tut not, aufgemuntert zu werden, es braucht das Aufdie-Schulter-Klopfen mit den Worten: Schau mal, hast schon früher so manches geschafft, raff' dich auf, sammle deine Kräfte und zeig', daß du Unerhörtes leisten kannst! Aber anstatt dem Volk auf die Schulter zu klopfen, behauptet Podiven, daß alles, was das Volk von Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1939 unternahm, also während der gesamten neueren Geschichte, eigentlich schlecht, mangelhaft war, daß seine führenden Persönlichkeiten mittelmäßig, sogar unter den Mittelmaß waren. Was kann also ein solches Volk heute daraus gewinnen? Kaum eine Stütze und Aufmunterung.“<sup>15</sup>

Bei einer anderen Gelegenheit, in der Diskussion über die Aussiedlung der Deutschen, drückte ein anderer Historiker diesen Standpunkt auf lapidare Weise aus: Es sei unmoralisch, dem auf den Knien befindlichen Volk Tritte zu versetzen. Die meisten Kritiker des Podiven waren sich gerade in diesem Punkt einig, sie machten ihm Hyperkritizismus, sogar Masochismus zum Vorwurf<sup>16</sup>.

Ein weiterer Opponent vertrat die Meinung, daß der gesamte Geist des Buches böse und intolerant sei, wenig Einfühlungsvermögen aufweise, und er stelle die Frage: „Wie können Sie, Herr Pithart und Herr Příhoda, das Volk repräsentieren und seine Interessen verteidigen, ohne es zu schätzen?“<sup>17</sup> Auch in diesem Streit über die gesellschaftliche Rolle der Geschichte besteht keine einheitliche Meinung, aber dies bezeugt, welch heißes Problem für die Tschechen ihre Geschichte ist, wie sie wohl jeder-mann emotional berührt.

Worum also ging es Podiven, warum aber nahm er diese Stellung dem tschechischen Volk gegenüber ein? Die Autoren sind sich bewußt, daß auch andere Kräfte und Völ-

<sup>13</sup> Just, Vladmír: Obrana Podivena. Spor o pojetí českých dějin [Verteidigung des Podiven. Ein Streit über die Auffassung der böhmischen Geschichte]. Respekt vom 6.-12. 4. 1992.

<sup>14</sup> E b e n d a.

<sup>15</sup> Val e n t a, Jaroslav: My a naši sousedé v Podivenovi [Wir und unsere Nachbarn im Podiven]. Dějiny a současnost 14/3 (1992) 56f.

<sup>16</sup> H a m a n, Aleš: Masochistický pohled na dějiny [Eine masochistische Einstellung zur Geschichte]. Dějiny a současnost 14/3 (1992) 59.

<sup>17</sup> H a n z a l, Josef: Podivný Podiven [Der sonderbare Podiven]. Lidové noviny Nr. 30 vom 5. 2. 1992.

ker die Verantwortung für die Entwicklung in den böhmischen Ländern tragen; jedoch sei „der Gegenstand unseres Studiums die tschechische Geschichte, und da wir, Tschechen, dies schreiben, können wir es nicht unterlassen, den tschechischen Anteil zu betonen“. Aber es gelang Podiven nicht immer, diese Prämisse abzuwägen. Dušan Kubálek wies darauf hin, daß „die Autoren diesen fremden Anteil oft nur konstatieren und nicht kommentieren, und falls er kommentiert wird, so bitte man zugleich um Verständnis für diese Einstellung; dem eigenen Volk gegenüber sind sie aber spürbar strenger. Um das bildhaft auszudrücken: Sie sehen vor allem den Balken im eigenen Auge, und das Betrachten des Balkens im Auge des Fremden überlassen sie anderen.“<sup>18</sup>

Die meisten Kritiker waren sich darin einig, daß Podiven versuchte, „die bisherigen Mythen zu stürzen“. Manche akzeptierten diese Einstellung aber nicht als positiven Beitrag, im Gegenteil, sie betonten deren ahistorischen Aspekt. Ihrer Meinung nach bedeutet das in der Praxis, daß Podivens Erörterungen den ausgetretenen Pfad des traditionellen Studiums der tschechischen Nationalbewegung keineswegs verlassen, sondern statt der positiven Zeichen lediglich negative setzten und umgekehrt. „Anstelle eines Mythos werden Antimythen geschaffen.“ Der Autor dieser Kritik beweist dies, indem er Podiven mit den Schlüssen von Jakub Malý vergleicht<sup>19</sup>. Anderen Rezensenten schien die Einstellung Podivens nicht so vereinfacht zu sein. Kubálek betonte, daß es den Autoren um die Wiedererweckung des Gedächtnisses des Volkes ging, „um das Benennen und Erläutern der Ursachen vieler unserer Mythen, über uns selbst und über unsere Geschichte; durch Begreifen der Vergangenheit sollen wir die Gegenwart begreifen als offene Möglichkeit, in der man sich ohne voreingenommene Mythen, die unsere Vergangenheit belasten, orientieren muß“<sup>20</sup>. Toman Brod sieht die Bedeutung des Werkes darin, daß Podiven „den tschechischen Leser zu qualvollem Nachdenken zwingt, seine romantischen Legenden zunichte macht, denen zufolge die Schuld an unseren Mißerfolgen und Niederlagen immer die anderen haben. Podiven zeigt erbarungslos das Spiegelbild des tschechischen Nationalcharakters, der tschechischen Bereitschaft zum aufopfernden Freiheitskampf; denn nur der kann ein stabiles, kontinuierliches staatsrechtliches Bewußtsein hervorbringen, und wenn es zu einer neuen Krise kommt, auch eine neue Bereitschaft zur Verteidigung des Landes und der Freiheit.“<sup>21</sup>

Otto Urban versuchte, auf eine methodologische Unzulänglichkeit bei Podiven aufmerksam zu machen, die seiner Meinung nach schwerwiegend ist; er charakterisierte sie als eine gewisse Reduktion der Geschichte. „Wenn ich recht verstehe,“ schreibt er, „ist dieses Buch eine Kritik ‚der Moderne‘ als solcher und ‚eine Kritik der tschechischen Ideologie‘ im besonderen – es ist aber nicht das Bild der Tschechen in der Neuzeit. Als Kritik der tschechischen Ideologie muß man es willkommen heißen, in vielem ist es möglich, den Autoren zu folgen, und in manchem kann man

<sup>18</sup> Kubálek, Dušan: *Diagnóza českých duší* [Diagnose der tschechischen Seelen]. *Lidové noviny* Nr. 19 vom 23. 1. 1992.

<sup>19</sup> Siehe Rak: Podiven. – Ders.: *V zajetí mýtů* [Von Mythen gefangen]. *Tvar* Nr. 19 vom 7. 5. 1992.

<sup>20</sup> Kubálek: *Diagnóza*.

<sup>21</sup> Brod, Toman: *Ach ti Češi* [Ach, diese Tschechen]. *Metropolitan* vom 5. 3. 1992.

sogar noch weiter gehen. Die tschechische Gesellschaft ist jedoch mit der tschechischen Ideologie nicht identisch – sie entwickelte sich als moderne bürgerliche Gesellschaft im Modernisierungsprozeß mit allen spezifischen Zügen, unter ähnlichen Bedingungen wie alle europäischen Gesellschaften; sie war immer eine bestimmte historische *Realität*, und die Unzulänglichkeit des *Bewußtseins der nationalen Substanz* war auch immer *relativ*.<sup>22</sup>

Erazim Koháks Reflexion stellt einen Versuch dar, den Podiven komplex einzuschätzen, und zwar auch aus geschichtsphilosophischer Sicht. Seiner Meinung nach sind jene drei Autoren bemüht, „unsere historische Identität zu bereinigen und zu erfassen. Ich weiß nicht, ob für sie der Hinweis schmeichelhaft wäre, daß schon vor hundert Jahren Masaryk sich um dasselbe bemühte, als er versuchte, auf der Grundlage von Palackýs ‚Geschichte‘ unser Nationalbewußtsein von Selbsttäuschung zu befreien und eine Auslegung zu bieten, die es uns ermöglichen würde, sich in der vielgestaltigen Mannigfaltigkeit unserer historischen Identität zu orientieren. Trotzdem ist dieses Bestreben immer noch aktuell. Soweit die Menschen entscheiden, wählen und handeln sollen, müssen sie sich eine umfassende Weltorientierung schaffen – wie sich das reimt, was zu sein sinnvoll ist, was anzustreben sinnvoll ist. Dies ist nicht eine Frage des ‚Faktums‘, das wir ein für allemal festsetzen könnten. Die Geschichte hat auch ihre Faktizität: Den Weißen Berg und München können wir durch Reden nicht wettmachen. Sinnvoll werden sie jedoch erst durch das Streben nach Auslegung, die streng die Authentizität der Tatsache wahr, aber bestrebt ist, ihr durch die Auslegung Sinn zu verleihen.“<sup>23</sup>

Kohák betont weiter, daß Podiven „bemüht ist, ein Gesamtbild, eine Gesamtauslegung unserer historischen und gegenwärtigen Identität aus der Sicht der demokratischen Rechten zu bieten . . . Dies, so scheint mir, ist der große Beitrag Podivens“, denn er bilde einen gewissen Gegenpol zu Masaryk, seit dessen Tagen „der Schwerpunkt des demokratischen Denkens links von der Mitte lag.“<sup>24</sup> Der Autor betrachtet es als Mangel, daß Podiven die Einstellung der „revisionistischen“ Historiographie übernimmt, die ihre Konjunktur in den Vereinigten Staaten ursprünglich durch den Widerstand gegen den Vietnamkrieg und durch die Sehnsucht nach Befreiung von jeglicher Selbsttäuschung erfahren hatte. Schließlich jedoch führte diese Historiographie zu der Neigung, hinter allem, was die Menschen als gut, hochstrebend, erhaben betrachteten, ein niederträchtiges, gemeines oder wenigstens kleinlich-spießbürgerliches Motiv zu suchen.<sup>25</sup>

Eine Antwort, gerichtet an die unversöhnlichen Kritiker Podivens und an die feurigen Verteidiger des Volkes, sind auch die folgenden Worte Koháks: „Es würde mir schwerfallen, ein Konzept des Volkes zu akzeptieren, welches diese drei Podivens ausklammern sollte. Übrigens ist das nicht nötig. Masaryks und Podivens Auffassung, die hussitische und St.-Wenzels-orientierte Auffassung, sie decken sich mit der

<sup>22</sup> Urban, Otto: „Předvědecké“ rozpomínání se na to, jací jsme [Eine vorwissenschaftliche Sondierung darüber, wie wir sind]. *Prítomnost* Nr. 4 (1992) 27.

<sup>23</sup> Kohák: *Služebník* 42.

<sup>24</sup> Ebenda 43.

<sup>25</sup> Ebenda.

historischen Nachzeichnung der Fakten, auch wenn sie diese unterschiedlich auslegen ... Es geht nicht um die Frage, was wir ‚wirklich‘ sind. Wir sind dies und jenes, wir tragen in uns die Vergangenheit Masaryks genauso wie die Podivens. Die Frage lautet anders: Was betrachten wir davon als ausschlaggebend, was lediglich als auch wirklich? Von all dem, was wir sind, was wir sein wollen? Wonach wollen wir streben? Das ist nicht eine Frage der Beschreibung der Vergangenheit, und zuletzt auch nicht ihrer Auslegung. Es ist eine Frage der Wahl: Was wollen wir sein?“<sup>26</sup>

Die Rezensenten des Buchs von Podiven befaßten sich auch mit den methodologischen Aspekten. So z. B. konstatierte Kubálek, daß den Autoren „der historische Determinis fremd ist“, daß sie sich nicht mit der bloßen Beschreibung der Ereignisse zufriedengeben und „stets nach ihren Ursachen und ihrem Sinn fragen“, sie konfrontierten die tschechische Politik mit der „allgemeinen Sichtweise, vorwiegend der mitteleuropäischen, und öfters auch aus distanzierter Sicht“. Kubálek bewertet die Anwendung der psychologischen Methode positiv<sup>27</sup>. Kohák schrieb dem Buch zugute, daß es „eine Goldgrube von Informationen über unsere neuzeitliche Geschichte ist und den Leser stark anspricht“<sup>28</sup>.

Podiven ist eigentlich der einzige Versuch einer Reinterpretation der tschechischen Geschichte, der eine derartige Reaktion hervorrief. Es ist offensichtlich, daß er einen wunden Punkt berührt hatte, nicht nur in der Geschichte, sondern auch im Leben der Gesellschaft. Mit der Arbeit an dem Buch wurde in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre begonnen, also zur Zeit einer tiefen moralischen Krise der Gesellschaft. Diese Krise war so tief, daß manche Autoren, unter ihnen Petr Příklad, zu der Ansicht gelangten, daß wir aufgehört hatten, eine Nation zu sein, und zu einem Konglomerat von Bewohnern wurden. Dabei blieb die Nation immerzu ein geschichtsbildender Faktor, und von seinem Zustand hing auch die Überwindung der gesamten Krise ab. Podiven wollte mit dem Buch zu dieser Überwindung beitragen. Ich versuchte, anhand der Reaktionen und Rezensionen zu zeigen, inwieweit ihm dies gelang.

Die Diskussionen über die Aussiedlung der Deutschen und über das Dokument „Ein Recht auf Geschichte“ hatten beträchtliches Interesse geweckt. Auch in dieser Diskussion erschienen Argumente und Standpunkte, auf die wir im Zusammenhang mit Podiven hingewiesen haben; ein Teil der an der Diskussion Beteiligten reagierte entrüstet, vor allem auf die Geschichtsauffassung des Bohemus: „Ein spezifisches Phänomen wird jedoch der Unwille jener sein, die vormalig ein Bestandteil des ideologischen Apparats der herrschenden Macht waren, von der sie sich später trennten – zwar aus prinzipiellen Gründen, die jedoch nicht ganz konsequent durchgedacht waren. Viele von ihnen bekennen sich heutzutage zum sogenannten Reformkommunismus. Wir finden unter ihnen eifrige Hüter der methodologischen Reinheit wissenschaftlichen Denkens von beinahe positivistischer Prägung wie auch jene, die das ‚Moralisieren der Geschichte‘ entschieden ablehnen.“<sup>29</sup> Diese Annäherung an den Positivismus konstatierte auch Bedřich Loewenstein, als er auf Hübls Standpunkt hinsichtlich der

<sup>26</sup> E b e n d a 45.

<sup>27</sup> K u b á l e k : Diagnóza.

<sup>28</sup> K o h á k : Službník 42.

<sup>29</sup> Č e š i , N ě m c i , o d s u n [Tschechen, Deutsche, Aussiedlung]. Praha 1990. 183.

Mythen über Mitteleuropa reagierte. Loewenstein schrieb: „Gewiß darf sich die Geschichtsschreibung nicht von nostalgischen Verklärungen leiten lassen, aber muß man deshalb in eine ‚ebenerdige‘ pseudorealistische Einbahnperspektive verfallen, die allein ihren Positivismus für wissenschaftlich hält? Leider ist das oft der Weg reformkommunistischer Historiker gewesen, die ihrem einstigen Dogmatismus nur um den Preis eines *Faktenkults* sowie eines Rückfalls in unreflektierte nationale Wertung entgangen sind.“<sup>30</sup>

Ich war bestrebt, am Beispiel des Podiven zu zeigen, wie reich die Pluralität – in Anschauungen und in der Methodologie – innerhalb der unabhängigen Historiographie war; diese Pluralität wurde dank der freiheitlichen Atmosphäre, die in diesem Teil der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung herrschte, möglich – und das trotz des totalitären Regimes. Darin liegt ihr großer Beitrag, an den die Historiographie nach dem November 1989 anknüpfen konnte. Auch bestätigte sich ihre gesellschaftliche Rolle, die immer dann in den Vordergrund trat, wenn sich das Volk in einer Krise befand. Es ging mir jedoch nicht darum, Wertungen auszusprechen, sondern zu informieren.

---

<sup>30</sup> Loewenstein, Bedřich: Rezension zu Hübl, Milan (Hrsg.): *Hlasy k českých dějinám* [Stimmen zur böhmischen Geschichte]. Praha 1984/1985. BohZ 27 (1986) 460.

# DAS „TEMNO“ IM MITTELEUROPÄISCHEN KONTEXT: ZUR KIRCHEN- UND BILDUNGSPOLITIK IM BÖHMEN DER BAROCKZEIT

Von Ivana Čornejová

Böhmen war trotz des Gebirgswalls, der es umschließt, nie eine Insel; es entwickelte sich stets in lebhaftem Kontakt mit seiner Umgebung. Der gesamte mitteleuropäische Raum bildete seit der Christianisierung in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht einen weitgehend einheitlichen Organismus. Mit den österreichischen Ländern und auch den angrenzenden Regionen des deutschen Reiches war Böhmen stets durch Handelsbeziehungen verbunden gewesen, zeitweise durch staatliche Zusammengehörigkeit, aber auch durch immer wieder aufflackernde Konflikte. Waren die friedlichen wie auch die feindseligen Beziehungen stets von Aversionen zwischen dem slawischen und dem germanischen Element geprägt, so reichten diese nie so tief, daß sie das gemeinsame kulturelle Klima nachhaltiger gestört hätten. Einen tiefen Einschnitt bedeutete erst die böhmische Reformation – die hussitische Revolution. Nach blutigen Kriegen schloß sich Böhmen in sich ab und entzog sich dem bis dahin universalen Zugriff der römischen Kirche, so daß auch ältere kulturelle Bindungen zerbrachen.

Die lutherische und calvinische Reformation besiegelte die Spaltung des christlichen Abendlandes dann endgültig. Freilich provozierte sie zugleich auch eine Belebung der katholischen Kirche – weniger im Zeichen des Widerstandes gegen die reformatorischen Bewegungen als mit dem Ziel einer inneren Erneuerung der Kirche, die sich als ebenso wirkungsvoll und langlebig erweisen sollte wie die Reformation selbst. Mitteleuropa stand nun an der Schwelle eines Jahrhunderts von Religionskriegen, die die folgende Entwicklung des gesamten Gebiets weitaus stärker beeinflussten als zuvor die regional begrenzten Hussitenkriege.

Dem südlichen Europa, das traditionell – und zu Recht – als Bastion des Katholizismus gilt, stand der vom Protestantismus bestimmte Norden gegenüber. In Mitteleuropa aber vermischten sich beide Einflüsse; dies gilt nicht nur für die böhmischen Länder, sondern für das ganze Heilige Römische Reich. In Böhmen überwogen im 16. Jahrhundert die nichtkatholischen Konfessionen, doch konnten die Katholiken ihre Religion weitgehend ungehindert ausüben. Es herrschte hier eine Toleranz, die der tschechische Historiker František Šmahel als „Toleranz aus Notwendigkeit“ charakterisiert hat<sup>1</sup>. Der 1555 mit dem Augsburger Religionsfrieden festgeschriebene Grundsatz „cuius regio, eius religio“ galt in Böhmen nicht. Die überwiegende Mehr-

<sup>1</sup> So in Šmahel, František: *Idea národa v husitských Čechách* [Die Idee der Nation im hussitischen Böhmen]. České Budějovice 1971.

zahl der Bevölkerung – etwa 80–90% – bekannte sich zu den protestantischen Konfessionen, während ihre habsburgischen Herrscher treue Katholiken waren. Auch wenn die Länder der böhmischen Krone bis 1627 bzw. 1628, als die „Verneuerte Landesordnung“ eingeführt wurde, de iure eine ständische Verfassung hatten, so war der Einfluß der Herrscher dennoch nicht unerheblich<sup>2</sup>.

Im deutschen Reich mußte sich die Bevölkerung zwar der Religion des jeweiligen Landesherrn beugen, doch flossen hier Kulturformen und Bräuche der verschiedenen Konfessionen stärker ineinander als irgendwo sonst. So ist belegt, daß auch überzeugte Lutheraner nicht selten weiterhin ererbte Bräuche der katholischen Kirche pflegten, die sie für unveräußerlich hielten oder die ihnen schlicht gefielen. Beispiele dafür sind Wallfahrten zu altehrwürdigen Weihestätten oder auch Bilderverehrung<sup>3</sup>.

\* \* \*

Diese Epoche der religiösen Konflikte unvoreingenommen zu beurteilen, ist für den Historiker ein schwieriges Unterfangen – sofern eine unvoreingenommene Betrachtung überhaupt möglich ist. Auch der Historiker, zwangsläufig determiniert durch die Strukturen seines Denkens und auch durch seine fachliche Ausbildung, urteilt stets, ob er es sich eingestehen mag oder nicht, zumindest bis zu einem gewissen Grad befangen, und dies dürfte keine Zeiterscheinung sein. Um so mehr muß man mit Voreingenommenheit aber bei den marxistisch orientierten Historikern rechnen, was bereits aus ihrer Vorliebe für schematische Erklärungen und ihrer Geringschätzung des Menschen als Subjekt der Geschichte zu ersehen ist.

Dennoch: Hat der Historiker einmal erfahren, etwa durch die Lektüre von Arbeiten, die ihm die distanzierte, ernsthaft um Objektivität bemühte Analyse eines Sachverhaltes oder einer historischen Situation vorführen<sup>4</sup>, daß auch aus ideologisch belasteten Untersuchungen, das notwendige Maß an kritischem Abstand bei der Rezeption vorausgesetzt, wichtige Erkenntnisse zu gewinnen sind, kann er seine ablehnende Haltung gegenüber tendenziösen Forschungen relativieren, aber auch die Grenzen des eigenen Urteils erkennen.

Mit solcherart geschärftem Blick wird es auch möglich, die komplexe, konfliktreiche Zeit, die die Geschichtswissenschaft als die Epoche der Religionskriege klassifiziert, neu in Augenschein zu nehmen. Freilich soll keineswegs behauptet werden, daß Objektivität damit garantiert sei; immerhin mag die Chance, differenzierter zu urteilen, nun größer sein.

Für die böhmische Geschichte ist das Zeitalter der Religionskriege nicht zuletzt deshalb eminent wichtig, weil dem konfessionellen Umbruch nach der Schlacht am Weißen Berg bis heute die Konnotation eines Traumas anhaftet. Überdies bietet es

<sup>2</sup> Zuletzt beschäftigte sich mit der Reformationszeit in Böhmen Eberhard, Winfried: Die deutsche Reformation in Böhmen 1520–1620. In: Deutsche in den böhmischen Ländern. Hrsg. v. Hans R o t h e. Köln-Weimar-Wien 1992, 103–123.

<sup>3</sup> Vgl. dazu besonders Guth, Karel: Geschichtlicher Abriss der marianischen Wallfahrtsbewegungen im deutschsprachigen Raum. In: Handbuch der Marienkunde. Hrsg. v. W. Beinert und H. Petri. Regensburg 1984, 769–774.

<sup>4</sup> Im Falle des hier behandelten Themas etwa Heymann, Frederick G.: Das Temno in der neuen tschechischen Geschichtsauffassung. BohZ 9 (1968) 323–339.

aber besonders gute Voraussetzungen für die vergleichende Perspektive, da sich in seinem Verlauf analoge Veränderungen auch anderswo in Mitteleuropa vollzogen haben – auch wenn die tschechische Geschichtswissenschaft sich häufig sträubte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Diese Weigerung, die Geschichte Böhmens – oder gar das „tschechische Schicksal“ – im Zusammenhang mit den Entwicklungen in den Nachbarländern zu sehen, zieht sich seit Jahrzehnten wie ein roter Faden durch die tschechische historische Forschung. Es handelte sich jedoch stets um eine primär politisch, nicht fachlich, motivierte Haltung. Der Impetus konnte sich darauf richten, die Größe des tschechischen Volkes ins rechte Licht zu rücken oder aber sein bitteres Los unter dem Druck der habsburgischen Herrschaft auszumalen, die es an der Entfaltung seiner Talente hindert und es um sein Recht auf Eigenständigkeit gebracht habe. Ebenso ist aber auch die umgekehrte Perspektive anzutreffen: Böhmen wird dann als das armseligste aller europäischen Gemeinwesen dargestellt, dessen Gesellschaft mit ihrer Mentalität ihre nachrangige Stellung unter den europäischen Nationen selbst verschuldet habe. Diese Linie wurde in jüngster Zeit von den überwiegend dilettierenden Epigonen Jan Patočkas wieder aufgegriffen<sup>5</sup>. Für beide Richtungen gilt, daß die Autoren in eine Selbstbespiegelung vertieft sind, einen breiteren Horizont scheuen und allenfalls das Ringen der Tschechen mit den Deutschen als Thema akzeptieren, ob sie in den Deutschen nun Feinde von alters her oder aber ein unerreichbares Vorbild erblicken.

Hinzu kommt, daß es in der tschechischen Geschichtswissenschaft nach wie vor an Einsicht dafür fehlt, daß die Reformation und die Gegenreformation oder Rekatholisierung untrennbar zusammengehören, und ebenso hartnäckig hält sich auch das Unverständnis dafür, daß die böhmischen Länder spätestens vom Jahr 1526 an nicht mehr isoliert von der Gesamtheit der Habsburgermonarchie betrachtet werden können<sup>6</sup>.

\* \* \*

Die Niederlage, die die böhmischen Stände an dem trüben, kalten 8. November 1620 am Weißen Berg erlitten, wurde zu einem neuralgischen Punkt in der Geschichte Böhmens. Auch unter den katholischen Historikern konnte sich kaum einer beim Stichwort „Weißer Berg“ einer gewissen Melancholie erwehren; um so eher unterlagen ihr Literaten und Dichter. Im Rückblick wurde die Schlacht am Weißen Berg zu dem sprichwörtlichen „Anfang vom Ende der Selbständigkeit Böhmens“<sup>7</sup>.

<sup>5</sup> Insbesondere Milan Otáhal, Petr Pithart und Petr Přihoda als Autoren des von der tschechischen Geschichtswissenschaft überwiegend zurückgewiesenen Werkes Podiven. Češi v dějinách nové doby [Die Tschechen in der Geschichte der Neuzeit]. Praha 1991.

<sup>6</sup> Bisher haben diesen Zusammenhängen fast ausschließlich ausländische Autoren Rechnung getragen, so Wandruszka, Adam: Das Königreich Böhmen in der Habsburger-Monarchie. In: Schriften der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste. Bd. 4: Sudetendeutsche Traditionen in der Theologie, Ethik und Pädagogik. München 1983, 9–21.

<sup>7</sup> Ich paraphrasiere hier den Titel eines seinerzeit in der Tschechoslowakei sehr populären Buches von dem französischen Historiker Denis, Ernest: Konec samostatnosti české [Das Ende der böhmischen Selbständigkeit]. Praha 1983.

Was aber folgte unmittelbar auf die Schlacht am Weißen Berg? Die „Rache“ des siegreichen Ferdinand II., die Verfolgung der Träger des Aufstandes, die in den Hinrichtungen auf dem Prager Altstädter Ring kulminierte, Güterenteignungen, die Verbannung nichtkatholischer Geistlicher und später auch all jener, die sich nicht zur römisch-katholischen Kirche bekannten; die Emigration großer Teile der Bevölkerung, die oktroyierte „Verneuerte Landesordnung“, die die Macht der Stände beschneidete, ausschließlich den katholischen Glauben anerkannte und der ehemals vorherrschenden tschechischen Sprache das Deutsche gleichberechtigt an die Seite stellte; das Leid des Krieges, gefolgt vom wirtschaftlichen Niedergang und einem beträchtlichen Rückgang der Bevölkerungszahl u. s. w.

Zugleich vollzog sich allmählich eine Reform des Katholizismus und der Kirchenhierarchie. Es gab erzwungene Konversionen, sei es mit Gewalt oder durch behutsame Überzeugungsarbeit, unaufrichtige Konversionen, aber auch solche, die aus innerstem Bedürfnis erfolgten. Während Teile der Elite verbannt wurden oder emigrierten, entstanden neue Eliten. Die nichtkatholischen Schulen wurden geschlossen, zugleich aber neue, katholische, Erziehungsanstalten eingerichtet. Der Untergang der nichtkatholischen Kultur, deren Vertreter nur mehr im Exil wirken konnten, wurde begleitet und aufgewogen von einer – unleugbaren – Hochblüte einer römisch-katholischen Kultur, die an lokale – auch evangelische – Traditionen anknüpfte und zusätzliche Impulse von Zuwanderern aus dem romanischen, aber auch dem germanischen Europa empfing. Wie läßt sich dieser komplexe Umbruch charakterisieren?

Ein differenziertes Bild der Ereignisse, die die böhmische Geschichte so nachhaltig geprägt haben, gewinnt man nicht, solange man nur Ort und Zeit der Handlung allein betrachtet; vielmehr muß man ins vorausgegangene Jahrhundert zurückgreifen und ebenso die parallelen Entwicklungen in den benachbarten Gebieten mit berücksichtigen.

Die deutsche Geschichtswissenschaft datiert die entscheidende Wende in der mitteleuropäischen Geistes- und Kulturgeschichte in die Mitte des 16. Jahrhunderts; es gibt keinen Grund, warum dies nicht auch für Böhmen gelten sollte. Das Phänomen der „Konfessionalisierung“ aller erdenklichen Bereiche des öffentlichen wie des privaten Lebens erfaßte Europa in breitem Rahmen<sup>8</sup>. Auch wenn in Böhmen eine neue Konfession bereits ein Jahrhundert vor der lutherischen Reformation entstanden war, hinterließ diese „europäische“ Reformation in Böhmen doch tiefe Spuren. Die deutschsprechende Bevölkerung wandte sich dem Luthertum zu, die böhmische Brüderunion sympathisierte mit dem Calvinismus, und die alte böhmische Religion, der Utraquismus, war gezwungen, sich neu zu artikulieren. Es kam hier zu einer Spaltung: Die Altutraquisten neigten sich der römischen Kirche zu, während die Neutraquisten Anregungen von der deutschen Reformation aufgriffen.

Die Konfessionalisierung des Reiches ging mit der protomodernen „Staatsbildung“ einher, determiniert durch „Trikonfessionalität“ und „Multiterritorialität“<sup>9</sup>. In

---

<sup>8</sup> Eine erschöpfende Analyse dieses Phänomens bietet neuerdings Schilling, Heinz: Die Konfessionalisierung im Reich. Religiöser und gesellschaftlicher Wandel in Deutschland zwischen 1555 und 1620. HZ 246 (1988) 1–45.

<sup>9</sup> E b e n d a 1.

den Ländern der böhmischen Krone erstreckten sich auf kleinerem Raum entsprechend weniger einzelne Länder, herrschten jedoch mehr verschiedene Konfessionen. Einige Forscher halten die Reformation für einen „Glanzpunkt“ der Geschichte, den Dreißigjährigen Krieg hingegen, wiewohl er letztlich nur eine Konsequenz der vorausgegangenen Entwicklung war, für eine Tragödie.

Die konfessionelle Differenzierung brachte jedoch, vor allem in ihrer ersten Phase, auch viel Gutes mit sich. Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Konfessionen führte zu einer Belebung und Intensivierung des religiösen Lebens, das Niveau der Schulbildung erhöhte sich, und es wurden weitere Erziehungsanstalten gegründet. Gerade die Erziehung, mit der die Gesinnung junger Menschen geformt wird, war eines der wirksamsten Mittel, um das jeweilige Ziel zu erreichen. Die Bedeutung der Religion erreichte in ganz Europa einen so hohen Grad, daß manche Historiker erst in dieser Zeit, an der Schwelle zur Neuzeit, die Vollendung und den endgültigen Sieg der Christianisierung ausmachen<sup>10</sup>.

Zugleich war diese Epoche freilich auch eine Zeit gesteigerten Fanatismus, der Intoleranz und der Verblendung. Es sind dies Phänomene, die den modernen Menschen, der dem Glauben häufig zurückhaltend oder gar gleichgültig gegenübersteht, leicht zu einem radikal ablehnenden Urteil verleiten, die freilich in ihrer Zeit aus tiefster Überzeugung erwachsen.

In Böhmen äußerten sich die konfessionellen Konflikte um die Mitte des 16. Jahrhunderts im Vergleich mit dem deutschen Reich eher verhalten. Einer der Gründe dafür lag darin, daß der Katholizismus nur relativ schwach vertreten war. Bald darauf sollte er jedoch beträchtlich gestärkt werden. Noch bevor das Prager Erzbistum, das während der Hussitenkriege aufgehoben worden war, 1562 restituiert wurde, berief der umsichtige Ferdinand I. 1556 die Jesuiten ins Land, einen jungen und energischen Orden, der bereits bald nach seiner Gründung den Ruf genoß, kompromißlos für die Hebung des katholischen Glaubens zu streiten.

Die Societas Jesu wurde nicht überall mit Begeisterung willkommen geheißen. Verständlich war der Widerstand in jenen Gebieten, die zum rechten Glauben erst bekehrt werden sollten, doch schlug den Jesuiten auch in katholischen Regionen eifersüchtiges Mißtrauen entgegen, da vor allem die älteren Orden um ihre Pfründen fürchteten. Besonders markant trat dies zutage, wenn „schwarze Patres“ auf Universitätslehrstühle berufen werden sollten. Obwohl sie meist tatkräftige Unterstützung seitens der Landesherrn genossen, stießen sie nicht selten auf so heftigen Widerstand, daß sie gezwungen waren, sich still zu verhalten<sup>11</sup>.

Im überwiegend nichtkatholischen Prag konnten die Jesuiten hingegen ohne größere Schwierigkeiten Fuß fassen. Mit kaum nennenswerter Übertreibung kann man sagen, daß die Ankunft der ersten Vertreter des Ordens in Prag – in der symbolischen

---

<sup>10</sup> Diesen Schluß ziehen hauptsächlich französische Historiker. Vgl. Delumeau, Jean: *Le catholicisme entre Luther et Voltaire*. Paris 1971.

<sup>11</sup> Im Rahmen einer Überblicksdarstellung verweist auf diesen Sachverhalt das Handbuch *Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Eine Universitäts-geschichte in Einzeldarstellungen*. Hrsg. v. Laetitia Boehm und Rainer A. Müller. Düsseldorf 1983.

Anzahl von zwölf – ernstliches Mißfallen nur bei den wenigen Dominikanern im Altstädter St. Klemens-Kloster erregte, das den Jesuiten als Sitz ihres Kollegs angewiesen worden war. Größere Feindseligkeit seitens der Nichtkatholiken zogen sie erst durch ihre spätere erfolgreiche Tätigkeit, vor allem im Bereich der Erziehung und Bildung, auf sich. Gleichzeitig übte die Konkurrenz des Jesuitenkollegs aber einen heilsamen Einfluß auf die altehrwürdige, einst von Karl IV. gegründete, utraquistische Prager Universität aus, die lange Zeit stagniert hatte und nun einen neuen Aufschwung nahm.

Hatte also Petrus Canisius, der jesuitische „Apostel“ für Mitteleuropa, etwa recht, als er im Zuge seiner Erkundung der Möglichkeiten für die Jesuiten in Böhmen notierte, daß die Bedingungen dort günstiger als anderswo im Reich seien? Den Utraquismus bezeichnete er als „schale“ Häresie, die noch zusätzlich dadurch geschwächt werde, daß ihre Verfechter untereinander nicht einig seien<sup>12</sup>. Sind nicht bereits hier die Wurzeln des religiösen Umbruchs nach der Schlacht am Weißen Berg zu suchen, und könnte dieser womöglich sogar glatter vor sich gegangen sein, als gemeinhin angenommen wird?

Dabei soll keineswegs das Leid der vielen tausend Einwohner der böhmischen Länder, von denen später viele ins Exil gezwungen wurden, bagatellisiert werden, und ebensowenig kann es hier darum gehen, eine Parallele zu ziehen zwischen dem Wandel der religiösen Gesinnung im 17. Jahrhundert und der Bereitschaft der tschechoslowakischen Bürger des fortgeschrittenen 20. Jahrhunderts, aufgezwungene Ideologien zu akzeptieren, wie es neuerdings des öfteren versucht wird. Freilich dürfte der böhmische Utraquismus, hervorgegangen zwar aus dem Hussitismus, der katholischen Kirche aber in der Substanz seiner Glaubensinhalte keineswegs unversöhnlich gegenüberstehend, weniger resistent gewesen sein als der in sich gefestigte lutherische Protestantismus oder der Calvinismus, die zudem gerade ihre Blütezeit erlebten.

In noch größerem zeitlichen Abstand zur Schlacht am Weißen Berg ist zu beobachten, daß sich der Widerstand gegen den Katholizismus am hartnäckigsten in den nördlichen, von Deutschen bewohnten Regionen der böhmischen Länder hielt, wo sich die Lutheraner auf die enge Nachbarschaft zum protestantischen Preußen stützen konnten. Anschaulich illustriert dies etwa der authentische Bericht eines Jesuitenmissionars über die Situation in der grenznahen Herrschaft Starckenbach (Jilemnice) im Riesengebirge aus dem letzten Viertel des 17. Jahrhunderts<sup>13</sup>.

Die verbliebenen böhmischen Nichtkatholiken verstrickten sich unterdessen in ein unübersichtliches Gewirr häretischer Sekten, die ihren Glauben, „erbt von den Vätern“, nicht einmal mehr genau definieren konnten<sup>14</sup>. Sicher war auch der über-

<sup>12</sup> Čornejová, Ivana: Kapitoly z dějin pražské univerzity 1622–1773 (im Buchtitel die falsche Angabe 1622–1654) [Kapitel aus der Geschichte der Prager Universität 1622–1773]. Praha 1922, 11.

<sup>13</sup> Quellen zur Geschichte der Herrschaft Starckenbach im Riesengebirge im 17. Jahrhundert. Hrsg. v. Franz Donth und Hans H. Donth. München 1974 (Wissenschaftliche Materialien und Beiträge zur Geschichte und Landeskunde der böhmischen Länder 17). Der Bericht schildert anschaulich vor allem den Widerstand der Untertanen gegen die Missionierung.

<sup>14</sup> Vgl. Ducieux, Marie-Elizabeth: Lire à en mourir. Livres et lecteurs en Bohême au XVIIIe siècle. In: Les usages de l'imprimé (XVe–XIXe siècle). Hrsg. v. Roger Chartier. Paris

wiegende Teil der katholischen Glaubensgemeinde, die sich aus Angehörigen der unterschiedlichsten Schichten zusammensetzte, nicht imstande, die wesentlichen Glaubensinhalte prägnant zu benennen. Allerdings war die katholische Gesellschaft zwischenzeitlich vielfach aufgefächert, verfügte also bereits über eine Elite von Gebildeten, die in den zahlreichen neugegründeten katholischen Schulen erzogen worden war.

Demgegenüber bildeten die häretischen Sekten, die sich vornehmlich in Ost- und Nordostböhmen konzentrierten, keine sozialen Eliten aus; ihren Angehörigen fehlte häufig sogar die elementare Schulbildung. Charakteristisch war hier die Tendenz, sich gegen die Umgebung abzuschotten; Außenkontakte beschränkten sich mitunter auf die heimlichen unregelmäßigen Besuche der „Prädikanten“, die überwiegend aus Sachsen kamen.

Die Situation der Emigranten war die gleiche, wie sie die verschiedensten Exilanten in unterschiedlichen Zeiten erlebten. Gelang es den Verbannten, sich im fremden Milieu einzuleben, so „verwachsen“ sie mit der Gesellschaft, die sie aufgenommen hatte, und die nachfolgenden Generationen bewahrten dann nur mehr nebelhafte Erinnerungen an die ehemalige Heimat. Diejenigen, denen die Integration nicht gelang, kehrten vielfach zurück, und das auch um den Preis, den Glauben aufzugeben, um dessentwillen sie ursprünglich die Heimat verlassen hatten.

\* \* \*

So tief der Einschnitt auch war, den die Epoche nach der Schlacht am Weißen Berg für Böhmen mit sich brachte, so bedeutete er dennoch nicht etwa einen Niedergang der nationalen Kultur, einen Verfall der tschechischen Sprache oder gar eine spürbare Veränderung der Stellung der böhmischen Länder im Habsburgerreich. Wie in anderen Teilen des habsburgischen Herrschaftsgebietes wurde auch hier lediglich die Macht der Stände zugunsten des in ganz Europa aufkommenden Absolutismus beschnitten. Die Tatsache, daß sich diese Entwicklung in den böhmischen Ländern in der Folge eines mißlungenen Aufstandes eingestellt hatte, verführte viele Historiker dazu, Ereignisse und Maßnahmen, die andernorts ebenso, aber unter weitaus weniger dramatischen Umständen, stattfanden, als Repressionen seitens des siegreichen Herrschers zu mißdeuten. Daß die Überbewertung des tschechischen nationalen Moments bei der Interpretation der Geschichte des frühen 17. Jahrhunderts und deren Betrachtung losgelöst vom europäischen Kontext zu trügerischen Ergebnissen führt, darauf hat schon vor fünfundsiebenzig Jahren R. Evans hingewiesen, und es ist wohl nicht unerheblich, daß zu dieser Erkenntnis gerade ein ausländischer Historiker gelangt ist<sup>15</sup>.

Der alte Glaube, der so wesenhaft mit der tschechischen nationalen Kultur und deren Selbstverständnis verbunden zu sein scheint, war untergegangen, und seinen Platz hatte der universalistische Katholizismus eingenommen. Die böhmischen

---

1987, 253–303. – Dies.: La reconquête catholique de l'espace bohémien. *Revue des études slaves* 40/3 (1988) 685–702.

<sup>15</sup> Evans, Robert: *Bílá Hora a kultura českých zemí* [Die Schlacht am Weißen Berg und die Kultur der böhmischen Länder]. *ČsČH* 17 (1969) 845–862.

Länder – vor allem Böhmen und Mähren, während in Schlesien der protestantische Einfluß im großen und ganzen ungebrochen blieb – reichten sich wieder in die Gemeinschaft der katholischen Länder Europas ein. Einerseits betrauerte man hier noch lange den Verlaust des „alten Glaubens“, andererseits eröffneten sich neue Perspektiven. Zwar hatte die Kirche im Tridentinum die Stellung des Menschen in der Welt und auch die Bedeutung des jenseitigen Lebens neu definiert, was gerade in Böhmen eine einschneidende Wende bedeutete. Zugleich jedoch brachte die Gegenreformation eine neue Prachtentfaltung mit sich und übte somit auch eine ungewohnte Anziehungskraft aus. Der Wirkung des barocken „Theaters“ mit seinem äußerlichen Prunk, hinter dem sich gleichwohl eine intensive Innerlichkeit verbarg, konnten sich auch – oder gerade – die Menschen, die in der Strenge und Nüchternheit der protestantischen Glaubensbekenntnisse erzogen worden waren, schwerlich entziehen. Auch wenn gerade der böhmische Utraquismus nicht zu den schroffsten Religionen zählte, hatte doch die „Reinigung“ des Veitsdomes unter der kurzen Herrschaft Friedrichs von der Pfalz in der nichtkatholischen Bevölkerung Prags einen Schock hinterlassen.

Der rasche Aufschwung des Barock in Böhmen ist unmittelbar mit der Rekatholisierung verknüpft. Stammen die erhaltenen Denkmäler überwiegend aus jüngerer Zeit, so unterrichten uns schriftliche und ikonographische Quellen von glanzvollen Darbietungen wahrhaft schon barocken Maßstabs bald nach der Niederlage der böhmischen Stände in der Schlacht am Weißen Berg. So wohnte schon 1622 eine große Zahl von Prager Bürgern den Feierlichkeiten bei, die die Jesuiten aus Anlaß der Heiligensprechung ihres Ordensgründers Ignatius von Loyola veranstalteten. Noch prunkvoller inszeniert war die Überführung der Gebeine des hl. Norbert, eines Prämonstratenserheiligen, der fortan einen Ehrenplatz unter den Landespatronen Böhmens einnehmen sollte, von Magdeburg nach Prag. Dieses Fest ergriff – durchaus in doppeltem Sinne – die ganze Stadt: Prachtige Triumphtore, Feuerwerk, Wasserspiele auf der Moldau, Musik und dramatische Aufführungen zu Ehren des Heiligen fesselten die Zuschauer, führten ihnen aber zugleich die eigene Unzulänglichkeit und die Vergänglichkeit ihres irdischen Daseins vor Augen<sup>16</sup>.

Es wäre verfehlt zu unterstellen, daß die Theatralik des Barock dem unmittelbaren Empfinden oder auch nur der Reflexion des Glaubens im Wege gestanden habe. Daß die Rationalisten der Aufklärung in ihrer durchaus verständlichen Aversion gegen die ihrer Zeit vorausgegangene, so gegensätzliche Epoche dies nicht wahrhaben wollten, darf den modernen Historiker nicht verleiten, ihre Sicht unkritisch zu übernehmen. Deshalb kann man auch nicht vorbehaltlos Josef Válka – der immerhin als einziger tschechoslowakischer Historiker in den siebziger Jahren versucht hat, ein ganzheitliches Bild der Barockzeit zu entwerfen – zustimmen, wenn er das Fazit zieht: „Wir können uns nicht des Eindrucks erwehren, daß nicht Frömmigkeit die grundlegende Eigenschaft des Barockmenschen war und sein sollte, sondern das Vortäuschen von Frömmigkeit, daß das Vortäuschen der Frömmigkeit nicht nur gleichsam schmückendes Beiwerk der barocken Religiosität war, sondern im Gegenteil ihr eigentliches

<sup>16</sup> Straka, Cyril: Přenesení ostatků sv. Norberta z Magdeburku na Strahov (1626–1628). K třistaletému jubileu 1927 [Die Überführung der Gebeine des hl. Norbert aus Magdeburg in das Kloster Strahov (1626–1628). Zum dreihundertjährigen Jubiläum 1927]. Praha 1927.

Wesen. Es ist dies eine Folge des jesuitischen Probabilismus und der Unterordnung der Religion unter die Herrschaftsinteressen.“<sup>17</sup>

Die Schmuckfreude war allerdings ein wesentliches Element in der barocken Frömmigkeit: in demselben Sinne, wie eine Metapher das Wesen des Seins faßbar macht. Die äußeren Ausdrucksformen der barocken Religiosität sollten die Verinnerlichung der Glaubensinhalte erleichtern. Die rationalistische Skepsis, die diese Vermittlungsstrategie der barocken Frömmigkeit als Entäußerung verurteilte, war jedoch nicht ohne Vorläufer. Waren auch Grundhaltung und Motive im Denken der Aufklärung andere als die des Protestantismus, so lassen sich im Konkreten doch Übereinstimmungen feststellen: oberflächlich schon in der Ablehnung des barocken Prunks, vor allem aber in der Verurteilung von Bräuchen und Institutionen wie Bilderverehrung, Wallfahrten und Prozessionen, des Marienkults, der frommen Bruderschaften oder des Rosenkranzgebets.

Was den Protestanten als Aberglaube erschien, war seit dem Tridentinum als katholische Glaubenslehre festgeschrieben, und es war letztlich der Weg, auf dem der katholische Glaube nach Böhmen und in andere Länder durchdringen konnte. Das Trienter Konzil hat – mag dieser Schluß auch, gemessen an streng theologischen Maßstäben, an Frevel grenzen – entgegen den asketischen Grundsätzen des Protestantismus ein bewunderungswürdiges Maß an Verständnis für menschliche Schwäche und Anfechtbarkeit bewiesen. Es hat die kleinmütigen Seiten der menschlichen Natur ernstgenommen und den Gläubigen, nicht zuletzt auch mit der Kodifizierung der bis dahin immer wieder diskutierten äußeren Aspekte der Frömmigkeit, eine helfende Hand gereicht, um ihnen die Konzentration auf Gott gleichsam mit irdischen Hilfsmitteln zu erleichtern.

Einen Nachhall der historischen Differenzen um die barocke Prachtentfaltung kann man auch in der modernen Fachliteratur noch ausmachen. Zu erwähnen ist zumindest der protestantische Historiker P. F. Barton, der ernsthaft daran zweifelt, daß die Epoche des barocken Katholizismus im Habsburgerreich eine Blütezeit religiösen Lebens gewesen sei, und der in diesem Zusammenhang auch die Vorrangstellung der Habsburgermonarchie im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts in Frage stellt<sup>18</sup>. Um seine Zweifel zu belegen, zitiert Barton in scharf ablehnender Weise Dokumente zur Religiosität: So hebt er hervor, daß etwa Zahlenangaben zu Konversionen, zur Beteiligung an Wallfahrten und Prozessionen oder zur Frequenz der Kommunion überzogen seien – obwohl sie keineswegs im Sinne moderner Statistiken zu verstehen sind, sondern vielmehr gleichsam magisch oder suggestiv die Verbreitung des rechten Glaubens fördern sollten. Barton betont – selbstverständlich unter Verweis auf Quellen –

<sup>17</sup> V á l k a, Josef: Manýrismus a baroko v české kultuře 17. a první poloviny 18. století [Manierismus und Barock in der böhmischen Kultur des 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts]. *Studia Comeniana et historica* 19/8 (1978) 155–213, hier 183.

<sup>18</sup> B a r t o n, Peter F.: Der österreichische Barockkatholizismus – Eine unerreichte Zeit kirchlichen Lebens? In: *Horizonte und Perspektiven. Festschrift zum 60. Geburtstag von Erich Thurnwald, Direktor des Instituts für Reformations- und Kirchengeschichte der böhmischen Länder. Heidelberg - Wien 1979, 81–102.* – D e r s.: Jesuiten, Jansenisten, Josephiner. Eine Fallstudie zur frühen Toleranzzeit: Der Fall Innocentius Fessler. In: *Studien und Texte zur Kirchengeschichte. 2. Reihe, Bd. 4, Teil 1. Wien - Köln - Graz 1978, bes. 58–85.*

daß die in der Barockzeit so populären Bruderschaften in der Aufklärung als „reaktionäre“ Einrichtungen radikal aufgelöst wurden oder daß die Verehrung des Skapuliers aus heidnischen Bräuchen hervorgegangen war.

Weitere Argumente Bartons sind, daß etwa zur Zeit der Belagerung Wiens durch die Türken 1683 die Schuld am Einfall der Ungläubigen den Jesuiten gegeben wurde. Zudem kam es in dieser Zeit allem Engagement der Geistlichkeit zum Trotz zu einer Lockerung der Sitten nach der Devise „carpe diem“. Zweifellos reagierte die Bevölkerung unterschiedlich: Während die einen, wie es Barton hervorhebt – und überbewertet – die Neigung an den Tag legten, vor dem vermeintlich kurz bevorstehenden Tod noch möglichst viele irdische Freuden zu erleben, strebten doch die meisten im festen Vertrauen darauf, daß Gottes Gnade den Untergang abwenden würde, in die Kirchen. Einer Antwort auf die Frage, ob diese Menschen ein tiefer Glaube in die Gottesdienste getrieben hat oder doch nur irdische Angst, die in abergläubischer Anbetung der Heiligenbilder ein Ventil fand, muß sich der Historiker enthalten, sofern er sich nicht in Spekulationen verstricken will. Überdies ist dabei zu bedenken, daß ostentative Inszenierung der Frömmigkeit ebenso wie ein markanter Niedergang der Sitten geradezu naturgesetzlich in Notzeiten auftreten und so auch für Kriegs- oder Pestzeiten vor wie nach der Epoche der Gegenreformation überliefert sind.

Zumindest in einem Punkt treffen Bartons Argumente zu, nämlich hinsichtlich der in den überlieferten Quellen angegebenen Zahlen. Es steht außer Zweifel, daß die Erfolge der Missionierung mit beträchtlicher Übertreibung dargestellt wurden. Zu erklären ist dieses Phänomen zum einen daraus, daß die Daten in vorstatistischer Zeit allgemein ungenau waren; zum anderen spielte dabei das Bestreben eine Rolle, den Einsatz für die Verbreitung des rechten Glaubens möglichst eindrucksvoll unter Beweis zu stellen. Vergleicht man etwa die für die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts überlieferten Zahlen der Konvertiten mit der Gesamtbevölkerung Böhmens, so gelangt man zu dem – sicher nicht allzu überraschenden – Schluß, daß viele Menschen mehrfach die Konfession gewechselt haben müssen. In zahlreichen Fällen trifft dies tatsächlich zu: Bekanntlich kehrten viele bald nach dem Weggang des Missionars zu ihrem alten Glauben zurück. Allerdings ist auch mit einem nicht unerheblichen Maß an Konkurrenz unter den Missionaren zu rechnen, die sie zu Übertreibungen veranlaßt haben mag – ein Gesichtspunkt, der als psychologischer Faktor nicht a priori negativ beurteilt werden sollte.

\* \* \*

Die Periode zwischen 1620 und 1680 wird in der geschichtswissenschaftlichen Literatur als die erste Phase der Rekatholisierung oder Gegenreformation<sup>19</sup> in Böhmen beschrieben, wobei häufig das Attribut „gewaltsam“ anzutreffen ist. Zu Ausbrüchen roher Gewalt kam es tatsächlich, vor allem während des Dreißigjährigen Krieges.

---

<sup>19</sup> Der Terminus „Rekatholisierung“ trägt eine positive Konnotation, im Sinne einer Erneuerung bzw. auch Reform des Katholizismus. Demgegenüber ist der Begriff „Gegenreformation“ negativ besetzt, insofern er die Unterdrückung der Reformation akzentuiert; in der tschechischsprachigen Literatur herrscht der letztere Begriff vor.

Leistete die Bevölkerung der Missionierung Widerstand, so konnte die weltliche Obrigkeit zu Waffengewalt greifen, und dies geschah auch nicht selten.

Gleichzeitig wurde in der Geistlichkeit eine lebhaft Polemik darüber geführt, wie man am wirksamsten gegen die Häretiker vorgehen sollte. Auf dieser theoretischen Ebene überwog die Ansicht, daß eine gemäßigte, auf Überzeugungskraft, Katechese und Erziehung beruhende Strategie die effektivste sei. Diese Haltung vertraten nicht nur die hochgebildeten Geistlichen aus dem Kreis des agilen, jungen Prager Erzbischofs Harrach, sondern auch die Jesuiten, die ein allgemein verbreitetes Vorurteil bis heute – und zu Unrecht – mit den drastischen Methoden der Rekatholisierung verbindet.

Eines der ausgewogenen Projekte zur Wiederherstellung des rechten Glaubens in den böhmischen Ländern stammte von dem Jesuiten Guillaume Lamormain, Beichtvater und Berater Kaiser Ferdinands II., der eindeutig das Schulwesen und die Missionierung in den Vordergrund stellte. Überraschen sollte dies freilich nicht, da schon Ignatius von Loyola, der Gründer der Societas Jesu, eben diese Anliegen als Hauptaufgaben des Ordens festgeschrieben hatte. Härte im Umgang mit den Häretikern forderte demgegenüber etwa Johannes Caramuel von Lobkowitz, Benediktiner von Montserrat und ein herausragender Mathematiker und Logiker. Seine Haltung wurzelte aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in einer niederen, verstockten Aversion gegen Andersgläubige; vielmehr berief er sich streng theoretisch auf kirchliche Autoritäten, die für ein energisches Vorgehen gegen die Ketzerei sprachen. Wiederum wird die Einschätzung aus heutiger Sicht, nämlich als krasse Intoleranz, der historischen Situation nicht gerecht.

Wie auch immer: Das Ansehen der katholischen Kirche wurde in den Jahren zwischen 1620 und 1680 mit nachhaltigem Erfolg wiederhergestellt. Allerdings bedeutete dies nicht, daß ihr auch der Grundbesitz aus vorhussitischer Zeit zurückerstattet worden wäre. Die kirchliche Infrastruktur wurde in dieser Zeit neu aufgebaut<sup>20</sup>, auch wenn die Pfarrversorgung noch immer unzureichend war; dank der zunehmenden Dichte des katholischen Schulwesens wuchs auch der Anteil gebildeter Menschen an der Bevölkerung. Die Angehörigen dieser neu entstehenden Elite waren nicht nur überzeugte Katholiken, sondern oft zugleich eifrige Patrioten – Verfechter eines Patriotismus, der sich, wie andernorts auch, vor allem in einer engen Bindung an das Land und die Sprache äußerte. Moderne Forschungen belegen ebenso eindeutig wie zeitgenössische Quellen, daß am Ende dieser Zeitspanne die Bevölkerung der böhmischen Länder mehrheitlich dem römisch-katholischen Glauben anhing. Stellvertretend soll hier das beredte Zeugnis Bohuslav Balbíns zitiert werden<sup>21</sup>:

<sup>20</sup> Čáňová, Eliška: Vývoj správy arcidiecéze v době násilné rekatolizace Čech (1620–1671) [Die Entwicklung der Verwaltung der Prager Erzdiözese in der Ära der gewaltsamen Rekatholisierung Böhmens (1620–1671). Sborník archivních prací 35/2 (1983) 486–560.

<sup>21</sup> Epigramm, zit. nach Satira na Bernarda Ignáce z Martinic, kterou jménem čtyř stavů království českého roku 1672 napsal Bohuslav Balbín [Satire auf Bernhard Ignaz von Martinitz, geschrieben 1672 im Namen der vier Stände des Königreiches Böhmen von Bohuslav Balbín]. Hrsg. v. Josef Hejnic. Praha 1988, 39.

„Rediit in Bohemiam Religio,  
Rediit Regi, naturali Domino, debitum obsequium,  
Rediit fides ...“

... auch wenn der Skeptiker einwenden mag, daß es angesichts der herrschenden Rechtsverhältnisse kaum anders sein konnte.

Bereits gegen Ende des 17. Jahrhunderts gab es in Böhmen wieder hinreichend viele gebildete Geistliche. Die alten Orden erlebten eine neue Hochblüte, aber auch jüngere Orden wie die Jesuiten, die Kapuziner und die Piaristen prosperierten. Lediglich der Piaristenorden hatte in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts noch mit Vorbehalten zu ringen, vor allem weil ihm überwiegend Ausländer – hauptsächlich Italiener – angehörten. Eine Blütezeit erlebte auch das erzbischöfliche Priesterseminar, und es existierte ein breites Spektrum katholischer Schulen, die ihre Schüler auf akademische Studien vorbereiteten, sei es an den philosophischen und theologischen Fakultäten der Universitäten in Prag und Olmütz, sei es an der juridischen oder der medizinischen Fakultät, die in dieser Zeit in Prag besser funktionierten als anderswo im Habsburgerreich<sup>22</sup>.

Soweit zur Situation in den letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts. Unmittelbar nach dem Einschnitt der Schlacht am Weißen Berg war die Lage naturgemäß weitaus schlechter gewesen. Eine katholische Elite gab es nicht, und Versuche, polnische Geistliche in die böhmischen Länder zu berufen, endeten in aller Regel in einem Fiasko. In den Wirren der Kriege verfiel nicht nur die Moral der Bevölkerung, sondern auch die der Geistlichkeit. Die böhmischen Länder bildeten dabei keine Ausnahme. Sogar in Regionen, wo der Katholizismus bereits vor dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges Fuß gefaßt hatte, mehrten sich nun Klagen über die lockeren Sitten, aber auch über das sinkende theoretische und intellektuelle Niveau der Geistlichkeit. Von unzureichendem Wissen und mangelnder Vertrauenswürdigkeit war ebenso die Rede wie davon, daß Geistliche in Konkubinat lebten. Das schlechte Vorbild verleitete auch die Gemeinden zu Laxheit und Trägheit gegenüber Gottesdiensten und Predigten, wie Visitationsprotokolle aus den Bistümern Bamberg und Würzburg eindrücklich bezeugen<sup>23</sup>.

Zeugnisse dieser Art fügen sich nahtlos ins Bild des allgemeinen geistigen und moralischen Verfalls ein, der als unvermeidliche Folge der Eskalation des Krieges zu erklären ist. Dies gilt auch, wenn man sich vor Augen führt, daß die Quellen zwangsläufig die negativen Erscheinungen jenseits jeglicher Relation darstellen, da es ja Sinn und Zweck der Visitationen war, Verfehlungen aufzudecken und für Besserung zu sorgen.

Wenig ermutigend dürften sich auf die Bevölkerung auch die Zwistigkeiten innerhalb der Partei, die Macht und Herrschaft ergriffen hatte, ausgewirkt haben. So war der Streit des Erzbischofs Harrach mit den Jesuiten um die Prager Universität von Krawallen und Prügeleien auf den Straßen begleitet. Der Metropolit drohte der

<sup>22</sup> Vgl. dazu Čornejová: Kapitoly 127–150.

<sup>23</sup> Denzler, Georg: Die religiöse Entwicklung Deutschlands im Dreißigjährigen Krieg, 104. Bericht des Historischen Vereins für die Pflege der Geschichte des ehemaligen Fürstentums Bamberg. Bamberg 1968, 383–405, hier 400.

Universität mit Bann, und umgekehrt schreckten die katholischen Studenten nicht einmal davor zurück, den Erzbischof zu bedrohen, wenn er in seiner Kutsche durch die Straßen Prags fuhr<sup>24</sup>. Vermutlich sind diese Auseinandersetzungen, die in Prag und am Wiener Hof, aber auch an der römischen Kurie für Aufregung sorgten, nicht allgemein bekannt geworden; zumindest in Prag selbst dürften sie freilich dem Ansehen der katholischen Kirche nicht förderlich gewesen sein.

Nach dem Westfälischen Frieden 1648 traten die offenen Auseinandersetzungen in den Hintergrund. Die auf den Schlachtfeldern des Dreißigjährigen Krieges eroberten Positionen konsolidierten sich für einige Zeit, und es blieb Raum für die Schaffung neuer Ordnungen, die sich in den einzelnen Ländern und Regionen nach den Erfordernissen der jeweiligen Konfessionen richteten. Erst das 18. Jahrhundert als Epoche der „Aufklärung“ brachte zunehmende Bestrebungen nach einer Dekonfessionalisierung des öffentlichen Lebens mit sich, die sich freilich erst später endgültig durchsetzten.

Ein vereinzelt Beispiel für besondere religiöse Toleranz im 17. und 18. Jahrhundert ist in Augsburg zu finden – der einzigen Großstadt Mitteleuropas, in der Katholiken und Protestanten weitgehend friedlich nicht nur nebeneinander lebten, sondern sogar kooperierten, so daß Augsburgs im 16. Jahrhundert begründeter Ruhm auch in der nachfolgenden Epoche ungeschmälert blieb<sup>25</sup>. Sichtbar ist dies bis heute an dem beispiellosen Komplex von Sakralbauten, der den Besucher auf den ersten Blick in seinen Bann schlägt: das lutheranische Gotteshaus in engster Nachbarschaft neben der alten katholischen Kirche St. Ulrich und Afra.

\* \* \*

In den böhmischen Ländern war eine vergleichbare Koexistenz nach 1627/1628 leider nicht möglich. Wie bereits angedeutet, muß allerdings bei der Bewertung der darauffolgenden Entwicklungen die Ausgangssituation in Erwägung gezogen werden. Zum einen kann die Tragweite der religiösen Umkehr nicht hoch genug eingeschätzt werden. Bekannten sich 1609 nur 15 % des Herrenstandes und vom niederen Adel gar nur 10 % zum Katholizismus, so war dieser Anteil in der übrigen Bevölkerung noch geringer gewesen<sup>26</sup>. Annähernd 90 % der katholischen Adligen hatten ihre Stammsitze im westlichen und südwestlichen Böhmen, woraus unzweifelhaft ein Einfluß aus dem benachbarten katholischen Bayern zu ersehen ist. Nach dem Niedergang der böhmischen Stände am Weißen Berg ist die Anhängerschaft der nichtkatholischen Konfessionen bis auf eine Handvoll vereinzelter Sektierer, die keinerlei Anteil an den gesellschaftlichen Entwicklungen mehr nehmen konnten, innerhalb kurzer Zeit verschwunden, freilich unter konzentriertem Druck.

<sup>24</sup> Dazu Čornejová, Ivana: Cesta ke vzniku Karlo-Ferdinandovy univerzity. Spory o pražské vysoké učení v letech 1622–1654 [Der Weg zur Entstehung der Karl-Ferdinand-Universität. Die Konflikte um die Prager Universität in den Jahren 1622–1654]. Acta Universitatis Pragensis – Historia Universitatis Pragensis (1984) 7–40.

<sup>25</sup> Vgl. François, Etienne: Die unsichtbare Grenze. Protestanten und Katholiken in Augsburg 1648–1806. Augsburg 1991.

<sup>26</sup> Daten nach Dvorský, Jiří: Příspěvky k dějinám církevním v Čechách [Beiträge zur Kirchengeschichte Böhmens]. Sborník historický 2 (1984). Für den Hinweis danke ich meinem Mann.

Auf dieser Tatsache beruht andererseits ein weitverbreitetes Fehlurteil über die nachfolgenden historischen Entwicklungen, zumal in Darstellungen der Ära nach der Schlacht am Weißen Berg häufig der historische Kontext außer acht gelassen und die Argumentation zudem auf der – in der tschechischen Geschichtswissenschaft nach wie vor beliebten – moralischen Ebene geführt wurde. Reduziert man solche Darlegungen auf ihre Grundzüge und spitzt ihre Aussage zu, so stößt man auf folgendes Argumentationsmuster: Die Abwendung vom „alten“, das heißt „tschechischen“, Glauben habe zur Annäherung an das „Deutschtum“ geführt, Rekatholisierung und Germanisierung seien also nicht voneinander zu trennen.

Dieser Schluß ist schlicht falsch, die Rekatholisierung hat mit der Germanisierung nichts gemein. Es sollte hinreichend bekannt sein, daß die Germanisierungstendenzen erst in der Ära der thesesianischen und josephinischen Reformen aufgekommen sind, und zwar nicht aufgrund nationaler Animositäten in modernem Sinne, sondern als Instrument zur rationalen und zweckmäßigen Organisation des zentralisierten Staates.

Im 17. Jahrhundert war die Situation noch anders. Dennoch wird in den älteren Schulbüchern, bis heute aber im allgemeinen Geschichtsbewußtsein, nur zu leicht unterdrückt, daß das Deutsche keineswegs die Sprache des Wiener Hofes war, daß die Staatsverwaltung auf allen Ebenen zweisprachig war und Akteneinträge stets in der Sprache abgefaßt wurden, der die Ansuchenden jeweils mächtig waren – eine Praxis, die sich leicht illustrieren ließe. Verlage und Druckereien produzierten Bücher gleich hohen Anspruchs in tschechischer wie in deutscher Sprache.

Der „alte“ Glaube wird also aus heutiger Sicht vielfach mit der Sprache identifiziert und anachronistisch mit dem späteren nationalen Konflikt assoziiert. Dabei genügt ein Blick auf die Nachbarländer, um festzustellen, daß der Bevölkerung auch dort ein neues Glaubensbekenntnis oktroyiert wurde – mit dem einzigen Unterschied, daß diese Gewalt dort „Deutsche Deutschen“ antaten.

Ebenso topisch wird in Darstellungen der Barockzeit in Böhmen der Niedergang der Bildung beklagt. Dabei ist die Zahl der Schulen während dieser Zeit in ganz Europa eher gestiegen. Dies gilt für Bildungsanstalten aller Stufen, insbesondere aber für die Universitäten: Die Epoche der Konfessionalisierung war zugleich die Ära der sogenannten Landesuniversitäten, die nun in fast allen Ländern nicht zuletzt aus Prestigegründen eingerichtet wurden. Der Universalismus des Mittelalters wurde im Schulwesen vom Partikularismus abgelöst, Bildung wurde zumindest unter dem geographischen Gesichtspunkt leichter zugänglich. Folgerichtig rekrutierten sich sowohl die Professoren als auch die Studenten nun überwiegend aus der näheren Umgebung. Bedeutete dies das Ende der mittelalterlichen Peregrination und damit auch eine Beschränkung des Wirkungsradius einzelner Gelehrter, so trugen die Landesuniversitäten auf der anderen Seite zur Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus bei<sup>27</sup>.

\* \* \*

<sup>27</sup> Die beste Darstellung ist immer noch Paulsen, Friedrich: *Deutsche Universitäten und Universitätsstudium*. Berlin 1902, 43.

In dieser Aufzählung der gemeinsamen Züge des Rekatholisierungsprozesses in den böhmischen Ländern und den benachbarten Regionen steht nur mehr ein Thema aus – ein überaus unpopuläres Phänomen, das häufig geradezu zum Symbol der religiösen Intoleranz der gegenreformatorischen Epoche hochgesteigert wird, das religiös eingestellten Historikern bis heute unangenehm ist und das jene Historiker, die die Zeit der religiösen Konflikte als finstere Epoche der Menschheitsgeschichte beurteilen, im Gegenteil mit Vorliebe hervorheben: die Hexenverfolgung. Sie ist jedoch in Wahrheit nicht unmittelbar aus der Reformation oder der Gegenreformation hervorgegangen. Ihre Anfänge liegen weiter zurück, und ihre Wurzeln sind letztlich im Glauben an das Reich Gottes und das Reich Satans zu suchen. Freilich ist nicht zu leugnen, daß die Verfolgung der Ketzer seit der Mitte des 16. Jahrhunderts sprunghaft zugenommen hat.

Auf dem Scheiterhaufen kam Jan Hus, der geistige Vater der böhmischen Reformation, um, mit Feuer wurden in Böhmen und Mähren in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts seine Anhänger von den Feinden der „Lex Christi“ verfolgt, Scheiterhaufen brannten in Calvins Genf, aber auch im Bistum des bemerkenswerten Förderers der Wissenschaften und Künste, des Würzburger Bischofs Julius Echter, wo Hexen und Hexenmeister zu Hunderten verbrannt wurden<sup>28</sup>.

Ließen sich zahlreiche Übereinstimmungen zwischen der Entwicklung in Böhmen und anderswo in Europa feststellen, so stoßen wir bei diesem Thema, und zwar speziell in der Periode der Rekatholisierung, auf einen auffälligen Unterschied. Mit Ausnahme des großen Prozesses im schlesischen Groß-Ullersdorf (Velké Losiny) am Altvater (Jeseník) kam es in Böhmen zu vergleichbaren Exzessen nicht. Eine Erklärung dafür ist schwer zu finden. Möglicherweise spielte die Verzögerung des Rekatholisierungsprozesses in den böhmischen Ländern gegenüber den deutschen Regionen des Reiches eine Rolle: In der Zwischenzeit hatte sich unter dem Einfluß Friedrichs von Spee auch im katholischen Klerus der Widerstand gegen die Hexenverbrennungen gefestigt.

\* \* \*

Abschließend möchte ich noch einen Exkurs in die jüngere Geschichte unternehmen. Konnte für die Barockzeit eine weitgehende Parallelität der religiösen Entwicklung in den böhmischen Ländern und in den Nachbargebieten festgestellt werden, so stellt sich nun die – möglicherweise provokante – Frage, inwieweit sich diese Übereinstimmung auch später fortgesetzt hat. Sind Bayern oder Österreich, die ebenfalls eine schwierige und schmerzhaft Phase der Rekatholisierung erlebt haben, bis heute überwiegend katholisch geblieben, so trifft dies auf die böhmischen Länder und insbesondere auf Böhmen selbst nicht zu. Schuld daran trägt nicht die Unterdrückung der Religion durch das kommunistische Regime; es hat die kirchlichen Institutionen zugrunde gerichtet, das religiöse Bewußtsein war aber schon viel früher erschüttert worden.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist bis heute römisch-katholisch, wobei jedoch viele Menschen der Kirche nur mehr formal angehören. Das Toleranzpatent Kaiser

<sup>28</sup> Vgl. dazu Hehl, Ulrich von: Hexenprozesse und Geschichtswissenschaft. Historisches Jahrbuch 107 (1987) 349–375.

Josephs II. von 1781 hatte die Stellung des Katholizismus kaum geschwächt, die nicht-katholischen Konfessionen verzeichneten danach keinen massenhaften Zulauf. Dies scheint darauf hinzudeuten, daß der katholische Glaube in Böhmen zwischenzeitlich tatsächlich tief verwurzelt war. Worauf sind dann aber der religiöse Nihilismus und die laue, eher formalistische Haltung gegenüber Glaubensfragen, die hier seit dem 19. Jahrhundert vorherrschen, zurückzuführen?

Als Ursache wird üblicherweise der Schock angeführt, den der erzwungene Wechsel der Religion im 17. Jahrhundert bedeutet habe. Gezeichnet wird das Bild eines Traumas, von dem sich die Bevölkerung Böhmens und namentlich das tschechische Volk nie mehr erholt hätten und dessen Folge es gewesen sein soll, daß sich die Tschechen nie wieder aus den Fesseln eines aufgezwungenen, nicht wirklich akzeptierten Glaubens und später folgerichtig auch einer nur nach außen hin proklamierten Ideologie befreien konnten. Demgegenüber konnte hier mit hinreichender Deutlichkeit gezeigt werden, daß dieses Bild nicht zutrifft, weil der katholische Glaube in Böhmen nach der Schlacht am Weißen Berg zwar oktroyiert worden war, dann aber Wurzeln geschlagen hat.

Wo also sind die Motive für die spätere Abwendung vom Glauben zu suchen? Eindeutig im 19. Jahrhundert, das unsere Gesinnung und Orientierung bis in die heutige Zeit hinein prägt. In vielen Bereichen kann man beobachten, daß die Suche nach alten Traditionen häufig einem Bedürfnis entspringt, nicht aber mit den tatsächlichen Gegebenheiten korrespondiert, und daß die Voraussetzungen eines bestimmten Zustandes nicht weiter zurückliegen als im unmittelbar vorausgehenden Jahrhundert.

Aus dieser Perspektive läßt sich nun auch die soeben gestellte suggestive Frage beantworten. Die nationale Bewegung artikulierte und verdichtete sich in Böhmen in einer antiösterreichischen und antihabsburgischen Haltung, so daß später die Devise „Los von Rom“ mit dem Wunsch „Los von Wien“ verschmelzen konnte. In den österreichischen Kerngebieten, unter der deutschsprechenden Bevölkerung, konnten ähnliche Tendenzen nicht entstehen, stand doch das Streben nach nationaler Identität nicht in krassem Gegensatz zu den Zielen des Herrschers und der Regierung.

Negative Auswirkungen auf die Stellung der katholischen Kirche in Böhmen hatten begreiflicherweise bereits die radikalen Reformen Josephs II. In Bayern kam es zu einem vergleichbaren Phänomen, der Säkularisierung, erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts in der Folge der Französischen Revolution<sup>29</sup>. Extreme, wie sie sowohl in Österreich als auch in Bayern vorkamen, wurden im weiteren Verlauf der Reformen ausgeglichen, so daß sich bald ein Gleichgewicht einstellen konnte. Gerade in Bayern erlebte der Katholizismus aber einen neuen Aufstieg, als das Königreich mit den Bestrebungen nach einer Vereinigung des deutschen Reiches konfrontiert wurde, die vom protestantischen Preußen ausgingen. Die Religion spielte also auch im 19. Jahrhundert, das allgemein als eine areligiöse Epoche gilt, eine bedeutende Rolle. So wie die tschechische nationale Bewegung in ihrem Streben nach Souveränität oder zumindest Autonomie die Traditionen der böhmischen Reformation in den Vordergrund

---

<sup>29</sup> Vgl. Glanz und Ende der alten Klöster. Säkularisation im bayerischen Oberland 1803. Hrsg. v. J. Kirmeyer und M. Tremel. München 1991.

rückte, und dies der Tatsache zum Trotz, daß der Katholizismus zumindest formal seine dominante Stellung keineswegs eingebüßt hatte, so gingen auch die Bemühungen Bayerns um die Erhaltung der Eigenständigkeit gegen das lutheranische Preußen mit einem Aufschwung des katholischen Glaubensbekenntnisses Hand in Hand.

Übersetzt von Michaela M a r e k

PROBLEME DES NEUANFANGS:  
BEMERKUNGEN ZU KONZEPTIONEN UND METHODEN  
DER TSCHECHISCHEN ZEITGESCHICHTLICHEN  
FORSCHUNG NACH 1989

*Von Peter Heumos*

Mit dem Nachdenken über ihre Entwicklung unter kommunistischer Herrschaft hat sich die tschechische Geschichtswissenschaft nach 1989 noch nicht allzuweit vorgewagt, und ich meine hier zunächst das Nachdenken über die methodischen und methodologischen Grundlagen der eigenen Disziplin. Es scheint, als begnüge sich die Geschichtsschreibung mit der Gewißheit, die gleichsam stehengelassene historiographische Ideologie werde von selbst rasch außer Gebrauch kommen; es lohne die Mühe nicht, darüber noch einmal grundsätzliche Diskussionen zu führen. Das Verschwinden des marxistisch-leninistischen Kanons ist eine Sache, eine andere jedoch die Tatsache, daß dieser Kanon eine Fülle von Denkmustern und -schemata, von eingeschliffenen Sehweisen und unbefragten methodischen und methodologischen Annahmen transportiert hat, die sich auch nach 1989 in der Forschung ungerührt perpetuieren – und sie bedürfen allemal einer kritischen Analyse. Anlaß zu dieser besteht aus anderen Gründen: Die Reaktionen der tschechischen Geschichtswissenschaft auf den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes – ob expliziter oder impliziter Natur – ähneln auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene in mehr als einer Hinsicht jener ersten Revision der marxistischen Historiographie in der Tschechoslowakei der sechziger Jahre, die einen Teil der damaligen kulturellen und politischen Reformbewegung bildete. Damals wie heute schlug die Abkehr vom begrifflichen Instrumentarium des Histomat in Gegenpositionen um, die – in verständlichem Drang nach strikter Abgrenzung – nicht immer der Gefahr entgangen sind, ihrerseits auf problematisches methodologisches Terrain zu geraten<sup>1</sup>.

Es braucht nicht ausführlich erläutert zu werden, daß die zeitgeschichtliche Forschung unter dem kommunistischen Regime am stärksten von ideologisch-politischen Repressionen betroffen wurde: Hier waren „häretische“ Problematisierungen am nachhaltigsten dem Druck der Koppelung von Macht- und Wissenstrukturen ausgesetzt, hier haben die politisch Herrschenden nach der Krise des Jahres 1968 die weitreichendsten personellen Konsequenzen gezogen, hier wurde die Begriffssprache

---

<sup>1</sup> Heumos, Peter: Quellenedition und „Prager Frühling“. Anmerkungen und Dokumentation zu einer Kontroverse über die Geschichte der Tschechoslowakischen National-Sozialistischen Partei 1945–1948. JbGO (1977) 397–421. – Ders.: Geschichtswissenschaft und Politik in der Tschechoslowakei. Entwicklungstrends der zeitgeschichtlichen Forschung nach 1945. JbGO 26 (1978) 541–576.

des Marxismus am deutlichsten auf das Niveau kruder Einheits-, Übereinstimmungs- und Entsprechungsformeln heruntergewirtschaftet, und hier besaß eigenständiges wissenschaftliches Denken die geringsten Erfolgchancen. Im Bereich der zeitgeschichtlichen Forschung bestand somit nach dem Ende des kommunistischen Systems ohne Zweifel der größte wissenschaftliche Nachholbedarf und die dringendste Notwendigkeit einer qualitativen Um- und Neuorientierung. Dieser Aufgabe eines neuen Anfangs versucht das 1990 in Prag gegründete Institut für Zeitgeschichte (Ústav pro soudobé dějiny) in vielfältiger Hinsicht gerecht zu werden. Das Institut hat in der relativ kurzen Zeit seines Bestehens bereits eine Reihe von bemerkenswerten Publikationen vorgelegt, die nicht nur bislang kaum bekannte Kapitel der Zeitgeschichte der Tschechoslowakei erschließen<sup>2</sup>, sondern auch die Absicht erkennen lassen, kritische Analysen nicht ausschließlich auf die kommunistische Herrschaftsperiode zu beschränken<sup>3</sup>. Die folgenden Bemerkungen beziehen sich lediglich auf einen Teil der bisher vorliegenden Veröffentlichungen, und zwar auf die ersten acht Bände der Hefte des Instituts für Zeitgeschichte (Sešity Ústavu pro soudobé dějiny). Um bestimmte Argumente zu stützen, werden auch einige außerhalb des Instituts entstandene Publikationen herangezogen. Insgesamt wird damit nur ein sehr kleiner Ausschnitt der zeitgeschichtlichen Forschung in der Tschechischen Republik erfaßt. Ob die daran beobachteten Tendenzen repräsentativ für die zeitgeschichtliche Literatur überhaupt sind, bleibt also dahingestellt.

Die Probleme des historiographischen Neuanfangs beginnen, wie schon angedeutet, mit der offenkundigen Zählbarkeit der in Jahrzehnten abgelagerten Interpretationsmuster und terminologischen Systeme, und dies auch dort, wo ein Bewußtsein von der Unzulänglichkeit der Forschung vor 1989 besteht. Dafür ist der Überblick über die verfassungsrechtliche Entwicklung in den böhmischen Ländern in den Jahren 1938–1948 von Karolina Adamová ein gutes Beispiel<sup>4</sup>. Die Verfasserin ist sich einerseits darüber im klaren, daß die bislang übliche positivistische Aufzählung der einzelnen Gesetzgebungsakte in der Zweiten Republik, im tschechoslowakischen politischen Exil unter Beneš und in der Nachkriegsrepublik wenig hergibt und statt dessen eine gründliche Analyse der diesen Akten zugrunde liegenden Normen und Wertorientierungen erforderlich wäre, um die Art der Veränderung des gesamten Rechtssystems besser erfassen zu können. Andererseits wird mit dieser Einsicht vielfach der überlieferte Begriffsapparat mitgeschleppt, der nun wirklich nicht geeignet ist, neue Erkenntnisse zu vermitteln. Dazu gehört nicht nur die Charakterisierung der

<sup>2</sup> Kaplan, Karel (Hrsg.): Československo a Izrael 1945–1956. Soubor dokumentů [Die Tschechoslowakei und Israel 1945–1956. Eine Quellensammlung]. Praha 1993.

<sup>3</sup> Krejčová, Helena: Český a slovenský antisemitismus 1945–1948 [Der tschechische und slowakische Antisemitismus 1945–1948]. In: Stránkami soudobých dějin. Sborník statí k pětadesátinám historika Karla Kaplana [Blättern durch die Zeitgeschichte. Ein Sammelband zum 65. Geburtstag des Historikers Karel Kaplan]. Praha 1993, 158–172.

<sup>4</sup> Adamová, Karolina: Stručné dějiny práva v ČSR v období 1938 – počátek roku 1948 se zřetelom k vývoji v českých zemích [Kurze Geschichte des Rechts in der ČSR von 1938 bis zum Beginn des Jahres 1948 unter Berücksichtigung der Entwicklung in den böhmischen Ländern]. In: Sešity Ústavu pro soudobé dějiny (fortan zitiert als: SÚSD). Bd. 5. Praha 1993, 7–40.

politischen Rahmenbedingungen der frühen Nachkriegszeit (1945–1948) durch die KPTsch-Formel vom „Hinüberwachsen des Kampfes gegen den Faschismus in die nationale und demokratische Revolution“, sondern auch die Versuche, die politische Situation vor dem Februarumsturz 1948 auf ein simples Links-Rechts-Schema zurechtzustutzen. Es ist zu befürchten, daß durch solche Interpretationen und Vereinfachungen der Weg zu einer differenzierteren Betrachtung auch der verfassungs- und allgemeinrechtlichen Entwicklung im fraglichen Zeitraum verbaut wird. Die beibehaltene Perspektive einer „revolutionären“ Rechtsentwicklung nach 1945 ist blind dafür, daß Rechtsempfinden und Rechtsverständnis in den böhmischen Ländern und in der Slowakei unter nationalsozialistischer Okkupation bzw. unter dem Tiso-Regime erheblich gelitten haben. Katarína Zavacká weist in ihrer Studie über die verfassungsrechtliche Entwicklung in der Slowakei zwischen 1938 und 1948 auf die „Mediatisierung“ des Privateigentums durch die ständestaatlich-nationalsozialistische Ideologie des slowakischen Staates hin, die in der slowakischen Verfassung vom Juli 1939 festgeschrieben wurde<sup>5</sup>. Die Arisierung schlug tiefe Breschen in das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung in den böhmischen Ländern und der Slowakei, wie die Auseinandersetzungen um die Rückgabe jüdischen Eigentums nach 1945 zeigen<sup>6</sup>. Nicht zuletzt geht auch aus den von Karel Kaplan edierten Dokumenten zur Diskussion über die Verfassung in den Jahren 1946–1948<sup>7</sup> unzweideutig hervor, daß für die Geschichte des Verfassungsrechts wie der Rechtsordnung überhaupt die Zäsur des Jahres 1945 nicht greift, daß zudem auch die geläufige Vorstellung nur bedingt zutrifft, im Konflikt um die Verfassung habe sich nach 1945 eine Front zwischen den Protagonisten der Ersten Tschechoslowakischen Republik und dem Linksblock aus Kommunisten und Sozialdemokraten herausgebildet. Zwar belegen die von Kaplan herausgegebenen Quellen zur Verfassungsfrage, daß die katholische Volkspartei und die Partei der nationalen Sozialisten gegen die KPTsch und teils auch die Sozialdemokratie für die Anknüpfung an die Verfassung von 1920 und damit an eine bestimmte politische Tradition plädiert haben. Andererseits haben *alle* politischen Parteien in der Verfassungsdiskussion in schöner Einträchtigkeit einen ersten Nagel in den Sarg der allgemeinen Bürgerrechte getrieben, indem sie das Streikrecht und damit ein elementares soziales Widerstandsrecht beseitigten<sup>8</sup>. Welche Argumente hierbei auch immer eine Rolle gespielt haben mögen: Es ist grotesk genug, daß in dieser Weise die totale politische und soziale Entrechtung der Arbeiterschaft unter der NS-Herrschaft nach-

<sup>5</sup> Zavacká, Katarína: Ústavný vývoj na Slovensku v období od 6. 10. 1938 od apríla 1945 [Die verfassungsrechtliche Entwicklung in der Slowakei vom 6. 10. 1938 bis zum April 1945]. In: SÚSD 5, 41–67.

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Bericht des Keren Hayesod-Funktionärs Leo Herrmann über seinen Aufenthalt in Prag vom 12. 10. 1945, abgedruckt bei Heumos, Peter: Rückkehr ins Nichts. Leo Herrmanns Tagebuchaufzeichnungen über seine Reise nach Prag und die Lage der Juden in der Tschechoslowakei im Herbst 1945. BohZ 27 (1986) 269–304.

<sup>7</sup> Kaplan, Karel (Hrsg.): Příprava Ústavy ČSR v letech 1946–1948. Diskuse v Národní frontě a názory expertů [Die Vorbereitung der Verfassung der ČSR in den Jahren 1946–1948. Die Diskussionen in der Nationalen Front und die Auffassungen der Experten]. Praha 1993 (SÚSD 7).

<sup>8</sup> Ebenda 67–68.

träglich noch einmal parlamentarisch-demokratisch bestätigt wurde, ohne daß die daran beteiligten Anwälte der demokratischen Traditionen der Ersten Tschechoslowakischen Republik hierüber auch nur ein Wort verloren. Die Sachkenner werden an dieser Stelle einwenden, daß es nach 1945 für die demokratischen Kräfte darum ging, der Arbeiterschaft als dem wichtigsten sozialen und politischen Reservoir der KPTsch möglichst alle Waffen, also auch das Mittel des Streiks, aus der Hand zu schlagen. Recht haben sie: In der Absicht, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, empfahl die katholische Volkspartei schon im April 1946, in der Tschechoslowakei das sowjetische Betriebsmodell einzuführen, das die sicherste Garantie gegen die Aufmüpfigkeit der Arbeiter und die drohende revolutionäre Umwälzung zu bieten schien<sup>9</sup>. Angesichts solcher Strategien sollte dann freilich darauf verzichtet werden, die politischen Konflikte zwischen 1945 und 1948 unter dem Obertitel einer Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Kommunismus verstehen zu wollen<sup>10</sup>. Was die nichtkommunistischen Kräfte praktizierten, war vielmehr – wie Kaplans Quellensammlung zur Verfassungsfrage an vielen Beispielen zeigt – die Flucht nach vorn unter fortschreitendem Verzicht auf tradierte politische Werte, die dem Kalkül einer Konfliktvermeidungspolitik gegenüber der KPTsch geopfert wurden<sup>11</sup>.

Wie weit insbesondere auch die Anpassungsbereitschaft der führenden Vertreter des nichtkommunistischen politischen Spektrums schon 1945 ging, bestätigt Kaplan noch einmal mit der Edition bisher größtenteils unveröffentlichter Dokumente zur Bildung der ersten tschechoslowakischen Nachkriegsregierung; diese Dokumente betreffen vor allem die Verhandlungen zwischen dem Londoner Exil unter Beneš und dem von Gottwald geführten kommunistischen Exil in Moskau von Januar bis März 1945, die Frage des Verhältnisses beider Seiten zum Tschechischen Nationalrat in Prag und die Problematik der (ehemaligen) militärischen Führungsgarnitur in London, der die KPTsch mit den größten Vorbehalten gegenüberstand<sup>12</sup>. In unserem Zusammenhang interessieren aus dieser Edition vor allem die Aufzeichnungen Jan Masaryks über ein Gespräch, das er am 21. März 1945 in Moskau mit dem KPTsch-Chef Gottwald führte. Dieses Gespräch, das Masaryk gesucht hatte, um Bedenken der KPTsch-Führung gegen seine Berufung zum Außenminister der ersten tschechoslowakischen Nachkriegsregierung auszuräumen, kann mit Fug und Recht als ein einziger Kotau Masaryks vor Gottwald bezeichnet werden. Nicht nur, daß Masaryk auf die massive Kritik Gottwalds an der Außenpolitik der Londoner Exilregierung mit unterwürfigen Bitten um Verständnis für die schwierige Situation in London antwortete und dabei

<sup>9</sup> Lidová demokracie vom 12. 4. 1946.

<sup>10</sup> Adamová: Stručné dějiny, 26.

<sup>11</sup> In vieler Hinsicht waren die nichtkommunistischen politischen Parteien gar nicht genötigt, zu dieser Strategie Zuflucht zu nehmen. Wie sehr sich alle Demokraten mit den Kommunisten beispielsweise in der Beurteilung der slowakischen Frage zwischen 1945 und 1948 eins waren, zeigen die von Karel Kaplan edierten Texte und Diskussionen zu den sogenannten Prager Vereinbarungen. Vgl. Kaplan, Karel (Hrsg.): Pražské dohody 1945–1947. Sborník dokumentů [Die Prager Vereinbarungen 1945–1947. Eine Dokumentensammlung]. Praha 1992 (SÚSD 4).

<sup>12</sup> Kaplan, Karel: První poválečná vláda. Komentované dokumenty [Die erste Nachkriegsregierung. Kommentierte Dokumente]. In: SÚSD 5, 69–155.

eifrig um Gottwalds Gunst buhlte, indem er in pathetischen Formulierungen das tschechoslowakisch-sowjetische Abkommen vom Dezember 1943 als Beginn einer „neuen Periode unserer Geschichte“ pries. Als Gottwald in scharfer Form die Londoner Generäle (vor allem Ingr) abkanzelte, beeilte sich Masaryk zwar, ihm beizupflichten, indem er die Londoner Militärs als „politische Analphabeten“ anschwärzte, bat aber gleichzeitig in geradezu demütigen Wendungen darum, an die Londoner Exilregierung keine allzustrengen Maßstäbe anzulegen: Diese sei gewiß nicht gerade brilliant gewesen, doch er, Masaryk, appelliere an Gottwald, sie ohne „große Anschuldigungen“ davonkommen zu lassen. Während der KPTsch-Chef vor Masaryk über den Historischen Materialismus schulmeisterte, die parlamentarische Demokratie zum Teufel wünschte und Masaryk seine „reaktionären Neigungen“ vorhielt, übte sich dieser in pflichtschuldigen Versicherungen: Er habe sich nie verächtlich über Moskau geäußert, er sei auch kein Repräsentant einer bestimmten Klasse, müsse auch den Verdacht „reaktionärer Neigungen“ zurückweisen. Was die parlamentarische Demokratie betreffe, so sei es schändlich gewesen, was die Živnbanka in der Ersten Republik gemacht habe. Gottwald habe vielleicht durch das Gespräch eine „bessere Meinung“ über ihn gewonnen, vermerkt Masaryk in der Niederschrift der Unterredung nicht ohne Befriedigung<sup>13</sup>.

Es geht hier nicht um die weithin übliche Personalisierung der tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte mit ihrer unergiebigem Verteilung guter oder schlechter Zensuren an diesen oder jenen Politiker, auf die unten noch einzugehen sein wird. Masaryks Verhaltensweise – gerade weil sie einen breiten Trend der Zeit widerspiegelt<sup>14</sup> – führt noch einmal auf die oben schon angeschnittene Frage nach den Bestimmungsmerkmalen dessen, was in den hier erwähnten Publikationen für die Jahre 1945–1948 als „Demokratie“ gehandelt wird. Inhaltsleer wird dieser Begriff jedenfalls dort, wo die institutionellen Arrangements ins Spiel kommen, also vor allem das Parlament. Dies wird – um noch einmal zu Kaplans Edition der Verfassungsdiskussion zurückzukehren – im Vorwort zu der Edition überhaupt nicht deutlich: Während Kaplans Hinweise auf die Kontroversen zwischen den politischen Parteien auf dem Boden des Verfassungsausschusses und die unbestritten enorme Bedeutung der Verfassungsfrage den Eindruck hervorrufen, als sei über die weiteren Geschehnisse des Landes nach parlamentarischem Prozedere entschieden worden, hing die ganze Verfassungsdiskussion de facto in der Luft, weil die Nationalversammlung von Anfang an eben nicht den entscheidenden und authentischen Ort der gesamtpolitischen Willensbildung darstellte. Nachdem die Nationalversammlung ihr Gewicht längst dadurch verloren hatte, daß sie die großen gesellschaftlichen und politischen Umbrüche des Jahres 1945 nur noch nachträglich sanktionieren konnte, sank sie in der Folgezeit zu einem Hintersassen der Nationalen Front herab, und es ist kein Zufall, daß sie schließlich in der Februarkrise 1948 überhaupt keine Rolle spielte, ja in den Überlegungen der nichtkommunistischen politischen Parteien auch nicht ernsthaft als

<sup>13</sup> Ebenda 109–113.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Heumos, Peter: Neue Dokumente aus tschechischen Archiven. Rudolf Bechyňes Memorandum an Stalin vom 9. Januar 1945. BohZ (1993) 133–145.

Austragungsort des Konflikts mit der KPTsch in Betracht gezogen wurde<sup>15</sup>. Gewiß erwähnt Kaplan, daß das Recht zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs erst aufgrund einer sozialdemokratischen „Empfehlung“ einem parlamentarischen Ausschuß übertragen wurde, aber das kann man auch deutlicher sagen: Als die Verfassungsgebende Nationalversammlung im Juli 1946 zusammentrat, um das zu tun, wozu sie ihr Name beauftragte, Ministerpräsident Gottwald dann aber in seiner Regierungserklärung kurz und bündig feststellte, die Regierung werde die Verfassung ausarbeiten, nahmen dies *alle* Abgeordneten widerspruchslos hin: so gering war das Selbstbewußtsein des Parlaments, so sehr duckte es sich vor einer Regierung, in der die KPTsch das Übergewicht besaß. Erst eine Woche später muckte ein Sozialdemokrat auf<sup>16</sup>.

Der Punkt, der hier gestreift wurde, mag ephemer erscheinen, aber er ist es nicht. Mit der historiographischen Aufarbeitung der über vier Jahrzehnte dauernden kommunistischen Herrschaft stellt sich zwangsläufig die Frage, auf welches politische Wertesystem sich die Kritik am kommunistischen Regime historisch beziehen soll. Sinnvollerweise kann dieses Wertesystem nur der Ersten Tschechoslowakischen Republik entnommen werden, und da liegt die Crux. Da sich inzwischen eine ganze Reihe tschechischer Historiker die Zeit als historiographische Schönredner der Ersten Tschechoslowakischen Republik vertreibt<sup>17</sup> und das Podest unversehens immer höher wird, auf dem die Zwischenkriegsrepublik thront (eingehender dazu unten), geraten diejenigen zunehmend in Schwierigkeiten, die sich mit der Übergangsperiode zum kommunistischen Herrschaftssystem beschäftigen, eben den Jahren 1945–1948. Ihnen wird nämlich die Last aufgebürdet, eine Antwort auf die Frage zu finden, warum denn eine Gesellschaft die sich – so der Tenor – im europäischen Maßstab demokratische Bestnoten verdiente, nach 1945 in ihrer Mehrheit mit fliegenden Fahnen zum Kommunismus übergang. Daß der neue Zeitgeist Tribut verlangt, läßt sich nun an den apologetischen Antworten auf diese Frage gut zeigen, wobei grob zwei Gruppen von „Erklärungsmustern“ unterschieden werden können. Eine Reihe von Untersuchungen krankt in bezug auf die Darstellung demokratischer Strukturen an normativistischer Überhöhung. Begriffe wie „Parlament“, „parlamentarische Demo-

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Bemerkungen des damaligen Justizministers Prokop Drtina in einem Interview aus dem Jahre 1968 bei Pavlíček, Václav: Únor 1948 [Der Februar 1948]. Právník 107 (1968) 177–200. „Niemand von den nichtkommunistischen Parteien dachte [in der Februar-krise 1948 – P. H.] an das Parlament“, heißt es bei Drtina, der zwischen 1945 und 1948 zu den führenden Repräsentanten der nationalen Sozialisten zählte.

<sup>16</sup> Kaplan: Příprava Ústavy, 7. – Cíl vom 19. 7. 1946.

<sup>17</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Josef Harna in Lidové noviny vom 27. 10. 1993. Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht hier nicht darum, Kritik daran zu üben, daß Historiker ein politisches Glaubensbekenntnis ablegen, wie dies Harna in seiner Apologie der Ersten Republik tut. Die Frage ist nur, ob man sich als Historiker beim Nachweis der Qualitäten der Ersten Republik darauf verlegen sollte, diesen Nachweis anhand von Zitaten der Staatsgründer (wie Masaryk) zu führen, die sich eher selten kritisch über ihr eigenes Werk zu äußern pflegten. Vielleicht gehört es auch zu den Lernprozessen der postkommunistischen tschechischen Historikerkunft, sich von dem eingeübten Ritual zu verabschieden, daß man bei der Urteilsfindung in letzter Instanz Zuflucht beim Diktum der Obrigkeit suchte.

kratie“ oder „demokratische Republik“ werden nicht im Rahmen der angeschauten Gesellschaft entwickelt, sondern ihr gleichsam aufgetragen. Sie fungieren als appellative Symbole und Versatzstücke eines normativ überzogenen Bildes von bürgerlicher Demokratie, das vor allem zur Identifikation auffordert, für die Beschreibung konkreter gesellschaftlich-politischer Strukturen und der Eigenarten des tschechoslowakischen parlamentarisch-demokratischen Systems aber nichts hergibt. Eine zweite Gruppe von Beiträgen zu unserem Thema hat sich auf die Personalisierungen der frühen Nachkriegsgeschichte der ČSR und darauf verlegt, den Sinnzusammenhang des damaligen Geschehens durch die positiv oder negativ besetzten politischen Spitzenakteure zu stiften, die – ob Beneš, Stalin, Gottwald oder Fierlinger – zugleich als Auslöser dieses Geschehens präsentiert werden. Lieblingstopos dieser Gattung ist – das bietet sich als bequemste Antwort auf die Frage nach Kausalstrukturen an – die Dämonisierung Stalins, der die demokratischen Kräfte der Tschechoslowakei mit ihrem idealistischen Aufbau- und Erneuerungswillen, ihren Hoffnungen auf einen demokratischen Sozialismus und ihrer Vision einer neuen Welt des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit hinter das Licht führte und das Land mittels eines großangelegten Täuschungsmanövers schließlich für den sowjetischen Machtbereich kassierte. Trotz mancher kritischer Passagen gerät etwa die Arbeit von Toman Brod über die kommunistische Machtübernahme<sup>18</sup> genau in diese Argumentationsspur. Erkenntnisse sind auf diesem Weg schwerlich zu erwarten, es sei denn, wir zählen dazu die Einsicht, daß der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist.

Die Unzulänglichkeiten der hier kurz angedeuteten Betrachtungsweisen konvergieren darin, daß Gesellschaft entweder nur als gestaltloses Surrogat eines obendrein noch demokratisch verklärten Institutionengefüges oder als bloßes Objekt des interessierten Einsatzes von Machtmitteln in den Blick kommt. Unausdrücklich wird damit eine Barriere gegen die Erkenntnis langfristiger wirksamer Strukturen errichtet und historische Tiefenschärfe ausgeblendet, auf die im übrigen doch – wenn auch gelegentlich in etwas erbaulicher Weise, wie die allenthalben ins Kraut schießende monumentalische Geschichtsschreibung etwa über Masaryk zeigt – viel Wert gelegt wird. Einen charakteristischen Hinweis dazu liefert die Studie von Kaplan zur Parteienfinanzierung am Beispiel der KPTsch in den Jahren 1945–1952<sup>19</sup>. Dieser ausschließlich aus bisher unzugänglichen Quellen gearbeitete Beitrag listet im Detail auf, auf welchen Wegen und mit welchen Methoden die KPTsch in dem betreffenden Zeitraum ein Vermögen von mehreren hundert Millionen Kronen angehäuft hat: Legale und illegale Transaktionen, Währungsspekulationen, Ankäufe von Unternehmen im Ausland über undurchsichtige Kanäle und den Staatssicherheitsdienst, Machinationen, Betrügereien, Schwarzmarktgeschäfte und staatlich sanktionierter Schmuggel bil-

<sup>18</sup> Brod, Toman: Operace Velký podvod. Cesta československých komunistů k moci v letech 1945–1948 [Operation Großer Schwindel. Der Weg der tschechoslowakischen Kommunisten zur Macht in den Jahren 1945–1948]. T. 1. Praha 1990. – D e r s . : Triumf a zkáza. Cesta československých komunistů k moci v letech 1945–1948 [Triumph und Verderben. Der Weg der tschechoslowakischen Kommunisten zur Macht in den Jahren 1945–1948]. T. 2. Praha 1991.

<sup>19</sup> Kaplan, Karel: Majetkové zdroje KSČ v letech 1945–1952 [Die Quellen des Vermögens der KPTsch in den Jahren 1945–1952]. Praha 1993 (SÚSD 6).

deten das Instrumentarium eines gut organisierten Beschaffungsapparats, dessen sich die KPTsch nach 1948, unter den Bedingungen ihrer Alleinherrschaft, natürlich um so effektiver zu bedienen vermochte. Kaplan sieht die ausgedehnten Aktivitäten der KPTsch bei der Erschließung von Quellen für die Parteifinanzierung im Zusammenhang damit, daß nach 1945 in der Tschechoslowakei der Aufbau von Massenparteien begann (von diesen war die KPTsch die bei weitem größte), deren Unterhaltskosten beträchtlichen materiellen Aufwand erforderten. Kaplan schließt sich vorbehaltlos der scharfen Kritik an, die später auch kommunistische Funktionäre an dieser Art von „Parteioökonomie“ geübt haben<sup>20</sup>.

Nun kommt man um harsche Kritik in der Tat nicht herum, wenn man von den kommunistischen Requirierungskommandos liest, die übrigens schon vor dem Februar 1948 durch die böhmischen Schlösser und Burgen zogen und kostbare Einrichtungsgegenstände, Antiquitäten und andere Wertgegenstände für die Parteikasse in Beschlag nahmen<sup>21</sup>. Dennoch greift die Einordnung dieses spannend zu lesenden Kapitels der frühen tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte zu kurz, und die moralischen Einwände bleiben etwas abstrakt, wenn man die politische Kultur der Ersten Tschechoslowakischen Republik heranzieht. Zunächst gehörte es zu den allgemein legitimierten politischen Normen der Zwischenkriegsrepublik, daß die politischen Parteien entsprechend ihren Machtanteilen nach dem Muster des amerikanischen spoil-Systems Anspruch auf Versorgungsleistungen für ihre Mitglieder erheben durften. Von der Aufteilung der ministeriellen Ressorts zwischen den Koalitionspartnern, die auch den Beamtenapparat „ihrer“ Ministerien möglichst weitgehend mit Parteigenossen zu besetzen suchten, führte dieses Verfahren über parteipolitisch motivierte Ämterpatronage in der Landes- und Selbstverwaltung, in Banken, Versicherungen, Krankenkassen und karitativen Einrichtungen bis hin zur Regelung der Einstellung von Arbeitern in staatlich kontrollierte Industriebetriebe, bei der ebenfalls der Parteienschlüssel angewandt wurde<sup>22</sup>. Diese Erscheinung wird nur vor dem Hintergrund der Tatsache verständlich, daß das politische System der Ersten Republik alle wesentlichen Bestimmungsmerkmale einer Proporzdemokratie aufwies, wie vor allem das zentrale politische Konfliktregelungsmuster des Junktims deutlich macht<sup>23</sup>. Nun fördern Proporzsysteme die Tendenz, daß die politischen Parteien die von ihnen qua Ämterpatronage beherrschten staatlichen und gesellschaftlichen Segmente zu „encadrieren“ suchen, d. h. bemüht sind, diese Segmente parteipolitisch zu integrieren und zu geschlossenen, von anderen Segmenten abgegrenzten Einheiten auszubauen. Hier mag ein Hinweis auf das Beispiel der Agrarpartei genügen, deren riesiger Organisationsapparat nahezu das gesamte Spektrum gesellschaftlicher Bedürfnisse unter spezifischen parteiideologischen Vorzeichen zusammenfaßte; dazu gehörten

<sup>20</sup> Ebenda 78.

<sup>21</sup> Ebenda 71.

<sup>22</sup> Lipscher, Ladislav: Verfassung und politische Verwaltung in der Tschechoslowakei 1918–1939. München-Wien 1979, 116–117 (VCC 34). – Franěk, Otakar: Dějiny koncernu brněnské Zbrojovky 1918–1939 [Die Geschichte des Konzerns der Brüner Zbrojovka 1918–1939]. Brno 1969, 402, Anm. 351. – Přítomnost vom 10. 12. 1925 und 11. 3. 1926.

<sup>23</sup> Národní shromáždění republiky československé v prvním desetiletí [Die Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik im ersten Jahrzehnt]. Praha 1938, 372.

von der Partei kontrollierte Arbeitsämter, parteieigene karitative Einrichtungen, Versicherungen, Banken, Genossenschaften, gewerbliche Hilfsfonds, Bildungseinrichtungen, kulturelle und berufsständische Vereinigungen, Jugend- und Frauenorganisationen, mehrere Gewerkschaften etc.

Es liegt auf der Hand, daß Parteiapparate von solchen Dimensionen einen erheblichen Finanzbedarf entwickelten, der nicht immer nur durch parteieigene Quellen gedeckt werden konnte, und vor allem in diesem Zusammenhang sind die zahlreichen, eben mit der Beschaffung von Geldern für die Parteikassen verknüpften Korruptionsaffären und Finanzskandale zu sehen, die die Erste Republik erlebte<sup>24</sup>. Wie sehr diese Machinationen andererseits staatlich sanktioniert waren und wie wenig die politischen Führungsschichten ein Bewußtsein von der rechtlichen Differenz zwischen staatlich-öffentlicher und parteipolitischer Sphäre besaßen, zeigt der berühmt-berüchtigte Fall der „polnischen politischen Kohle“<sup>25</sup>. Bei dieser Affäre ging es darum, daß polnische Kohlenimporte in die ČSR, die seit 1922 unter der Aufsicht des Ministeriums für öffentliche Arbeiten standen und deren organisatorische Abwicklung einer privaten Importgesellschaft übertragen wurde, durch die Verteilung von Einfuhrlicenzen an die politischen Parteien zu einer wichtigen Einnahmequelle für diese wurden, indem der beim Verkauf der Kohle erzielte Gewinn mit Zustimmung des Ministeriums nach einem festen Schlüssel in die Kassen der beteiligten Parteien floß<sup>26</sup>. Zum öffentlichen Skandal weitete sich die Affäre natürlich nicht aus, da fast alle prominenten Parteipolitiker in die Angelegenheit direkt oder indirekt verwickelt waren und sie höchst diskret zu behandeln wußten: auch ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß vermochte kein Licht in das Dunkel der politischen Kohle zu bringen.

An diese Linie der politischen Kultur der Ersten Republik knüpfte die Nachkriegsrepublik uneingeschränkt an<sup>27</sup>. Es gibt also keinen Grund, 1945 in diesem Punkt mit einem Traditionsabbruch gleichzusetzen, und dies um so weniger, als die Logik des politischen Schlüssels auch einiges zur Erklärung der Art der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei beitragen kann<sup>28</sup>. Daß man andererseits mit bloßer moralischer Entrüstung nicht viel erklärt, exerzieren die obenerwähnten neuen Barden der Ersten Republik inzwischen bereits vor: Im kurzfristigen Eifer, die Zwischenkriegsrepublik von den jahrzehntelangen Denuziationen der kommunistischen Historiographie reinzuwaschen, beuten sie das Feld der politischen Skandale und Affären für ihre Zwecke aus, indem sie es – wie gehabt – personalisieren und mit

<sup>24</sup> Eine populär geschriebene Einführung in dieses Thema bietet Hrubý, Jiří: Aféry první republiky [Affären der Ersten Republik]. Praha 1984.

<sup>25</sup> Sládek, Zdeněk: Polské politické uhlí [Polnische politische Kohle]. SIP 1990, 224–233.

<sup>26</sup> D.h. der tschechoslowakischen Agrarpartei, der tschechischen Gewerbspartei, der katholischen Volkspartei, der tschechoslowakischen nationalen Sozialisten, der Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der national-demokratischen Partei, der slowakischen Volkspartei, der deutschen Agrarpartei, der deutschen Christlich-Sozialen und deutschen Gewerbspartei. Vgl. Sládek: Polské politické uhlí, 227.

<sup>27</sup> Vgl. Svobodný zítřek vom 7. 11. 1945 und 15. 8. 1946. – Právo lidu vom 27. 11. 1946.

<sup>28</sup> Heumos, Peter: Der Februarumsturz 1948 in der Tschechoslowakei. Gesichtspunkte zu einer strukturgeschichtlichen Interpretation. In: Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem. Hrsg. von Bernd Bonwetsch. Berlin 1984, 121–135 (Osteuropaforschung. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde 13).

denjenigen Skandalen, deren Hintergrund halbwegs geklärt werden konnte, für ein freundliches Erscheinungsbild der politischen Kultur der Ersten Republik werben<sup>29</sup>.

Bei einem solchen Vorgehen bleibt so ziemlich alles auf der Strecke, was Erkenntnis struktureller Zusammenhänge vermitteln könnte, ganz abgesehen davon, daß damit in naiver Weise alte Denkmuster perpetuiert werden: Mit der Methode des Umkehrschlusses, mit dem Glauben, durch die Verkehrung kommunistischer Positionen in ihr positiv besetztes Gegenteil gelange man wie von allein auf den Pfad der rechten Erkenntnis, kommt man natürlich keinen Schritt weiter<sup>30</sup>. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang ist das Vorwort zu der von Kaplan u. a. herausgegebenen Quellensammlung über die Tschechoslowakei und den Marshallplan<sup>31</sup>. Es steht zunächst außer Zweifel, daß diese Edition, die sich auf Bestände des Staatlichen Zentralarchivs Prag, des Archivs des Außenministeriums der Tschechischen Republik und des Archivs der Föderalen Versammlung der ČSFR stützt, neue Einsichten in das Verhalten der tschechoslowakischen Regierung beim diplomatischen Tauziehen um die Pariser Marshallplan-Konferenz im Juli 1947 und insbesondere in den Verhandlungen mit der sowjetischen Führung bietet. Für die Einschätzung des Marshallplans selbst kann das aber kaum gelten: Nachdem dieser über Jahrzehnte hinweg als Waffe des reaktionären amerikanischen Imperialismus und Bestandteil eines Unterjochungsfeldzuges der Wall Street gegen die jungen Volksdemokratien im östlichen Europa gebrandmarkt wurde<sup>32</sup>, verwandelt er sich nun in ein quasi-karitatives Unternehmen und jedenfalls in eine Hilfsaktion, deren unpolitischer Charakter noch dadurch betont wird, daß sie in eine Reihe mit den in der Tat nicht mit politischen Klauseln verbundenen UNRRA-Maßnahmen der frühen Nachkriegsphase gestellt wird. Gerade die Strategie der frühen Nachkriegszeit aber sollte sich aus amerikanischer Sicht nicht wiederholen: Clayton, der damalige Staatssekretär für Wirtschaftsfragen, erklärte im Zuge der Vorbereitung des Marshallplans unmißverständlich, daß durch diesen nicht noch einmal amerikanische Geldmittel mit nur unbedeutenden Auflagen ausgegeben werden sollten<sup>33</sup>.

<sup>29</sup> Vgl. dazu den Artikel von Josef Harna in *Lidové noviny* vom 14. 12. 1993. Harnas Beispiel – die Prášek-Affäre von 1923/24 – ist obendrein unglücklich gewählt, da zur Aufdeckung dieser Korruptionsaffäre nicht unwesentlich beitrug, daß sich der Vorsitzende der tschechoslowakischen Agrarpartei, Švehla, mit Prášek eines Politikers entledigte, welcher der Agrarpartei in mancher Hinsicht nicht zum politischen Vorteil gereichte.

<sup>30</sup> Ich nehme an, daß in dieser schlichten gedanklichen Operation die intellektuellen Verwüstungen nachwirken, die der stalinistisch zurechtgestutzte Marxismus mit seiner groben dichotomischen Begriffssprache angerichtet hat. Unübertroffen hierzu immer noch Thompson, Edward P.: *The Poverty of Theory or an Orrery of Errors*. In: *Ders.: The Poverty of Theory & Other Essays*. 4. Aufl. London 1981, 1–210. In der tschechischen Historiographie findet sich eine Reflexion über diesen Punkt nur bei Křen, Jan: *Bílá místa v našich dějinách? [Weiße Flecken in unserer Geschichte?]*. Praha 1990, 104.

<sup>31</sup> *Československo a Marshallův plán. Sborník dokumentů [Die Tschechoslowakei und der Marshallplan. Eine Quellensammlung]*. Hrsg. von Rudolf Jičín, Karel Kaplan, Karel Krátký und Jaroslav Šilar. Praha 1992 (SUSD 1).

<sup>32</sup> Vgl. César, Jaroslav/Snítil, Zdeněk: *Československá revoluce 1944–1948 [Die tschechoslowakische Revolution 1944–1948]*. Praha 1978.

<sup>33</sup> Lundestad, Geir: *Der Marshall-Plan und Osteuropa*. In: *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*. Hrsg. von Othmar N. Haberl und Lutz Niethammer. Frankfurt/M. 1986, 59–74.

Clayton knüpfte die Beteiligung der Sowjetunion am europäischen Wiederaufbauprogramm an politische Bedingungen, deren Erfüllung niemand von Moskau erwarten konnte<sup>34</sup>, während George Kennan, Chef des Policy Planning Staff, für die osteuropäischen Länder (einschließlich der Tschechoslowakei) nicht minder eindeutig feststellte, daß diese nur dann in das Wiederaufbauprogramm einbezogen werden würden, wenn sie auf die „einseitige Orientierung ihrer Wirtschaft“ verzichteten<sup>35</sup>. Als George Marshall am 5. Juni 1947 seine berühmte Rede an der Harvard-Universität hielt, lag ihm ein Text vor, der sich im wesentlichen auf die Überlegungen Claytons und Kennans gründete<sup>36</sup>.

Das Spiel mit dem Vorzeichenwechsel funktioniert also nicht, so sehr der Zeitgeist heute, unter gewandelten politischen Umständen, eine positive Bewertung des Marshallplanes nahelegen mag. Um von Denkmustern herunterzukommen, bei denen man zumindest indirekt noch immer im Bann der überlieferten Schemata bleibt<sup>37</sup>, müßten im vorliegenden Fall Fragestellungen entwickelt werden, die den Marshallplan unter weit mehr Aspekten beleuchten, als dies bisher getan worden ist<sup>38</sup>; so ließe sich die plakative Eindimensionalität überwinden, die diesem Komplex in der tschechoslowakischen bzw. tschechischen Historiographie trotz wechselnder Signaturen immer noch anhaftet. Dabei wäre überhaupt erst einmal zwischen dem ökonomischen und dem außen- und machtpolitischen Aspekt zu unterscheiden. Während das Gewicht des letzteren nicht zu bestreiten ist, nachdem Stalins Veto gegen die Teilnahme der Tschechoslowakei an der Pariser Marshallplan-Konferenz den Tatbestand der eingeschränkten Souveränität des Landes klargestellt hatte, können die bisherigen Analysen des ökonomischen Aspekts nicht überzeugen. Und wie sollten sie auch, wenn ihr politischer Tribut an den Gegenstand so unkontrolliert in die Sache selbst eingeht: Unter kommunistischer Herrschaft stand fest, daß sich der nationalisierte Sektor der ČSR im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen 1945 und 1948 bereits als überlegen erwiesen hatte, der Marshallplan daher nur eine zukunftssträchtige Perspektive vernichten konnte, die im übrigen – sollte es zu Schwierigkeiten kommen – durch die „brüderliche“ Hilfe Moskaus stabilisiert wurde<sup>39</sup>. In Zeiten des

<sup>34</sup> Ebenda 63.

<sup>35</sup> Ebenda 61 und 63. Der amerikanische Botschafter in der Tschechoslowakei, Steinhardt, bot der tschechoslowakischen Regierung am 13.7.1947 einen Kredit von \$ 80 Millionen unter der Bedingung an, daß die Tschechoslowakei Korrekturen an ihrer Verstaatlichungspolitik vornehmen würde. Vgl. Foitzik, Jan: Die Bildung des Kominform-Büros 1947 im Lichte neuer Quellen. ZfG 40 (1992) 1109–1126, hier 1122–1123.

<sup>36</sup> Lundestad: Der Marshall-Plan, 65.

<sup>37</sup> Vgl. dazu die Bemerkungen in Am. 30.

<sup>38</sup> So wäre es aufschlußreich, der Frage nachzugehen, ob die ursprüngliche Bereitschaft der tschechoslowakischen Kommunisten, die Tschechoslowakei am Marshallplan zu beteiligen, mit der Absicht zusammenhing, die Erfüllung des damals laufenden Zweijahresplans abzusichern und damit die Reproduktionsfähigkeit eines ökonomischen Mischsystems (nationalisiertes, genossenschaftliches und privates Eigentum) zu dokumentieren, was aber implizit die Entscheidung für einen „nichtsowjetischen“ Weg zum Sozialismus vorausgesetzt hätte.

<sup>39</sup> Als ein Beispiel: Vznik a vývoj lidově demokratického Československa. Sborník statí [Entstehung und Entwicklung der volksdemokratischen Tschechoslowakei. Eine Sammlung von Aufsätzen]. Praha 1961.

„demokratischen Sozialismus“, also im Umkreis des Jahres 1968, bezog die wirtschaftliche Situation in den Jahren 1945–1948 trotz fehlender Marshallplan-Hilfe ihren historiographischen Glanz daraus, daß Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht völlig von den Kommunisten beherrscht wurden<sup>40</sup>. Die postkommunistische Geschichtswissenschaft entwirft für den Zeitraum 1945–1948 ein sich zumindest ankündigendes Katastrophenszenario, das – so suggeriert es das Vorwort zu der oben-erwähnten Edition – nur durch amerikanische Hilfe abgewendet werden konnte.

Ein erheblicher Teil der Publikationen des Prager *Ústav pro soudobé dějiny* betritt mit der Aufarbeitung der fünfziger Jahre unbeackerten Boden und braucht sich daher mit dem Erbe, das die kommunistische Historiographie hinterlassen hat, so gut wie gar nicht herumzuschlagen. Zu diesen Untersuchungen gehören von den hier rezensierten Heften des *Ústav pro soudobé dějiny* die von Kaplan besorgte Edition der Normen, Vorschriften, Richtlinien und Beschlüsse zum Nomenklatur-System der KPTsch in den Jahren 1948–1956<sup>41</sup>, Kaplans Studie über die tschechoslowakischen Zwangsarbeitslager im Zeitraum 1948–1954<sup>42</sup>, die Abhandlung von Jiří Bílek über die technischen Hilfsbataillone in der tschechoslowakischen Armee bis zur Mitte der fünfziger Jahre<sup>43</sup> und der Beitrag von Štefan Šutaj über die 1949 angeordnete, dann aber nicht konsequent durchgeführte Umsiedlung von Ungarn aus der Südslowakei nach Böhmen<sup>44</sup>.

Mit diesen Arbeiten werden Teilaspekte des tschechoslowakischen kommunistischen Herrschaftssystems erschlossen, über die die Öffentlichkeit zwar spätestens nach 1989 vor allem durch eine Reihe von Presseartikeln im großen und ganzen informiert wurde, die aber in den vorliegenden Studien zum erstenmal unter Verwendung der einschlägigen Archivbestände quellennah und außerordentlich detailreich dargestellt werden.

Als sehr nützlich für die Forschung sollte sich Kaplans Edition der normativen Quellen zur kommunistischen Nomenklatur in der frühen Phase der Herrschaftssicherung des Regimes erweisen. Neben ersten quantitativen Angaben – bis zum Jahre 1956 betrafen die Kaderregelungen der KPTsch etwa 220–250 000 Funktionäre der Partei – wird eine systematische Auswertung dieser Quellen vor allem Rückschlüsse darauf erlauben, auf welchen Ebenen des Staats- und Parteiapparats, der gesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaft, Massenverbände etc.), der Wirtschaft und der

<sup>40</sup> K o s t a, Jiří: *Abriss der sozioökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945–1977*. Frankfurt/M. 1978.

<sup>41</sup> K a p l a n, Karel (Hrsg.): *Kádrová nomenklatura KSČ 1948–1956. Sborník dokumentů* [Die Kader-Nomenklatur der KPTsch 1948–1956. Eine Dokumentensammlung]. Praha 1992 (SÚSD 2).

<sup>42</sup> K a p l a n, Karel: *Tábory nucené práce v Československu v letech 1948–1954* [Die Zwangsarbeitslager in der Tschechoslowakei 1948–1954]. In: SÚSD 3, 77–195.

<sup>43</sup> B í l e k, Jiří: *Pomocné technické prapory 1950–1954. Vznik, vývoj, organizace a činnost* [Die technischen Hilfsbataillone 1950–1954. Entstehung, Entwicklung, Organisation und Tätigkeit]. In: SÚSD 3, 7–75.

<sup>44</sup> Š u t a j, Štefan: *„Akcia Juh“*. *Odsun Maďarov zo Slovenska do Čiech v roku 1949* [„Aktion Süden“. Die Aussiedlung von Ungarn aus der Slowakei nach Böhmen im Jahr 1949]. Praha 1993 (SÚSD 8).

Verwaltung die KPTsch den Ausbau ihrer Macht zumindest der Intention nach besonders rasch vorangetrieben hat. Auch für den Vergleich mit Strategien kommunistischer Herrschaftssicherung in den anderen Volksdemokratien dürfte dieser Quellenfundus viele Ansatzpunkte bieten.

Die Praxis des kommunistischen Machterwerbs nach 1948 unter dem speziellen Gesichtspunkt des Terrors der Partei- und Staatsorgane gegen die vermeintlichen oder tatsächlichen politischen Gegner des Regimes beschreiben die drei o. g. Arbeiten. Kaplan zeigt in seiner Untersuchung der Zwangsarbeitslager, deren gesetzliche Voraussetzungen schon im Oktober 1948 geschaffen wurden, daß die ursprüngliche Absicht der KPTsch-Führung, ein Netz von Zwangsarbeitslagern für 30 000 Personen zu errichten, dessen Aufnahmekapazität sich gegebenenfalls verdreifachen ließ, ebenso scheiterte wie der 1949 lancierte Plan der „Säuberung der Großstädte von der Reaktion“, der die Einweisung von 150 000 Personen in Zwangsarbeitslager vorsah. Unklare Kompetenzverteilung, bürokratische Gleichgültigkeit auf den unteren Ebenen des Parteiapparats, Interessenkollisionen zwischen den verschiedenen Erfassungskommissionen und die fehlgeschlagene Mobilisierung der Bevölkerung für die namentliche „Enthüllung“ des „Klassenfeindes“ führten 1953 zum faktischen Abbruch der Einweisungsaktionen. Die Zahl derjenigen, die unter den unmenschlichen Verhältnissen der Zwangsarbeitslager ihr Leben fristen mußten, lag insgesamt bei 22–23 000 Personen. Zwischen 70 und 80 Prozent von ihnen waren Arbeiter, Angestellte, kleine Gewerbetreibende und Bauern – das genaue soziale und politische Gegenteil der Gruppen, die das ZK der KPTsch und der Staatssicherheitsdienst unter der Signatur „Dorfbonzen“, „Großindustrielle“, „reaktionäre Politiker“ und „bourgeoise Elemente“ in die Lager eingewiesen sehen wollten.

Die Anfänge der technischen Hilfsbataillone in der tschechoslowakischen Armee, denen Bílek eine materialreiche Abhandlung widmet, liegen ebenfalls in den ersten Monaten nach dem Februarumsturz 1948. Mit diesen Sondereinheiten sollte das Problem der Eingliederung politisch „unzuverlässiger“ Wehrpflichtiger in die Armee gelöst werden: In den technischen Hilfsbataillonen wurden diejenigen Wehrdienstleistenden zusammengefaßt, die für die politische „Umerziehung“ bestimmt waren und mit der Masse der Soldaten nicht in Berührung kommen sollten. Auch im Falle der technischen Hilfsbataillone wurde dabei freilich die „klassenpolitische“ Zielsetzung unterlaufen, denn während die Heeresleitung durch besondere Überprüfungskommissionen bei den einzelnen Truppenteilen vor allem „Söhne von Großgrundbesitzern, Fabrikanten, Großhändlern und anderen Ausbeutern“ für den Dienst in den Bataillonen aussieben wollte, bildeten am Ende Arbeiter und Kleinbauern, ferner Priester, Ordensbrüder und Seminaristen den sozialen Kern dieser Sondereinheiten. Wie die Insassen der Zwangsarbeitslager wurden die Mitglieder der technischen Hilfsbataillone für die Arbeit in volkswirtschaftlich wichtigen Bereichen eingesetzt, zumal im Bergbau, im Bauwesen sowie in der Land- und Forstwirtschaft. Die Lebensbedingungen der „militärischen Zwangsarbeiter“ waren elend genug, wobei Bílek allerdings die Auffassung vertritt, daß sie insgesamt besser waren als in Zwangsarbeitslagern.

Eine dritte Variante des Terrors gegen den „Klassenfeind“ analysiert Šutaj in seinem Beitrag über die „Aktion Süden“, wie die 1949 versuchte Aussiedlung von Ungarn

aus der Slowakei nach Böhmen von den Parteibürokraten bezeichnet wurde. Die Umsiedlung von Ungarn aus den an Ungarn grenzenden slowakischen Gebieten in die böhmischen Länder hatte bereits 1945 begonnen. Auf der Grundlage des Präsidialdekrets Nr. 88/1945 wurden zwischen November 1946 und Februar 1947 rund 44 000 Ungarn unter z. T. dramatischen Umständen in die Grenzgebiete der böhmischen Länder transportiert; diese Aktion stand im Zeichen der „inneren Kolonisierung“, die mit der Aussiedlung der Deutschen notwendig wurde, und betraf in erster Linie Angehörige der ungarischen Unterschichten. Nach der kommunistischen Machtübernahme knüpfte das ZK der Kommunistischen Partei der Slowakei an diese Maßnahme unter veränderten Vorzeichen an: Im Rahmen der These der kommunistischen Führung von der allgemeinen Verschärfung des Klassenkampfes und der politischen Konflikte mit „staatsfeindlichen“ Elementen, doch auch unter dem Zwang, die ohne Zustimmung der Behörden in die Slowakei zurückkehrenden Ungarn, die vor 1948 nach Böhmen umgesiedelt worden waren, existenziell absichern zu müssen, sollten im Herbst 1949 über 800 Familien aus den ungarischen Mittelschichten der Südslowakei (Bauern mit mehr als 15 ha, Gewerbetreibende, Handwerker, Angehörige der Intelligenz) und ein Teil derjenigen Ungarn, die während des Zweiten Weltkriegs „schwere Schuld gegenüber der Tschechoslowakei“ auf sich geladen hatten, nach Böhmen deportiert werden. Der Plan scheiterte: am Widerstand der Betroffenen, die in großer Zahl aus den Sammellagern entflohen, am Protest der lokalen Selbstverwaltung, am Einspruch des ZK der KPTsch, das die slowakische Praxis des Umgangs mit dem „Klassenfeind“ kritisierte, da sich unter den abzuschiebenden Ungarn zahlreiche Arbeiter und Bauern mit weniger als 5 ha Land befanden, schließlich offenbar auch an der Kritik der Genossen in Budapest.

Alle drei Abhandlungen stellen ihren Untersuchungsgegenstand in den Zusammenhang des Aufbaus eines zentralistischen Machtapparats und der Formierung eines totalitären Regimes, alle drei Abhandlungen präsentieren aber zugleich eine Fülle von Material, das auf alles andere als totalitäre Verhältnisse schließen läßt. Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich relativiere Terror und Unmenschlichkeit nicht, doch dieser Terror war nicht Ausdruck eines geschlossenen und effektiven Herrschaftssystems mit einem hohen Potential ubiquitär verfügbarer Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit, dessen geballte Kraft treffsicher gegen bestimmte soziale Gruppen gerichtet werden konnte. Was uns alle drei Arbeiten vor Augen führen, ist vielmehr ein Konglomerat von neben- oder untergeordneten Machtzentren, deren eigene Strategien mit denen anderer Machtzentren oder Teilstrukturen des Herrschaftsapparats nicht oder nur notdürftig koordiniert werden konnten, und zwar auch in den Fällen, wenn es sich um politische Aufgabenstellungen von grundlegender Bedeutung für das gesamte Staats- und Gesellschaftssystem handelte. Das beste Beispiel hierfür ist die von allen drei Autoren im Detail geschilderte „Jagd nach dem Klassenfeind“, wobei die Zielsetzungen der Führungsspitze der KPTsch entweder im bürokratischen Sumpf untergeordneter Partei- und Verwaltungsorgane versickerten<sup>45</sup> oder in ihr genaues Gegen-

---

<sup>45</sup> Bílek: Pomocné technické prapory, 39–40.

teil verkehrt wurden<sup>46</sup>, gelegentlich aber auch schlicht und einfach am Resistenzverhalten der betroffenen Bürger scheiterten<sup>47</sup>.

Man wird einwenden, daß sich das kommunistische System in dem Untersuchungszeitraum, um den es hier geht, erst etablierte, seine Desorganisation also als „Kinderkrankheit“ zu bezeichnen wäre. Lernprozesse des Systems, Versuche, aus seinen Unzulänglichkeiten (wie immer sie definiert sein mochten) Konsequenzen zu ziehen, führten aber – wie Kaplan zeigt<sup>48</sup> – oft in neue Aporien, und ich würde die These wagen, daß eine Analyse der Machtmechanismen des kommunistischen Regimes der Tschechoslowakei in den siebziger oder achtziger Jahren im Grundsätzlichen nicht beträchtlich von dem realistischen Bild abweichen würde, das die drei Autoren zeichnen, sieht man einmal von dem Komplex „physischer Terror“ ab, der im Instrumentarium kommunistischer Politik immer weniger Verwendung fand. Die Lern- und Korrekturfähigkeit des Systems war zudem bis zu seinem Untergang erheblich reduziert: Kernmerkmale sozialer Subjektivität und gesellschaftlicher Handlungskompetenzen wie die Ausbildung und öffentliche Artikulierung von Interessen, reflexive Willensbildungsprozesse und Aushandlungsstrategien wurden zugunsten der Fixierung auf abstrakt-unvermittelte „Zielgrößen“ und den Mythos eines die „wirklichen“ Interessen aller vertretenden Gesamtsubjekts amputiert und konnten daher nicht in Lernprozessen an der Realität abgearbeitet werden.

Wenn man dafür eintritt, das ebenso plakative wie analytisch unergiebig Totalitarismus-Konzept aufzugeben, und dies vor allem deshalb, weil es Wahrnehmungsbarrieren errichtet und zu rasch eine Geschlossenheit des untersuchten Objekts voraussetzt, die selbst erst Gegenstand der Analyse sein müßte<sup>49</sup>, so ist man – wie ich hoffe – nicht verpflichtet, im gleichen Atemzug ein umfassendes Alternativkonzept vorzulegen. Ich beschränke mich daher auf drei Bemerkungen, die das Problem natürlich bei weitem nicht erschöpfen.

Kaplan, Bílek und Šutaj breiten eine Fülle von Material aus, dem entnommen werden kann, daß sich viele Teilbereiche des politischen und des administrativen Institutionensystems nach 1948 ein Selbstverständnis bewahrten, das den politischen Zielvorstellungen und ideologischen Konzepten der KP Tsch-Spitze durchaus nicht korrespondierte: Die „basisdemokratische“ Selbsteinschätzung der Nationalaus-

<sup>46</sup> Kaplan: *Tábory nucené práce*, 137.

<sup>47</sup> Šutaj: „*Akcia Juh*“, 51–52.

<sup>48</sup> Kaplan: *Tábory nucené práce*, 114 ff.

<sup>49</sup> Die Forschung zum Nationalsozialismus hat bekanntlich überwiegend längst Abschied vom Totalitarismus-Konzept genommen. In der tschechischen Geschichtswissenschaft hat Svátek vor kurzem die Diskussion über dieses Konzept eröffnet und dabei – wenn ich richtig sehe – durchaus eine kritische Position bezogen. Vgl. Svátek, František: *Koncept totalitarismu a historikova skepsa. Poznámky o politické a historiografické diskusi* [Das Konzept des Totalitarismus und die Skepsis des Historikers. Bemerkungen zur politischen und historiographischen Diskussion]. In: *Stránkami soudobých dějin*, 29–60. – Zur methodischen Problematik gesamtgesellschaftlicher Analysen, die „Gesellschaft“ schon als ein System vollständiger Interdependenzen voraussetzen, s. Berger, Peter/Luckmann, Thomas: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt/M. 1987.

schüsse<sup>50</sup>, die Bereitschaft der Präsidialkanzlei, sich verfolgter „bourgeoiser Elemente“ anzunehmen<sup>51</sup>, die offenkundigen Interessendivergenzen zwischen den ministeriellen Ressorts<sup>52</sup> und eine gewisse Distanz zur politischen Indienstnahme der Armee in Teilen des Offizierskorps<sup>53</sup> seien hier nur als einige wenige Beispiele genannt. Die Untersuchung einzelner institutioneller Bereiche über längere Zeiträume hinweg könnte zeigen, ob sich aus solchen verstreuten, allerdings zahlreichen Manifestationen eines institutionellen Eigenbewußtseins ein Spektrum unterschiedlicher Interessenlagen mit einer gewissen Eigendynamik entwickelt hat, dessen genauere Kenntnis es auch ermöglichen würde, spätere Kurswechsel und Reformansätze der KPTsch besser zu verstehen als bisher. Ein solches Konzept, das bei der Analyse kommunistischer Systeme ja längst üblich ist und schon einigen Erkenntnisgewinn abgeworfen hat, schiene mir jedenfalls sinnvoller als ein Interpretationsansatz, der mit dem Verdikt über kommunistische Diktaturen regelmäßig in eine überschwengliche Stilisierung von Demokratie zu verfallen pfl egt<sup>54</sup>.

Die drei o. g. Autoren halten sich an einen Machtbegriff<sup>55</sup>, der problematisch ist und erkennen läßt, daß das Thema „Macht“ im gesamten institutionalisierten öffentlichen Bewußtsein vor 1989 mehr oder weniger tabuisiert wurde; an die Analyse aktueller Machtstrukturen war von vornherein nicht zu denken. Mein Einwand gilt zunächst der Tatsache, daß Macht in den drei vorliegenden Studien vornehmlich als „Technik des Machterwerbs“ durch die großen Apparate verstanden wird – mit der Konsequenz einer absoluten Dominanz von Quellen, die über die „Machtabichten“ der Führungskader Auskunft geben, auch wenn deren Intentionen konterkarierende Strukturen in den Blick kommen. Dies führt auf den zweiten Einwand, nämlich auf die fehlende Unterscheidung zwischen Macht und legitimer Herrschaft, d. h. jene komplementären gesellschaftlichen Bedingungen, die Machtausübung bzw. Machterwerb durch die KPTsch zwanglos sanktionierten. Kaplan zeigt, daß die Partei durchaus glaubte, ihre Herrschaft legitimierten zu müssen: Die Kampagne zur „Säuberung der Großstädte von der Reaktion“ (s. o.) wurde auch deshalb abgebrochen, weil massenhafte Zustimmung der Bevölkerung dafür nicht zu haben war<sup>56</sup>. Bílek thematisiert diese Frage nur ganz am Rande, indem er darauf hinweist, daß die Mitglieder der technischen Hilfsbataillone in der Öffentlichkeit (u. a. bei Tanzveranstaltungen, in öffentlichen Verkehrsmitteln) häufig „Angriffen“ ausgesetzt waren<sup>57</sup>, der kommunistische Terror in diesem Bereich von der Bevölkerung also keineswegs durch-

<sup>50</sup> Š u t a j: „Akcja Juh“, 52.

<sup>51</sup> K a p l a n: Tábory nucené práce, 125, Anm. 81.

<sup>52</sup> E b e n d a 41–42.

<sup>53</sup> B í l e k: Pomocné technické prapory, 18, Anm. 29.

<sup>54</sup> Vgl. dazu die holzschnittartigen Thesen bei B r o k l, Lubomír: Der Übergang der tschechoslowakischen Gesellschaft vom totalitären Staat zur politischen Demokratie. Theoretische Approximation. In: Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Erfahrungen, Ansätze, Analysen. Hrsg. von Michael T h o m a s. Berlin 1992, 220–238.

<sup>55</sup> Mit den folgenden Bemerkungen beziehe ich mich auf ein Gespräch mit meinem Kollegen Robert Luft, das zur genaueren Formulierung des Sachverhalts beigetragen hat.

<sup>56</sup> K a p l a n: Tábory nucené práce, 135.

<sup>57</sup> B í l e k: Pomocné technické prapory, 50, Anm. 128.

gänglich als solcher rezipiert wurde. Erst die genaue Analyse des gesellschaftlichen Kontextes, in den terroristische und Gewaltmaßnahmen der KPTsch eingelassen waren, wird die Differenzierung zwischen illegitimem und legitimem kommunistischen Machterwerb ermöglichen und damit auch etwas über die sozialen Mechanismen von Herrschaftsstabilisierung aussagen, die in einem realistischen Bild des kommunistischen Systems in der Tschechoslowakei nicht einfach ausgeblendet werden können.

Drittens schließlich erscheint es mir fraglich, ob man bei der Kritik des kommunistischen Systems und zumal bei der Kritik der für dieses System typischen Organisation seiner Machtressourcen mit dem Begriffspaar „Zentralisierung“ und ihrem positiven Gegenpol „Dezentralisierung“ wirklich weiterkommt. Daß dieses Begriffspaar die Geschichte der kommunistischen Regime und ihrer Krisen von Anfang bis zum Ende begleitet hat und gerade auch in der Tschechoslowakei in der Umbruchsphase von 1968 zur globalen Erklärungsformel für nahezu alle strukturellen Defizite der alten und die erhofften Vorzüge der neuen Gesellschaftsordnung avancierte<sup>58</sup>, macht sein rasches Verschwinden allerdings nicht wahrscheinlich. Dies ändert nichts daran, daß dieses Begriffspaar nicht als Schlüssel für die Analyse, sondern durchweg bloß als Codewort für eingeweihte Anspielungen fungiert. Es mag sein, daß die Sozialwissenschaftler irgendwann einmal auf die Idee kommen werden, die kommunistischen Systeme als den großangelegten (und vergeblichen) Versuch zu interpretieren, die Entwicklungslogik sozialer Systeme in einem entscheidenden Punkt zu unterlaufen bzw. umzubiegen: nämlich anzunehmen, daß in funktional weitgehend differenzierten und sich – im Sinne einer evolutionären Konstante – immer weiter differenzierenden Gesellschaften diejenigen Vorgänge, die in spezialisierten und zunehmend autonomen Teilsystemen ablaufen, noch einmal durch diskursive Rechtfertigung (durch den Rückgriff auf eine Wahrheit und eine gemeinsame Überzeugung) rückgekoppelt und integriert werden könnten, ohne die Funktionsfähigkeit dieser Gesellschaften aufs Spiel zu setzen<sup>59</sup>. Untersuchungen dieser Art würden die schlichte Dichotomie von Zentralisierung und Dezentralisierung überflüssig machen. Meine Anregung ist zunächst nur, daß sich Untersuchungen der Macht- und Herrschaftsstrukturen kommunistischer Systeme einer distanzierten Begrifflichkeit bedienen, die auf Anschlüsse nach außen und vielseitige Verwendbarkeit der Begriffe Wert legt. Wenn man beispielsweise Religionen unmittelbar mit Bezug auf Heiliges, Numinoses und Übermächtiges definiert, kommt man dem Gegenstand zu rasch zu nahe, so daß eine Art Kurzschluß entsteht. Wer den zentralistischen Charakter des kommunistischen Systems an dezentralisierenden Ordnungsvorstellungen mißt, greift noch viel kürzer, weil er damit obendrein im Banne des deklarierten Selbstverständnisses dieses Systems (Zentralismus als politischer Grundwert) bleibt und sich die Möglichkeit verbaut, den

---

<sup>58</sup> Die wichtigste Zusammenfassung der damaligen Diskussionen findet sich bei Richta, Radovan u. a.: *Civilization at the Crossroads: Social and human implications of the scientific and technical revolution*. Third edition. Prague 1969.

<sup>59</sup> Zu diesem Konzept vgl. Luhmann, Niklas: *Legitimation durch Verfahren*. Neuwied 1969.

Abstraktionsgrad der Analyse über die vom Untersuchungsgegenstand selbst schon mitgeteilten definitorischen Kategorien hinaus zu erhöhen<sup>60</sup>.

Man kann diesen Punkt nicht genug hervorheben. Denn das Problem der begrifflichen Distanzlosigkeit taucht nicht nur im Zusammenhang mit Untersuchungen des kommunistischen Regimes auf, wo es noch einigermaßen verständlich sein mag angesichts der zeitlichen Nähe selbst erlebter Vergangenheit und der noch immer präsenten Folgeprobleme jenes Regimes. Es prägt die tschechische zeitgeschichtliche Forschung massiv auch dort, wo eine distanzierte Begrifflichkeit, und das soll heißen: Weite und Ungetrübtheit der historischen Wahrnehmung zwanglos Platz greifen könnten. Daß die Geschichte der Ersten Tschechoslowakischen Republik, auf die abschließend noch einmal eingegangen werden soll, nach 1989 historiographisch tendenziell aufgewertet werden würde, war zu erwarten, denn die Rückkehr auf den „eigentlichen Pfad der Geschichte“ bedurfte eines sicheren Anknüpfungspunktes. Die bisherigen Methoden, sich dieses Anknüpfungspunktes zu vergewissern, halte ich für bedenklich (s. o.). Wenn die weitverbreitete Rede vom „Erbe der Ersten Republik“, das man nach 1989 angetreten habe<sup>61</sup>, mehr sein soll als die unverbindliche Simulation von Vergangenheitsfragmenten, wenn dieses Erbe vielmehr für die heutige tschechische Gesellschaft einen Sinn machen soll<sup>62</sup>, dann müßte doch zumindest dies einleuchten: Aneignung von Traditionen wird nur in dem Maße fruchtbar für die gegenwärtige Situation, als das Zukunftsträgige der Vergangenheit energisch vom mitgeschleppt Apologetischen geschieden wird.

Die 1992 im Prager Soziologischen Verlag erschienene Untersuchung von Eva Broklová zum politischen System der ČSR<sup>63</sup> eignet sich deshalb zur Illustration der Probleme des Neuanfangs in der zeitgeschichtlichen Forschung und speziell der Forschung zur Ersten Republik, weil der Anspruch der Autorin zu einer strukturgeschichtlich orientierten Konzeption und damit überhaupt erst zu Fragestellungen zwingt, über die zu diskutieren sich lohnt: Mit der Analyse des gesamten politischen Systems der ČSR sollen zugleich dessen Besonderheiten im internationalen Vergleich herausgearbeitet werden.

Über die Beschreibung, Untersuchung und Beurteilung des politischen Systems hinaus enthält Broklovás Arbeit auch eine knappe Darstellung des Nationalitätenproblems, kurze Passagen über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie ein Kapitel über die Außenpolitik der ČSR, das allerdings nur als Aufhänger dient, um Zitate zu den (von niemandem bezweifelte) friedlichen Absichten der Republik auf internationaler Ebene aneinanderzureihen. Gerade die Ausweitung der Unter-

<sup>60</sup> Das Problem ist alt. In seiner Abhandlung über *The Advancement of Learning* (1605) schreibt Francis Bacon: „For as water will not ascend higher than the level of the first spring-head from whence it descendeth, so knowledge derived from Aristotle, and exempted from liberty of examination, will not rise again higher than the knowledge of Aristotle.“

<sup>61</sup> Vgl. dazu den Zeitungsartikel von Josef Harna, auf den in Anm. 17 hingewiesen wird.

<sup>62</sup> Wie dies andere Historiker, beispielsweise Křen, nachdrücklich und nicht nur für die historische Hinterlassenschaft der Ersten Republik fordern. Vgl. Křen: *Bílá místa*, 102 ff.

<sup>63</sup> Broklová, Eva: *Československá demokracie. Politický systém ČSR 1918–1938* [Die tschechoslowakische Demokratie. Das politische System der ČSR 1918–1938]. Praha 1992. Der Text entstand 1967 und wurde 1990 in überarbeiteter Form als Dissertation verteidigt.

suchung über den politischen Bereich hinaus hätte zusätzlich Chancen eröffnet, integrierende Fragestellungen an den Gegenstand heranzutragen. Diese Chancen wurden nicht genutzt: Während die kapitelweise nach der Gliederungssystematik traditioneller „staatswissenschaftlicher“ Lehrbücher abgehandelten Teilbereiche des politischen Systems – Verfassung, Regierung, Parlament, Wahlsystem, Parteienwesen etc. – ohnehin bloß assoziativ verknüpft, jedenfalls nicht systematisch aufeinander bezogen werden<sup>64</sup>, hängen die Skizzen der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse völlig in der Luft<sup>65</sup>. Dabei hätten sich im Zusammenhang mit den Betrachtungen über die „Krise der Demokratie“ in den dreißiger Jahren mühelos Ansatzpunkte ergeben, um die sozioökonomische mit der politischen Ebene sinnvoll zu verbinden: Ein genauere Blick auf das für die Erste Republik charakteristische politische Konfliktregelungsmuster des Junktum, auf das Broklová hinweist<sup>66</sup>, hätte der Autorin gezeigt, daß auf diesem Wege nur punktuelle, weil nicht mehrheitsfähige Interessen alliiert werden konnten. Mit der Weltwirtschaftskrise und der Ausuferung sozialer und wirtschaftlicher Probleme erwies sich dieses Verfahren als völlig unzureichend: Das parlamentarische System scheiterte mithin auch an der zu geringen „Problemlösungskapazität“ seiner tradierten und auch in der Krise nicht grundsätzlich veränderten Form des gesellschaftlich-politischen Interessenausgleichs. Statt einer solchen These, die grundlegende Strukturmerkmale der Ersten Republik erfassen würde und sich außerdem empirisch gut überprüfen ließe, bietet Broklová als Erklärung für die Krise der dreißiger Jahre in der Tschechoslowakei Orakelsprüche an, deren Entzifferung dem Leser doch einiges Kopfzerbrechen und gegebenenfalls politische Bauchschmerzen bereiten wird: Der „Massenstaat“ habe an die parlamentarische Demokratie Anforderungen gestellt, die diese nicht erfüllen konnte; die Demokratie habe zwar „breiten undemokratischen Massen“ den „Eintritt in die Geschichte“ ermöglicht, doch sei die Gesellschaft darauf ökonomisch nicht vorbereitet gewesen<sup>67</sup>. Verwirrung stiftet darüber hinaus vor allem, daß bestimmte Bewertungen, Urteile und Einschätzungen im Gang der Untersuchung nicht durchgehalten werden; dies gilt beispielsweise für den

<sup>64</sup> So gehören etwa die von der Verfasserin so beklagten autoritären Binnenstrukturen der politischen Parteien funktional zur Art der Regierungsbildung und sind nicht Ausdruck persönlicher Defizite dieses oder jenes Parteiführers. Wenn das politische System der ČSR nach Broklová ständig unter dem Druck stand, gegen die illoyale Opposition von links (KPTsch) und von rechts (radikale autonomistische Gruppierungen der Deutschen und Slowaken) eine breite Koalition der Demokraten aufbieten zu müssen und wenn dabei – wiederum nach Broklová – jeweils aufs neue die Existenz der Republik auf dem Spiel stand, dann mußten die demokratischen Parteien wohl oder übel an die Kandare genommen werden; dies zeigt ja auch der Fraktionszwang im Parlament.

<sup>65</sup> Es sei denn, man folgt den Kategorien Broklovás, die den sozialen und wirtschaftlichen Bereich unter dem Stichwort „Durchsetzung demokratischer Grundsätze auf nichtpolitischen Gebieten“ zusammenfaßt. Den hohen Beliebigkeitsgrad bei der Auswahl ihrer Fakten für diese oder jene These demonstriert die Autorin dabei für den agrarischen Bereich mit dem Hinweis auf das Genossenschaftswesen, schweigt sich aber über die Disparitäten der Grundbesitzverteilung (zumal in der Slowakei und in Karpatenrußland) vorsichtshalber aus.  
E b e n d a 137.

<sup>66</sup> E b e n d a 90.

<sup>67</sup> E b e n d a 100 und 146.

Stellenwert, der den politischen Parteien im gesellschaftlich-politischen Rahmen der Zwischenkriegsrepublik zugeschrieben wird. Während die „Parteiendiktatur“ zunächst für ernste Mängel der demokratischen Verhältnisse in der Ersten Republik verantwortlich gemacht wird<sup>68</sup>, bleibt später ein Quellenzitat unkommentiert, das das genaue Gegenteil behauptet<sup>69</sup>. Einige Seiten weiter wird den Parteien erneut Schuld an der „Vernichtung“ der Demokratie in der Tschechoslowakei angelastet<sup>70</sup>, in der abschließenden Zusammenfassung dann aber wieder behauptet, daß die Bereitschaft der Führer der politischen Parteien zum Konsensus ein stabilisierender Faktor der Ersten Republik gewesen sei<sup>71</sup>.

Daß die Autorin Schwierigkeiten damit hat, das Material zu ihrem Thema konzeptionell aufzubereiten, wird vollends dort deutlich, wo es um den in der Einleitung angekündigten Vergleich mit der Entwicklung in anderen Staaten geht, bei dem man nun in der Tat nicht um eine systematisierende Betrachtungsweise herumkommt. Abgesehen von gelegentlichen knappen Verweisen auf den französischen Parlamentarismus<sup>72</sup>, kurzen Ausflügen in die Gedankenwelt Mussolinis<sup>73</sup> und einer Tabelle zur parlamentarischen Vertretung oppositioneller („nichtstaatstragender“) Parteien in Belgien, Holland, der Weimarer Republik und der Tschechoslowakei<sup>74</sup>, deren sachlicher Bezug zum Text mir auch bei mehrmaligem Lesen nicht aufgegangen ist, dient die „Internationalisierung“ des Untersuchungsgegenstandes entweder dazu, wohlwollende Urteile ausländischer Beobachter über bestimmte politische Strukturen der Ersten Republik zu zitieren<sup>75</sup>, oder darauf hinzuweisen, daß es anderswo auch nicht besser gewesen sei. Letzteres gilt etwa für die Versuch, die *Pětka* in das politische System der ČSR einzuordnen, wobei sich die Autorin in ihrem Urteil nicht ganz sicher ist<sup>76</sup> und die Diskussion darüber mit der Feststellung beendet, schließlich habe es auch in anderen Ländern derartige außerparlamentarische Gremien gegeben<sup>77</sup>.

Was sich hier andeutet, wird an anderer Stelle sehr viel deutlicher. Broklovás Apologetik, die sich durch das ganze Buch zieht, hat zwar gelegentlich durchaus komische Züge, wenn etwa Bechyněs Wort von der „nationalen Katastrophe“ der Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei während der Weltwirtschaftskrise pedantisch dahingehend korrigiert wird, daß es sich ja bei der Massenarbeitslosigkeit keineswegs um eine nationale, vielmehr internationale Katastrophe gehandelt habe<sup>78</sup>. Weniger komisch wird die Sache aber u. a. bei der Behandlung der slowakischen Frage, wo die Verfasserin glaubt, der Kritik an der Politik der Tschechen gegenüber Bratislava dadurch den Wind aus den Segeln nehmen zu können, daß sie den Slowaken vorhält,

<sup>68</sup> Ebenda 74.

<sup>69</sup> Ebenda 103.

<sup>70</sup> Ebenda 145–146.

<sup>71</sup> Ebenda 150.

<sup>72</sup> Ebenda 100.

<sup>73</sup> Ebenda 103.

<sup>74</sup> Ebenda 42.

<sup>75</sup> Ebenda 26.

<sup>76</sup> Ebenda 46 und 150.

<sup>77</sup> Ebenda 45.

<sup>78</sup> Ebenda 141–142.

im Zusammenhang mit der „Entmagyarisierung“ der Slowakei selbst eine Diktatur für die Slowakei gefordert zu haben<sup>79</sup>. Auch kleine Taschenspielertricks scheut die Autorin nicht, wenn es darauf ankommt, die Nationalitätenpolitik der Ersten Republik aufzupolieren<sup>80</sup>.

Es ist eben diese Apologetik, die hier und da auftauchende kritische Einsichten<sup>81</sup> dann doch wieder untergehen läßt und damit Ansatzpunkte zu einer distanzierten Betrachtungsweise zunichte macht. Hinzu kommt, daß die Verfasserin – ihres eigenen Urteils nicht gewiß – in oben schon beschriebener Manier<sup>82</sup> Zuflucht beim Diktum der Autoritäten nimmt. Zitate Masaryks und Benešs, auf deren Werke sich 56 der insgesamt 388 Anmerkungen des Textes von Broklová beziehen, werden dabei durchaus zielbewußt im Sinne einer „Beschwichtigungstherapie“ gegenüber den Kritikern eingesetzt: Ihre Sentenzen entscheiden den Streit, sind ihre Worte erst einmal gefallen, gibt es nicht mehr viel zu sagen. Auf diesem Wege gleitet die Autorin immer tiefer auf die Positionen einer musealisierenden monumentalischen Geschichtsschreibung ab, die sich auf das „vergangene Große“ richtet, mit der Gegenwart aber bestenfalls noch durch das zeitlose „Geistergespräch“ vermittelt werden kann, das die Nachkommen mit den Gebildeten früherer Epochen führen. Im Windschatten von soviel geistiger Exklusivität fühlt sich auch die Autorin zu elitären Höhenflügen ermuntert: Ein immer wiederkehrender Topos ihres Textes sind die „Massen“, ist der „Fanatismus“ der Massen, ist die „Vermassung“, die zum Verfall des „moralischen und geistigen Niveaus“ führt, sind die Massen, die „nichts anderes verlangen, als zu glauben“, die „undemokratischen Massen“ etc.<sup>83</sup> Es paßt gut zu dieser elitären Perspektive, die es dem früheren Liebesobjekt der kommunistischen Historiographie noch einmal kräftig heimzahlt<sup>84</sup>, daß sich „Demokratie“ bei Broklová schließlich auf eine Art innere

<sup>79</sup> E b e n d a 124.

<sup>80</sup> Zum Beweis dessen, daß die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei in Zeiten wirtschaftlicher Not in höherem Maße unterstützt wurde, als dies dem Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung der ČSR entsprach, weist die Autorin darauf hin, daß in den Jahren 1930–1935 über die deutschen Gewerkschaften mehr als 42 Prozent der für die Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung stehenden Mittel ausgezahlt wurden, obwohl der deutsche Bevölkerungsanteil erheblich niedriger lag. Arbeitslosenunterstützung wurde über das in der Tschechoslowakei eingeführte Genter System jedoch grundsätzlich nur den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ausgezahlt, sodaß die genannten 42 Prozent lediglich den Anteil an der Gesamtsumme der Unterstützung wiedergeben, der den Arbeitern deutscher Nationalität aufgrund ihres gewerkschaftlichen Organisationsgrades zustand. E b e n d a 139.

<sup>81</sup> E b e n d a 46.

<sup>82</sup> Vgl. Anm. 17.

<sup>83</sup> E b e n d a 101, 102, 146.

<sup>84</sup> Es scheint eine gewisse Notwendigkeit darin zu liegen, daß diejenigen, die von der Linken ins rechte politische Spektrum abwandern, ihre Frustrationen und Enttäuschungen in einem objektivistischen Begriff der Massen abarbeiten, denen sie bestenfalls noch – wie in der vorliegenden Untersuchung – den Stellenwert eines trägen Mediums der Vermittlung zwischen Ökonomie, Politik und Kultur zubilligen wollen. Zumal die Schriften französischer KP-Renegaten (Doriot, Jouvenel, Baudrillard u. a.), die sich in einer kritischen Phase ihrer politischen Entwicklung über die Beziehungen zwischen dem Intellektuellen und den Massen getäuscht haben, bieten hierzu reiches Anschauungsmaterial.

geistige Gestimmtheit, auf einen seelischen Habitus reduziert, der äußerer Objektivierungen und institutioneller Voraussetzungen nicht mehr bedarf: Demokratie könne nicht nur an ihrem politischen System gemessen werden, meint die Verfasserin<sup>85</sup>. Um Demokratie zu retten, seien auch Beschränkungen des Parlamentarismus unerlässlich<sup>86</sup>. Demokratie und Öffentlichkeit seien nicht notwendig aufeinander bezogen<sup>87</sup>.

Das hier rezensierte Buch ist nicht symptomatisch für die Entwicklung der tschechischen Geschichtswissenschaft nach 1989. In ihm kulminieren jedoch Tendenzen, die klar erkennen lassen, daß im Prozeß der Neu- und Umorientierung der tschechischen zeitgeschichtlichen Forschung mit der bloßen Perhorreszierung des marxistisch-leninistischen Kanons noch nicht sehr viel gewonnen ist. Methodische Überprüfung dessen, was der Geschichtswissenschaft hinter ihrem Rücken an diesen oder jenen Zeitgeistfragmenten unkontrolliert wieder zuwächst, scheint eine nicht weniger wichtige Aufgabe der seit langem geforderten „Generalrevision“ der tschechischen Historiographie zu sein<sup>88</sup>.

---

<sup>85</sup> Broklová: Československá demokracie, 20.

<sup>86</sup> Ebenda 113.

<sup>87</sup> Ebenda 26.

<sup>88</sup> Der Begriff „Generalrevision“ nach Křen: Bílá místa, 103.

## DIE VERGANGENHEIT BEI TSCHECHEN UND SUDETENDEUTSCHEN

*Von Jan Křen*

Die Frage, wie man sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen soll, wie überkommene Interpretationen zu revidieren seien und wie Geschichte aufgearbeitet und „bewältigt“ werden soll, ist kein deutsches Spezifikum, obwohl gerade die deutsche Sprache den eigentümlichen Begriff der „Vergangenheitsbewältigung“ hervorgebracht hat, zu dem man in anderen Sprachen und anderen kulturellen Zusammenhängen schwerlich ein Äquivalent findet. Wenn man sich jedoch nicht an diesen etwas irreführenden und problematischen Begriff klammert, so ist das, was er zum Ausdruck bringen will, im Grunde eine ständige Begleiterscheinung der Geschichte und der Geschichtsschreibung: Der Begriff tritt dann in sein Recht, wenn die Dimensionen des üblichen Wandels historischer Auffassungen und Bewertungen gesprengt werden, wenn es Zeiten der Krise und der Erschütterungen, und zwar nicht nur der jüngsten, zu erfassen gilt. Aus der deutschen Geschichte ließen sich hierzu zahlreiche Beispiele anführen, und auch in der böhmischen bzw. tschechischen Geschichte herrscht daran kein Mangel – denken wir nur an Comenius und Balbín in der Zeit nach dem Weißen Berg oder an die Versuche, die Erste Tschechoslowakische Republik zu „entösterreichern“, um nicht allgemein bekannte Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zu nennen.

Schon ein flüchtiger Blick auf die hier angedeuteten historischen Vorgänge macht klar, daß die entscheidenden Antriebe zu diesen geistigen Umbrüchen eher aus dem kritischen Potential der realen Lebensverhältnisse kamen als aus dem kritischen Ansatz der Geschichtsschreibung: Der Hitler-Mythos wurde durch die Mißerfolge des Regimes und dessen beispiellosen Zusammenbruch ausgehöhlt, lange bevor die historiographische Kritik einsetzte; diese meldete sich im großen und ganzen erst nachträglich zu Wort, nach dem Sturz des nationalsozialistischen Regimes, und ihre Wirksamkeit und Resonanz wurden zugleich durch die Realität beeinflusst, d. h. durch die Verhältnisse der Nachkriegszeit. Die Weimarer Republik, instabil und brüchig, hat auf dem Feld, von dem hier die Rede ist, nicht viel zustande gebracht, und zwar nicht nur deshalb, weil der Zusammenbruch, aus dem sie hervorging, längst nicht so umfassend gewesen war, wie dies für das Jahr 1945 gilt. Die Bundesrepublik erwies sich in dieser Hinsicht als erfolgreicher: Nicht nur die unvergleichlichen Greuelthaten des Nationalsozialismus, sondern auch der Kontrast zu den wirtschaftlichen und politischen Erfolgen der Bonner Republik gaben der Kritik an den Mythen der Vergangenheit eine weit größere Dynamik und Glaubwürdigkeit, als dies bei ihrer Weimarer Vorgängerin je der Fall sein konnte. Freilich übten die Nachkriegsverhältnisse keinen eindeutigen und geradlinig zu verfolgenden Einfluß aus; es gab in ihrer Entwicklung auch retardierende Momente wie den Kalten Krieg, die Tatsache, daß die ursprünglichen Vorstellungen

über die Entnazifizierung revidiert wurden, wie schließlich das Faktum, daß Kritik an der Vergangenheit nicht immer in gleichem Maße Gehör fand.

Dieser schematische Hinweis auf die deutsche Nachkriegsrealität berührt bereits direkt unser Thema: Die Sudetendeutschen, die nach dem Krieg in der Mehrheit nach Westdeutschland gelangten, teilten schließlich auch das Schicksal der Bundesrepublik, und dazu gehörte das ganze Auf und Ab der Revision der nationalsozialistischen Vergangenheit. In diesem Rahmen hatten sie freilich eine besondere Stellung, da sie – wie alle Vertriebenen – ihre Heimat verloren hatten und gezwungen waren, sich eine völlig neue Existenz aufzubauen. Die unzähligen Schwierigkeiten der Integration in ein neues Lebensmilieu, das sich durch eigenes Elend verhärtet hatte und die Zuwanderer nicht immer freundlich aufnahm, weckten und stärkten bei vielen Sudetendeutschen das Gefühl, in doppelter Hinsicht Opfer, zweifach betroffen zu sein: zum einen – wie alle anderen Deutschen auch – durch die Folgen der Niederlage, zum anderen darüber hinaus durch die Folgen der Zwangsumsiedlung und des damit verbundenen Elends.

Diese besondere Situation bedingte spezifische Reaktionen der Sudetendeutschen und ein Weltbild eigener Art. In seinem Mittelpunkt stand nicht die Niederlage Deutschlands als solche, sondern die Folgen dieser Niederlage: Flucht, Vertreibung und Aussiedlung. Dies „programmierte“ denn auch das sudetendeutsche geistige Schaffen nach dem Krieg, dessen Umfang ein erstaunliches Beispiel der bemerkenswerten Vitalität und Produktivität der Sudetendeutschen darstellt. Während man nicht vergessen sollte, daß zahlreiche Werke von Autoren sudetendeutscher Abstammung Eingang in die gesamtdeutschen geistigen Traditionen gefunden haben und mit diesen verschmolzen sind, kreist die eigentliche sudetendeutsche Literatur im Grunde bis heute geradezu obsessiv um zwei großen Themen: das erste gilt der Problematik, die im Tschechischen unter dem Begriff „Abschub“ (odsun) und im Deutschen unter dem Begriff „Vertreibung“ zusammengefaßt wurde und wird, das zweite betrifft die Erinnerung an die alte Heimat und ihre Geschichte, zumal die ältere oder zumindest vor dem Nationalsozialismus liegende Geschichte.

Dieses zuletzt genannte Thema kann man nicht einfach als Nostalgie abtun, mag dieses Moment darin auch präsent sein und eine große Rolle spielen. In der Tat hat dieses Moment eine unbestreitbare, positive Legitimität: Wenn zu den Attributen Europas seine Buntheit, seine vielgliedrigen Strukturen und seine Vielschichtigkeit zählen, dann gehört die sudetendeutsche Facette unzweifelhaft dazu, und wenn die Erinnerung daran und die sudetendeutsche Vergangenheit überhaupt bewahrt wird, so kann dies nicht als national verengte „Stammes-“ oder folkloristische Angelegenheit betrachtet werden.

Die Vergangenheit der böhmischen Länder, an der das deutsche (und auch das jüdische) Element einen so beträchtlichen Anteil hatte, ist ein nicht zu vernachlässigender Bestandteil der europäischen Vergangenheit und gehört auch zum kulturellen Erbe der Tschechen – ebenso wie deren Vergangenheit Europa und zum Teil den Sudetendeutschen gehört. Es geht um eine – wie es zu Recht in der Präambel des unlängst unterzeichneten Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrages heißt – „gemeinsame Geschichte“, die nicht völlig begriffen werden kann, wenn sie entweder unter rein tschechischem oder rein sudetendeutschem Blickwinkel betrachtet wird,

als parallel verlaufende nationale Historien, die eine unter dem Titel „Geschichte der tschechischen Nation in Böhmen und Mähren“, die andere als Geschichte der Deutschen in diesen Ländern. Die Geschichte der böhmisch-mährischen Deutschen (in sudetendeutscher oder anderer Bearbeitung) ist ein ebenso unersetzlicher Bestandteil dieser jahrhundertealten „Konfliktgemeinschaft“ wie die tschechische Geschichte in ihren verschiedenen Interpretationen. Darstellungen dieser Art, ob deutsch oder tschechisch, sind einseitig, und ihr synkretistisches Produkt, die sozusagen mechanische Addition der beiden nationalen Historien, ergibt keine authentische Geschichte. Angebracht sind vielmehr kritische synthetisierende Versuche, die allerdings auf sudetendeutsche Beiträge nicht verzichten können. Obwohl diese seit nunmehr fast fünfzig Jahren außerhalb der böhmischen Länder erscheinen, sind auch sie Teil ihrer geistigen Welt, eben wie hierzu das kulturelle Erbe des tschechischen Exils gehört, und zwar nicht nur des jüngsten tschechischen Exils.

Das gleiche oder nahezu das gleiche gilt für das zweite große Thema der sudetendeutschen Literatur nach dem Krieg. Auch die Geschichte der zwangsweisen Aussiedlung und Vertreibung der Sudetendeutschen gehört – als eines ihrer schmerzlichsten Kapitel – zur Geschichte Böhmens und Mährens, und dies um so mehr, als dieses Thema im tschechischen Denken und in der tschechischen Literatur lange unbeachtet blieb, unterdrückt und in verzerrender Weise dargestellt wurde. Es ist begreiflich, daß viele, ja die meisten sudetendeutschen Arbeiten diese Problematik in anklagender und anprangernder Weise behandeln; diese Einseitigkeit hat ihre Gründe übrigens auch in der Materiallage, da die tschechischen Archive – nicht nur was diese Frage betrifft – geschlossen waren, selbst für tschechische Forscher. Hier wäre es erforderlich, in jener synthetisierenden Weise vorzugehen, von der oben die Rede war; ideale Grundlage hierfür wären gemeinsame Forschungsprojekte, für die die Veränderungen der letzten Jahre günstige Voraussetzungen geschaffen haben.

Eine bedenkliche Lücke in der nach dem Krieg erschienenen sudetendeutschen Literatur, zumal der historisch ausgerichteten, bildet freilich die Geschichte des eigenen, des sudetendeutschen, Nationalismus, angefangen von der alten österreichischen Republik bis zur nationalsozialistischen Periode – ein Thema, das – wenn überhaupt – durchweg nur von tschechischen und nicht minder national einseitigen Arbeiten aufgegriffen wird. Von daher haben wir es hier um so mehr mit einem wirklich wichtigen „weißen Fleck“ zu tun, den keine politischen Deklarationen auszufüllen vermögen, da diese mit den verschiedensten Vorbehalten und Vorwürfen einherzugehen pflegen, wie die Frage des Münchener Abkommens zeigt. Es ist wahrscheinlich, daß die Historiographie gerade hier auf die Spuren der tatsächlichen Dimensionen der tschechisch-deutschen Tragödie jener Zeit stößt, deren Grundlage eine geistige Entfremdung bildete, für die es zuvor kein Beispiel in der Geschichte gegeben hatte. Was die Tschechen betrifft, so liegt der Schlüssel hierzu offenbar in jener bekannten „Triade“ des Antifaschismus, Antihitlerismus und der antideutschen Einstellung; der Widerstand und die gerechte Sache der nationalen Befreiung hatten auch ihre dunklen Seiten, und die harte Realität der Okkupation trug gewiß nicht zur Kultivierung humanistischen Denkens und der Demokratie bei. Die Entwicklung auf deutscher bzw. sudetendeutscher Seite verlief offenbar in noch komplizierteren Bahnen. Wir wissen zumindest zum Teil, in welcher Weise die Euphorie, die das Münchener Abkommen

und der 15. März 1939 in den Sudetengebieten hervorriefen, das schwere Los der sudetendeutschen Gegner des Nationalsozialismus überdeckte. Doch wir wissen fast nichts darüber, wie die sudetendeutsche Öffentlichkeit (wenn man von dieser in jener Zeit überhaupt sprechen kann) die Verluste ihrer eigenen nationalen Basis aufgenommen hat, die die Teilung des sudetendeutschen Gebiets und die nationalsozialistische Gleichschaltung mit sich brachten, die im Mustergau der NSDAP konsequenter durchgeführt wurde als im Altreich. Wenn man analoge Entwicklungen heranzieht, so dürfte es wahrscheinlich sein, daß diese Probleme durch die anfänglichen spektakulären Erfolge Hitlers, die auch auf die Sudetendeutschen ihre Faszination ausübten, verdeckt wurden. Doch was geschah, als sich die Erfolge in Mißerfolge verwandelten und sich die Perspektive der Niederlage, ihrer Konsequenzen und der Vergeltung abzuzeichnen begann? Es ist durchaus möglich, daß bei vielen Sudetendeutschen das einstmals so betonte „Es kommt der Tag . . .“ schwächer zu werden begann und statt dessen der ursprüngliche Sinn der Verse Freiligraths an Bedeutung gewann: „Es kommt die Stunde, es kommt der Tag, wo du an Gräbern stehst und klagst.“ Wurde aus der früheren Parole „Heim ins Reich“ am Ende vielleicht ein „Heim in die Tschechoslowakei“? Doch wie sollte sich ein solcher Sinneswandel in einer Atmosphäre von Fanatismus, Kontrolle und Terror äußern? Auch die Versuche der sudetendeutschen Emigration, die die herannahende Katastrophe sehr wohl gesehen hat und in den Sudetengebieten Widerstand schüren wollte, endeten mit einem Mißerfolg: Weder aus den Sudetengebieten noch aus dem ganzen damaligen Deutschland kamen Signale, die auf eine Absage an den Nationalsozialismus hindeuteten; wenn es Signale dieser Art gab, dann waren sie schwach und in dem von seinen Grenzgebieten hermetisch abgeriegelten Böhmen überhaupt nicht zu hören. Im übrigen hatte die tschechische Gesellschaft, die den schweren Repressionen ausgesetzt war, jedoch eine ganz andere mentale Verfassung aufwies und sich an die Hoffnung auf die Befreiung klammerte, zu diesem Zeitpunkt jede Sensibilität für die so gut wie unsichtbaren Zeichen sudetendeutscher Résistance verloren.

Irgendwo an diesem Punkt nahm jene geistige Trennung ihren ungehemmten Lauf, die zwischen Tschechen und Sudetendeutschen seit den dreißiger Jahren immer deutlicher geworden war und bis zur völligen Entfremdung führte, zum Verlust von Kontakten und teils sogar elementarer menschlicher Beziehungen. Diese schematische Hypothese ist gewiß nicht in der Lage, alle verschlungenen Wege dieser schicksalhaften Entwicklung zu erfassen, doch ohne sie wäre alles Weitere überhaupt nicht zu begreifen, auch nicht das subjektive Gefühl der Sudetendeutschen, daß ihnen Unrecht angetan worden sei, und die genau entgegengesetzten Gefühle der Tschechen. Diese Suche nach den Spuren eines Wandels im Denken, die sich auch bei der Anwendung der subtilsten Methoden der historischen Analyse wohl mit mancher ungeklärten Frage wird abfinden müssen (und zwar gerade im Hinblick auf die so wichtige Endphase des Krieges), ist bisher noch nicht aufgenommen worden, und die historische Wissenschaft auf beiden Seiten steht hier vor einer schwierigen Aufgabe – zum Verständnis des einstigen wechselseitigen Unverständnisses beizutragen. Diese Aufgabe wird noch größer, wenn man bedenkt, wie sich jene Entfremdung fortgesetzt hat, wie sie durch die Teilung Europas (und Deutschlands) sowie durch den Kalten Krieg petrifiziert und potenziert wurde, und dies gerade in einer Zeit, die – wie das so oft zitierte Beispiel der

französisch-deutschen Aussöhnung zeigt – für Versöhnung und Annäherung längst reif geworden war. Das Interesse der Westalliierten, das den Prozeß der französisch-deutschen Verständigung beschleunigte, kam im tschechisch-deutschen bzw. sudetendeutschen Fall damals kaum in Betracht.

In dieser Hinsicht – und nur darin – ist die tschechische Seite im Vorteil, wenn man ein vierzig Jahre dauerndes kommunistisches Regime, das aus den Ressentiments der Kriegs- und Nachkriegsjahre schamlos und verblindet seinen Nutzen gezogen hat, einen Vorteil nennen will. Die Tatsache, daß über Jahrzehnte hinweg jedwede Revision der Vergangenheit unmöglich gemacht wurde, hat den Willen zu dieser Revision verdoppelt und verleiht ihr dramatische Akzente, wie die erregten tschechischen historischen Diskussionen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart deutlich machen. Die Deutschen – und hierin sind die Sudetendeutschen eingeschlossen – stehen bei weitem nicht unter einem solchen Druck, wenn man von dem vergleichbaren, jedoch in eine andere Richtung zielenden Druck in der ehemaligen DDR absieht. Es ist also die Frage, ob hier ein ähnlicher differenzierender Impuls zu erwarten ist, wie er von tschechischer Seite aus den Diskussionen der Dissidenten und den bekannten Äußerungen Václav Havels hervorgegangen ist. Positive Anregungen fehlen jedoch auch auf deutscher Seite nicht, und dabei ist nicht nur an die unvergeßlichen Reden des Bundespräsidenten v. Weizsäcker aus dem Jahr 1985 und vom 15. März 1990 zu denken; aus Prager Sicht scheint es, daß diese auch im sudetendeutschen Milieu größere Aufmerksamkeit verdienen würden. Von Zeit zu Zeit macht sich freilich auch Enttäuschung breit, zumal bei den Versuchen einiger sudetendeutscher Autoren, die tschechischen Diskussionen zur Selbstbestätigung zu nutzen. Diese Versuche stellen für das tschechische Bemühen, einen Ausgleich mit der eigenen Vergangenheit zu finden, ein ebenso großes Hindernis dar wie in ähnlicher Weise auf Selbstbestätigung angelegte tschechische Ergüsse, wie wir sie nicht nur auf den Seiten von Rudé právo finden.

Damit wären wir schon beim zweiten Teil unseres Themas angelangt, nämlich bei der Frage nach dem tschechischen Verhältnis zur eigenen Vergangenheit im allgemeinen und zu ihrem deutschen Element im besonderen.

Die Ausgangslage ist hier denkbar schwierig. München und die nationalsozialistische Okkupation ließen die alten nationalistischen Stereotypen verhärten und fügten noch weitere hinzu. Die „Liquidierung“ des deutschen Elements in den böhmischen Ländern stieß in der tschechischen Öffentlichkeit – aufgewühlt zumal durch die Vorgänge gegen Kriegsende, wie den Durchzug von Häftlings- und Kriegsgefangenenkolonnen u. a. – auf allgemeine Zustimmung, die durch politische Manipulationen noch verstärkt wurde. Alle tschechischen Parteien nach dem Krieg wetteiferten geradezu darin, sich Verdienste beim „Abschub“ zu erwerben. Die Kommunisten befanden sich dabei angesichts ihrer internationalistischen Vergangenheit – in der Tat waren sie die letzten, die die umfassende Aussiedlung der Deutschen akzeptierten – im Grunde in der am wenigsten vorteilhaften Situation; sie ließen ihre Vergangenheit freilich so rasch und so gründlich hinter sich, daß sie aus diesem zweifelhaften nationalen Wettstreit am Ende als Sieger hervorgingen. Der antideutsche Affekt, der sich vor allem in den berüchtigten antirevanchistischen Kampagnen niederschlug, gehörte denn auch zu den wirksamsten Instrumenten der legitimatorischen Ausstattung des kommuni-

stischen Regimes, wenngleich seine Überzeugungskraft – zumal nach 1968 – rasch nachzulassen begann. Die Einflüsse, die die Teilung der Welt in zwei Blöcke und der Kalte Krieg jahrzehntelang auf das tschechisch-deutscher Verhältnis ausgeübt haben, können angesichts ihrer höchst negativen Auswirkungen in einer Bilanz dieses Verhältnisses daher nicht vernachlässigt werden und sind noch nicht ausreichend untersucht.

Tatsache bleibt freilich, daß es nach 1945 in der tschechischen Gesellschaft keine relevante politische Kraft gab, die die damalige Regelung der deutschen Frage in Zweifel gezogen hätte; auch vereinzelte kritische Stimmen, deren Gewicht, und zwar nicht nur in moralischer Hinsicht, nicht unterschätzt werden sollte, betrafen eher Exzesse bei der Durchführung der Aussiedlung als das Prinzip der Aussiedlung selbst. Wie weit die Tschechen in dieser Hinsicht aus den „Normen“ eines politischen Klimas in Europa herausfielen, in dem damals die Abrechnung mit Hitler und dem Nationalsozialismus dominierten, ist bisher noch in keiner Weise untersucht worden. Auch die ersten kritischen Einwände gegen die Aussiedlung, die zu Beginn der fünfziger Jahre in der tschechischen Emigration auftauchten, hatten keine allzu große Wirkung, schon deshalb nicht, weil sie die Tschechoslowakei nur in vereinzelten Fällen oder überhaupt nicht erreichten. Wesentlichen Anteil an dieser geringen Resonanz hatten allerdings die politischen Verhältnisse jener Zeit, und zwar nicht nur jene nur zu gut bekannte Atmosphäre der fünfziger Jahre in der Tschechoslowakei, sondern auch die politische Realität Westdeutschlands: Aus der Ferne war es nicht leicht, den Sinn der Wiederbewaffnung Deutschlands zu begreifen und die Karrieren eines Globke und anderer bloß als Anfangsschwierigkeiten der Entwicklung der deutschen Demokratie zu verstehen. Auf der anderen Seite vermochte die von Moskau initiierte internationale Verbrüderung mit der damaligen DDR, deren antifaschistisches Verständnis und das zu jener Zeit nicht völlig wirkungslose Anprangern des „Revanchismus“ der Bundesrepublik Deutschland, die tschechischen nationalen Stereotypen nicht allzu sehr zu beeinflussen.

Die ersten Ansätze zu einer Revision der überkommenen Vorstellungen in den sechziger Jahren waren zum einen durch eine Veränderung der politischen Großwetterlage bedingt, nämlich durch eine Phase der Entspannung in Europa, zum anderen durch die beginnende Lockerung der innenpolitischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei wie den politischen Wandel in der Bundesrepublik. Was diese letzteren betrifft, so erscheint es lohnend, einmal die Gründe zu analysieren und die Fragen nach dem Einfluß des damaligen deutschen Wirtschaftswunders auf das politische Klima der Bundesrepublik zu stellen, dann auch danach, wie sich die Wellen der Kritik am Nationalismus und Nationalsozialismus, die von der Generation der sechziger Jahre in der Bundesrepublik ausgingen, auf dieses Klima auswirkten. Welchen Begründungszusammenhang wir auch immer voraussetzen wollen: Die tschechischen Ansätze zu einer Revision des tschechisch-deutschen Verhältnisses und der tschechisch-deutschen Problematik blieben punktuell und begrenzt und wurden darüber hinaus durch die politisch-gesellschaftliche Restauration nach der sowjetischen Invasion des Jahres 1968 im Keim erstickt. Obwohl das kommunistische Regime in der Phase der sogenannten Normalisierung die Wirksamkeit seiner „antirevanchistischen“ Legitimation nicht wiederherzustellen vermochte, blieb die deutsche Frage

bzw. ihre kritische Behandlung doch eines der bestgeschützten Tabus und für die offizielle, staatskonforme Wissenschaft auf lange Zeit unzugänglich. Allerdings hat die Wissenschaft – von wenigen Ausnahmen abgesehen – gewisse Aufweichungserscheinungen des Regimes in den letzten Jahren vor 1989 nur ausnahmsweise genutzt.

Kritisches, gegen das kommunistische Regime gerichtetes Denken überhaupt und zumal im Blick auf die deutsche Problematik wurde so zu einer Domäne der Dissidenten, deren öffentlicher Einfluß durch ihre systematische Verfolgung allerdings stark eingeschränkt worden ist. Dies gilt auch im Hinblick auf die Diskussion, die sich gegen Ende der siebziger Jahre unter den Dissidenten zunächst zur Problematik der Aussiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte. Diese Diskussion griff allmählich über ihren Gegenstand hinaus, und dies sowohl in historiographischer als auch politischer Hinsicht. Unter letzterem Gesichtspunkt sind in diesem Zusammenhang vor allem eine Reihe von Samizdat-Texten aus den frühen achtziger Jahren zu nennen, aus denen das 1985 publizierte sogenannte Friedensmanifest der Charta 77 herausragt. In diesem Manifest kritisierte die führende Gruppe der tschechoslowakischen Opposition zum einen die Einseitigkeit der damaligen Orientierung der Friedensbewegung im Westen und plädierte andererseits eindeutig für die Wiedervereinigung Deutschlands. Auch wenn es sich hierbei nur um die Äußerung eines verhältnismäßig kleinen Personenkreises handelte, muß diese Stellungnahme doch als ein wahrer Meilenstein im tschechischen politischen Denken besonders nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet werden. Zuvor hatten die Tschechen die deutschen Einigungsbestrebungen bestenfalls – und gelegentlich eher widerwillig – zur Kenntnis genommen. Nun war eine Stimme aus Böhmen laut geworden, die sich für die Wiedervereinigung Deutschlands aussprach, und dies zu einer Zeit, als sich der überwiegende Teil der deutschen Öffentlichkeit mit der Teilung abgefunden hatte und seine Erwartungen für die nächste Zukunft darauf reduzierte, daß sich das deutsch-tschechische Verhältnis entspannen würde.

Die Einstellungen der tschechischen Dissidenten gewannen 1989 an Bedeutung, als sie zur Grundlage der außenpolitischen Orientierung des neuen Prager Regimes genommen wurden, die bis heute ihre Gültigkeit nicht verloren hat. Einige Schritte, die nach 1989 auf außenpolitischem Gebiet unternommen wurden, riefen allerdings in der hierauf nicht vorbereiteten Öffentlichkeit gemischte Reaktionen hervor. In jedem Fall wurde damit eine breite Diskussion in Gang gesetzt, die sich schließlich nicht nur auf die deutsche Frage beschränkte: Auf die Tagesordnung gelangte nun im Grunde eine Art Generalrevision der Betrachtungsweisen der eigenen Vergangenheit, wobei keineswegs nur die dahinvegetierenden und kompromittierten kommunistischen Klischees zur Debatte standen. Freilich war auch diese Revision selbst, so wie sie von den Dissidenten initiiert wurde, nicht problemlos. Den Überlegungen und Standpunkten der Dissidenten, die durch wissenschaftliche historische Analysen nur sehr unzureichend belegt werden konnten, lagen vor allem starke ethische Motive zugrunde, die ihnen zugleich zum Vorteil wie zum Nachteil gereichten. Die Geschichtswissenschaft hat sich zwischen ethischem Pathos und der Moralisation der Geschichte immer nur mühevoll ihre Weg bahnen können, und in diesem Fall tut sie sich doppelt schwer.

Freilich werden für die historiographische Aufarbeitung der Themen, um die es hier geht, erst die Voraussetzungen geschaffen (Öffnung der Archive usw.), und die

wissenschaftliche Arbeit steht erst am Anfang. Obwohl Vorurteile, zumal tiefstehende, eine lange Lebensdauer zu haben pflegen, ist diese Aufgabe ein starker Impuls, um die erheblichen Defizite auszugleichen, die in den tschechischen Vorstellungen über die Vergangenheit vorhanden sind. Wenn der Vergleich erlaubt ist, so handelt es sich im Grunde um eine ähnliche Ausgangssituation, wie sie Deutschland nach 1945 erlebte. Obwohl nun alle diese Aktivitäten erst angelaufen sind und Ergebnisse noch eine Weile auf sich warten lassen werden, zeichnen sich am Horizont bereits neue Schwierigkeiten ab, die einkalkuliert werden müssen. Die Probleme einer bislang beispiellosen wirtschaftlichen und politischen Transformation und darüber hinaus die staatsrechtliche Teilung der Tschechoslowakei können nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis zur Vergangenheit sowie auf die Bemühungen um ihre Überprüfung bleiben und werden die Vielschichtigkeit dieser Aufgabe noch erhöhen. Die Vergangenheit ist in diesem Fall bei weitem nicht so offensichtlich „abgeschlossen“ und historisiert, wie dies für Deutschland nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg galt.

Die tiefen politischen Umbrüche des Jahres 1989 haben – insbesondere was die tschechisch-deutschen Beziehungen betrifft – außerordentlich günstige, fast ist man versucht zu sagen: einzigartige Voraussetzungen geschaffen. Allzuoft in der Vergangenheit standen Tschechen und Deutsche, zumal die Sudetendeutschen, an den entgegengesetzten Ufern des Stroms der Geschichte, und die Entwicklung der beiden nationalen „Parteien“, die so verwandt sind und einander so nahestehen, wurde von zahlreichen Asynchronien und Kalamitäten geprägt, die dem gegenseitigen Verständnis, um nicht zu sagen: der Annäherung und Versöhnung, im Wege standen. Im Jahr 1989 hat sich zumindest das Ausmaß ihrer unterschiedlichen Evolution verringert: Der Umsturz in der DDR, der Prager 17. November und die Wiedervereinigung Deutschlands, waren Glieder ein und derselben Kette. Aus dieser Angleichung des geschichtlichen Entwicklungsrhythmus ergeben sich in der Tat einzigartige Chancen, was die Annäherung der Auffassungen über die Vergangenheit mit allen ihren Irrungen und Wirrungen betrifft.

Allerdings sollte man nicht darauf vertrauen, daß diese Konstellation gleichsam von selbst wirksam wird. Die heutigen tschechischen, deutschen und sudetendeutschen Verhältnisse kommen ihr nicht in jeder Hinsicht entgegen, und die gemeinsame Geschichte, die in der Präambel des Nachbarschaftsvertrages zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland beschworen wird, ist mit vielen gegenwärtigen und vergangenen Problemen belastet, wobei ein nicht geringer Teil der gegenwärtigen Probleme gerade durch die Vergangenheit verursacht worden ist. Vieles bleibt also offen, und manches wird sich nicht ohne weiteres abschließen lassen, was in der Geschichte übrigens auch kaum möglich ist. Ohnehin hat sich die Wahrheit einer „letzten Instanz“ im Sinne einer definitiven und endgültigen Wahrheit in der Geschichte immer als zweifelhaft erwiesen, und was die besonders vielschichtigen Nationalitätenprobleme betrifft, so gilt dies doppelt: Es gibt keine endgültige Lösung – außer der Endlösung, und selbst die hatte keinen definitiven Charakter. Das einzig denkbare Rezept in der Politik und in der Geschichte besteht darin, diese Fragen permanent zu regeln versuchen, Stück für Stück und immer wieder aufs neue.

Die kommunizierenden Gefäße der tschechisch-deutschen Beziehungen, an deren Inhalt der sudetendeutsche Teil einen nicht unbedeutenden Anteil hat, können

endlich tatsächlich miteinander in Verbindung treten, und Ideen, Auffassungen und Überlegungen können endlich frei ausgetauscht werden. Doch die Eigenart dieser Gefäße liegt gerade in ihrer Verbindung: Eine Bewegung auf der einen Seite beeinflusst sofort die andere und umgekehrt. Die heute in großem Maße gegebene Gelegenheit zu einer Annäherung der Standpunkte, die durchaus nicht immer zu identischen Auffassungen führen muß, sollte nicht verpaßt werden, denn diese Gelegenheit muß nicht so bald wiederkehren. Die tschechisch-deutschen Beziehungen verlangen eine gemeinsame Aufarbeitung – durch einen freien Gedankenaustausch, eine sachliche und offene Diskussion und nicht zuletzt durch wissenschaftliche Zusammenarbeit. Durch die bloße Verknüpfung zweier nationaler Geschichtsschreibungen oder zweier nationaler Selbstkritiken wird sich das erwünschte wissenschaftliche Ergebnis kaum erreichen lassen. Vergleich und Synthese bzw. die Anstrengung, dieses zu leisten, bezeichnen den Weg, der unter allen denkbaren Gesichtspunkten die größten Aussichten auf Erfolg verspricht – Takt und Rücksicht auf die andere Seite sollten dabei selbstverständlich sein. Je größere Schuld in dieser Hinsicht auch die Geschichtsschreibung abzutragen hat, die tschechische, die deutsche wie die sudetendeutsche, um so größerer Raum bietet sich für neue Aktivitäten.

## DIE TSCHECHISCHE DISKUSSION ÜBER DIE VERTREIBUNG DER DEUTSCHEN UND DEREN FOLGEN

*Von Manfred Alexander*

Die politischen Umwälzungen seit Ende der kommunistischen Regime in den Ländern Ostmittel- und Osteuropas haben ihre Konsequenzen nicht nur auf den Landkarten, sondern auch im Bewußtsein der Menschen, das oft den geänderten Landkarten hinterherhinkt. Die notwendig gewordene Neuorientierung in der größer gewordenen Bundesrepublik Deutschland ist an dem Streit über die Hauptstadt „Bonn oder Berlin“ zu sehen, und dahinter verbirgt sich nicht nur ein Streit um Kosten, sondern ein solcher um die Fortsetzung einer bewährten Politik oder deren Änderung. Noch gravierender ist die Neuorientierung dort, wo man einen grundsätzlichen Bruch mit der jüngsten Vergangenheit vollzogen hat – oder diesen zumindest begonnen hat: in den östlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik. Es geht dort nicht nur um die Anpassung an die Gesetze von Markt und Demokratie, sondern es geht auch um die Rückbesinnung auf die eigene Tradition, auf die eigene Geschichte und auf Fehlentwicklungen, die ihre Konsequenzen hatten und noch haben. Die Spaltung der Tschechoslowakei in die beiden Bestandteile zum Anfang des Jahres 1993 ist nur ein Beispiel dafür, daß eine ganze Geschichtstradition auf den Prüfstand kritischer Selbstbesinnung gestellt und – jedenfalls zum Teil – dann verworfen werden kann. Die Vergangenheit des eigenen Volkes, des eigenen Staates und seiner Standortbestimmung ist so in vielen Ländern zum Problem geworden, wie die Gegenwart ebenfalls, und beide Ebenen sind miteinander verschränkt, weil die Zeitgenossen ihre jeweiligen Interessen rückwärts verlängern und Argumente für diese oder jene Richtung in der Geschichte zu suchen pflegen. Die Geschichte dient aber nicht nur als Steinbruch, sondern sie steht als Suche nach der Vergangenheit, als Korrektur von Fehlentwicklungen, selbst im Zentrum der Fragen, und die Antworten darauf sind naturgemäß vielgestaltig. Als Ergebnis dieses Nachfragens zeigt sich, daß es „schwierige Vergangenheiten“ sind, um die man streitet.

Das Nachdenken über den „Sinn der tschechischen Geschichte“ hat eine lange Tradition, in der nicht nur der große Historiker Josef Pekař seinen Platz einnimmt<sup>1</sup>. In der gegenwärtigen Situation sind es besonders drei Probleme, die in der Tschechischen Republik die Historiker bewegen:

- das Abstreifen der kommunistischen Stereotypen im Denken und in der historischen Fachliteratur,

---

<sup>1</sup> Pl a s c h k a, Richard Georg: Von Palacký bis Pekař. Geschichtsbewußtsein und Nationalbewußtsein bei den Tschechen. Graz-Köln 1955.

- die Neubewertung der „tschechoslowakischen“ Orientierung<sup>2</sup> und
- die Rückbesinnung auf die Tradition der „Länder der Böhmischen Krone“.

Dies hat unmittelbar auf die Beziehung zu den Deutschen im Lande und außerhalb Konsequenzen, denn der zentrale Punkt dieser Problematik ist die Vertreibung der Deutschen und damit der Bruch mit der mehrhundertjährigen Tradition der böhmisch-mährischen Geschichte.

\* \* \*

Das kritische Nachdenken über diese Gesamtproblematik hatte schon vor dem Sturz des kommunistischen Regimes in Prag angefangen, nämlich zu einer Zeit, da das alte Regime im Vorfeld und auf dem Höhepunkt des Prager Frühlings im Jahre 1968 ins Wanken geraten war. In einem ersten Aufsatz in der Monatsschrift *Dialog* hatte Jan Křen im Jahre 1967 die Frage erörtert, wo der Gedanke der Abschiebung der Deutschen während des Krieges entstanden sei, den Beneš in seinem Memoiren als „Verdienst“ der Emigration in Anspruch genommen hatte<sup>3</sup>. Neben der nüchternen Betrachtung der Problematik findet man bei dem Autor Distanz zu nationalen Parolen und die Trauer über den Verlust eines Teils der Geschichte der böhmischen Länder.

Einen stärker politischen Bezug vermittelte im Jahre 1968 der sogenannte „Trialog“ zwischen dem Historiker und Reformkommunisten Milan Hübl, dem Schriftsteller Jan Procházka und dem Redakteur der Brüner Zeitschrift *Host do domu*, Vladimír Blažek<sup>4</sup>. Aus einer vierstündigen Diskussion hatte die Redaktion nur Ausschnitte veröffentlicht, wie Milan Hübl später beklagte<sup>5</sup>, und dadurch seiner Meinung nach die Perspektive etwas verschoben. Immerhin blieb seine Aussage erhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei von den Politikern der Emigration, des Landes und darin auch der Kommunisten „einstimmig“ befürwortet worden sei, und weiter, daß die Vertreibung „psychologisch erklärbar“ (psychologicky vysvětlitelný), nicht jedoch „optimal“ gewesen sei. Die drei Gesprächspartner bezogen in dieser Diskussion bereits Positionen, die sich auch später wiederfinden: etwa die Frage, ob und inwieweit die Ereignisse des Februars 1948 und die Illusionen des Volkes, auch sein schlechtes Gewissen, nicht durch die Vertreibung der Deutschen belastet worden waren (Blažek). Der Schriftsteller Procházka wies auf den Wider-

<sup>2</sup> Hierzu als eines von vielen Beispielen K u b ů , Eduard (gem. mit M. R a m p o u c h o v á): Der Tschechoslowakismus und die Entwicklung der tschechisch-slowakischen Beziehungen, und K o v á č , Dušan: Der Tschechoslowakismus. Entstehung, Verlauf und Ende. Beide in *Ethnos – Nation. Eine europäische Zeitschrift*. 1/1 (1993) 7–21 und 23–32 (jeweils vom tschechischen und slowakischen Standpunkt).

<sup>3</sup> K ř e n , Jan: Odsun Němců ve světle nových pramenů [Die Abschiebung der Deutschen im Licht neuer Quellen]. Jetzt in *Češi – Němci – odsun. Diskuse nezávislých historiků* [Tschechen – Deutsche – Abschiebung. Eine Diskussion unabhängiger Historiker]. Hrsg. v. Bohumil Č e r n ý , Jan K ř e n , Václav K u r a l und Milan O t á h a l. Praha 1990, 6–32.

<sup>4</sup> Trialog o roce 1945. Diskuse historika Milana Hübla, spisovatele Jana Procházky a redaktora časopisu *Host do domu* Vladimíra Blažka [Trialog über das Jahr 1945. Eine Diskussion des Historikers Milan Hübl, des Schriftstellers Jan Procházka und des Redakteurs der Zeitschrift *Host do domu* Vladimír Blažek. In: *Češi – Němci – odsun* 33–43.

<sup>5</sup> In demselben Sammelband 93.

spruch in der offiziellen Heldenverehrung der Widerstandskämpfer und der Wirklichkeit im Protektorat hin und erklärte deutlich, daß die unterschiedslose Vertreibung von schuldigen und unschuldigen Deutschen „eine tragische und letztendlich schlechte Politik“ gewesen sei<sup>6</sup>. Dieser moralische Gesichtspunkt wurde von Hübl nicht unterstützt, der als Historiker die Ereignisse relativiert, indem er darauf verwies, daß auch anderswo Vertreibungen geschehen und daß im Falle der Tschechoslowakei zuvor von den Deutschen zahlreiche Verbrechen begangen worden seien. Hübl betonte den Standpunkt des Historikers, der die Ereignisse zu erklären, aber nicht zu rechtfertigen habe: *Historik se ostatně nezabývá omluvami* (Der Historiker beschäftigt sich nicht mit Rechtfertigungen)<sup>7</sup>. Dieser gewichtige Unterschied zwischen den sachlich-faktischen Erläuterungen und der moralischen Bewertung sollte in der zweiten Phase der Diskussion im Zentrum der Auseinandersetzungen stehen.

Auch Blažek betonte den moralischen Gesichtspunkt, wenn er darauf hinwies, daß auch „die erdrückende Mehrheit“ des tschechischen Volkes durch seine Indienstnahme durch den verbrecherischen Staat der Nazis an deren Verbrechen irgendwie beteiligt worden sei, daß die „Revolutionäre“ nach der Befreiung sich manchmal heldenhaft verhalten und oft dem „Pöbel“ (lůza) angehört hätten, mit dem die Intellektuellen der KPTsch gemeinsame Sache gemacht hätten. Und Procházka zog daraus die Folgerung, daß nicht nur die Deutschen sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen hätten, sondern auch die Tschechen.

Aus der Frage nach möglichen Alternativen zu den tatsächlichen Ereignissen des Jahres 1945 entwickelte sich dann eine Gesprächsline, die rasch in die kommunistische Phraseologie abglitt, Erklärungen für die kritiklose Übernahme des sowjetischen Modells lieferte und damit die Diskussion auf die im Jahre 1968 lebhaft erörterten Fragen eines eigenen „Sozialismus“ verschob.

Die Ereignisse des Jahres 1968 nahmen rasch eine Wende, die zunächst für die Tschechen die Regelung der Gegenwart im Sinne einer Pluralisierung von Partei und Staat wichtig machte, dann nach der Intervention im August bald eine freie Diskussion überhaupt ausschloß. Es kehrte also wieder Ruhe ein, in der die Tschechoslowakei einen „Gesellschaftsvertrag neuer Art“ mit der Partei schloß: Die Menschen zogen sich ins Private zurück und überließen die Politik der Partei und deren Handlangern.

\* \* \*

Die eigentlich interessante und wichtige Etappe der Diskussion begann im Jahre 1977 im Heft 54 der Emigrantenzeitschrift *Svědectví*. Ein Anonymus mit dem Pseudonym Danubius, hinter dem sich der slowakische Historiker Ján Mlynárik verbarg, hatte einen Leserbrief an die Redaktion der Zeitschrift gerichtet, in dem er die Frage des Zusammenlebens von Tschechen und Slowaken in einem Staate mit der Problematik der Vertreibung der Deutschen verband: Die Tschechen hätten die Slowaken nur als Gegengewicht gegen die Deutschen in der Ersten Republik benutzt, und es könne opportun sein, daß sich die Slowaken nun von den Tschechen lösen würden, weil „früher oder später der Fluch und die Rache des starken deutschen Volkes“ auf die

<sup>6</sup> Ebenda 34.

<sup>7</sup> Ebenda 35.

Tschechen fallen könne<sup>8</sup>. Durch die Vertreibung habe man sich „auf ewige Zeiten“ an Rußland gebunden, das allein eine Rückkehr der Deutschen verhindern könne. Wer aber könne für die Zukunft garantieren, daß nicht Rußland in neue Schwierigkeiten geraten und dann in Mitteleuropa ein Vakuum entstünde, „daß die Deutschen nicht eingriffen und den Tschechen die Rechnung für die Austreibung der sudetendeutschen Bevölkerung präsentieren würden“<sup>9</sup>.

Dies war ein explosives Gemisch an Gedanken: Die tschechoslowakische Einheit wurde mit der Vertreibung der Deutschen verkoppelt und die Drohung einer deutschen Revanche an die Wand gemalt, die tschechische Schuld an die russische Garantie gebunden.

\* \* \*

Es dauerte dann ein Jahr, bis die Diskussion 1978 endgültig losbrach. In Heft 55 des *Svědectví* wurde ein Brief des Anonymus Jan Příbram alias Petr Příhoda abgedruckt<sup>10</sup>, in dem drei Thesen ausgeführt wurden: Die Vertreibung von mehr als drei Millionen Menschen war ein einmaliger Vorgang, der als „überzeitliches Urteil über die Geschichte (nadčasový „soud dějin“) inszeniert worden sei. Die unterschiedslose Vertreibung des deutschen Bevölkerungsteiles war ungerecht, und das schlechte Gewissen des tschechischen Volkes zeige sich darin, daß man im Jahre 1946 eine Straßlosigkeit für alle im Zusammenhang mit der Vertreibung verübten Taten verlangt und erhalten habe, daß man das Thema vollständig tabuisiert habe, so daß die Jugend von der vormaligen deutschen Mehrheit in vielen Städten nichts mehr wisse<sup>11</sup>. Eingehend widmete er sich dann der Frage der neubesiedelten Grenzgebiete, deren wirtschaftlicher Verfall offenkundig sei, aber noch schlimmer, deren Beispiel auch die innerböhmischen Gebiete gefolgt seien. In vorsichtigen Wendungen wurden damit die Kommunisten für den inneren Verfall verantwortlich gemacht.

Eben diese Verknüpfung findet sich in weit stärkerem Maße in dem eigentlichen Kerndokument, das Ján Mlynárik unter dem Pseudonym Danubius im Heft 57 des *Svědectví* von 1978 publiziert hat<sup>12</sup>. Der Verfasser beginnt mit dem Hinweis auf die

<sup>8</sup> Danubius (Ján Mlynárik): Milá redakcia! (časť dopisu) [Liebe Redaktion! (Teil eines Briefes)]. In: Češi – Němci – odsun 44–45, hier 44.

<sup>9</sup> E b e n d a 45.

<sup>10</sup> Příbram, Jan (Petr Příhoda): Příběh s nedobrym koncem (výňatky) [Ein Ereignis mit bösem Ende (Auszüge)]. In: Češi – Němci – odsun 46–51. – Eine erste Darstellung bietet N i t t n e r, Ernst: Die Ausweisung der Sudetendeutschen vor vierzig Jahren als tschechisches Problem. BohZ 26 (1985) 9–21. – K u č e r a, Jaroslav: Die Vertreibung. Die Debatte um die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei und ihre politische Bedeutung. Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 3 (1992) 238–248. – Der Verfasser hat in der Volkshochschule Brigittenau in Wien im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema „Vertreibung – Flucht – Deportation“ am 23. 10. 1993 einen Vortrag gehalten, der gesondert veröffentlicht wird.

<sup>11</sup> Češi – Němci – odsun 47, Anm. 2.

<sup>12</sup> Danubius (Ján Mlynárik): Tézy o vysídlení československých Němcov [Thesen über die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei]. In: Češi – Němci – odsun 55–90. Der Text in slowakischer Sprache war im Dezember 1977 entstanden und in Heft 13 der Zeitschrift *Svědectví* mit einigen Auslassungen abgedruckt worden; die vorliegende Ausgabe gibt den vollständigen Text wieder.

Massenumsiedlungen im 20. Jahrhundert als „außergewöhnliche historische Phänomene“, und er stellt neben die Aktionen Hitlers jene in der Sowjetunion. Mit diesen seien die Vertreibungsaktionen in Mitteleuropa wie mit einer „Nabelschnur“<sup>13</sup> verbunden. Damit ist das Leitmotiv der Ausführungen angesprochen: Wenn die Kommunisten auch nicht die Hauptträger der Vertreibungsidee gewesen sein mögen, so waren und sind sie doch die Nutznießer gewesen und haben die „orientalisch-asiatische Methode der Brutalität und ihre Ausführung“<sup>14</sup> zu verantworten. Als Begründung für die Vertreibungen wurde die These der Kollektivschuld aller Deutschen verwendet; dies aber erscheint dem Autor Danubius als eigentlicher Sündenfall, wie er in seinen Ausführungen mehrfach betont<sup>15</sup>, darin zeige sich die Manipulation der tschechischen Bevölkerung durch ein totalitäres Regime. Die Sieger hätten sich schließlich ebenso benommen wie die besiegten Nazis. Das „Weiterleben faschistischer Methoden“ und des „Gestapismus“ aber habe enorme negative Auswirkungen auf die Entwicklung des tschechischen Volkes im „Bereich der ökonomischen, politischen und gesellschaftlich-moralischen Entwicklung“ gehabt.

Die weiteren Ausführungen über die Verantwortung von Edvard Beneš, den Verrat an den deutschen Antifaschisten, über die wenigen Stimmen gegen diese Politik können hier übergangen werden, weil der Hauptakzent auf eben dieser moralischen Bedeutung für die Tschechen liegt: Die Vertreibung der Deutschen war nicht nur für die Betroffenen katastrophal, sondern auch für die Tschechen<sup>16</sup>, und dies in mehrfacher Hinsicht, wie Danubius dann erläutert:

- Als kleiner mitteleuropäischer Staat müssen die Tschechen ihre Stabilität im Gleichgewicht mit Deutschen und Russen suchen; die Möglichkeit des Gleichgewichtes wurde aber durch die Vertreibung der Deutschen gestört, („am 9. Mai 1945 wurden die Okkupanten gewechselt“), „die Möglichkeit einer guten, erfolgreichen Zusammenarbeit mit der deutschen Macht“ aufgegeben<sup>17</sup>. Danubius sieht darin eine Gefahr und eine „offene Rechnung“ für die Zukunft, wie er dies schon in seinem erwähnten Brief von 1977 angesprochen hatte.
- Die zweite große Auswirkung betraf die Tschechen selbst: Die „Nichtbeachtung der Menschenrechte“ im Gedanken und in der Ausführung der Vertreibung der Deutschen brachte einen Bruch mit dem überlieferten Wertesystem der Gesellschaft, mit den nationalen und humanen Idealen, mit der Gerechtigkeit und mit dem Rechtsempfinden. Das Volk wurde roh und brutal auf diese Weise auf den Terrorismus der Stalinzeit eingestimmt.
- Die Mißachtung des Eigentums der Deutschen, Diebstahl und sinnlose Zerstörung, weckten die niedrigsten Instinkte, und dies hatte für die Bevölkerung zur Folge, daß auch andere Eigentumswerte gering geschätzt wurden.

---

<sup>13</sup> Ebenda 57.

<sup>14</sup> Ebenda.

<sup>15</sup> Ebenda 63, 66.

<sup>16</sup> Ebenda 79.

<sup>17</sup> Ebenda 80.

- Die Vertreibung hatte enorme wirtschaftliche Konsequenzen für die Industrie und die Landwirtschaft, so daß die Randgebiete des Staates „ einem anderen Zivilisationsgürtel“ zufielen, gleich dem zurückgebliebenen Asien<sup>18</sup>.

Im Schlußteil zieht Danubius die Konsequenzen, die wieder auf die moralische Frage zurücklenken: „Der physische Tod ist eine geringere Strafe, er ist überaus schmerzhaft, aber er verheilt; das Herausreißen einer Volksgruppe jedoch, einer ganzen großen Gruppe der Bevölkerung, gehört zu den schändlichsten Akten menschlichen Tuns.“<sup>19</sup> Unmißverständlich forderte Danubius dazu auf, sich von dieser Vergangenheit zu distanzieren, für deren Folgen künftige Generationen die Eltern verfluchen werden.

Es war wohl kein Zufall, daß gerade die letzten Gedanken zu jenen Sätzen gehören, die die Redaktion der Zeitschrift aus „Platzgründen“ in der Erstveröffentlichung gestrichen hatte, wurde hier doch die Abrechnung mit der Vergangenheit mit einer Fundamentalkritik verbunden, die nicht nur die Entwicklung der tschechischen Gesellschaft seit dem Weltkrieg betraf, sondern das tschechische historische Bewußtsein überhaupt erschüttern mußte.

\* \* \*

Die übrigen Beiträge des Sammelbandes enthalten eine Auswahl von unmittelbaren Reaktionen von Tschechen im In- und Ausland. Einige dieser Beiträge sind emotionale Briefe, manchmal voll von Polemik und Invektiven, die bezeugen, daß Danubius mit seiner Kritik mehr als nur *einen* wunden Nerv des tschechischen Selbstbewußtseins getroffen hatte. An die Stelle der siegreichen Nation, die aus dem Weltkrieg heraus mit den verbrecherischen Okkupanten abgerechnet und dabei den „tschechoslowakischen Nationalstaat“ vollendet hatte, hatte er eine Nation gesetzt, die große Schuld auf sich geladen, dies aber verdrängt hatte, damit die Chancen des Neubeginns verspielt und die künftigen Generationen belastet hatte.

Es sind im wesentlichen drei Themenbereiche, die in dieser Diskussion angesprochen wurden:

Zunächst ist dies die historische Ebene, zu der jene Beiträge gehören, die Einzelfragen der faktischen Darstellung bei Danubius kritisieren oder korrigieren. Sie versuchen, die Verantwortung für die Idee der Vertreibung genauer festzustellen, wobei zwischen der ursprünglichen Konzeption in der Emigration und im Heimatwiderstand abzuwägen ist und man dem billigen Versuch meist widersteht, den Großmächten in der Konferenz von Potsdam die Entscheidung anzulasten. Die Durchführung der Vertreibung ist ein weiteres Thema in diesem Bereich; dabei wurden auch Korrekturen an zu emotionalen Beiträgen oder phantastischen Behauptungen vorgenommen<sup>20</sup>.

<sup>18</sup> Ebenda 88.

<sup>19</sup> Ebenda 89.

<sup>20</sup> Milan Hübl hatte in seiner Darstellung erwähnt, daß 1945 einem SS-Mann abgeschnittene „Kinderohren“ aus der Tasche gefallen seien. Vgl. Češi – Němci – odsun 104; auch die Erwähnung der „Werwolf-Aktionen“ gehört wohl in diesen Bereich der Schauermärchen 105; als solche charakterisiert von Hraničář (der Grenzer), hinter dem sich ebenfalls Mlynárik verbarg, ebenda 346.

Über diese Probleme der unmittelbaren Thematik der Vertreibung hinaus ist die Diskussion am fruchtbarsten in Hinblick auf die lange Geschichte des deutsch-tschechischen Zusammenlebens in Böhmen gewesen. Alle Autoren würdigten diese Tradition und hoben deren positiven Seiten hervor. Dies ist ein bemerkenswerter Unterschied zu der Geschichtsauffassung des späten 19. Jahrhunderts und der Ersten Tschechoslowakischen Republik, als die Lösung von der deutschen Kultur als eine nationale Notwendigkeit gegolten hatte. Hervorzuheben sind hier die Beiträge des Anonymus Bohemus, hinter dem sich mehrere Historiker<sup>21</sup> verbargen, sowie die Essays von Jan Křen und Václav Kural<sup>22</sup>. Angesichts der Tatsache, daß diese deutsche Komponente der Geschichte Böhmens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gemindert, in der zweiten Hälfte ignoriert worden war, sind diese Beiträge bemerkenswerte Versuche der Rückgewinnung eines vollständigen Geschichtsbildes für die böhmischen Länder.

Die Vertreibung der Deutschen wurde von den meisten Autoren als eine Tragödie gesehen, die aus der Zeit heraus wohl unvermeidlich war, aber ihrerseits auch nicht ein einmaliger Akt in der Geschichte gewesen ist. Der Hinweis auf andere Aktionen soll dabei den tschechischen Anteil nicht entschuldigen, aber gewissermaßen relativieren: er folgte auf Beispiele der deutschen und der russisch-sowjetischen Geschichte, die allesamt Akte der Barbarei waren. Die Bereitschaft, aus dieser historischen Besinnung auf die Fakten weitergehende Schlüsse zu ziehen, war bei den Autoren unterschiedlich; am deutlichsten wiesen Milan Hübl und Zdeněk Mlynář dies als Zumutung zurück.

\* \* \*

Das Zentralproblem der ganzen Diskussion lag aber auf der moralisch-ethischen Ebene: War die Vertreibung unvermeidlich, oder gab es in der damaligen Zeit dazu eine Alternative? Welche immateriellen Schäden hat sie verursacht, und wie wirkten sich diese über den Zeitraum hinaus aus?

Unvermeidlich war hier eine Auseinandersetzung mit der These der „Kollektivschuld“, die gegenüber allen Deutschen, den Belasteten und den Unschuldigen, behauptet und zur Verhängung der gleichen „Strafe“ benutzt worden war. Unabhängig davon, daß auch Stalin und Hitler mit diesem Begriff ihre Politik zu recht-

<sup>21</sup> Bohemus (i. e. Toman Brod, Jiří Doležal, Milan Otáhal, Petr Pithart, Miloš Pojar, Petr Přihoda): Stanovisko k odsunu Němců z Československa [Ein Standpunkt zur Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei]. In: Češi – Němci – odsun 179–202.

<sup>22</sup> Křen, Jan: Češi a Němci: kritické poznámky [Tschechen und Deutsche: kritische Anmerkungen], und Kural, Václav: Češi a Němci v československém a německém státě (1918–1945). Pokus o nástin „logiky“ vývoje [Tschechen und Deutsche im tschechoslowakischen und deutschen Staat. Ein Versuch einer Skizze „der Logik“ der Entwicklung]. In: Češi – Němci – odsun 203–233 und 224–263. In deutscher Sprache vgl. Zur Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen. Eine Sammelschrift tschechischer Historiker aus dem Jahre 1980. Praha-Berlin 1985. Vgl. auch Křen, Jan: Nationale Selbstbehauptung im Vielvölkerstaat: Politische Konzeptionen des tschechischen Nationalismus 1890–1938, und Kural, Václav: Deutsche Besatzung und tschechische Reaktion 1938–1945. In: Integration oder Ausgrenzung. Deutsche und Tschechen 1890–1945. Hrsg. v. Jan Křen, Václav Kural und Detlef Brandes. Mit einem Vorwort von Dieter Beyrau. Bremen 1986, 15–65 und 66–104.

fertigen versucht hatten, fragte insbesondere Ladislav Hejránek nach den Konsequenzen, wenn ohne Nachweis individueller Schuld, unter Mißachtung der europäischen Rechtsnorm der „Unschuldsumutung“ bis zur Feststellung der Schuld, ein ganzer Bevölkerungsanteil entrechtet worden ist<sup>23</sup>. Und es sind mit diesem Vorwurf ja nicht nur individuelle Racheaktionen von einzelnen Tschechen unmittelbar nach der Befreiung gemeint, sondern die Macht des Pöbels und der Gewinnler, die sich dieses Argumentes zur Befriedigung niedriger Instinkte bedient hatten und die allesamt durch das entlastete Gesetz der vorläufigen Nationalversammlung später (vom 8. Mai 1946<sup>24</sup>) exkulpiert worden sind. Welche Folgen mußte ein solcher Rechtsbruch nach sich ziehen? Und weiter, selbst wenn damals Unrecht in großem Maße geschehen ist, war dies nicht im Sinne der Vollendung des tschechischen Nationalstaates und angesichts der Probleme im Zusammenleben mit den Deutschen schließlich das „kleinere Übel“? Einige Autoren vertraten deutlich diesen Standpunkt des „sacro egoismo“ (Luboř Kohout, Hübl), andere widersprachen vehement (Hejránek, Mlynář) und betonten eben die schädlichen Auswirkungen auf die tschechische Nation selbst. Denn die Korruption der öffentlichen Moral und die Aufgabe der Rechtsstaatlichkeit waren nur ein Schritt vom später folgenden Stalinismus entfernt (Mlynář<sup>25</sup>).

Nimmt man diese Bewertung ernst, dann folgt daraus unvermeidlich die Frage nach der Sühne und der Distanzierung von eben diesen Unrechtstaten. Diese Abrechnung kann nicht als eine Leugnung der Geschichte verstanden werden, wie dies in dem vorangegangenen Punkt bereits bemerkt wurde, es darf aber auch kein scheinheiliges Bedauern über die Untaten sein, nach deren Erwähnung man sich verhalten positiv über die Entlastung von einem unbequemen Partner äußert. Es soll auch nicht der „deutschen Kollektivschuld“ eine „tschechische Kollektivschuld“ entgegengestellt werden, wie einer der Autoren vermutet hat (Jaroslav Opat<sup>26</sup>), sondern hier ist die Frage nach der Gesamtannahme der Geschichte des eigenen Volkes gestellt. Zu lange, so betonten fast alle Autoren, hatte man durch Verschweigen und Ignorieren die Geschichte zu eigenen Zwecken zurechtgebogen, durch Tabus Standpunkte zementiert und Lügen behauptet (etwa jene vom heldenhaften Widerstand im Protektorat). Letztlich standen in dieser Frage alle bisherigen Werte – der tschechischen Nationalbewegung wie des tschechischen Nationalstaates – auf dem Prüfstand, und dies betraf eben nicht nur die Vertreibung der Deutschen nach Ende des Krieges, sondern auch die weitgehende Bejahung der Bindung an die Sowjetunion, die Passivität in der Zeit sowjetischer Herrschaft und die Ablehnung der europäischen Werte von Humanität und Bürgersinn in der Nachkriegszeit.

Es sind Probleme von vorgeschichtsphilosophischer Dimension, und einige Autoren haben diese Fragen als „unhistorisch“ abgelehnt und wollten die Position des Historikers auf die Schilderung dessen beschränken, was eigentlich gewesen sei.

<sup>23</sup> Hejránek, Ladislav: *Dopis příteli* [Brief an einen Freund]. In: *Čeři – Němci – odsun 144–151* (datiert vom 10. 3. 1979).

<sup>24</sup> Text s. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Band IV/1. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Berlin 1957, 291.

<sup>25</sup> Ebenda 173.

<sup>26</sup> Ebenda 285.

Dagegen steht die Feststellung, daß diese Diskussion notwendig war, um die ganze Geschichte zurückzugewinnen, die Geschichte Böhmens als des Miteinanders von Deutschen und Tschechen wie die Geschichte des tschechischen Volkes, das die Folgen des nationalen „Triumphs“ von 1945 so wenig verarbeitet hatte wie das Trauma des Münchner Abkommens.

Die letzte Bezugsebene der Diskussion war schließlich die politische, konkret das Verhältnis zu Deutschland, das damals ja noch nicht wiedervereinigt war, wobei das Verhältnis zu Österreich kaum eine Rolle spielte. Alle Autoren waren sich darin einig, daß Böhmen den Bedingungen der Geographie nicht entkommen könne, also die Nachbarschaft zu den Deutschen angenommen werden müsse. Dies ist wieder ein bemerkenswerter Fortschritt gegenüber der Politik der Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg, als man in Prag geglaubt hatte, durch einen Bogen zu den westlichen Verbündeten den nächsten Nachbarn übergehen zu können, und ebenfalls zu der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Ablehnung des bundesdeutschen „Revanchismus“ und „Imperialismus“ die deutschsprachigen Nachbarn um den ökonomischen und politisch wichtigsten Teil reduziert hatte. Das Problem des „Sinns der tschechischen Geschichte“ ist eben kein abgeschlossenes Thema des 19. Jahrhunderts, wovon man damals viel diskutiert hatte, sondern es lebte sofort wieder auf, als die Tschechen den Weg nach Westen zurück suchten. Einig waren sich die Autoren darin, daß eine unmittelbare Bedrohung der bestehenden Grenzen nicht gegeben wäre, aber ein Unbehagen läßt sich oft spüren, daß mit der Vertreibung der Deutschen noch nicht alle Hypothesen der Vergangenheit gelöscht sein mochten.

\* \* \*

Die unerwarteten Ereignisse von 1989, der Untergang der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands, sowie der Sturz des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei, schließlich in dessen Konsequenz die Teilung des Staates in zwei selbstständige Staaten zum 1. Januar 1993, haben die These bestätigt, „daß in solchen Zeiten Bücher altern, insbesondere wenn sie aktuelle Themen behandeln“<sup>27</sup>. Nicht gealtert sind hingegen die Probleme, die angesichts der neuen politischen Verhältnisse und geänderten Landkarten eher noch dringlicher geworden waren. Davon zeugen die Historikergespräche auf verschiedenen Ebenen, die seither stattgefunden haben, sei es als Kommission, die von den beiden Staatspräsidenten und den Außenministern Jiří Dienstbier und Hans-Dietrich Genscher 1990 eingesetzt worden waren<sup>28</sup>, sei es als

<sup>27</sup> Jan Křen im Vorwort zu *Ztracené dějiny aneb Ziemie odzyskane? Verlorene Geschichte oder Wiedergewonnenes Land?* Publikation anlässlich des Symposiums vom 13. und 14. 1. 1991 zu Fragen der Beziehungen der Tschechen, Slowaken und Polen zu den Deutschen. Hrsg. vom Goethe-Institut Prag und dem *Ośrodek kultury Polskiej*, 1992, hier 1. Der Sammelband enthält Beiträge in tschechischer, polnischer und deutscher Sprache, wobei die Texte in polnischer Sprache leider in orthographisch völlig unzureichender Weise wiedergegeben sind.

<sup>28</sup> Als erste Publikation liegt jetzt vor *Ungleiche Nachbarn. Demokratische und nationale Emanzipation bei Deutschen, Tschechen und Slowaken (1815–1914)*. Für die deutsch-tschechisch-slowakische Historikerkommission hrsg. v. Hans Mommsen und Jiří Kořalka. Essen 1993.

Konferenzen über die Revision beiderseitiger Schulbücher<sup>29</sup>, seien es Gespräche im Rahmen des „Homburger Kreises“<sup>30</sup> oder Konferenzen und Tagungen auf anderen Ebenen, die kaum noch zu verfolgen sind; schließlich in länderübergreifenden Publikationen<sup>31</sup>. Eine Übersicht über diese andauernde Diskussion kann hier nur ansatzweise versucht werden, wobei – dem oben verwendeten Schema folgend – wieder die drei Ebenen der wissenschaftlich-historischen Betrachtung, der moralisch-ethischen Erwägungen und schließlich der politischen Bewertungen bzw. Problematisierung voneinander getrennt werden sollen.

Eine Zusammenfassung der wissenschaftlichen Diskussion der gesamten Problematik, die im deutschen Sprachgebrauch unter der „Vertreibung“ der Deutschen subsu- miert wird, verbunden mit eigenständiger Forschung in tschechoslowakischen Archi- ven und Zeitschriften, hat Tomáš Staněk vorgelegt<sup>32</sup>. Der Autor hat „die erste wirk- lich wissenschaftliche Monographie zu diesem Thema in der Tschechoslowakei“ ver- faßt, die das „umfassende Bild des Abschubs“ liefert und nicht als eine „konjunktur- bedingte Bearbeitung eines attraktiven Themas“ zu bewerten ist, wie ein Rezensent zutreffend festgestellt hat<sup>33</sup>. Da eine ausführliche Zusammenfassung in deutscher Sprache die Thesen des Buches auch jenen öffnet, die das Buch wegen mangelnder Sprachkenntnis nicht lesen können, scheint eine ausführlichere Behandlung hier wenig sinnvoll. Vermerkt sei nur, daß das Einleitungskapitel nicht nur eine präzise Zusammenfassung der Thematik ist, sondern auch eine umfassende Literaturüber- sicht darstellt<sup>34</sup>.

Die moralisch-ethische Ebene der Betrachtung ist schwieriger faßbar, da entspre- chende Beiträge in einer Reihe von Sammelbänden zusammengefaßt worden sind und sie sich in ihrer inhaltlichen Auffächerung einer raschen Übersicht entziehen.

Generell lassen sich zwei Bereiche feststellen, in denen die Fragen der moralisch- ethischen Bewertung der Vertreibung diskutiert worden sind: einmal im Zusammen- hang mit der Art und Weise der Vertreibung und zum anderen in dem Streit um die Frage, ob eine „Entschuldigung“ angebracht sei oder nicht.

<sup>29</sup> Vgl. Alexander, Manfred: Begegnungen zwischen Historikern der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1988. *BohZ* 30 (1990) 155–157. – Luft, Robert: Zweite deutsch-tschechoslowakische Schulbuchkonferenz. *BohZ* 31 (1990) 153f. – Brandes, Detlef: Dritte Konferenz der Historikerkommission. *BohZ* 33 (1992) 403f.

<sup>30</sup> Berichte darüber vgl. Luft, Robert: Bad Homburger Studiengruppe: Tschechen und Deutsche 1780 bis 1947. *BohZ* 31 (1990) 156–158. – Ders.: Bad Homburger deutsch-tschechi- sche Studiengruppe. *BohZ* 32 (1991) 190f. – Ders.: Bad Homburger deutsch-tschechische Studiengruppe. *BohZ* 33 (1992) 171f., 404f.

<sup>31</sup> Man vergleiche die beiden Sammelbände, deren erster noch unter den „alten Bedingungen“ entstand: München 1938. *Das Ende des alten Europa*. Hrsg. im Auftrag der Deutsch- Tschechoslowakischen Gesellschaft für die Bundesrepublik Deutschland von Peter Glotz, Karl-Heinz Pollok, Karl von Schwarzenberg und John von Nes Ziegler. Essen 1990, und Bayerisch-böhmische Nachbarschaft. Hrsg. v. Frank Boldt und Rudolf Hilf. München 1992.

<sup>32</sup> Staněk, Tomáš: *Odsun Němců z Československa 1945–1947* [Die Abschiebung der Deut- schen aus der Tschechoslowakei. 1945–1947]. Praha 1991.

<sup>33</sup> Petr Němec in *ČČH* 91 (1993) 169.

<sup>34</sup> Der Verfasser hat sich dabei der sachkundigen Hilfe von Prager Kollegen versichert, s. S. 400, Anm. 114.

Da in den Sammelbänden nur jene Beiträge veröffentlicht worden sind, die sich über das Niveau von „normalen Leserbriefen“ erheben, und da die Beiträge in der kommunistischen Zeitung *Rudé právo* nicht aufgenommen wurden, in denen aus innenpolitischen Gründen die alte antideutsche Polemik weiterlief, ist nur ein Teil des Meinungsspektrums in der böhmisch-mährischen Gesellschaft erfaßt worden. Daher ist jener Teil der Bevölkerung, der von einer undifferenziert positiven Beurteilung der Vertreibung ausgehen dürfte, kaum vertreten. Es wäre auch kaum zu erwarten, daß sich jene Kreise, die sich an den Aktionen entweder direkt beteiligt oder davon materiell profitiert hatten, nun mit distanzierenden Äußerungen beteiligen würden. Aus dem so eingeschränkten Kreis von Beiträgen läßt sich ein Spektrum gewinnen, das von der grundsätzlichen Bejahung der Vertreibung selbst, aber der Verurteilung der Umstände und der Exzesse besonders der Anfangszeit, bis zur Verurteilung der gesamten Aktion als eines Aktes gegen die Menschenrechte und die tschechischen humanistischen Aktionen reicht. Das erste Beispiel wäre etwa in einem Beitrag von Lenka Mandová im *Fórum* zu sehen, die grundsätzlich das Recht auf die Bestrafung der Deutschen anerkennt, dann aber die wilden Erschießungen erwähnt und fortfährt: „Schwerlich werden diese Ereignisse in den Ortschroniken vermerkt sein. Trotzdem werfen sie bis heute einen Schatten auf die perfekt vorbereitete und würdig durchgeführte Abschiebung von 2,4 Millionen Deutschen während des Jahres 1946.“<sup>35</sup> Die grundsätzliche Bejahung schlägt bei durchaus kritischer Betrachtung der Zeitumstände dann in dem Satz durch: „Die rationalen Wünsche eines souveränen Staates, diplomatisch unterstützt von den siegreichen Alliierten, wurden in den ersten Nachkriegsmonaten verwirklicht, als die Emotionen, im Laufe des Jahres 1946 aber auch das Verlangen nach Eigentum vom Standpunkt des Strafenden und keineswegs des Rachsüchtigen, voll an den Tag traten.“<sup>36</sup> Es dürfte zu vermuten sein, daß diese Einstellung wohl von der Mehrheit jener geteilt wurde, die sich nicht zu Wort gemeldet haben, und daß sie auch bei jenen vorherrschte, die die ganze Diskussion als überflüssig oder schändlich betrachteten.

Die Spannweite der Argumente, die von der Aufforderung zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte (Václav Kural) bis zu jener, „einen dicken Strich zu ziehen“ (Jaroslav Valenta), reichte, wurde z. B. in einer Fernsehsendung „Klub Netopýr“ vom April 1991 einem breiten Publikum vorgeführt und anschließend auch schriftlich vorgelegt<sup>37</sup>. Ruhiger und tiefer als diese von Zeitzeugen teilweise sehr emotional erörterten Probleme war ein Aufsatz von Petr Příhoda in der Zeitschrift *Přítomnost*<sup>38</sup>. Der Autor spricht von einem „tschechischen Totentanz“, einer „massiven kollektiven

<sup>35</sup> Mandová, Lenka: Trest zasahuje i trestajícího [Die Strafe trifft auch den Strafenden]. In: *Fórum* v. 21.2.1990; in deutscher Sprache in Beushausen, Reiner (Hrsg.): Die Diskussion über die Vertreibung der Deutschen in der ČSFR. In: Wissenschaftlicher Dienst für Ostmitteleuropa. Nr. 5/6, Dezember 1991, 1–185 (189–473), hier 32 (320).

<sup>36</sup> E b e n d a 37 (325).

<sup>37</sup> Die Sendung wurde in der Wochenzeitung *Moravské noviny* v. 15.5.1991 in einer von Michal Švanda bearbeiteten Form veröffentlicht. Abdruck s. Beushausen (Hrsg.): Diskussion 66–81 (354–369).

<sup>38</sup> „Naši Němci“ [„Unsere Deutschen“]. *Přítomnost* v. 26.10.1990. Abdruck s. Beushausen (Hrsg.): Diskussion 42–53 (330–341).

Psychotraumatisierung“ der damaligen tschechischen Gesellschaft in den ersten Nachkriegsjahren, die von den Kommunisten geschickt ausgenutzt worden sei. „Die Vertreibung der Deutschen ist daher eine zweideutige Erscheinung. Als Pogrom betrachtet, stellt sie jedoch das Werk kalter Rationalität einer totalitären Macht dar.“<sup>39</sup> Da für Naturkatastrophen letztlich niemand verantwortlich gemacht werden kann, ist in dieser Feststellung beides enthalten: Verständnis für die spontanen Aktionen nach Kriegsende und Ablehnung der Instrumentalisierung der Ereignisse zu politischen Zielen.

Stärker als durch Fernsehsendungen oder Diskussionen von Intellektuellen wurde die tschechische Öffentlichkeit durch den „Streit um die Entschuldigung“ erregt. Anfang November 1989 hatte der damalige Dissident, Schriftsteller und Friedenspreisträger Václav Havel in einem Brief an den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker geschrieben: „Ich persönlich verurteile – genau wie viele meiner Freunde – die Vertreibung der Deutschen nach dem Kriege. Ich erachte sie stets als eine zutiefst unmoralische Tat, die nicht nur Deutschen, sondern vielleicht in noch größerem Maße Tschechen allein sowohl moralische wie auch materielle Schäden zufügte.“<sup>40</sup> Da bald darauf die „samtene Revolution“ erfolgte und Havel zum Präsidenten gewählt wurde, erlangten diese Worte, die in einer Fernsehsendung vom 23. Dezember wiederholt wurden, eine offizielle Bedeutung. Nicht nur die Kommunisten, die darin eine willkommene Gelegenheit zur Rückgewinnung von Ansehen erblickten, sondern auch weite Teile der Öffentlichkeit nahmen daran Anstoß, und die Diskussion dauerte lange danach an, ja, ist eigentlich bis heute (Herbst 1993) nicht zu einem Abschluß gelangt.

Zwei Stellungnahmen zu diesem Komplex mögen hier erwähnt werden. Zum einen hat der Vorsitzende der tschechoslowakischen Delegation in der deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission, Jan Křen, am 14. Dezember 1990 in der Tageszeitung *Lidové noviny* einen Artikel unter dem Titel *Dvě německé otázky* publiziert, der im April 1991 in der *Prager Volkszeitung* wieder abgedruckt wurde<sup>41</sup>. Křen hält Havels Geste der Versöhnung für richtig, um mit Deutschland zu einem besseren Verhältnis zu kommen; der Versuch einer Abschwächung, indem ein Übersetzungsfehler zwischen *politování* (Bedauern) und *omluva* (Entschuldigung) festgestellt wird<sup>42</sup>, greift aber nicht, wenn der zitierte tschechische Text (s. Anm. 40) richtig wiedergegeben worden ist. Aber der Versuch semantischer Unterscheidung trifft nicht den Kern; zwar hat auch die japanische Regierung gegenüber China und Korea stets nur ein „Bedauern“ geäußert, aber dahinter steht dennoch die von den ehemaligen Gegnern erwartete Distanzierung von den Kriegsgreueln.

Eben diese Distanzierung, und damit eine Unterstützung für den dann im Amt des Staatspräsidenten befindlichen Václav Havel, geht aus dem Hirtenbrief von František

<sup>39</sup> E b e n d a 48 und 49 (336 und 337).

<sup>40</sup> Nach B e u s h a u s e n (Hrsg.): Diskussion 10 (298); tschechischer Text Komu sluší omluva. Češi a sudetští Němci. (Dokumenty, fakta, svědectví) [Wem dient die Entschuldigung. Tschechen und Sudetendeutsche (Dokumente, Fakten, Zeugnis)]. Praha 1992, 130.

<sup>41</sup> Hier benutzt nach B e u s h a u s e n (Hrsg.): Diskussion 53–62 (341–350).

<sup>42</sup> E b e n d a 55 (343).

Kardinál Tomášek vom 11. Januar 1990 hervor<sup>43</sup>: „Präsident Havel drückte seine persönliche Entschuldigung gegenüber denjenigen Bürgern der Tschechoslowakischen Republik aus, die nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges aus dem Staatsgebiet abgeschoben worden waren. Die Entschuldigung betrifft das Unrecht und die Leiden, die viele von ihnen dabei von tschechischer Seite erlebt hatten. Diese noble Erklärung des Herren Präsidenten begrüße ich als bedeutsamen Schritt zur Regelung des Verhältnisses zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volk. Es ist ein Problem, das 40 Jahre unter den Ablagerungen von Propaganda und Vorurteilen beider Seiten geruht hat.“ Genau betrachtet, war indes Tomášek einen Schritt hinter Havel zurückgegangen, indem er nicht die Vertreibung als solche, sondern die damit verbundenen Leiden angesprochen hatte. Neben deutlichen Worten über die Greuel jener Tage, über die Rache und unehrenhaften Motive mancher der damals schuldig gewordenen Tschechen forderte der Prager Erzbischof aber auch ein Wort der Entschuldigung von deutscher Seite: „Die tschechische Nation erwartet mit Recht für all das [gemeint ist das Leiden der Tschechen während der Okkupationszeit] eine Entschuldigung von offiziellen Sprechern der deutschen Nation, auch wenn die Folgestaaten daran keinen Anteil gehabt haben.“<sup>44</sup>

Die Erwähnung der Erklärung der deutschen und polnischen Bischöfe aus dem Jahre 1965 und das Bekenntnis der Bischofskonferenz der ČSFR über die „Mitschuld“ und die Verurteilung der „Kollektivstrafe“<sup>45</sup> leitet über zu einer Betrachtung, die auch die Polen in ihrem Verhältnis zu den Deutschen einbezieht. Dies ist insofern bemerkenswert, als in all den sonst gefundenen Äußerungen stets das bilaterale deutsch-tschechoslowakische Verhältnis im Zentrum gestanden hatte, obwohl die Polen mit einer ähnlichen Thematik geradezu zu einem Vergleich herausgefordert haben sollten<sup>46</sup>. Diese Erweiterung war aber Thema eines Symposions, das das örtliche Goethe-Institut und der *Ośrodek kultury Polskiej* im März 1991 in Prag veranstaltet haben<sup>47</sup>. Auch hier waren die polnischen Vertreter in der Sache der Vertreibung der Deutschen zurückhaltender, da Polen durch die Kriegsereignisse selbst am schwersten betroffen worden war; aber über die Umstände der Vertreibung, über das Verschweigen der grauenhaften Einzelheiten in der Öffentlichkeit und über die Lügen der „wiedergewonnenen Gebiete“ wurde Scham geäußert<sup>48</sup>, Schuld bekannt und Verzeihung erbeten<sup>49</sup>.

Die Diskussion auf der politischen Ebene bezog sich auf drei Fragestellungen: einmal das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland (das Verhältnis zu Österreich wird in diesem Zusammenhang kaum erwähnt), zweitens das Verhältnis der Tsche-

<sup>43</sup> Abgedruckt am 28. 1. 1990 in *Katolický týdeník*, hier benutzt nach Beushausen (Hrsg.): Diskussion 82–85 (370–373); Zitat 82 (370).

<sup>44</sup> E b e n d a 83 (371).

<sup>45</sup> Beushausen (Hrsg.): Diskussion 86 (374).

<sup>46</sup> Vgl. dazu K o z e ŋ s k i, Jerzy: *Wokół banicji ludności niemieckiej z Czechosłowacji po II wojnie* [Über die Verbannung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg]. Ms., erscheint voraussichtlich 1994 im *Przegląd Zachodni*.

<sup>47</sup> *Ztracené dějiny* (s. Anm. 27).

<sup>48</sup> Władysław Bartoszewski in *Ztracené dějiny* 83.

<sup>49</sup> Jerzy Holzer in *Ztracené dějiny* 68f.

chen zu den vertriebenen Sudetendeutschen, insonderheit auch zur Sudetendeutschen Landsmannschaft, und drittens das Verhältnis zu den im Lande verbliebenen Deutschen.

Das Verhältnis zu Deutschland wurde in den meisten Beiträgen irgendwie angesprochen, wobei neben der Hoffnung auf ein friedliches und nachbarschaftliches Zusammenleben doch zugleich die Besorgnis mitschwingt, daß das größer gewordene Deutschland in „seine altneue Bahn der Großmacht“<sup>50</sup> zurückkehren könne. Am eindringlichsten hat entsprechende Gedanken der Hoffnung und Besorgnis der Historiker Jan Křen in einem Beitrag formuliert<sup>51</sup>. Er verweist auf die Widersprüche im Verhältnis der kleineren Völker Ostmitteleuropas zu Deutschland hin: Einerseits ging bei einigen Tschechen die Anerkennung des Anspruchs auf Wiedervereinigung der tatsächlichen Entwicklung voraus, andererseits war dies „zumindest bei den von Angst vor der Übermacht des großen deutschen Nachbarn verfolgten Tschechen – ein bemerkenswerter Akt intellektueller Zivilcourage“<sup>52</sup>. Křen betont zurecht, daß die gegenwärtige Konstellation der Völker Ostmitteleuropas zu Deutschland schwierig ist: Die alte politische Gegnerschaft aus der nationalsozialistischen und aus der kommunistischen Phase ist zwar zu Ende, das ökonomische Ungleichgewicht ist aber nur noch größer geworden, und außerdem sind die östlichen Nachbarn der Deutschen nicht nur von einer „wirtschaftlichen, sondern auch politischen, moralischen und kulturellen Krise betroffen ... Das geschichtlich vorgegebene Mißverhältnis zwischen ihnen wird dadurch noch potenziert.“<sup>53</sup> Andererseits sind sich alle der an der Diskussion beteiligten Personen darin einig, daß die Situation für einen Ausgleich mit der Bundesrepublik Deutschland so günstig wie nie zuvor sei: Die Grenzen sind kein Problem mehr, die demokratische Struktur Deutschlands wird allgemein gewürdigt, manchmal gar als Beispiel gerühmt, und die Hilfe Deutschlands für die „Rückkehr nach Europa“ eingefordert. Dieser letzte Gedanke hat die Diskussion über das Problem „Mitteleuropa“ überlagert, das in der letzten Phase des sowjetischen Einflusses ein Vehikel gewesen war, sich innerhalb des Sowjetblockes durch eine Besinnung auf eine eigene Kulturtradition – ohne Einschluß Deutschlands – eine größere Freiheit zu verschaffen<sup>54</sup>. Křen dreht diese Argumentation um, indem er vermerkt: „Falls ein solcher mitteleuropäischer Block zustande käme, so geschähe das überwiegend aus Not, und das wäre ein richtiges Zeichen des Mißerfolgs ihrer europäischen Aspiration, des Scheiterns der Reformen, die es nicht geschafft haben, elementare Bedingungen zur gleichberechtigten Eingliederung ins integrierte Europa herauszubilden, kurz gesagt – ein Beweis dafür, daß anstelle des bereits verrosteten Eisernen Vorhangs ein neuer, ein goldener Vorhang entstanden ist.“<sup>55</sup>

<sup>50</sup> So Jan Křen in seinem Vorwort zu *Ztracené dějiny* 1.

<sup>51</sup> Křen, Jan: Vergebung, Entschuldigung und Blick in die Zukunft? In: *Ztracené dějiny* 50–67.

<sup>52</sup> Ebenda 59.

<sup>53</sup> Ebenda 60.

<sup>54</sup> Křen bietet hier eine neue hübsche Definition des Begriffes „Mitteleuropa“: „Analog zu Kunderas bekannter Charakteristik Mitteleuropas als der größten Verschiedenheit auf kleinstem Raum kann man vom heutigen Mitteleuropa als einem Raum mit der höchsten Kumulation von Problemen in kürzester Zeit sprechen.“ Ebenda 63.

<sup>55</sup> Ebenda 65.

In der Behandlung der Beziehungen zu Deutschland fällt aber auf, daß alle Tschechen weiterhin den bilateralen Fragen den Vorrang einräumen, konkret, die Einbindung des Problems in die neuen europäischen Dimensionen unterschätzen. Nur Peter Becher, als Vertreter einer jüngeren Generation, hat in seinen Diskussionsbeiträgen eben diesen Punkt mehrfach hervorgehoben, daß die Tschechen nicht die einzigen „kleinen“ Nachbarn Deutschlands sind und daß alle bilateralen Beziehungen in den Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft gewissermaßen „aufgehoben“ werden<sup>56</sup>.

Ein besonderes Problem in diesem Zusammenhang stellt indes die Beziehung zu den vertriebenen Sudetendeutschen dar. Der tschechische Rechtsstandpunkt geht unverändert davon aus, daß diese Bevölkerungsgruppe infolge des Münchner Abkommens die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatte, unabhängig davon, daß zugleich das Münchner Abkommen *ex tunc* für ungültig erklärt wird. Die Unvereinbarkeit beider Positionen mag ein Problem für Juristen sein, hier interessiert die Konsequenz, die darin besteht, daß rechtliche Ansprüche von Staatsbürgern der Bundesrepublik Deutschland gegen die Tschechoslowakei oder die Tschechische Republik entweder auf der Ebene zwischenstaatlicher Abkommen geregelt werden können oder auf der Basis zivilrechtlicher Auseinandersetzungen in Böhmen und Mähren. Bisher ist jedoch in zwischenstaatlichen Vereinbarungen – nach offenbar jeweils langwierigen Verhandlungen – die gesamte Problematik ausgeklammert worden<sup>57</sup>. Einig sind sich alle Beteiligten darin, daß diese Rechtsstreitigkeiten ohne Gewalt, im beiderseitigen Einvernehmen und gegebenenfalls nur langfristig gelöst werden können<sup>58</sup>. Wieder fällt bei dieser Problematik auf, daß durch die Konzentration auf das bilaterale Verhältnis der internationale Kontext nicht gesehen wird; denn in den Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland mit Polen und insbesondere in den „2 plus 4 Verhandlungen“ vor der Wiedervereinigung sind bereits eine Reihe von Entscheidungen getroffen worden, die auch für die Behandlung der Ansprüche der Sudetendeutschen wegweisend sein dürften.

Die Frage, ob Vertreter des tschechischen Staates mit Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft direkte Gespräche führen sollten, wurde zunächst pragmatisch gehandhabt, indem es am 29. November 1990 in München zu einer Begegnung zwischen dem tschechischen Ministerpräsidenten Marián Čalfa und dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Franz Neubauer gekommen ist<sup>59</sup>. Die Reaktion in der tschechischen Öffentlichkeit – und wohl auch die Unvereinbarkeit der beiderseitigen Rechtsauffassung – hat hier indes das Prinzipielle in den Vordergrund

<sup>56</sup> Becher, Peter: Einladung zur europäischen Tafel. Einige Gedanken über die Zukunft (nicht nur) deutsch-tschechischer Beziehungen. In: Ztracené dějiny 72–78.

<sup>57</sup> Zur Diskussion in der Tschechoslowakei s. Beushausen (Hrsg.): Diskussion 108–133 (375–421).

<sup>58</sup> So die Kernaussage von Franz Neubauer als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft in einem Interview vom 14. 12. 1990 über seine Gespräche mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Marián Čalfa, abgedruckt in Beushausen (Hrsg.): Diskussion 110–116 (398–404).

<sup>59</sup> Sudetendeutsche Zeitung v. 7. 12. 1990. Kurzfassung der tschechischen Berichterstattung in Beushausen (Hrsg.): Diskussion 117–123 (405–411).

treten lassen: Gesprächspartner von tschechischen Regierungsvertretern sind deutsche Regierungsvertreter, nicht jedoch Sprecher von eingetragenen Vereinen<sup>60</sup>.

Das dritte auf dieser Ebene zu behandelnde Problem betrifft die in der Tschechoslowakei verbliebenen Deutschen, die als Fachkräfte von den Vertreibungsmaßnahmen ausgeschlossen worden waren, oder jene, die wegen Eheverbindungen und durch glückliche Umstände im Lande hatten verbleiben können. Erst 1953 hatte diese Gruppe ihre staatsbürgerlichen Rechte erhalten, wie Tomáš Staněk in einem abgewogenen Beitrag berichtete<sup>61</sup>. Die ungünstige Altersstruktur und die Verstreutheit dieser „Minderheit“ im Lande haben zu einem kontinuierlichen Schwund geführt, so daß von (nach deutschen Quellen) einmal geschätzten ca. 250000 Menschen sich in der letzten Volkszählung 1991 nur noch 53418 zur deutschen Nationalität bekannt haben<sup>62</sup>. Allerdings wies auf dieser Konferenz, die vom 10. bis 12. April 1992 von der Ackermann-Gemeinde und der Bernhard-Bolzano-Stiftung in Iglau/Jihlava gemeinsam veranstaltet worden war, der Vorsitzende des „Verbandes der Deutschen in der ČSFR“, Walter Piverka, darauf hin, daß viele Deutsche noch immer Angst hätten, sich zu ihrer deutschen Abstammung zu bekennen<sup>63</sup>; außerdem beklagte er sich darüber, daß die Deutschen weder von seiten der tschechischen Parteien noch aus dem Ausland gebührend wahrgenommen würden. Immerhin berichtete er aber auch, daß die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1991 „mehr als eine Million DM für den Deutschunterricht in der ČSFR zur Verfügung gestellt“ habe<sup>64</sup>, und auch die Erwähnung der Rechte dieser Minderheit im Artikel 20 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSFR vom 27. Januar 1992 „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ mag hier zu einer Normalisierung führen.

\* \* \*

Nicht alle der für den vorliegenden Zusammenhang gesichteten publizierten Texte halten das wünschenswerte Niveau oder sind von dem Geist gutnachbarlicher Zusammenarbeit durchdrungen. Auf tschechischer Seite trifft dies für eine Publikation zu, die im Stile eines Lehrbuches verfaßt ist, Dokumente in Auswahl mit geschickter graphischer Gestaltung bietet und einzelne Kapitel des deutsch-tschechischen Zusammenlebens in diesem Jahrhundert erläutern will<sup>65</sup>. An dieser Publikation, die am Tage der Ratifikation des deutsch-tschechischen Vertrages im Manuskript fertig

<sup>60</sup> So noch der tschechische Ministerpräsident Václav Klaus in seinen Gesprächen mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl im März 1993. Vgl. Berichte zu Staat und Gesellschaft in der tschechischen und in der slowakischen Republik. Hrsg. v. Vorstand des Collegium Carolinum, bearbeitet von Peter H e u m o s. 1993, Heft 1, 18.

<sup>61</sup> Tomáš Staněk, tschechischer und deutscher Text in Deutsche und Tschechen – neue Hoffnung? Češi a Němci – nová naděje? Hrsg. v. Franz O l b e r t und Peter P r o u z a. Prag 1992, 111–140. – Kučera, Jaroslav: Die rechtliche und soziale Stellung der Deutschen in der Tschechoslowakei Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre. BohZ 33 (1992) 322–337.

<sup>62</sup> Staněk, s. Anm. 16, 138.

<sup>63</sup> Die Veranstaltung stand unter dem Thema: „Zamlčená národnost/Verschwiegene Minderheit“; vgl. Deutsche und Tschechen 201.

<sup>64</sup> E b e n d a 203.

<sup>65</sup> Komu sluší omluva.

geworden sein soll<sup>66</sup>, stimmt schon bedenklich, daß sich niemand für die Herausgabe verantwortlich zeichnet; denn es wird nur ein Verantwortlicher für die graphische Gestaltung genannt. Schaut man auf den Inhalt, so sind Dokumente ausgewählt und in kurzer Fassung dargeboten – jeweils am Schluß noch einmal durch „Merksätze“ zusammengefaßt –, die die sudetendeutschen Bewohner der Tschechoslowakei in ein schlechtes Licht setzen; dies will nicht sagen, daß die Dokumente selbst verfälscht sind, aber die Auswahlkriterien sind offenbar derart, daß die Überschrift des ersten Kapitels gerechtfertigt erscheint: Sie erscheinen als „die fünfte Kolonne des Dritten Reiches“. Der Gesamttenor der Publikation zielt auf die Betonung der tschechischen Interessen, weckt Befürchtungen gegenüber sudetendeutschen Ansprüchen<sup>67</sup> und schürt Mißtrauen gegenüber allen Beteuerungen friedfertiger und nachbarschaftlicher Beziehungen. Zusammen mit der Forderung, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, mit der Absicht, die tschechischen Verbrechen zu verharmlosen und überhaupt jede moralische Erwägung abzulehnen<sup>68</sup>, gehört die Publikation wohl in den Umkreis jener Altkommunisten, die in der Zeitung *Rudé právo* eben diese Linie verfolgt haben. Dafür spricht auch die Beobachtung, daß sich unter der aufgeführten Literatur, die durchaus weitgespannt ist, auch Titel aus der Produktion von Václav Král befinden, der sich in der kommunistischen „Historiographie“ als Fälscher von Quellen einen besonderen Ruf erworben hat<sup>69</sup>; des weiteren weckt der denunziatorische Ton altes Mißtrauen, wenn die Namen der Abgeordneten und ihr Abstimmungsverhalten in der Föderalversammlung vom 22. April 1992 – der Abstimmung über den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag – aufgelistet werden<sup>70</sup>. Seriosität wird man dieser Publikation nicht unterstellen dürfen.

Noch schärfer sind demgegenüber zwei Publikationen zu bewerten, die von der anderen Seite vorgelegt worden sind, nämlich von einigen Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft, darunter manche aus dem Witiko-Bund. Wenn es sich hierbei auch nur um eine Minderheit in der Minderheit der überhaupt noch organisierten Sudetendeutschen in der Bundesrepublik Deutschland handelt, so sind diese beiden Publikationen doch schlicht skandalös zu nennen<sup>71</sup>. Es soll betont werden, daß dieses Verdikt nicht alle Beiträge in den beiden Broschüren trifft, denn mancher Verfasser eines zurückhaltender formulierten Textes wird sich gewundert haben, in welcher Umgebung sein Beitrag steht; der Gesamttenor aber ist arrogant, fordernd

<sup>66</sup> E b e n d a 5.

<sup>67</sup> Dies gilt besonders für das Bildmaterial, unter dem sich auch ein Faksimile eines vordruckten Briefes zur Einbringung von Ansprüchen auf Hausbesitz in der Tschechischen Republik befindet. Vgl. Komu sluší omluva 118.

<sup>68</sup> E b e n d a 91.

<sup>69</sup> Heumos, Peter: Quellenedition und „Prager Frühling“. Anmerkungen zu einer Kontroverse über die Geschichte der Tschechoslowakischen national-sozialistischen Partei 1945–1948. JbGO 25 (1977) 397–421.

<sup>70</sup> Komu sluší omluva 217–221.

<sup>71</sup> Eibicht, Rolf-Josef: Die Sudetendeutschen und ihre Heimat. Erbe-Auftrag-Ziel. Zur Diskussion um Rückkehr und Wiedergutmachung. Wesseling 1991. – Helmut Diwald/Richard W. Eichler/Alfred Schickel/Lothar Bossle/Gerhard Reschl/Franz Neubauer/Fritz Wittmann/Heinz Kraus/Siegfried Zoglmann/Rolf-Josef Eibicht (Hrsg.) u. a.: Die Tschechoslowakei. Das Ende einer Fehlkonstruktion. Die Sudetendeutsche Frage bleibt offen. Berg 1992.

gegenüber den Tschechen, voller Häme<sup>72</sup> und Geschichtsklitterung; verworrene Rhetorik<sup>73</sup> findet sich neben unerträglicher Polemik<sup>74</sup>.

Man täte den beiden Broschüren zu viel Ehre an, sich eingehender mit den Beiträgen zu beschäftigen, und so genüge der Hinweis, daß die meisten eine Sammlung von Reizwörtern der sudetendeutschen Geschichtsbetrachtung sind, alte Thesen wiederholen, keine Auseinandersetzung mit der (wissenschaftlichen) Literatur oder mit der nationalistischen und nationalsozialistischen Tradition suchen. Als Beitrag zu einer sachlichen Diskussion taugen sie nicht.

Wichtiger scheint demgegenüber, nach der politischen Absicht der Herausgeber und der meisten Verfasser zu fragen. Diese ergibt sich aus der immer wieder vorgebrachten Leerformel: „Die sudetendeutsche Frage bleibt offen.“ Dahinter verbirgt sich der Anspruch auf Rückkehr, wobei das Spektrum von einer Rückkehr in einen demokratischen tschechischen Staat bis zu der Forderung reicht, die im Münchner Abkommen abgetretenen Gebiete der Bundesrepublik Deutschland zuzuschlagen<sup>75</sup>. Überhaupt erscheint das Münchner Abkommen einigen der Beiträger als „beste aller Lösungen“<sup>76</sup>. Aus der Betonung des „Heimatrechtes“ folgt für die meisten die Forderung nach Wiedergutmachung und Rückgabe des Vermögens, allerdings oft mit der Einschränkung, daß dies unter den aktuellen Bedingungen wohl unmöglich sei,

<sup>72</sup> Vgl. die Überschrift des ersten Beitrages von Rolf-Josef Eibicht „Das kleingehackte Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Die Siegerordnungen von Versailles, Saint-Germain, Trianon, Jalta, Potsdam sowie der 2 + 4 Verträge“ in *Die Tschechoslowakei: Das Ende einer Fehlkonstruktion* 3–10.

<sup>73</sup> Als Beispiel für viele hier der Beitrag von Lothar Bossle: *Karl Renners Untergangsprophetie über das Schicksal der Tschechoslowakei*. E b e n d a 11–19; er hat eine „genetische Bipotentialität Masaryks“ entdeckt, s. 17.

<sup>74</sup> Vgl. T u t s c h, Erich: *Deutschlands verstoßener Osten. Rechtliche Gesichtspunkte und politische Anmerkungen*. In: E i b i c h t: *Die Sudetendeutschen* 152–170: „Die Vertreiberstaaten führten sie [i. e. die Vertreibung] mit Unterstützung breiter Volksschichten in einem Blutrausch nach der alten slawisch-chauvinistischen satanischen Dreieinigkeit durch: Okkupieren, Deportieren, Liquidieren“, S. 156.

<sup>75</sup> Als Beispiel s. Ü b e l a c k e r, Horst Rudolf: *Deutschland, Sudetenland und das „Münchener Abkommen“ – in gesamtdeutscher Sicht*. In: Eibicht: *Die Sudetendeutschen* 275–288. „Nach geltendem Völkerrecht ist vielmehr von den Grenzen des Deutschen Reiches bei Kriegsausbruch auszugehen, also prinzipiell von den Grenzen am 1. September 1939, abzüglich derjenigen Gebiete, die mit Blick auf das Selbstbestimmungsrecht sich rechtswirksam verselbständigt haben (Österreich) oder die mit diesem unvereinbar sind (Protektorat Böhmen und Mähren)“ (Hervorhebung im Or.).

<sup>76</sup> Z. B. A r d e l t, Alfred: *Die sudetendeutsche Volksgruppe. Auch wir sind Kinder dieses Landes*. In: E i b i c h t: *Die Sudetendeutschen* 95–99, hier 98: „1938 hat der Ausführungsvertrag von München die beste aller möglichen Lösungen gebracht, für beide Teile.“ – Als bemerkenswerte Ausnahme in diesem Chor von Hetzstimmen sei erwähnt Willi W a n k a: Mit dem Blick auf eine wahre Lösung. Anmerkung zur Sudetenfrage. In: E b e n d a 74–82; hier 81: „Das Münchner Abkommen war ein Diktat raumfremder Mächte. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß es von der überwiegenden Mehrheit der Sudetendeutschen begrüßt wurde. Ihnen brachte es nicht die Selbstbestimmung, sondern die Unterwerfung unter eine nationalsozialistische Oberschicht aus dem Reich. Hitler erhielt freie Bahn für seinen Feldzug, um ihre militärische Schwäche zu korrigieren. Für die Sudetendeutschen gab es nur Blut und Tränen und am Ende die Vertreibung.“

seltener indes mit der Forderung, „daß es absolut keine neue Vertreibung geben darf“<sup>77</sup>. Unerträglich ist der moralisierende Ton gegenüber der tschechischen Seite: Hilfe für den Aufbau der Demokratie oder für eine Unterstützung auf dem Wege „Zurück nach Europa“ wird von der Erfüllung eines Forderungskataloges abhängig gemacht, der zwar unterschiedlich weit gespannt ist, im Endeffekt aber auf einen Erpressungsversuch hinausläuft. Die Frage, ob von diesen Broschüren eine Gefahr für das deutsch-tschechische Verhältnis oder gar für die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ausgeht, kann man wohl getrost verneinen: sie sind zwar ärgerlich, disqualifizieren sich aber selbst; sie können nur jene „überzeugen“, die von vornherein derselben Meinung sind. Mit Vertretern solcher „Nischenhistoriographie“ wird man in jeder freien Gesellschaft leben müssen.

\* \* \*

Fragen wir hier abschließend nach dem Ertrag der Diskussion, und zwar getrennt nach der innertschechischen im ersten und der deutsch-tschechischen im zweiten Teil. Was zunächst die innertschechische betrifft, so hat sich materiell nichts geändert; Die Vertreibung ist nicht rückgängig zu machen, ebensowenig wie die Verwerfungen in der tschechischen Gesellschaft, die dieser folgten. Es ist auch nicht anzunehmen, daß diese Diskussion in der tschechischen Öffentlichkeit eine große Wirkung erzielte; denn die heutige Jugend weiß nichts oder nur wenig von der Tradition Böhmens und von deren schrecklichem Ende, und wird wohl – angesichts der neuen Reize von Konsum und Kommerz – wenig davon wissen wollen. Und doch hat die Debatte zu einer Reinigung beigetragen, die sowohl für die tschechische Geschichte wie für das deutsch-tschechische Verhältnis wichtig ist. Die Diskussion war eine Chance, das totalitäre Denken zu überwinden<sup>78</sup>, sie war ein Beweis für die Reife der beteiligten Intellektuellen und ein guter Schritt zurück in die europäische Tradition<sup>79</sup>, lange bevor die „samtene Revolution“ dazu auch politisch die Tore geöffnet hat.

Sie hatte wohl auch eine positive Wirkung auf allgemeine Überlegungen zum Verhältnis zwischen Geschichte und Gegenwart. Bedřich Loewenstein hat in einem sehr nachdenkenswertem Beitrag darauf aufmerksam gemacht, daß man eine „Pluralität von Wahrheiten“ anerkennen muß, um miteinander auszukommen<sup>80</sup>, daß es mehrere Loyalitäten gibt, zwischen denen Individuen jeweils schwanken können – und als zweisprachiger Böhme jüdischer Herkunft mit Wohnsitz in Berlin weiß er, wovon er redet –, und schließlich, daß der Kult um die Sprache und den homogenen Nationalstaat in diesem Jahrhundert den Charakter einer Ersatzreligion angenommen hat. An anderer Stelle in Europa erleben wir in diesen Tagen, wie grausam Religionskämpfe geführt werden.

<sup>77</sup> Staffa, Walter: Zukunftsgestaltung sudetendeutscher Politik. In: Die Tschechoslowakei. Das Ende einer Fehlkonstruktion 114–119, hier 118.

<sup>78</sup> Dopis Zdeňka Mlynáře redakci Svědectví. In: Češi – Němci – odsun 167–178, hier 175.

<sup>79</sup> Kohák, Erasm: Dopis anonymnímu příteli [Ein Brief an einen unbekanntenen Freund]. In: Češi – Němci – odsun 318–330, hier 319.

<sup>80</sup> Loewenstein, Bedřich: Příspěvek do diskuse [Ein Beitrag zur Diskussion]. In: Češi – Němci – odsun 355–360, hier 356.

Nicht die Distanzierung von der Geschichte oder auch nur von deren bitteren Seiten, wie Danubius dies in seinem Essay gefordert hatte, kann der Sinn dieser tschechischen Diskussion über die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat sein, sondern dieser kann nur in der Öffnung für Fragen bestehen. Wertungen erscheinen dabei nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu als notwendig, wenn die Historiker nicht nur Fakten sammeln und ordnen sollen. Durch die Selbstbesinnung dieser Art kann das Fehlverhalten von einzelnen und eines ganzen Volkes verdeutlicht und damit überwunden werden, nicht um – wie Jakob Burckhardt dies in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ formuliert hat, „klug zu werden für einandermal, sondern weise für immer“.

Die im zweiten Teil dargestellten Diskussionen laufen weiter. Die große Zahl von Konferenzen, Symposien und Tagungen auf allen Ebenen wird mit der Zeit auf ein „normales“ Maß zurückgeführt werden, aber bisher bleibt festzuhalten, daß mit keinem der Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland so intensiv über Probleme der „schwierigen Vergangenheiten“ und ihren Folgen bis in die Gegenwart gerungen wird. Dies mag ein Teil der Rückgewinnung einer Normalität im Herzen Europas sein, und neben vielen Tönen der Harmonie sind Mißklänge dabei nicht zu vermeiden.

Die alten „Lebenswelten“ sind unwiederbringlich vergangen, und auf beiden Seiten lastet Schuld<sup>81</sup>, beide Seiten haben eine „kollektive Leidenserfahrung“<sup>82</sup>. Für die Zukunft gilt, sich diesen „schwierigen Vergangenheiten“ zu stellen; um mit den Worten eines unbekanntenen tschechischen Diskussionsteilnehmers zu schließen: *To znamená prakticky, aby si nikdo nemysel, že má monopol na pravdu, a aby byl každý schopen vyslechnout toho druhého* (Das bedeutet praktisch, daß niemand denken möge, daß er ein Monopol auf die Wahrheit habe, sondern daß jeder fähig ist, auf den anderen zu hören)<sup>83</sup>.

---

<sup>81</sup> Ferdinand Seibt in *Ztracené dějiny* 123.

<sup>82</sup> Peter Becher ebenda.

<sup>83</sup> *Ztracené dějiny* 115.

## ERINNERUNGEN ALS EIN ANSATZ FÜR VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

Von Uta Müller-Handl

Von Historikern, Psychologen, Soziologen und anderen werden durch Intensivinterviews Lebensgeschichten von Menschen auf Tonbänder aufgenommen und damit als Quelle gesichert. Lebensgeschichtliche Erinnerungen, die in intensiven, lebendigen, nicht starr standardisierten Gesprächen gewonnen werden, eröffnen einen Zugang zu thematischen Zusammenhängen, die sich nicht oder nur sehr unzureichend allein durch schriftliche Dokumente oder rein quantitative Forschungsansätze erschließen lassen. Insbesondere wenn es um „Vergangenheitsbewältigung“ geht (individuelle und gesellschaftliche), was in Deutschland immer als erstes den Faschismus meint und heute speziell in den neuen Bundesländern auch das Leben in der ehemaligen DDR, dann gilt es, auch die Erinnerungen und Erfahrungen der einzelnen Menschen als Quelle zu sichern. Damit soll keineswegs die Bedeutung der Erhebung und Auswertung von sogenannten „harten Daten oder Fakten“ als ein wesentlicher Bestandteil der Forschung in Frage gestellt werden, aber diese genügen nicht,

- wenn wir *verstehen* wollen, warum Menschen anfällig waren und sind für totalitäre Ideologien;
- wenn wir *verstehen* wollen, wie und inwieweit Menschen Brüche in ihrer Lebensgeschichte verarbeitet haben, die im Kontext von Unterdrückung, Krieg, Flucht und Vertreibung (auch Migration allgemein) entstanden sind;
- wenn es darum geht, das individuelle wie auch kollektive Gewordensein von Menschen zu *verstehen*, das über Generationen hinwegreicht.

In diesen Fällen sind wir auf das intensive Gespräch mit Menschen als Quelle verwiesen, um zu tragfähigen und plausiblen Deutungsmustern und Interpretationen zu kommen.

Als Beispiele für Forschung mit lebensgeschichtlichen Erinnerungen im Zusammenhang von „Vergangenheitsbewältigung“ sei hier kurz auf Arbeiten der sogenannten „Oral History“ und der Psychologie hingewiesen. Anschließend wird ausführlicher auf eine soziologische Untersuchung und Dokumentation eingegangen, deren Grundlage lebensgeschichtliche Interviews mit sudetendeutschen Frauen sind.

Beispielgebend für sie sogenannte „Oral History“ im deutschsprachigen Raum ist das Forschungsprojekt „Lebensgeschichte und Sozialstruktur im Ruhrgebiet zwischen 1930 bis 1960“, dessen Ergebnisse 1983 und 1985 in insgesamt drei Bänden von Lutz Niethammer, der 3. Band gemeinsam mit Alexander von Plato, herausgegeben

wurden<sup>1</sup>. In seiner Einleitung im ersten Band führt Lutz Niethammer aus, daß der methodische Zugang der „Oral History“ u. a. auch als „Pfadfinder zu neuen Fragestellungen“ dient. Es geht darum, Erinnerungen, subjektive Erfahrungen in den „kollektiven Erfahrungsschatz einzubringen“.<sup>2</sup> Intensivinterviews gelten als Quellenproduktion und diese neu geschaffenen Quellen werden in mehreren Schritten analysiert, gewichtet und gestützt durch andere Quellen. Zu den Ergebnissen des Forschungsprojektes gehört auch die differenzierte Auseinandersetzung mit der Leistungsfähigkeit und den Grenzen der Methode der „Oral History“<sup>3</sup>. Besonders überzeugend scheint der methodische Zugang der „Oral History“ für Niethammer bei „der Spurensuche durch die black box des Faschismus“ zu sein. In dem Projekt war davon ausgegangen worden, daß eine „Volkserfahrung des Faschismus“ in der Nachkriegszeit gegeben war, die es galt, „als Vorgeschichte der westdeutschen Demokratie“ zu erforschen<sup>4</sup>.

Was Lutz Niethammer für das angesprochene „Oral History“ Forschungsprojekt die „Spurensuche durch die *black box* des Faschismus“ nennt, ist ein Zusammenhang, der in der psychotherapeutischen Praxis immer häufiger in den Mittelpunkt gerät. Es geht um die Auswirkungen von über die Generationen hinweg verdrängter, verschwiegener NS-Vergangenheit. Eindrucksvoll entfaltet wird dieser Zusammenhang in dem von Barbara Heimannsberg und Christoph J. Schmidt 1992 herausgegebenen Sammelband: *Das Kollektive Schweigen. Nationalsozialistische Vergangenheit und gebrochene Identität in der Psychotherapie*<sup>5</sup>.

Lebensgeschichtliche Erinnerungen stehen auch im Zentrum meiner soziologischen Untersuchung, die sich als populär verfaßte Dokumentation – mit dem Titel „... die Gedanken laufen oft zurück“. Flüchtlingfrauen erinnern sich an ihr Leben in Böhmen und Mähren und an den Neuanfang in Hessen nach 1945 – an einen breiteren Leser- und Leserinnenkreis wendet<sup>6</sup>. Für diese hessische Untersuchung und Doku-

<sup>1</sup> „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute einsetzen soll“. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. Hrsg. v. Lutz Niethammer. Berlin-Bonn 1983 (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960, 1). – „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Hrsg. v. Lutz Niethammer. Berlin-Bonn 1983 (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960, 2). – „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Hrsg. v. Lutz Niethammer und Alexander von Plato. Berlin-Bonn 1985 (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960, 3).

<sup>2</sup> Niethammer, Lutz: Einleitung des Herausgebers. In: „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute einsetzen soll“.

<sup>3</sup> Niethammer, Lutz: Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History. In: „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“, 392–445.

<sup>4</sup> Niethammer (wie Anm. 2).

<sup>5</sup> *Das Kollektive Schweigen. Nationalsozialistische Vergangenheit und gebrochene Identität in der Psychotherapie*. Hrsg. v. Barbara Heimannsberg und Christoph J. Schmidt. Köln 1992.

<sup>6</sup> Müller-Handl, Utta: „Die Gedanken laufen oft zurück...“ Flüchtlingfrauen erinnern sich an ihr Leben in Böhmen und Mähren und an den Neuanfang in Hessen nach 1945. Wiesbaden 1993. Der Band ist im Rahmen einer mehrbändigen Dokumentation über die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Bundesland Hessen erschienen, die von der Hessischen Landesregierung in Auftrag gegeben wurde und die von der Historischen Kommission für Nassau 1993 veröffentlicht wird.

mentation galt vorrangig, solange dies in einer persönlichen wie konkreten Befragung noch möglich war, die Leistungen von Flüchtlingsfrauen der Nachkriegszeit während eines langfristigen Integrationsprozesses zu dokumentieren und damit die gewonnenen Erkenntnisse nutzbar zu machen für Gegenwart und Zukunft – im Blick auf eine allgemeine und hohe Mobilität von verschiedenen sozialen und kulturellen Gruppen. Dieser thematische Zusammenhang wird exemplarisch dokumentiert und untersucht am Beispiel von sudetendeutschen Frauen, die in den Jahren 1945 und 1946 aus der Tschechoslowakei zwangsausgesiedelt wurden und in Hessen ein neues Zuhause fanden.

Es wurde von folgendem ausgegangen: Wenn wir verstehen wollen, wie und inwieweit es Flüchtlingsfrauen gelang, die äußere und innere Stabilität ihrer Familien zu wahren, wie und inwieweit sie sich in Hessen eingelebt haben und aufgehoben fühlen, dann müssen wir uns ihren Erinnerungen aufmerksam zuwenden und fragen, wie sie die Brüche und Veränderungen in ihrer Lebensgeschichte verarbeitet haben. Es sind Erinnerungen an das Zusammenleben und an Konflikte zwischen Tschechen und Deutschen, an Krieg, Flucht, Repression, Gefangenschaft und die Zwangsausiedlung sowie Erinnerungen an die schwierige Neuorientierung im fremden Land Hessen und an einen über vierzigjährigen Prozeß des Einlebens. Bei all diesen Erinnerungen steht die Bewältigung des Alltags im Mittelpunkt.

In den Jahren 1989/1990 wurden über 40 Personen befragt, meist Frauen und einige wenige Männer. Um die Vergleichbarkeit der qualitativen Interviews zu gewährleisten, weisen diese einzelnen Fallstudien folgende Merkmale auf:

- Für die Untersuchung wurden überwiegend Frauen ausgewählt, die ohne ihre Männer, mit einem oder mehreren Kindern zwangsausgesiedelt wurden und deren Männer noch in Gefangenschaft, vermißt oder gefallen waren. Es ging dabei darum, den Einfluß und die Leistungen der Frauen möglichst intensiv untersuchen und darstellen zu können.
- Auswahl nach gleichem Herkunftsgebiet: Böhmen und Mähren. Hier kann davon ausgegangen werden, daß bei der befragten Gruppe ähnliche Traditionen und Erfahrungen gegeben sind. Zugleich wird damit die anzahlmäßig größte Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Krieg in Hessen berücksichtigt.
- Von den sudetendeutschen Frauen aus Böhmen und Mähren wurden solche ausgewählt, die seit Jahrzehnten: a) im Bad Vilbeler Ortsteil Dortelweil, b) in und um die Bad Vilbeler Flüchtlingssiedlungen auf der Bad Vilbeler Höhe und c) in Frankfurt am Main leben. Dadurch ist einerseits für den jeweiligen Ort ein vergleichbarer Bezugsrahmen der Lebenswirklichkeit und seiner besonderen Vorbedingungen gegeben; andererseits kann deutlich werden, inwieweit unterschiedliche Integrationsverläufe von örtlichen Bedingungen abhängen.

Die entstandene Dokumentation und Untersuchung bietet eine vertiefte und über das Individuelle hinausreichende Lesart von lebensgeschichtlichen Erinnerungen an, wobei das Prinzip sparsamer Interpretation beachtet wurde. Jedes Interview, jede Lebensgeschichte wurde einzeln erschlossen und analysiert. Im Vergleich miteinander sind die Lebensgeschichten auf sachlich begründete, tragfähige und verall-

gemeinerbare Zusammenhänge, auf Verarbeitungsmuster und Handlungsspielräume hin untersucht worden. Durch die immanente wie auch vergleichende Untersuchung der Lebensgeschichten ist es gelungen, mit absolut subjektiven Aspekten, Verzerrungen und Überlagerungen umzugehen.

Es wurden nur Frauen befragt, die sich noch erkennbar auf ihre alte Heimat beziehen. Sei es, daß sie sich mit anderen Flüchtlingsfrauen in kirchlichen Gruppen zusammenfinden; sei es, daß sie aktiv in einer der Organisationen der Vertriebenen mitarbeiten, oder zumindest hin und wieder, wenn auch nur im Abstand von Jahren, an Veranstaltungen des Bundes und der Vertriebenen, der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der Gesinnungsgemeinschaften der Sudetendeutschen oder an Treffen ihrer Heimatgruppe teilgenommen haben. Frauen, die in derartigen Zusammenhängen nicht aufzufinden sind, kommen in der Dokumentation nicht zu Wort. Das können z. B. Frauen sein, die Organisationen und Treffen der Vertriebenen ablehnen oder die sehr zurückgezogen leben oder Frauen, die in Hessen assimiliert sind. Auch diese Frauen mußten sich mit mentalen Belastungen auseinandersetzen, und es wäre eine aufschlußreiche Differenzierung zu der vorgelegten Dokumentation, die Eingliederung dieser Frauen in Hessen zu dokumentieren und zu untersuchen. Bezogen auf Frauen, die sich in Hessen assimiliert haben, wäre u. a. zu fragen, inwieweit dieser Verlust jeglichen Gruppenbewußtseins – bezogen auf die Herkunftsregion – eine Verdrängung mentaler Belastungen ist. Außerdem muß hier an jene Frauen erinnert werden, die ein Gespräch ablehnten, weil das Erinnern für sie heute noch unerträglich ist. Auch sie fehlen in der Dokumentation.

Den Frauen, die in der Dokumentation zu Wort kommen, ist es gelungen, die Brüche in ihrer Lebensgeschichte auszuhalten. Diese Frauen haben ihre Lebensgeschichte nicht nur für andere erzählt, um Zeugnis abzulegen, sondern auch für sich selbst. Wenn ihnen neben dem, was sie schon häufiger berichtet haben mögen – im Kreis ihrer Familie und unter Freunden, – während des Interviews plötzlich etwas bewußt wird, etwas aus dem Vergessenen wieder auftaucht und sie um Erklärungen bemüht sind, dann ist das Gespräch für sie auch eine Art Selbstgespräch und Selbsterinnerung, ein spätes Reflektieren.

Die Erinnerungen der Frauen sind häufig in Bildern geronnen oder in geschlossenen Szenen. Diese Bilder oder Szenen können von starker Ausdruckskraft sein. Sie können betrachtet werden – wie von Zuschauern, die nicht mehr daran arbeiten müssen: das heißt, sie müssen nicht weiter verarbeitet werden. Einerseits wird vieles ausgeblendet, andererseits wird das alltägliche Detail erinnert. Was übrigbleibt, sind oft Begebenheiten mit guten und mit bösen Menschen und viel Unbegreifliches. Es ist wie eine Heilungs-Strategie, sich in geronnenen Bildern und Szenen zu erinnern. Das Erlebte muß so nicht in seiner ganzen Dimension erfaßt werden, und die Bedrohung wie das Leid, welches in den Erinnerungen steckt, wird reduziert. Das Erlebte muß nicht in seiner ganzen Dimension weitergegeben werden, wenn es in Bildern und Szenen erzählt wird.

Am stärksten haben sich ihnen Erinnerungen eingeprägt aus den Lebensphasen, in denen der gewohnte Alltag in Frage gestellt wurde, als sie mit schwerer, zusätzlicher Verantwortung belastet waren und sie sich immer wieder neu orientieren mußten. Die eindringlichsten Erinnerungen beziehen sich auf eine Zeitspanne von etwa 30 Jahren,

von den dreißiger Jahren bis Anfang der sechziger Jahre. Die Dokumentation folgt den Erinnerungen der Frauen von den dreißiger Jahren an. Blickt auf 1938, „als der Hitler kam“, wie es hieß, als die Tschechoslowakei die Siedlungsgebiete der Sudetendeutschen in Böhmen und Mähren in der Folge des Münchener Abkommens an das Deutsche Reich abtreten mußte. Befürworterinnen der Abtretung und Gegnerinnen kommen zu Wort, begründen ihre Haltung und berichten darüber, inwieweit sich ihr Alltag veränderte. Danach folgt die Dokumentation den Erinnerungen der Frauen an die Alltagsbewältigung, seitdem ihre Männer in den Krieg eingerückt waren. Bei aller Wertschätzung, die die Frauen der Ausbildung (Schule und Beruf) zumessen, war letztlich ihre Familienorientierung von größerer Bedeutung. Diese Familienorientierung verstärkte sich seit der Zeit, als ihre Männer in den Krieg einrückten, und hat sich bis in die Gegenwart erhalten. Je beunruhigender die äußeren Lebensumstände wurden, um so fragloser erschien die Familie als Institution und Bezugspunkt.

Es war ein Einschnitt ins Alltagsleben, wenn die Familie auseinandergerissen wurde, weil der Mann in den Krieg einrücken mußte. Dennoch nimmt das Erzählte über diese Zeit einen relativ geringen Umfang innerhalb der gesamten erzählten Lebensgeschichte jeder Frau ein. Der Grund hierfür ist der viel tiefergehende Bruch in ihrer Lebensgeschichte, die Zeit von Kriegsende bis zur Zwangsausweisung (und auch ihrer Ankunft in den Aufnahmeorten in Deutschland). Im Vergleich dazu verblasen die vorher erlebten Veränderungen in ihrem Leben, sie werden überlagert.

Die Dokumentation folgt den Erinnerungen der Frauen an Kriegsende, Fluchtversuche und das schwer zu verkraftende Geschehen in der Nachkriegszeit in der Tschechoslowakei bis zu ihrer Zwangsausweisung und blickt in diesem Zusammenhang zurück auf das frühere Zusammenleben von Tschechen und Deutschen. Angemerkt werden muß: Die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte von Tschechen und Deutschen steht m. E. erst am Beginn einer qualitativ neuen Phase. Von den befragten Frauen kann nicht ein Mehr an Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erwartet werden, als dies bisher ganz allgemein in der Gesellschaft verbreitet war.

Wann immer im Verlauf der einzelnen Interviews an das Zusammenleben von Deutschen und Tschechen erinnert wird – sei es bei Erinnerungen an die Kindheit und Jugend, sei es bei Erinnerungen an die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, die Nachkriegszeit oder bei Überlegungen zu sogenannten „Heimwehreisen“ in die alte Heimat – die Erinnerung an das Zusammenleben von Deutschen und Tschechen ist immer zugleich ein Suchen, ob es in der Vergangenheit irgendwelche Gründe gab, welche die Repression gegen die sudetendeutsche Bevölkerung nach Kriegsende und deren Ausweisung erklären könnten. Aber dieses Suchen nach Erklärung ist weitgehend blockiert.

In der Nachkriegszeit gab es in der Tschechoslowakei keine Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte von Tschechen und Sudetendeutschen mit all ihren negativen und positiven Aspekten. Die Erinnerungen der Frauen machen deutlich, daß nicht differenziert wurde danach, inwieweit jede einzelne Person schuldig war. Es galt nur ein Kriterium, wie eine der befragten Frauen, kurz und bündig, sagt: „Du warst eben Deutsche“. Sie sahen sich nach Kriegsende in der Rolle des Haßobjektes für Tschechen. Diese Erfahrung ist m. E. den Sudetendeutschen allgemein, was sie in dieser Zeit erlebten, eint sie – in gewissem Maße – über alle politischen Orientierungen hinaus.

Neben der Erfahrung, allgemein Objekt des Hasses zu sein, erzählen die interviewten Frauen jedoch auch von einzelnen Tschechen, die ihnen heimlich geholfen haben, die Mitleid mit ihnen hatten. In ihrer Erinnerung waren dies Tschechen, die schon immer mit ihnen in den deutschen Siedlungsgebieten Böhmens und Mährens zusammengewohnt hatten, während Tschechen, die gegen sie „wüteten“, aus fernen Gebieten der Tschechoslowakei gekommen seien. Gerade die Erinnerung daran, daß sie Tschechen kannten, die zu ihnen hielten, verstärkt noch ihre Fassungslosigkeit über die Repressionen nach dem Krieg. Diese Tschechen, die sie nicht ausgrenzten, werten sie wie einen zusätzlichen Beleg dafür, daß Deutsche und Tschechen früher eigentlich gut zusammengeliebt haben. Sie erinnern sich zwar auch an Konflikte zwischen Tschechen und Deutschen während der Ersten Tschechoslowakischen Republik und einige, aber nur sehr verhalten, auch an Spannungen und Gewalt gegen Tschechen in den Jahren 1938–1945. Aber: Alle diese Erinnerungen treten zurück, sie bieten aus der Sicht der Frauen keine Erklärung für die Repressionen gegen Deutsche in der Nachkriegszeit und ihrer Zwangsaussiedlung aus der Tschechoslowakei.

Nachkriegszeit und Zwangsaussiedlung wirken wie eine Blockierung. Sie stellt einen derart einschneidenden und unfasßbaren Bruch in der Lebensgeschichte dar, der für die Frauen durch nichts, was vorher war, zu erklären und zu rechtfertigen ist. Wie stark diese Blockierung ist, mag ein Beispiel verdeutlichen: Frau R. ist über 80 Jahre alt. Sie ist als junge Frau in Böhmen der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der ČSR beigetreten und gehört heute noch der SPD an. Sie hatte tschechische Freunde, und auch unter ihren Verwandten sind Tschechen. Die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich hat sie abgelehnt und unter der Herrschaft der Nationalsozialisten gelitten. 1946 wurde sie zusammen mit anderen deutschen Antifaschisten nach Hessen zwangsausgesiedelt. Am 16.3.1990, ein Tag nachdem Präsident Havel Bundespräsident von Weizsäcker auf der Prager Burg empfing, sagte sie: „Ja, die haben ja gestern so oft im Radio gesagt: ‚51 Jahre ist es her, daß die Deutschen einmarschiert sind in Prag‘. Das wissen sie. Aber was die Tschechen mit den Deutschen gemacht haben, davon reden sie nicht, die Tschechen. [...] Und da zeigen sie immer das von Lidice, alles, was da gemacht worden ist. Aber was die Tschechen alles gemacht haben, da reden sie nicht davon ... Die Vertreibung und ...“.

Der Blick auf ihre Nachkriegserfahrung macht es vielen Sudetendeutschen ungeheuer schwer – auch dieser Sozialdemokratin, die loyal zur Tschechischen Republik gestanden hatte –, sich vorbehaltlos mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen. Die Vertreibung wird zur alles überlagernden Erinnerung. Für sie geht es um das ganz persönliche Ertragenkönnen dessen, was sie erlebt haben. Um die eigene Geschichte ertragen zu können, wird vieles in der Erinnerung der befragten Frauen überdeckt, widersprüchliches wird nicht wahrgenommen oder es wird fast beschwörend beschönigt, wenn zum Beispiel z. T. der Eindruck vermittelt wird, als seien Sudetendeutsche und Tschechen in „früherer“ Zeit immer gut miteinander ausgekommen.

Jene, die sich an nationalistisch geprägte Konflikte vor 1938 erinnern und Tschechen dafür verantwortlich machen, übertragen das Unangenehme, das sie erlebt haben, auf Tschechen, die ihnen fremd waren, die nicht mit ihnen in den deutschen Siedlungsgebieten zusammengeliebt haben. Diese Übertragung wirkt entlastend. Gleiches wiederholt sich in den Erinnerungen, die sich auf die Nachkriegszeit beziehen. Allerdings

wird dies Muster nicht ungebrochen durchgehalten. Der Widerspruch fällt ihnen jedoch nicht auf, darauf angesprochen, wird er minimalisiert. Auf die Nachkriegszeit bezogen, gibt es auch Erinnerungen an tschechische Nachbarn, die sie willkürlich aus ihren Wohnungen wiesen und sich ihre Habe aneigneten u. a. m. Dann heißt es lapidar: „Es gibt solche und solche. Das ist überall so.“

Was die Frauen in der Nachkriegszeit in der Tschechoslowakei erlebten, einschließlich der zwangsweisen Aussiedlung, wirkt wie ein Scharnier für ihr ganzes Leben. Es ist der Dreh- und Angelpunkt in ihrem Leben, der immer mitgedacht wird, wenn sie über „früher“, über ihre alte Heimat erzählen, wenn sie über ihr Leben in Hessen berichten und wenn sie über die Zukunft nachdenken. Wer sie verstehen will, darf sich ihren Erinnerungen an die Nachkriegszeit nicht verschließen, sie sind deshalb ausführlich dokumentiert.

Kurz gefaßt: Im Zusammenhang mit den dreißiger Jahren und der Abtretung 1938 werden auch Spannungen und Konflikte zwischen Tschechen und Deutschen erinnert. Im Zusammenhang mit der Nachkriegszeit bis zur zwangsweisen Aussiedlung geht der Blick weiter zurück in die Jugend im Kaiserreich oder in den zwanziger Jahren: Wir haben gemeinsam getanzt, wird mehrfach erinnert. Deutsch oder tschechisch zu sein, habe kaum eine Rolle gespielt. Es gab den Schüleraustausch, von tschechischen Freundinnen und Nachbarn wird berichtet. Es entsteht z. T. der Eindruck, als habe man einst völlig problemlos zusammengelebt. Die Hetze gegeneinander sei erst entstanden, als der Hitler kam. Die Nachkriegszeit und die zwangsweise Aussiedlung bleiben unfassbar.

Kommen wir zum Einleben der Frauen in Hessen. Das schwierige Einleben in der Fremde erschwerte m. E. zusätzlich eine vorbehaltlose Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Die Erinnerungen der Frauen an Ankunft und Leben in den Erstaufnahmedörfern werden dokumentiert, danach ihr Einleben in den Orten, an denen sie sich dauerhaft angesiedelt haben (in Dortelweil, in Bad Vilbel und in Frankfurt am Main) – und sie blicken zurück auf einen über 40jährigen Prozeß des Einlebens in Hessen.

Für alle befragten Frauen mit kleinen Kindern, die ohne ihre Männer (gefallen, vermißt, noch in Gefangenschaft) in Hessen ankamen, war die Ankunft in den Erstaufnahmedörfern mit einer demütigen Erfahrung verbunden. Die Frauen mit kleinen oder mehreren Kindern wollten die Bauern nicht freiwillig aufnehmen, sie blieben bei der Verteilung bis zuletzt mit ihren Kindern und dem wenigen Gepäck auf den Dorfplätzen sitzen. Im Gegensatz zu den Flüchtlingen, welche die Bauern sich als Arbeitskräfte ausgesucht und aufgenommen hatten, wurden die Flüchtlingsfrauen mit Kindern von den Bürgermeistern der Dörfer in die letzten noch aufzufindenden Unterkünfte zwangsweise eingewiesen. Die Alteingesessenen wurden gezwungen, zusammenzurücken und Kammern und Zimmer mit Möbeln abzutreten. „Und so war das dann auch ...“, sagt eine der Frauen.

Um die erste Zeit in den Dörfern, in denen sie noch die Fremden waren, sich wie Eindringlinge abgelehnt, nicht anerkannt fühlten, ranken sich viele Erinnerungen über Konflikte mit Alteingesessenen, über Geiz, Sturheit und Ausgrenzung. Diese Erinnerungen sind an Verletzungen und Irritationen geknüpft und werden meist ohne Distanz mit der empörten Stimme von damals erzählt, so, als sei das Vorgefallene erst gestern gewesen.

In der ersten Zeit ist der Blick von Flüchtlingen und Alteingesessenen beiderseits verstellt. Die Flüchtlinge erwarten nach der Vertreibung von den Alteingesessenen eine größere und selbstverständliche Bereitschaft zur Hilfe und auch des Trostes, wegen ihrer Heimatlosigkeit. Die hessischen Dorfbewohner selbst sind oft arme Leute in Dörfern mit kargen Böden. Sie hatten während des Krieges schon Einschränkungen durch die Einquartierung von Evakuierten aus den Städten hinnehmen müssen. Die Aufnahme von Flüchtlingen bedeutet für sie eine unabsehbare Verlängerung dieser Einschränkungen.

Im gleichen Maße, wie die Flüchtlingsfrauen sich Anerkennung und Achtung verschaffen konnten, öffnet sich auch ihr Blick für die vielerorts mageren Lebensumstände der Alteingesessenen. Anerkennung und Achtung haben sich die befragten Flüchtlingsfrauen überwiegend verschafft durch arbeiten, durch „schaffen“. Sie haben der einheimischen Bevölkerung damit ganz augenfällig signalisiert, daß sie nicht auf ihre Kosten leben wollen. Die Flüchtlingsfrauen erzählen, es sei ihnen besser gegangen, nachdem die Einheimischen sie erst einmal in diesem Sinne kennengelernt hatten.

Meist erst auf Nachfragen erzählen sie von den Freundlichkeiten und Hilfen der Einheimischen und auch von Freundschaften mit ihnen, die ein Leben lang hielten. Zuerst erinnern sie sich an die Verletzungen, die sie in der ersten Zeit in den Dörfern erlebten. Die erste Zeit in den Dörfern wird noch heute eine „bittere“ Zeit genannt, die verbunden ist mit einem Gefühl von Fremdsein, Entwurzeltsein und Ablehnung. Die Erzählungen aus dieser als bitter empfundenen Zeit dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die meisten der Frauen sich später in ihren ersten Aufnahmeorten durchaus angenommen fühlten. Die schwierige Phase der Neuorientierung in Hessen reicht bis Anfang der sechziger Jahre, bis Arbeit und Auskommen als gesichert angesehen werden konnten und sie in einem Beziehungsgeflecht von Menschen lebten, in dem sie sich aufgehoben fühlen konnten.

Von großer Bedeutung für eine gelungene Eingliederung der Frauen war ein starker Zusammenhalt innerhalb der Familien, und der Erhalt oder das Entwickeln von Beziehungen zu Menschen aus ihrer alten Heimat. In den Familien der Kriegerwitwen ebenso, wie in den Familien mit Mann und Vater. Konnten die Frauen zudem in Hessen an weltanschauliche Traditionen anknüpfen, die sie in ihrer alten Heimat gelebt hatten, so bedeutet auch dies für sie ein Zuhause.

Für das Selbstbewußtsein, das die Frauen entwickelten, war ihre Arbeit von Bedeutung: ihre Erwerbsarbeit und ihre Arbeit für die Familie bis hin zur Subsistenzwirtschaft. Sie strebten nach Unabhängigkeit von staatlicher Fürsorge, wodurch sie oft die Achtung und Anerkennung von seiten Alteingesessener errangen, die den Flüchtlingen anfangs ablehnend gegenüberstanden.

Die befragten Frauen leben (1989/1990) in Dortelweil, in den Siedlungen auf der Bad Vilbeler Höhe wie in Frankfurt am Main in „heimatlichen Netzen“, wie das Beziehungsgeflecht zu Menschen hier genannt wird, die an diesen Orten jeweils unterschiedlich geknüpft sind. Die Frauen fühlen sich heute in ihren Wohnorten zuhause, doch nur bei einer der befragten Frauen haben sich – anknüpfend an ihre traditionelle politische Orientierung – enge, dauerhafte Freundschaften zu Alteingesessenen entwickelt.

In dem ehemaligen Dorf Dortelweil ließ sich ein heimatliches Netz am einfachsten knüpfen und am engsten. Dort leben die Frauen im Kreis ihrer Familie, von Freunden, Bekannten oder gar Nachbarn *aus ihrer früheren Heimat*. Alle dort befragten Frauen kommen aus der Landwirtschaft, alle konnten ihren Wunsch, in einem eigenen Haus leben zu wollen, verwirklichen, im eigenen Haus zu leben wird gleichgesetzt mit „zu Hause sein“.

Stärkere Herausforderungen mußten die Flüchtlingsfrauen bewältigen, die in die Großstadt Frankfurt kamen. Das Einleben in der Großstadt ist ein stark individualisierter Prozeß. Wollten die Frauen mit Menschen aus ihrem Herkunftsort, ihrer Herkunftsregion zusammenkommen, so mußten sie diese Beziehungen ganz bewußt aufbauen, sie waren nicht selbstverständlich in ihrem Wohnumfeld aufzufinden. Auf der anderen Seite bot die Großstadt ein breites Spektrum an Lebensformen und an sozialen, kulturellen und politischen Angeboten, so daß sich den Frauen dort am ehesten die Möglichkeit bot, ihre alte und ihre neue Welt zu verbinden.

Schwieriger scheint das Einleben in den großen Flüchtlingssiedlungen auf der Bad Vilbeler Höhe gewesen zu sein. In diesen Vorstadtsiedlungen leben Heimatvertriebene aus den verschiedensten Regionen, aus Dörfern und Städten. Es ist eher ein Nebeneinanderleben als ein Miteinanderleben. Die befragten Frauen konnten dort weder an frühere Beziehungen und an einen breiten Fundus von gemeinsamen Traditionen anknüpfen und sie ein Stück weiterleben (wie die in Dortelweil Befragten), noch hatten sie die Wahlmöglichkeiten, die eine Großstadt bot.

Durch die dokumentierten Erinnerungen der befragten „Flüchtlingsfrauen“ ist deutlich geworden, was es außer dem materiellen Überleben für Flüchtlinge und Vertriebenen zu bewältigen gilt. Es sind die langfristigen Folgen, die schwer zu ertragen sind. Es sind die Ängste, Blockierungen und Aggressionen, die sie erlebt haben. Sie wirken als tiefgreifende Verletzungen lange nach und sind schwer zu verarbeiten: die Spannungen zwischen Tschechen und Deutschen; Nationalsozialismus und Krieg; nach Kriegsende Deutsche zu sein, und damit den Schuldigen zugerechnet zu werden, in deren Namen unendliches Unheil verursacht wurde. Zugleich waren sie selbst Repressionen von Tschechen ausgesetzt und wurden zwangsweise ausgesiedelt. Unabhängig von dem, was sie konkret getan hatten, gehörten sie nach Kriegsende zu den Schuldigen und wurden zugleich Opfer. Diese Verknüpfung erschwerte eine unvoreingenommene Auseinandersetzung ihrer gemeinsamen Geschichte mit den Tschechen; und dann ihr Neubeginn und das Einleben in Hessen. Das bedeutete zuerst, das Fremd-Sein ertragen zu können und die Bewältigung der anstrengenden Neuorientierung.

Angemerkt sei hier, daß die Verknüpfung von Schuldigen und Opfern meines Erachtens auch die Auseinandersetzung unter den Sudetendeutschen behindert. Gemeinsam ist ihnen die zwangsweise Aussiedlung. Noch heute ist darauf rekurrend beschwörend zu hören, die Sudetendeutschen sollten sich nicht auseinanderdividieren lassen in „gute“ und „böse“ Sudetendeutsche. Eine breite und unvoreingenommene Auseinandersetzung unter ihnen über ihren Anteil an nationalistischen Konflikten in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, über ihren Anteil an der Liquidierung der Tschechoslowakei und die Verstrickung mit dem Nationalsozialismus hat nicht stattgefunden.

Nach über vierzig Jahren können die befragten Frauen letztlich sagen, sie hätten in Hessen ein neues Zuhause gefunden. Aber: Es ist ein Zuhause, dem dennoch etwas fehlt, es ist für sie nicht das, was sie mit „Heimat“ bezeichnen würden. Sie fühlen sich nach wie vor einer anderen Mentalität zugehörig, die sie verbindet mit dem Vielvölkerstaat des alten Österreich, auch mit der Ersten Tschechoslowakischen Republik oder mit Bayern.

Ihre Erinnerungen machen deutlich, wie lange das Erleben von Vertreibung und von Fremd-Sein ertragen zu müssen, nachwirkt. Derartiges ist tief einprägt und unabhängig davon, ob sie sich nach über 40 Jahren stärker oder schwächer in Hessen zu Hause fühlen, das Erlebte beschäftigt sie lebenslang. Wenn vereinzelt heute noch abweisend von ihnen als den „Flüchtlingen“ gesprochen wird, ist es, als sei die Zeit für sie stehengeblieben in den Nachkriegsjahren.

Sie sind in Hessen nicht „fraglos“ zu Hause, es geht zeitlebens für sie darum, den Verlust an Übereinstimmung mit gesellschaftlichen Zusammenhängen zu bewältigen, den Grad zu finden, der erträglich ist. Und das gelingt nicht ganz, weder bei den in Dortelweil befragten Frauen noch bei den in den Bad Vilbeler Siedlungen und den in Frankfurt befragten Frauen. Vieles bleibt unverarbeitet. Der Bezug zu Menschen aus ihrer ehemaligen Heimat, die ähnliches erlebt haben, ist ihnen eine Stütze, aber es gibt weiterhin eine Sehnsucht nach Übereinstimmung, nach fraglosem Aufgehobensein, die nicht verwirklicht werden kann.

Was die Frauen in ihrem Leben z. B. an Aggression erlebt haben, sind Formen, die in der Gesellschaft bis auf den heutigen Tag immer wieder ihre Opfer suchen. Die Konflikte zwischen Menschen verschiedener Kulturgruppen im Inland und im Ausland; Menschen, die damit fertig werden müssen, daß sie als Fremde abgelehnt werden, die fliehen müssen, vertrieben oder abgeschoben werden. Fast täglich übermitteln die Medien Bilder von Menschen, die fliehen, und die, in der vermeintlich rettenden Fremde angekommen, auf ihrem wenigen Gepäck sitzen und ängstlich warten, ob und wie sie aufgenommen werden – oft sind es Frauen mit ihren Kindern. Für mehrere der befragten Frauen war es 1946 „das Schrecklichste“ gewesen, als niemand sie und ihre Kinder in Hessen freiwillig aufnehmen wollte. Die Erinnerung der befragten Frauen sollten als etwas fruchtbar Beunruhigendes angesehen werden, das sensibel macht für die Gegenwart und die Zukunft, mit dem Ziel eines Zusammenlebens verschiedener Kulturgruppen, das von Achtung und Ausgleich getragen ist.

Zum Schluß möchte ich das „heimatliche Netz“ von Frau R. in Frankfurt schildern, einer Sozialdemokratin aus Aussig:

Frau R. war mit ihrer fünfzehnjährigen Tochter und sehr wenig Gepäck 1946 von Aussig in ein Dorf an der nördlichen Stadtgrenze Frankfurts zwangsausgesiedelt worden. In dem Dorf fand sie keine Arbeit. Sie nahm eine Stelle als Putzfrau im Verwaltungsgebäude einer Fabrik in Frankfurt an, wo sie seit Frühjahr 1947 mit ihrer Tochter in einer Dachkammer des Gebäudes auch wohnte. In den ersten Jahren nach der Zwangsausiedlung führte Frau R. ein karges Leben, angefüllt mit Arbeit. Erst seit Mitte der sechziger Jahre lebt sie in menschenwürdigen Wohnverhältnissen.

Frau R. ist Kriegerwitwe, sie mußte allein für sich und ihre Tochter sorgen. Ihr blieb in den ersten kargen und arbeitsvollen Jahren in Frankfurt keine Zeit, um aktiv Beziehungen zu anderen Menschen aufzubauen und zu pflegen. Sie litt immer stärker

unter der Trennung von ihren Verwandten, Freundinnen und Bekannten aus der alten Heimat, über deren Verbleib sie nichts wußte. Sie erkrankte und wurde 1956 Frührentnerin. Frau R. ist ihrem Leiden begegnet, indem sie seit Mitte der fünfziger Jahre aktiv begann, sich ein heimatliches Netz zu knüpfen, in dem sie sich aufgehoben fühlt. Sie suchte nach Verwandten und Freunden aus der alten Heimat. Einige der Menschen, die sie ausfindig machte, leben inzwischen seit Jahren in Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet. Mit den anderen hält sie regen Kontakt. Frau R. ging es gesundheitlich wieder besser, je mehr sie ihre vermißten Angehörigen und Freundinnen wiederfand und je mehr sie auch in anderer Weise auf ihre alte Heimat Bezug nahm.

Diese Frau vermittelte den Eindruck, als habe sie inzwischen in und um Frankfurt mehr bewußt gelebte Beziehungen zu Menschen aus ihrer alten Heimat, als sie es dort je hatte. Sie fühlt sich zu Hause in Frankfurt, weil sie sich in dieser Stadt die alte Heimat möglichst komplett wiederaufgebaut hat: Die Familie, Freundinnen und Bekannte, Böhmerwäldlerverband, Aussiger-Heimatgruppe, die Sozialdemokraten der Seliger-Gemeinde, die Sudetendeutsche Landsmannschaft. In ihrer Wohnung ist die alte Heimat an allen Wänden präsent, mit Fotos, Kalendern, Spruchtafeln, Gemälden. In ihrem Bücherregal stehen Broschüren und Bücher, die ihre alte Heimat festhalten, sei es in Bildbänden oder Romanen bis hin zu Kochbüchern. Wenn im Gespräch der Name eines Frankfurter Stadtteils genannt wird, weiß sie gleich zu berichten von Bekannten aus der alten Heimat, die dort leben, und sie weiß, wo in der Stadt eine Bäckerei oder eine Metzgerei zu finden ist, deren Gebäck oder Wurst noch schmecken wie daheim, da die Besitzer Zwangsausgesiedelte sind. Über diesen örtlichen Rahmen hinaus, hat sie an regionalen und überregionalen Treffen von Vertriebenenorganisationen teilgenommen. Sie besuchte zwischen 1964 und 1981 mehrmals die Tschechoslowakei, hat alte Verbindungen dorthin gepflegt und neue aufgebaut (z. B. zu der tschechischen Familie, die in den sechziger Jahren das Häuschen im Böhmerwald von der dortigen Gemeinde kaufte und als Wochenendhaus ausbaute, welches bis 1945 Frau R.s Eltern gehörte und in dem Frau R. geboren wurde und aufgewachsen ist). Frau R.s heimatliches Netz besteht überwiegend aus Beziehungen zu Menschen aus der alten Heimat und in der alten Heimat. Es ist ein sehr differenziertes Netz, in dem die Familie und die politische Orientierung genauso aufgehoben sind, wie sozusagen „das Hänschen, das nebenan gewohnt hat“ bis hin zum Geschmack der Wurst oder des Gebäcks. An Frankfurtern, die sie näher kennt, nennt sie nur ihren Schwiegersohn und wenige Nachbarinnen.

Abschließend möchte ich anmerken, daß dieser Dokumentation ein Pendant fehlt, aus dem heraus ein Dialog entstehen könnte: Eine ähnliche Dokumentation aus der Tschechischen Republik, in der lebensgeschichtliche Erinnerungen von Tschechinnen verarbeitet sind. Erinnerungen von Tschechinnen, die in den überwiegend von sudetendeutschen bewohnten Gebieten alteingesessen waren, und von anderen, die nach Kriegsende, nach der zwangsweisen Aussiedlung der Sudetendeutschen, in diese Gebiete zuzogen.

## TSCHECHEN UND SUDETENDEUTSCHE: EIN MÜHSAMER ABSCHIED VON DER VERGANGENHEIT

*Von Eva Schmidt-Hartmann*

Es besteht kein Grund, an dem sowohl durch die tschechische Regierung wie auch durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft vielfach beteuerten Willen zur Aussöhnung zu zweifeln. Und dennoch scheinen ihre öffentlichen Erklärungen die Gräben zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen vier Jahre nach dem Fall des Stacheldrahts eher zu vertiefen als zu überbrücken. Die tschechische Regierung beteuert wiederholt, sie werde nicht mit den „Sudetendeutschen verhandeln“, und das offizielle Blatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft beklagt die Weigerung „der Tschechen“, das Unrecht der Vertreibung einzusehen.

Dennoch handelt es sich bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten und ungelösten Problemen zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen keineswegs um ein ausschließlich politisches Problem. Als vor kurzem der tschechische Schriftsteller und Dramatiker Pavel Kohout vor der Münchner Öffentlichkeit eine „Rede über das eigene Land“ hielt und sich darin ausführlich mit dem Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen beschäftigte, war darin wenig Neues zu finden. Vielmehr bietet seine Rede eine Ansammlung von aus der Vergangenheit wohlbekannten Klischees und Stereotypen; etwa von der Ersten Tschechoslowakischen Republik als dem „besten Staat des damaligen Europas“ und von den Sudetendeutschen als der „fünften Kolonne“, die „Hochverrat am eigenen demokratischen Staat“ verübte. Zwar gibt Kohout zu, daß am Kriegsende die Sudetendeutschen „nach dem unmoralischen Prinzip der kollektiven Rache dem Wüten des Mobs hilflos ausgeliefert wurden“ und spricht von der „Lynchjustiz an vielen deutschen Soldaten, die oft tschechischen Kollaborateuren ein Alibi verschaffen sollte“; dennoch rechnet er das von den Sudetendeutschen erlittene Unrecht und Leid nach dem Prinzip „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ gegen die im Namen des Nationalsozialismus durch die Deutschen zuvor verübten Verbrechen auf. Zur Bewältigung der Vergangenheit weist er darauf hin, daß „durch die Person unseres Präsidenten [...], protokollarisch gesehen, wir Tschechen alle tiefes Bedauern [...] über Ungerechtigkeiten und Leiden, die die Vertreibung der Deutschen als Folge der grausamen deutschen Aggression mit sich brachte“, geäußert haben, und beklagt das Ausbleiben einer solchen „Entschuldigung“ seitens der Sudetendeutschen: „Wie ich die Lage und das Leben kenne, würden nach einer solchen, schon längst fälligen Geste seitens der Sudetendeutschen schnell alle Schritte folgen, die sich aus einer neuen Situation ganz logisch ergeben.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Alle Zitate aus Kohouts Rede wurden der Süddeutschen Zeitung v. 24. 11. 1993 entnommen, in der unter dem Titel „Ein Prager spricht über Tschechen und Deutsche“ Auszüge aus der Rede veröffentlicht wurden.

Welche Schritte Pavel Kohout im Sinn hatte, teilte er leider seinen Zuhörern nicht mit. Vielmehr endete er seine Ausführungen mit Wünschen „an das heutige Deutschland“. Seine Rede illustriert deutlich eine heute verbreitete Vorstellung von einer herbeigesehnten Vergangenheitsbewältigung: Man versucht die „Dinge beim Namen zu nennen“ (um noch einmal Kohouts Vokabular zu bemühen) und bringt seine Hoffnungen auf eine bessere Zukunft in Form von Wunschvorstellungen zum Ausdruck. Rational-kritischer Diskurs über die Vergangenheit und über die Ursache einzelner bedauerter Entwicklungen bleibt dabei allerdings aus.

Somit sind wir Zeugen einer Neuauflage des aus der Vergangenheit wohlvertrauten „böhmischen“ Problems: Zwei sich selbst national definierende Bevölkerungsgruppen können gut miteinander im täglichen Leben umgehen, ohne daß ihre intellektuellen Eliten in der Lage wären, einen Dialog über grundlegende Fragen ihrer jeweiligen nationalen Identität zu führen. Tschechische und sudetendeutsche Redner und Autoren diskutieren ihre eigenen Haltungen und Einstellungen hinsichtlich der „anderen“ jeweils nur im eigenen Lager, ohne die Stimmen der „anderen“ auch nur zu Kenntnis zu nehmen; man beklagt auf beiden Seiten vor allem das jeweils „eigene“ Leid und setzt sich leichtfertig über das Leid der „anderen“ hinweg, und die Überlegungen über die Zukunftsgestaltung konzentrieren sich auf die jeweils „eigenen“ Zukunftswünsche. Die Wahrnehmung der Gegenwart wird dabei von der Vergangenheit überschattet, jeder Diskurs durch Bilder einer nicht mehr existierenden Welt und durch Emotionen dominiert, die der Vergangenheit entstammen, und Diskussionen werden von assoziativ – und nicht logisch – aufgebauten Argumentationsketten geprägt<sup>2</sup>.

Die bisherigen Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen mit der tschechisch-deutschen Vergangenheit in den böhmischen Ländern zeigen deutlich, daß der Wille zur Aussöhnung allein nicht ausreicht, um die Vergangenheit zu bewältigen. Sie lassen vor allem die Überwindung jener Denkweisen vermissen, die die belastende Vergangenheit gerade herbeigeführt haben, und nicht nur die Gräben zwischen der tschechischen Regierung und der Sudetendeutschen Landsmannschaft rühren von jenen Traditionen her, die aus der Vergangenheit nur allzu vertraut sind.

\* \* \*

Im *Jahrbuch der Egerländer* für 1993 stellte Gustav Wiese stellvertretend für viele Sudetendeutsche die Frage: „Wenn Vertriebene aus Böhmen von Heimatliebe sprechen, dann werden sie deswegen oft angegriffen und beschimpft. Warum? Haben sie nicht das größte Recht dazu?“<sup>3</sup> Freilich nimmt es keiner den Egerländern – und anderen Vertriebenen – übel, wenn sie von der Heimat sprechen. Das *Jahrbuch der Egerländer* bietet dabei eine wahre Schau von rührenden Heimatgedichten, Bildern und kleinen

<sup>2</sup> Der Vergleich der Diskurse in der tschechischen und sudetendeutschen Öffentlichkeit darf einen grundlegenden Unterschied nicht aus dem Auge verlieren: Die tschechische Öffentlichkeit ist insofern differenzierter als die sudetendeutsche, als es sich bei ihr um eine „nationale“ Gesellschaft handelt, wogegen nur ein kleiner Bruchteil der vertriebenen Sudetendeutschen heute am Leben der sudetendeutschen „Öffentlichkeit“ überhaupt teilnimmt, und sie dementsprechend – trotz aller vorhandener Vielfalt – eher einer politischen und weltanschaulichen Gruppierung zu vergleichen wäre.

<sup>3</sup> *Jahrbuch der Egerländer* 40 (1993) 16.

Erzählungen über die „Stare im Frühling“, über „Brotbereitung in unserer Heimat“ und Erinnerung an „Meinen Ziehwagerhund“, über „Vorweihnachtliche Kindheits-erinnerungen“ bis zum Grundsatzartikel über „Weihnachten daheim“. Zum Ausdruck kommt hier allerdings weniger eine Liebe zum Egerland in seiner Wirklichkeit, sondern vielmehr überlieferte bäuerliche Romantik mit ihren verklärten Bildern von der idyllischen Welt der untergegangenen Agrargesellschaft; einer Welt, die überall längst dem Wandlungsprozeß durch die Urbanisierung, Industrialisierung – und inzwischen auch schon Elektronisierung – unterworfen wurde und nur noch als realitätsfremde Vision von „früher“ fortbesteht. Eine solche „Heimat“, wie sie im *Jahrbuch der Egerländer* wehmütig besungen wird, haben längst Menschen überall in Europa verloren; daß die Egerländer obendrein aus dem Lebensumfeld ihrer Eltern und Vorfahren vertrieben wurden, macht ihre nostalgischen Erinnerungen allerdings wehmütiger als vergleichbare Klagen anderer Europäer.

Der Gründer und langjährige Vorsitzende des „Arbeitskreises Egerländer Kulturschaffender“, Albert Reich, wurde allerdings im März 1993 anlässlich seiner Ehrung mit der Verleihung der Adalbert-Stifter-Medaille vom Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, nicht nur als ein verdienter Bewahrer Egerländer Traditionen gelobt: „Albert Reich ist eine der markantesten Persönlichkeiten unserer Bundesversammlung und ihres Kulturausschusses“, stellt dabei Neubauer fest und zählte Reichs zahlreiche Funktionen als Beweis seines „vielfältigen kulturellen Wirkens für seine Egerländer Heimat und seine sudetendeutsche Volksgruppe“ auf<sup>4</sup>; als Bundeskulturwart des Bundes der Egerländer Gmoin, BdV-Landeskulturreferent sowie Landeskulturreferent der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist Reich vor allem für die sudetendeutsche „Kultur“ zuständig.

Dialekte, Bräuche und Trachtenpflege, enge persönliche Beziehungen innerhalb einzelner durch ihre Abstammung definierter Gruppen, Vorliebe für kleinräumige historische Zusammenhänge und für die Geschichte des „kleinen“ Mannes gehören zu den beliebten Themen der sog. Heimatkultur, und man könnte meinen, es handle sich um die Pflege eines heute allgemein viel beschworenen Regionalismus. Nur dürfte man dabei nicht eine irrealer Welt zu seinem Liebesobjekt machen.

Die meisten sudetendeutschen Heimatzeitschriften beschäftigen sich in der Regel aber nicht mit ihrer eigenen gegebenen Umwelt, auch nicht mit der realen gegenwärtigen Welt jener Regionen, die sie interessieren. Schon allein die meisten Illustrationen stammen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg oder bilden sie ab; die Bilder aus der Gegenwart zeigen meist stilisierte Porträts und Szenen aus den Zusammenkünften der Getreuen und wirken mehr wie Bilder aus Bühnenvorstellungen als aus einer lebendigen realen Welt. Was hier als „Volkskultur“ präsentiert wird, existiert heute nur in einer exklusiven, arrangierten und aus dem Reichtum der modernen Wohlfahrtsgesellschaft unterhaltenen Form von Erinnerung.

Der Eindruck von Harmlosigkeit dieser künstlichen Welt wird aber von offenkundiger Abneigung gegen die reale Welt des ausgehenden 20. Jahrhunderts gestört. Die gängigen Bilder der Bundesrepublik, beispielsweise, gehen von einer „geistigen Ent-

<sup>4</sup> Der Egerländer 45 (1993) F. 5, S. 22.

wurzelung im materialistisch überwältigten Westdeutschland“ aus<sup>5</sup>, und in den Heimatzeitschriften finden regelmäßig aktuelle Themen aus den politischen Diskussionen der Bundesrepublik ihren spezifischen Niederschlag. Die Berichterstattung zeichnet sich durch eine distanzierte, ablehnende Haltung aus, so etwa meint *Der Egerländer* zu der heute viel diskutierten Fremdenfeindlichkeit: „Die Politiker sollten sich bald etwas Besseres einfallen lassen, um das Problem zu lösen. Die Angelegenheit ist ernst. Um sie aus der Welt zu schaffen, genügt es nicht, sich mit einem Negerkind auf dem Arm fotografieren zu lassen.“<sup>6</sup>

Es sind aber nicht nur Einzelheiten aus dem gegenwärtigen sozialen und politischen Leben der Bundesrepublik, die den Graben zwischen dieser Zeitschrift und ihrer Umwelt zeigen; vielmehr begegnen wir hier einem Weltbild, das zwischen zwei „Kulturen“ unterscheidet: auf der einen Seite ist die Rede von „grandiosen Leistungen“ und der „unvergänglichen Egerlandkultur“, andererseits von der „Moderne“ als einer zum Untergang bestimmten Kultur. So berichtet beispielsweise *Der Egerländer* über die Begegnung des Arbeitsausschusses Egerländer Kulturschaffender als einer „Glanzparade der Egerlandkultur in Marktredwitz“, die 1992 Albert Reich unter dem Leitthema „Bauernhof und Bauerndorf im Egerland“ organisierte, und auf der einem Vortrag von Richard Eichler gehuldigt wurde, der sich mit dem Wort „Moderne“ nicht anfreunden kann und Kunst als ein „Sich-ins-Werk-Setzen-der-Wahrheit“ in einem nebulösen Sinne verstanden wissen möchte (in Anlehnung an Heideggers Kunstauffassung aus dem Jahre 1927, „also noch eine unverdächtige Zeit“, wie Eichler erläuterte<sup>7</sup>).

Dieses heute als „sudetendeutsch“ deklarierte „Kulturverständnis“ bekennt sich offen zu ganz bestimmten Traditionen. So wurde etwa Reinhard Pozorny, der ebenso wie Reich vielfach ausgezeichnete (u. a. 1974 mit dem Sudetendeutschen Volkstumpreis und 1977 mit der Adalbert-Stifter-Medaille) Kultur- und Volkstumspfleger der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der Zeitschrift *Sudetenland* 1968 mit eindeutigen Hinweisen gewürdigt: „Als Hauptsachbearbeiter für Kultur- und Volkstumspflege in der Sudetendeutschen Landsmannschaft setzt er die alte Schutzvereinstradition, den neuen Verhältnissen und Bedingungen gemäß, fort, oft angegriffen und umstritten, öfter gelobt und anerkannt, jederzeit bedacht auf Erhaltung von Volks- und Heimatbewußtsein und leidenschaftlich sich bekennend zu Deutschland und zum deutschen Volk.“<sup>8</sup> Pozorny gehörte nicht nur zu den viel beachteten Literaten seines Kreises, sondern auch über diesen hinaus, etwa zu den Mitarbeitern der Zeitschrift *Deutsche Monatshefte*, die dem sogenannten und aus den dreißiger Jahren wohlbekanntesten „völkischen Gedankengut“ bis heute mehr oder weniger offen huldigt<sup>9</sup>. Bilder wie die von Hitlers Einzug in Eger und den ihm zujubelnden Volks-

<sup>5</sup> Witikobrief 3–93, S. 3.

<sup>6</sup> *Der Egerländer* 44 (1992) F. 1, S. 20.

<sup>7</sup> *Der Egerländer* 45 (1993) F. 1, S. 10.

<sup>8</sup> *Sudetenland* 10 (1968) 52. – Über Pozorny vgl. Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder. Hrsg. v. Ferdinand Seibt, Hans Lemberg und Helmut Slapnicka. Bd. 3, Lief. 4. München 1988.

<sup>9</sup> Daß es sich im Falle Pozornys nicht um eine einmalige Verflechtung zwischen der völkischen Gedankenwelt und der des sudetendeutschen Vereinslebens handelt, zeigt neuerdings z. B. der Sammelband *Die Tschechoslowakei. Das Ende einer Fehlkonstruktion. Die sudeten-*

massen werden hier auf jeden Fall nicht kritisch kommentiert: „Unbeschreiblicher Jubel umbraust den Bringer der Freiheit bei seiner Rede in der anschließenden Fahrt durch die Stadt. Der kurzen Phase der Freiheit folgte das Unrecht der Besetzung des Egerlandes durch die Tschechen und die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus einer Stadt, die nie anders als deutsch gewesen ist.“<sup>10</sup>

Zum festen Bestandteil der sogenannten Schutzvereinstradition aus den böhmischen Ländern gehört allerdings auch das Feindbild der Tschechen, und das macht die „Heimatkultur“ zu einem über das innenpolitische Leben der Bundesrepublik hinausgreifenden Thema. So lesen wir etwa im *Egerländer*: „Wer die Mentalität dieses Volkes [des tschechischen] kennt, weiß, daß es noch für Generationen hinaus keine Freundschaft zwischen Deutschen und Tschechen geben wird. Der Tscheche hatte schon immer ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein an den Tag gelegt, es ist ausgeprägter, als dies bei Deutschen der Fall ist [...] nicht einmal die Tatsache, daß es den Tschechen im 3. Reich besser erging als unter der kommunistischen Ära [...] kann daran etwas ändern.“ Mit Verwunderung wird dann festgestellt: „[...] was die Deutschen ihnen antaten, gilt für sie als Verbrechen“<sup>11</sup>.

Die Besitzansprüche, Rufe nach Wiedergutmachung und nach Selbstbestimmung einer heute – ein halbes Jahrhundert nach der Vertreibung – zerstreuten Volksgruppe gehören zum ständigen Thema vieler „Heimatzeitschriften“. Es gibt unterschiedliche Gruppierungen unter den organisierten Sudetendeutschen; solange sie jedoch nicht bereit sind, sich klar zu ihren jeweiligen Einstellungen zu bekennen und sich von anderen zu distanzieren, solange die Sudetendeutsche Landsmannschaft nahezu unwidersprochen den Anspruch erheben kann, die „Volksgruppe“ zu repräsentieren, und solange es nicht möglich ist, angesichts der engen personalen Verflechtungen zwischen dem sich als „national-konservative Gesinnungsgemeinschaft“ darstellenden rechtsradikalen Witikobund und der Landsmannschaft klar zu unterscheiden, ist es kaum möglich, Äußerungen einzelner deutlich voneinander abzusetzen. Über diese Schwierigkeit vermag auch die klar abweichende Stimme der sudetendeutschen Sozialdemokraten nicht hinwegzuhelfen.

Besonders für die tschechische Gesellschaft ist es schwierig, sich zu orientieren, wenn, beispielsweise, *Der Egerländer* an ihre Adresse deutliche und einschüchternde Warnungen richtet („Vielen Tschechen ist es leid, immer noch ‚Osteuropa‘ zu sein. Der Weg nach Europa führt aber über Deutschland, auch über die Sudetendeutschen, also müssen die Tschechen ihren Stolperstein, die Vertreibung und Retribution, aus dem Weg räumen, um nach Europa gelangen zu können“<sup>12</sup>) oder wenn der *Witiko-brief* in ähnlichem Ton konkrete Vorschläge unterbreitete: „Wenn manche ein-

---

deutsche Frage bleibt offen. Hrsg. v. Rolf-Josef Eibicht. Berg 1992. Für eine ausführliche kritische Betrachtung dieses Buchs vgl. Seibt Ferdinand: Eine sudetendeutsche Selbstdarstellung. *BohZ* 34 (1993) 151–155. Das Erscheinen dieses Bandes rief allerdings Kritik auch in der sudetendeutschen Öffentlichkeit hervor, z. B. distanzierte sich der Geschäftsführer des Adalbert-Stifter-Vereins Peter Becher davon sogar in der tschechischen Öffentlichkeit. Vgl. seine Artikel in *Lidové noviny* und in der *Prager Presse* v. 8. 7. 1993.

<sup>10</sup> Deutsche Monatshefte (1988), Sondernummer „September 1938“, 48.

<sup>11</sup> Leserbrief in *Der Egerländer* 44 (1992) F. 4, S. 13.

<sup>12</sup> *Der Egerländer* 44 (1992) F. 1, S. 14.

wenden, daß die Tschechen auch beim besten Willen nicht in der Lage seien, die Rückgabeansprüche der Sudetendeutschen zu erfüllen, da sie selbst mittellos seien, müssen wir daran erinnern, daß der sudetendeutsche Volksboden nach wie vor faktisch vorhanden ist und daß seine Rückgabe ohne jeden Kostenaufwand möglich ist.“<sup>13</sup>

Schwierig ist es, sich in dem Geflecht sudetendeutscher Organisationen zu orientieren, weil sich selten jemand öffentlich und deutlich von derartigen Äußerungen distanziert und nicht einmal die Ackermann-Gemeinde es vermag, ihre Gefolgschaft der von den „Kameraden“ des Witikobundes weitgehend dominierten Landsmannschaft zu verweigern. Unglücklicherweise finden derartige Äußerungen über den Produzentenkreis hinaus ihre aufmerksamste Zuhörerschaft gerade noch in der Tschechischen Republik. War dort in der Öffentlichkeit nach dem Sturz des Kommunismus eine Aufnahmebereitschaft für bis dahin unterdrückte Informationen und Überlegungen zu finden, wurde sie alsbald durch die lauten Stimmen der „Heimat“ aus Deutschland verdrängt. Offene Bekenntnisse zu „Schutzvereinstraditionen“ aus der Vorkriegszeit riefen unselige Erinnerungen hervor und ließen alte Gegenhaltungen wieder aufleben. Im Namen der Liebe „zur Heimat, zu Deutschland und zum deutschen Volke“, wofür die Kultur- und Volkstumspfleger der Sudetendeutschen Landsmannschaft Ehrungen erfahren, wurden erneut alte Animositäten und Ängste vor Deutschland gerade in jenem Land geschürt, mit dem die Bundesrepublik heute ihre längste gemeinsame Grenze teilt.

Paradoxerweise entgeht den Pflegern der überlieferten Traditionen des Volkstumschutzes meist die Tatsache, daß die Einsicht der tschechischen Bevölkerung, daß die Vertreibung ein Unrecht war, gerade von entsprechenden tschechischen Traditionen behindert wird. Derartige Einsichten können nur aus dem Prozeß der tschechischen Vergangenheitsbewältigung hervorgehen, sie lassen sich nicht von außen erzwingen, auch nicht mit Drohungen und mit politischem Druck. Sie werden auch nicht durch moralische Auflagen, wie sie beispielsweise Siegfried Zoglmann neuerdings formulierte, gefördert: „Wer zwar die Vertreibung als unmoralisch und als Verbrechen verurteilt, wie es der ehemalige tschechoslowakische Staatspräsident Václav Havel getan hat, aber die Wiedergutmachung verweigert, der handelt, wie es der Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, Franz Neubauer, richtig sagt – unmoralisch und macht sich so selbst ungläubwürdig.“<sup>14</sup> Wenn aber behauptet wird, daß „auch unter dem Präsidenten Havel genauso die Menschenrechte verletzt [werden] wie unter seinen chauvinistischen oder kommunistischen Vorgängern“<sup>15</sup>, dann ist das einfach falsch.

Eine „Heimatkultur“, die Visionen irrealer vergangener Welten zu ihrem Liebesobjekt macht, scheint nicht in der Lage zu sein, die Wirklichkeit adäquat wahrzunehmen. Die vertriebenen Sudetendeutschen verloren ihre Heimat wie Millionen anderer

<sup>13</sup> Witikobrief 34 (1991) F. 5, S. 2.

<sup>14</sup> Witikobrief 35 (1992) F. 6, S. 1 f. Es überrascht in diesem Zusammenhang freilich kaum, daß gerade Siegfried Zoglmann 1992 ausführlich seinen Werdegang in der Hierarchie der NS-Funktionäre beschrieb, wo er es zum „Amtschef in der Reichsjugendführung (RJF) im Range eines Gebietsführer-Chefs der Befehlsstelle Böhmen und Mähren der Reichsjugendführung“ brachte, ohne selbst eine mögliche „Wiedergutmachung“ für die Opfer seiner Karriere auch nur zu erwägen. Vgl. Die Tschechoslowakei. Das Ende einer Fehlkonstruktion 89.

<sup>15</sup> Der Egerländer 44 (1992) F. 3, S. 10.

Menschen während des Zweiten Weltkriegs; die meisten Überlebenden bauten sich ihre neue Heimat in Orten auf, die sie nicht selbst wählten. Wenn heute von der „Heimatkultur“ oder gar vom „Recht auf die Heimat als Volksgruppenrecht“ die Rede ist, wäre eine deutliche Diskussion wenigstens innerhalb der organisierten Sudetendeutschen, der Sudetendeutschen Landsmannschaft und seitens ihrer Sudetendeutschen Zeitung, dringend geboten, in der unterschiedliche Standpunkte miteinander konfrontiert, Argumente ausgetauscht und erläutert sowie die Meinungsbildungsprozesse durchsichtig gemacht werden sollten. Wenn aber Rufe nach „geschlossenen Reihen“ und nach „Demonstrationen von Einmütigkeit“ überwiegen, läßt sich der Vorwurf nicht von der Hand weisen, die sudetendeutsche Heimatkultur sei in ihrer gegenwärtigen Form dem Volkstumskampf aus der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts näher als der realen Welt an dessen Ende.

\* \* \*

In der tschechischen Öffentlichkeit werden leider diese – und andere – Haltungen und Einstellungen unter den Sudetendeutschen zwar zur Kenntnis genommen, aber kaum problematisiert und diskutiert<sup>16</sup>. Die „Sudetendeutschen“ werden in der Regel vage als eine amorphe Entität wahrgenommen, höchstens mit gelegentlichen Hinweisen, man müsse zwischen den „Bösen“ (d. h. denjenigen, die etwas wollen) und den „Guten“ (die nichts wollen) unterscheiden. Der Anspruch der Sudetendeutschen Landsmannschaft, sie repräsentiere die „Sudetendeutschen“, wird somit indirekt und unbewußt akzeptiert, und emotionale Reaktionen in Form von Ängsten oder aber Kampfstimmungen angesichts der weitreichenden Forderungen der Landsmannschaft sind die Folge. Jedes Plädoyer für die Verurteilung der Gewaltherrschaft in der Nachkriegs-Tschechoslowakei, in deren Folge auch die Sudetendeutschen vertrieben wurden, wird dementsprechend als ein Plädoyer zugunsten sudetendeutscher Forderungen wahrgenommen. Mangelhafte Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Wirklichkeit beschwört dadurch Erinnerungen an eine unliebsame Vergangenheit, und reale Erfahrungen werden von Konfliktbildern aus der Vergangenheit überschattet.

Man könnte meinen, daß angesichts des offensichtlichen Interesses der tschechischen Öffentlichkeit an den Sudetendeutschen dem Leser Informationen über einzelne sudetendeutsche Organisationen und Vereinigungen zur Verfügung stehen müßten, Übersetzungen ihrer programmatischen Äußerungen und Forderungen oder ihrer publizistischen und literarischen Werke. Nichts Derartiges liegt vor; nicht einmal die Frage wurde bisher diskutiert, wie viele Sudetendeutsche überhaupt in Deutschland leben. Aber auch bei der Frage, wer genau eigentlich die Sudetendeutschen früher, vor der Vertreibung, waren, stößt man gewöhnlich auf Verständnislosigkeit. Viele Tschechen – wie auch viele Sudetendeutsche – beteuern zwar heute, daß sie Teilnehmer, Erben oder Opfer einer historischen „Schicksalsgemeinschaft der Tschechen und der Sudetendeutschen“ waren oder sind, weichen aber meist schon

---

<sup>16</sup> Eine Ausnahme sind mehrere Artikel von Václav Bělohradský in der Tageszeitung Lidové noviny vom Juni-Juli 1993, in der versucht wurde, die öffentlichen Stellungnahmen und Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in den Kontext des national-konservativen deutschen Gedankenguts einzuordnen.

der einfachen Frage aus, ob Peter Parler, Bernhard Bolzano, Josef Ressel oder Franz Kafka „Tschechen“, „Österreicher“, „Deutsche“ oder „Sudetendeutsche“ waren<sup>17</sup>. Es wird zwar viel über die „Sudetendeutschen“ geschrieben und gesprochen, aber über historische Reminiszenzen an die Zwischenkriegszeit und emotionale Berichte, subjektive Befindlichkeiten und Selbstrechtfertigungen gehen tschechische Publizisten bisher meist nicht hinaus.

Damit findet die von der Sudetendeutschen Landsmannschaft propagierte Selbstdarstellung der Sudetendeutschen ihr tschechisches Spiegelbild. Einer Gruppe ehemals tschechoslowakischer Staatsbürger deutscher Zunge, die Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen aus den böhmischen Ländern erhebt, aber aus nur bestimmten, klar abgrenzbaren kulturellen und politischen Traditionen ihr Gedankengut schöpft, wird paradoxerweise in der tschechischen Öffentlichkeit häufig mit gerade denselben Denkmustern begegnet: Mit der Neigung zur Einengung der deutschen Vergangenheit der böhmischen Länder auf die Sudetendeutsche Bewegung Konrad Henleins, mit den aus dem „Volkstumskampf“ überlieferten Parolen, mit den aus der Vergangenheit geerbten antideutschen Stereotypen. Einer kritisch-rationalen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, der sachlichen Wahrnehmung der gegenwärtigen Wirklichkeit und der Suche nach Lösungen auftretender Interessenkonflikte und Meinungsunterschiede ist *diese* Art von tschechisch-sudetendeutscher Gemeinsamkeit freilich nicht förderlich.

Eine simplifizierende Einengung der vielfältigen deutschen Vergangenheit in den böhmischen Ländern auf die sudetendeutsche Volkstumsbewegung fördert aber auch das Fortleben eines aus dem Zeitalter des Nationalismus ererbten, auf die nationale Konfrontation zwischen den Tschechen und den Deutschen ausgerichteten Geschichtsbildes. Nationalismus ist zwar heute ein verpönte Begriff, auch in der tschechischen Gesellschaft, und es wurde dort in den vergangenen Jahren viel über die Deutschen im Blick auf die Geschichte der böhmischen Länder geschrieben, zumindest viel mehr als in den Jahrzehnten der kommunistischen Diktatur. Ein Zusammenhang zwischen der jahrhundertealten Geschichte der „Deutschen“ in den böhmischen Ländern einerseits und den von negativen Konnotationen begleiteten „Sudetendeutschen“ andererseits bleibt jedoch meist nach wie vor vage.

Auch läßt die Fiktion von der Vergangenheit der böhmischen Länder als „unserer Geschichte“, d. h. als ethnisch bestimmter tschechischer Geschichte, nach wie vor die Deutschen in der tausendjährigen böhmischen Vergangenheit zumeist als „Kolonisten und Einwanderer“, als ein Fremdelement, erscheinen. Im Unterschied zu älteren tschechischen Geschichtsbildern, in denen häufig von der Unterdrückung der Tschechen durch die Deutschen die Rede war, wird nun die Geschichte des tschechisch-deutschen Zusammenlebens in den böhmischen Ländern zum Teil differenzierter dargestellt, ja manchmal sogar nostalgisch verklärt. So heißt es etwa in einer Erklärung tschechischer Historiker „Die Sudetendeutschen und wir“ aus dem Jahre 1991: „Die

<sup>17</sup> Zu dieser Problematik vgl. meine Rezension des neuesten tschechischen biographischen Lexikons in BohZ 33 (1992) 417–420, und den Artikel Wenzel Hagecius von Libotschan oder Václav Hájek z Libočan? Zur Problematik moderner Namensschreibung, BohZ 27 (1986) 91–98.

komplizierte, im ganzen historischen Prozeß sich entwickelnde und verändernde Beziehung von Tschechen und Deutschen war nicht immer gespannt bis feindlich, im Gegenteil, es haben Epochen der Zusammenarbeit, des Verständnisses und der Toleranz vorgeherrscht. Erst in der neuzeitlichen Geschichte, in der Epoche des Nationalismus, des politischen und Nationalitätenstreits, sind die Wege der Tschechen und Deutschen, die seit Jahrhunderten in unseren Ländern angesiedelt waren, grundsätzlich auseinandergegangen.<sup>18</sup> Dennoch wird auch in einem derart gewandelten tschechischen Geschichtsbild der ethnisch definierte Nationsbegriff rückprojiziert und zum Maßstab aller Dinge gemacht<sup>19</sup>.

Die Einschätzung der einzelnen Formen des tschechisch-deutschen Zusammenlebens in den böhmischen Ländern mag heute von Autor zu Autor variieren, aber nur wenige Journalisten und Publizisten haben bisher jene Erkenntnis moderner Geschichtsforschung aufgegriffen, die etwa Jiří Rak folgenderweise formulierte, als er über die „erwachende tschechische Nationalbewegung“ aus dem frühen 19. Jahrhundert schrieb: „In deren Rahmen formte sie auch das Bild des eigenen Volkes als Träger aller edlen, moralischen und progressiven Ideen – und logischerweise auch das Bild des Fremden, des Feindes, der die entgegengesetzte Geisteswelt verkörperte.“<sup>20</sup> Ein aus diesen Quellen genährtes tschechisches historisches Bewußtsein bedient sich aber nach wie vor der von Georg Elwert beschriebenen Erzählmuster „von Geburt, Wachstum, von Bedrückung und Wiedererhebung“ des eigenen Volkes, und zusammenhanglose Ereignisse werden dementsprechend verknüpft, Informationen ausgesiebt und Widersprüche geglättet: „Nicht die gemeinsame Vergangenheit, sondern die so geschöpfte gemeinsame ‚Geschichte‘ ist Bezugspunkt des politischen Handelns.“<sup>21</sup> Für die Wahrnehmung der „anderen“ kann sich in diesem Geschichtsbild aber kein neuer Raum herausbilden<sup>22</sup>.

Auch wenn heute niemand mehr von der Habsburgermonarchie als dem „Völkerkerker“ oder gar vom tausendjährigen Volkstumskampf in den böhmischen Ländern spricht, die fruchtbaren Seiten des tschechisch-deutschen Zusammenlebens werden

<sup>18</sup> Sudetští Němci a my. Stanovisko českých historiků [Die Sudetendeutschen und wir. Eine Stellungnahme tschechischer Historiker]. Národní osvobození v. 13. 8. 1991 (Übersetzung von Hans Lemberg).

<sup>19</sup> Derselben Denkfigur begegnen wir neuerdings auch unter den Sudetendeutschen, und auch im deutschsprachigen Diskurs wurde die gegenwärtig populäre neue Variante der Rückprojizierung moderner Nationsbegriffe in die Vergangenheit – die sog. Zwei-Völker-Geschichte der böhmischen Länder – bisher keiner klar artikulierten Kritik unterzogen.

<sup>20</sup> Rak, Jiří: Das Stereotyp des Deutschen im tschechischen historischen Bewußtsein. ÖOH (1989) 88–101, hier 89.

<sup>21</sup> Elwert, Georg: Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41 (1989) 440–464, hier 441.

<sup>22</sup> Diese Aussagen treffen nicht auf tschechische Historiker im allgemeinen zu, da in den fachlichen Debatten wesentlich differenziertere Haltungen als unter den Journalisten vertreten werden. Eine Strömung unter tschechischen Intellektuellen, die aus den lebhaften Diskussionen unter Dissidenten in den achtziger Jahren hervorging, bemüht sich außerhalb der Fachkreise um eine grundlegende Revision der gängigen Geschichtsbilder im Hinblick auf die tschechisch-deutschen Beziehungen. Vgl. dazu den Beitrag von Milan Otáhal in diesem Heft.

bisher selten hervorgehoben. Die Ergebnisse moderner historischer Forschungen bezüglich des Zusammenlebens unterschiedlicher kultureller und ethnischer Gruppen, wie etwa die von Elwert, welche die Aufmerksamkeit auf die Vorteile des Zusammenlebens mit „anderen“ lenken, wurden bisher kaum rezipiert, obwohl sie vieles, worauf die Tschechen heute als auf „ihre Geschichte“ stolz sind, erklären könnten: „Länder, die Multikulturalität akzeptieren, können gerade kleine ethnische oder religiöse Gemeinschaften als Netzwerke des internen Vertrauens in den Aufbau einer Warenökonomie einbringen [...]. Die durch die Kulturen gegebene Vielfalt von Modellen und Ideen ermöglicht es, rascher zu kreativen Lösungen für Entwicklungsprobleme zu kommen [...]. Entwicklung fußt auf Variation und Selektion – mit anderen Worten auf Vielfalt und Kommunikation.“<sup>23</sup> Ein anderes als ein ethnisch zentriertes Geschichtsbild für die Vergangenheit der böhmischen Länder wird erst entwickelt werden müssen.

\* \* \*

Somit sind wir unter den Sudetendeutschen wie auch unter den Tschechen Zeugen eines hartnäckigen Fortlebens gedanklicher Traditionen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert, allen Wünschen nach Überwindung der von ihnen geprägten tragischen Vergangenheit zum Trotz. Die Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie der Ersten Tschechoslowakischen Republik wurden aber von den Traditionen des Volkstumsschutzes verpflichteten Parteien und Vereinigungen dem vermeintlichen Prinzip der „nationalen Selbstbestimmung“, d. h. dem Anschluß an das Deutsche Reich Hitlers, Ende der dreißiger Jahre geopfert, und gegen dieselben Prinzipien verstoßen jene tschechischen politischen Kräfte, die im Jahre 1945 die „Deutschen, Ungarn, Verräter und Kollaborateure“ zu bestrafen trachteten und in Wirklichkeit entrechteten. Was hat sich im nationalen, historischen und politischen Bewußtsein der beiden Gesellschaften seitdem verändert, welche Entwicklungen fanden statt, die eine Versöhnung heute ermöglichen könnten?

Diese Frage wurde in der sudetendeutschen und in der tschechischen Presse bisher kaum diskutiert. Bei den meisten Überlegungen zum tschechisch-sudetendeutschen Ausgleich steht nach wie vor das ethnisch definierte Nationalverständnis im Mittelpunkt, an oberster Stelle in der Rangordnung von politischen, sozialen und kulturellen Wertvorstellungen. Damit ist nach wie vor kaum Raum für Einsichten in die Problematik der universalen moralischen, juristischen und politischen Konzepte von Recht und Unrecht, Freiheit und Demokratie, Verantwortung und Entmündigung gewährt. Auch die Möglichkeiten für das gegenseitige Verständnis zwischen den Tschechen und Sudetendeutschen bleiben somit freilich auch beschränkt, unabhängig davon, wie sehr man sich eine gegenseitige Annäherung wünschen mag.

Kulturelle oder gar ethnische Homogenität von Völkern ist eine Fiktion, die der Wirklichkeit von sozialen Großgruppen keine adäquate Rechnung trägt. Es ist eine viel zu grobe Brille, die in England, Frankreich, Deutschland oder in den böhmischen Ländern nur die Angehörigen jeweils eines Volkes, einer Kultur, einer Religion

<sup>23</sup> Elwert, Georg: Fassaden, Gerüchte, Gewalt. Über Nationalismus. Merkur 45/4 (1991) 318–332, hier 329.

oder einer Lebensweise zu erkennen vermag. Es ist eine Brille des 19. Jahrhunderts. Nationale Homogenität erwies sich aber nur dort tragbar und mit humanistischen Wertvorstellungen vereinbar, wo sich ein Konsens in bezug auf universal definierte Wertvorstellungen als die tragende Säule einer nationalen Gemeinschaft herausstellte; nur dort vermochte der Konsens die in jeder Gesellschaft vorhandenen politischen Gegensätze und kulturelle Vielfalt bisher zu überbrücken. In diesem Sinne ist dem von Pavel Kohout in seiner Münchner Rede geäußerten Wunsch zuzustimmen, wenn er sagt: „Verstehen wir das Recht auf Heimat nicht als ein Recht auf die Wiederherstellung ethnischer Gebiete, sondern auf einen neuen Zusammenschluß von Menschen, die es für das wertvollste Gut halten, freie Bürger zu sein.“ Im Hinblick auf eine erfolgversprechende Vergangenheitsbewältigung hieße es dann allerdings: Hören wir auf, die Geschichte in ethnischen Kategorien zu interpretieren!

Es wird oft übersehen, daß in jenen Gesellschaften, in denen die ethnische Komponente zum tragenden Element der nationalen Identität wurde, Konflikte nicht nur mit „anderen“, sondern auch im eigenen Volk selbst nicht friedlich gelöst werden konnten: Die primär „sudetendeutsch“ gesinnten Vereinigungen opferten Ende der dreißiger Jahre nicht nur die von ihnen ungeliebte Erste Tschechoslowakische Republik, sondern auch die Freiheit und das Leben vieler Deutscher aus den böhmischen Ländern ihrer Vision der „nationalen Selbstbestimmung“, und der tschechischen „ethnischen“ Säuberung der böhmischen Länder von 1945 fielen nicht nur die „Sudetendeutschen“, sondern auch – von Ungarn einmal ganz abgesehen – die als „Verräter und Kollaborateure“ abgestempelten Tschechen und Slowaken zum Opfer. Diese Einsicht deutet schon an, daß die nationalbezogene Sicht der damaligen Auseinandersetzungen keine adäquate Interpretation ermöglicht.

Kulturelle Homogenität und politischer Konsens dürften nicht mit „nationaler Einmütigkeit“ verwechselt werden, die sich in keiner nationalen Gemeinschaft erzwingen läßt und auch der Vergangenheit nicht unterstellt werden kann. Sie können nur auf der Grundlage universal geltender Menschenrechte permanent neu geschaffen werden. Dazu müssen aber zwei Voraussetzungen erfüllt sein: erstens darf niemand aus der Gemeinschaft ausgegrenzt werden, der sich selbst zu dieser bekennt, und zweitens müssen alle vorhandenen Haltungen und Einstellungen in ihrer Argumentation entsprechend den Kriterien des ethnischen Universalismus und kritischen Rationalismus hinterfragt und geprüft werden. Für den tschechisch-sudetendeutschen Dialog würde dies bedeuten, daß man hinsichtlich der Bemühungen um die Vergangenheitsbewältigung die Fiktion zweier separater nationaler Gemeinschaften aufgeben und die Vergangenheit der böhmischen Länder als eine gemeinsame Vergangenheit aller derjenigen zu begreifen lernen mußte, die dort zu allen Zeiten gelebt haben, leben oder sich heute dem Diskurs über die Vergangenheit zugehörig fühlen. In dieser Gemeinschaft haben sich in der Vergangenheit – und dies ist nichts spezifisch Böhmisches – Menschen, ob tschechischer oder deutscher Zunge, einander viel Leid zugefügt. Die Opfer ebenso wie die passiven und aktiven Träger einer Gewaltherrschaft lassen sich aber keineswegs ausschließlich der einen oder der anderen Nationalität zuordnen, und auch in der Gegenwart sind in dieser Gemeinschaft stets unterschiedliche Meinungen und Interessen vorhanden, die in einem ernsthaften intellektuellen Diskurs nicht in einer einzigen „Stimme des Volkes“ untergehen dürfen.

Mit Blick auf die Vergangenheit reicht es heute nicht zu sagen, das „Volk“ oder die „Volksgruppe“ hätte sich geirrt, getäuscht oder sei mißbraucht worden. Es reicht auch nicht, deklamatorische Forderungen aufzustellen, wie etwa die der tschechischen Historiker von 1991, man möge „hinter der neuesten Geschichte unserer gegenseitigen Beziehungen einen definitiven Punkt machen und beginnen, die Zukunft auf ganz anderen, humanitären und demokratischen, Prinzipien aufzubauen“<sup>24</sup>. Es ist aber auch nicht möglich, die böhmische Vergangenheit wiederzuerrichten, indem man der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Namen von 3,8 Millionen vermeintlich in der Welt zerstreuten Sudetendeutschen das Mitspracherecht in der Tschechischen Republik gewährt.

Vergangenheitsbewältigung erfolgt nicht unter Verwendung von Ausreden und Rechtfertigungen oder durch die Befriedigung politischer Interessen; die Vergangenheit muß entmystifiziert werden, muß rational und kritisch problematisiert werden. Erst wenn sich in der tschechischen und in der sudetendeutschen Öffentlichkeit die Erkenntnis ihrer gemeinsamen Vergangenheit als einer dynamischen Auseinandersetzung um universale Wertvorstellungen durchsetzen und eine Auseinandersetzung mit der Problematik der aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert überlieferten Denkmuster stattfindet, ist eine Lösung der tschechisch-sudetendeutschen Probleme denkbar. Erst dann werden nämlich Recht und Unrecht nicht mehr in nationalen, sondern in universal menschlichen Kategorien verstanden werden können, erst dann werden die Menschen in der Lage sein, die Wünsche und Schmerzen der „anderen“ kennenzulernen und von unkritisch überlieferten Fiktionen Abschied zu nehmen. Der gute Wille allein reicht nicht aus, um die Wiederholung vergangener Fehler zu vermeiden, er reicht nicht einmal zur Versöhnung aus. Die Vergangenheitsbewältigung benötigt auch, und vielleicht vor allem, eine kritische Auseinandersetzung mit überlieferten Denkweisen, um alte Konflikte endgültig der Vergangenheit zu überantworten.

Wenn die Sudetendeutsche Landsmannschaft Forderungen an die tschechische Regierung stellt, dann sind nicht die ehemaligen deutschen Bürger der böhmischen Länder bzw. der Tschechoslowakei damit zu identifizieren; wenn sich die tschechische Regierung weigert, über solche Forderungen zu verhandeln, dann heißt es nicht, daß keine Dialoge zwischen Tschechen und Sudetendeutschen stattfinden. Wenn Präsident Václav Havel sein Bedauern über die Vertreibung der Sudetendeutschen zum Ausdruck bringt, dann ist dies nicht mit der Haltung der Tschechen zu verwechseln, und wenn die Landsmannschaft das Heimatrecht in der Tschechischen Republik beansprucht, dann bedeutet es nicht, daß die einmal vertriebenen Sudetendeutschen das gleiche im Sinn haben.

Zur erfolgreichen Vergangenheitsbewältigung gehört es auch, die Gegenwart von der Vergangenheit zu befreien. Damit ist kein „Schlußstrich“ unter die Vergangenheit“ gemeint, sondern ein sorgfältiges Eingehen auf die realen Gegebenheiten der gegenwärtigen Welt, Eingehen auf nicht nur die jeweils „eigenen“ Meinungen und Interessen, sondern auch auf die der „anderen“. An einem solchen Diskurs über die

<sup>24</sup> Sudetští Němci a my.

tschechisch-sudetendeutsche Vergangenheit und Gegenwart hat es bisher gefehlt, sowohl unter den Politikern wie auch unter den vielen Publizisten und einfachen Menschen, die miteinander friedlich über die deutsch-tschechische Grenze hinweg den Tagesgeschäften nachgehen. Das Reden miteinander allein genügt nicht zur Überbrückung von Gräben, die die Vergangenheit hinterlassen hat. Es bereitet nur den notwendigen Boden für einen sachlichen, rationalen Austausch von Argumenten, dem nicht ausgewichen werden darf, wenn alte Konflikte begraben werden sollen. In diesem Sinne ist die Ratlosigkeit der tschechischen und sudetendeutschen Politiker auch als ein Symptom für die noch immer nicht erfolgte Überwindung alter Gräben zu deuten.

## SUMMARIES

### A TROUBLING PAST, AND HOW TO COPE WITH IT

*Hans Henning Hahn*

Trying to come to terms with the past presumes that somebody (an individual or a society) feels troubled by certain events in the past. This is an emotion, not a rational judgement, and usually it concerns history in the sense of individual or collective recollections. History as recollection can assume traumatic qualities of several kinds (the role as perpetrator or that as victim). Trying to come to terms with the past is important both within a given society and for the relations between societies or nations. It is not about what really happened, but about recollections of what happened. This is why a direct link exists between efforts of coming to terms with the past, official legitimatory strategies, and continuity-mindedness. Certain escapist variants (externalization, universalization, mystification of the resistance) have been widespread after 1989, just as they were after 1945. A critical reappraisal of one's own history does not mean a breach of continuity, but it can entail a departure from traditions. Coming to terms with the past is not about a reappraisal of historic facts, it is about historic responsibility. Historiography can only play a subordinate, consultative part, but it cannot itself furnish definitive answers.

### IDENTITIES - PAST - REPRESSION

*Bedrich Loewenstein*

This contribution takes as its starting point investigations carried out by Alexander and Margarethe Mitscherlich in 1967, which centered around the mental repression of the Nazi period in postwar Germany. The author tries to establish analogies to the behaviour in the post-socialist societies, but also to other cases of mental repression in the past. The role an often spurious past plays for establishing a collective identity and the importance of having an authentic picture of the past are pointed out. Disavowals and mutual efforts at putting the blame on the other side are exposed as infantile defense mechanisms, which can be abused by totalitarian regimes for mobilizing the masses. A fruitful task of a historiography not tainted by ideology is to show which opportunities have been missed in the past and to enable people to accept guilt.

A PAST WHICH WILL NOT PASS INTO OBLIVION –  
SURROGATE FOR A FUTURE  
WHICH WILL NOT COME?

*Włodzimierz Borodziej*

How to cope with 45 years of the most recent past is one of the key topics in public discussions, in Poland just as elsewhere. The history of the People's Republic of Poland is being rewritten, partly with reversed premises. At the same time it is evident that a simple reversion of the pre-1989 value system meets with considerable opposition. One of the reasons is the fact that this entails casting doubt on millions of individual biographies. The reappraisal of the years 1945–1989 goes along with a revision of the stereotypes of Germany which have hitherto been preeminent. The discussion is underway in this regard as well, but it is becoming apparent that the pre-1945 history is causing much less emotions than what is generally understood by the term "contemporary history", which takes the end of the Second World War as its starting point. In the latter period, Poland's neighbour to the east plays a far greater part than the one to the west.

HOW TO SEE THE PAST WAS DECREED FROM ABOVE:  
NAZISM AND THE NOTION OF AN ANTI-FASCIST  
TRADITION IN THE GDR

*Christiane Brenner*

This contribution deals with the role the National-Socialist period played in the way the GDR officially saw itself and its past. Anti-fascism became the legitimating ideology of the GDR and made the founding of the state and the leading role of the party in it appear the only alternative to fascism, and a historical necessity. The GDR claimed to stem solely from the progressive traditions of the German history and, through the turnaround in the years 1945–49, to have definitely put an end to any fascist tendencies. The official version of its history, which blamed imperialism and capitalism for the appearance of Nazism, could be seen as relieving the people from guilt. What they had really done during the National-Socialist period was more and more forgotten. A more differentiated understanding of history could develop only from the 1970s onwards, when efforts were underway in the GDR aiming at contriving a broader historical basis for the "socialist German nation". Topics that had hitherto been neglected, such as the non-communist resistance against Hitler and the history of the German Jews, were now taken up. The anti-fascist founding legend, however, remained untouched until the very end of the GDR.

## CAN FINANCIAL REPARATIONS BE A MEANS OF COMING TO TERMS WITH THE PAST?

*Constantin Goschler*

This contribution examines whether and to what extent the experience with reparations granted after 1945 to the victims of Nazism in Germany represent a historic precedent for the present situation in the post-communist nations in central and eastern Europe. A comparison between developments in the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic serves to illustrate the point that any initiative aimed at granting reparations to the victims of a totalitarian regime which has been overcome necessarily leads to a reappraisal of the past epoch as a whole. In this regard, in post-1945 Germany, where in the end two very different concepts of reparation emerged along the lines of the different legitimacy needs, conditions for a radical departure were favourable. From this perspective, the main obstacle standing in the way of reparations being granted to the victims of the communist era in eastern and central Europe is the fact that the attitude of the present societies towards their predecessors is still very much in flux.

## THE MURDER OF THE JEWS IN THE MINDS OF THE GERMANS

*Wolfgang Benz*

This study investigates forms of accepting or rejecting guilt for the murder of the Jews in the minds of the Germans four decades after the end of National Socialism. Reactions to a TV feature about the dilapidation of the memorial on the site of the Auschwitz mass extermination camp, which had called upon individuals to make donations for its preservation, are used to single out certain types of argument which are frequently encountered, and these are adjudged to be important indicators for the public consciousness with regard to the holocaust. It is only with a minority that the pressure of guilt and feeling condemned is leading to a rejection of the facts and to attempts at exposing "Auschwitz" as a lie. But mainly people belonging to the older generations reacted, because of offended patriotic feelings, by trying to relativize what has happened or by balancing own suffering against that inflicted on others. They reject the opinion that Germans have to take the blame for the war and what they understand to be an effort at blaming the crimes of the Nazist regime on the German people as a whole. To others, trying to preserve this memorial seemed macabre. The author argues against the inflationary use of appeals to the conscience of the individual, which cause many Germans to feel annoyed and to look the other way. New forms of coming to grips with the past will have to be found.

WHEN THE PAST SPEAKS TO THE PRESENT:  
FIVE PUBLICATIONS ON SLOVAK JEWS IN THE  
HOLOCAUST

*Yeshayahu Jelinek*

After decades of denying – by communist Slovakia as well as from within the Slovak emigration – any Slovak responsibility for the deportation of Jews to the extermination camps, up to now there could be felt a lack of serious research in this respect. Since the 1989 turnaround, numerous studies have appeared in Slovakia, and this article introduces, analyses and comments those which correspond to the usual demands of modern historiography. The author points out that archival sources are far from having been exhausted. What is most needed, according to him, is comparative research.

DISTURBING VICTIMS: THE CZECH  
(NON-)REMEMBERING OF THE PERSECUTEES

*Jiří Pešek*

This study shows that the Czech society not always duly acknowledges the suffering which the fellow citizens who were persecuted, jailed or expelled had to endure. Moreover, politics and even historiography have developed more fascination with the perpetrators or with heroes who might be glorified in the interest of political goals than with the down-to-earth victims, who might be suspicious because of their ideas or their fate, or who might simply appear too “normal”. For concerning oneself with their fate raises the question who prepared the ground for the persecutions, who made possible that they could happen and who carries thus at least a moral responsibility for the suffering endured by the victims. In the end, the victims become the guilty, or at least their existence is seen as rather disturbing.

COMING TO TERMS WITH THE PAST AND  
REINTERPRETING CZECH HISTORY

*Milan Otáhal*

This contribution deals, on one hand, with the social task of historiography in the Bohemian lands, which is closely connected with the overall situation of the society concerned (mentioning František Palacký, the father of the modern concept of Czech history, or T. G. Masaryk shall suffice to prove the point), and on the other hand with the emergence of a plurality of opinion and method in the independent historiography during the period of “normalization”. This is illustrated by a book which was written between the mid-1970s and 1989 and published in December 1990 under the pseudonym “Podiven” and the title *The Czechs in Modern History. An Effort at Self-Reflection*.

Among historians, this publication caused not only enthusiasm; it divided them, as reviews and other responses, some of them quite polemical, clearly showed, in two camps. Those in the first one rejected the book out of hand and accused the authors of entertaining a nihilistic relationship to the nation, while those in the other praised the critical attitude of the authors as an effort aimed at holding up a mirror to the nation. Evazim Kohák, who arguably showed the best understanding of Podiven, sees in the book a kind of antithesis to Masaryk, an effort at developing a complete understanding of the historic and modern identity of the Czechs as seen from the viewpoint of the democratic right wing. Thus, the discussions about Podiven served as new evidence for the social role and importance of historiography in the Bohemian lands.

THE "TEMNO" IN A CENTRAL EUROPEAN CONTEXT:  
ECCLESIASTICAL AND EDUCATIONAL POLITICS IN  
BAROQUE BOHEMIA

*Ivana Čornejová*

In this article, one of the most widely known Czech historians of the postwar generation draws a new picture of the baroque epoch in Bohemia, which replaces the well-known clichés of what is usually called the *temno* age. Most markedly a departure from previous concepts is evident in her efforts to place developments in Bohemia in the context of their European and, above all, central European connections. It is from here that she arrives at the conclusion that "recatholicization ... had nothing to do with Germanization". The author criticizes many myths about the *temno* age that have hitherto been current not only among the Czech public, but also in textbooks and in the mass media. She also offers many hints at how she came to realize those things that triggered her personal "demystification" of the *temno* age.

THE PROBLEMS OF A NEW BEGINNING:  
SOME REMARKS ON CONCEPTS AND METHODS  
OF CZECH RESEARCH INTO CONTEMPORARY  
HISTORY AFTER 1989

*Peter Heumos*

On the basis of selected publications by the Prague *Ústav pro soudobé dějiny* (Institute for Contemporary History) as well as further publications devoted to the contemporary history of Czechoslovakia, the author demonstrates that the methodic and methodological problems being felt by Czech researchers into contemporary history can be detected, among other things, in the unquestioned usage, even now, of inherited patterns of thought and in the fact that the breaking away from the Marxist-Leninist code often leads to personalist views being adopted or historicist positions being used as a line of retreat. Modern research methods however, such as those represented by structural history, have not been taken up so far.

## CZECHS AND SUDETEN GERMANS AND THE PAST

*Jan Křen*

The problem of coping with the past or better, of coming to terms with it and learning to accept it is something which has always accompanied social crises and pronounced shifts in historical judgements, which are more likely to be caused by changes in living circumstances than by changes in historiography itself. This is borne out by the self-reflection of the Sudeten Germans, which was rather practical (integration in Germany) than intellectual, and the same may be presumed with respect to the beginning Czech self-reflection. Sudeten German intellectual and cultural activity, insofar as it has been different from that of other Germans during the postwar period, has centered and still centers around the topic of expulsion and the pre-Nazi past; the history of Sudeten German nationalism, including the fate of the Sudeten territory during the National-Socialist era, remains a "blank spot" or a gap which has yet to be closed. An obstacle in the way of a critical discussion of the past was also – on both sides – the Cold War and the division of Europe into two blocs. On the Czech side, the communist system systematically sought to prevent this discussion, and the resulting taboo could be broken – after an effort had been made in the 1950s and 1960s – only by the dissidents on the threshold of the 1980s. Such efforts as were undertaken were hampered by the long-term isolation in the opposition. When they finally began, the critical (and self-critical) discussion among the Czechs and the reappraisal of traditional historical judgements were all the more dynamic. This development is delayed and made more difficult by the tumultuous historic developments after 1989 and, on the other hand, accelerated by political relaxation and the free exchange of opinions. A meaningful discussion of the past, which might result in a reconciliation, cannot be brought about by the simple expedient of Sudeten German and Czech self-reflection. What is needed is a cooperatively established synthesis of the "common history".

THE CZECH DEBATE ON THE EXPULSION  
OF THE GERMANS AND ITS CONSEQUENCES*Manfred Alexander*

The author summarizes and analyzes the Czech discussion on the expulsion of the Germans, which has been going on since the late 1970s among dissidents and emigres and since 1990 among the Czech public. He examines the arguments used and whether they have been taken up in the political debate in view of the demands made by the Sudeten German expellee organization *Sudetendeutsche Landsmannschaft*. While propagandistic publications both of Czech and of Sudeten German origin did not escape attention, the author arrives at the conclusion that the debate has its merit. He argues against any efforts to disavow one's history or at least the bitter parts of it: "For an historian, passing a judgement appears not only justified, but even necessary, when he does not merely want to collect and arrange facts."

PERSONAL RECOLLECTIONS AS A STARTING POINT  
FOR COMING TO TERMS WITH THE PAST*Utta Müller-Handl*

This is a report on a qualitative investigation and documentation about the long-term integration of Sudeten German women in the Federal German land of Hesse. The study is based on recollections of individual lives which were established with the help of intensive interviews carried out in 1989–1990. The gravest breach in the life of these women is the period from the end of the war until the forced emigration from Czechoslovakia. This breach is not without effects on the recollections of the earlier past and of the time that followed, up until the present; it acts so as to almost forestall these recollections. Being Sudeten Germans, all these women were after the war classified as belonging to the perpetrators, regardless of whether there was any personal guilt, and at the same time they became the victims of repression and expulsion. This connection makes it very difficult for them to look objectively at the history they have in common with the Czechs. After more than 40 years, their feeling at home in Hesse is not unqualified. They have arranged their lives within a framework of ethnicity reconstructed in Hesse. They still have to come to terms with the fact that they do not have roots in the community in which they live, and they are still trying to arrange themselves in such a way as to make this loss bearable.

CZECHS AND SUDETEN GERMANS: SHEDDING  
MEMORIES IS NOT EASY*Eva Schmidt-Hartmann*

This study analyzes attitudes and patterns of thought and argument that are frequently found in the present debate between Czechs and Sudeten Germans. Special attention is paid to the Sudeten German concept of the *Heimatkultur* and to the way the multi-cultural past of the Bohemian lands is treated by current Czech history concepts. The author establishes that there is a continuity between these patterns of thought and those that were current in the interwar times, and this is where she puts the blame not only for the tragical end of the coexistence of Czechs and Germans in the Bohemian lands, but also for political tensions and conflicts of the present. She points to the necessity of a critical appraisal of traditional patterns of thought as a precondition not only for coming to terms with the troubling past, but also for coping with present problems and conflicts.

## RÉSUMÉS

### DES PASSÉS DIFFICILES ET COMMENT VIVRE AVEC

*Hans Henning Hahn*

La mise au point du passé présuppose que quelqu'un (une personne, une société) a des difficultés à vivre avec un passé précis. Il ne s'agit pas d'une prise de connaissance mais d'un sentiment. Cela concerne principalement la partie de l'histoire qui appartient au souvenir individuel ou collectif. L'histoire en tant que souvenir peut se présenter sous divers aspects traumatisants (rôle du coupable – rôle de la victime).

La mise au point du passé est aussi bien un processus à l'intérieur de la société qu'un important facteur dans les relations entre les peuples et les sociétés. Par la mise au point du passé, il ne s'agit pas de l'histoire en tant que faits passés mais de la conscience de l'histoire. C'est pourquoi il existe une corrélation directe de mise au point de l'histoire, de stratégies publiques de légitimation et de conscience de continuité. Certaines variantes échappatoires (projection à l'extérieur, universalisation, mystification de la résistance) sont après 1945 et également depuis 1989 de nouveau à l'ordre du jour. Une discussion conflictuelle avec sa propre histoire ne signifie pas rompre avec la continuité mais tout au plus avec les traditions. Il ne s'agit pas, en faisant la mise au point du passé, de ressortir et passer en revue les actes passés mais de savoir qui porte la responsabilité historique. Les sciences historiques ne peuvent ici jouer qu'un rôle de conseiller; elles ne peuvent en aucun cas apporter de réponses définitives.

### IDENTITÉS – PASSÉ – REFOULEMENT

*Bedrich Loewenstein*

Cet essai s'appuie sur les recherches d'Alexandre et Margarete Mitscherlich, effectuées en 1967, qui avaient pour objet l'étude du phénomène de refoulement de l'époque nationale-socialiste dans l'Allemagne de l'après-guerre. L'auteur tente d'établir des analogies avec le comportement des hommes dans les sociétés post-socialistes ainsi qu'avec d'autres phénomènes de refoulement dans le passé. Il attire l'attention sur le rôle d'un passé souvent fictif lors de la formation de l'identité collective et sur l'importance d'une conscience authentique du passé. Il met en évidence des mécanismes de défense infantiles dans les pratiques de reniement du passé et celle de se renvoyer mutuellement la culpabilité qui sont utilisées en vue d'une mobilisation totalitaire des masses. C'est le devoir porteur de futur d'une histoire non-idéologique de rappeler les chances passées et de faire l'apprentissage du sentiment de culpabilité.

UN PASSÉ QUI NE VEUT PAS PASSER –  
UN ERSATZ POUR LE FUTUR QUI NE VEUT PAS VENIR?

*Włodzimierz Borodziej*

Faire le point sur les quarante-cinq dernières années, c'est là aussi l'un des thèmes-clés du débat public en Pologne. On réécrit l'histoire de «la Pologne populaire» et cela dans une perspective «renversée». Il apparaît en même temps qu'un renversement du système nécessaire de valeurs de l'avant 89 se heurte à une considérable opposition car il remet en question des millions de biographies individuelles. La nouvelle appréciation des années 1945–1989 va de pair avec la révision des stéréotypes prédominants sur l'Allemagne dont on discute aussi. Mais, il apparaît que l'histoire avant 1945 soulève nettement moins d'émotion que la «vraie» histoire, la contemporaine, qui se met en place à la fin de la deuxième guerre mondiale et pendant laquelle le voisin à l'est de la Pologne joue nettement un rôle plus important que celui à l'ouest.

UNE MISE AU POINT DU PASSÉ IMPOSÉE:  
NATIONALISME ET COMPRÉHENSION  
TRADITIONNELLE ANTIFASCISTE EN R.D.A.

*Christiane Brenner*

Cet essai a pour objet le rôle des liens du passé national-socialiste dans la compréhension et l'image de l'histoire de la R.D.A. L'antifascisme du SED était une base essentielle de l'idéologie de légitimation de la R.D.A. et il permettait de justifier la création de l'Etat et le rôle prépondérant du parti en tant que nécessité historique et seule alternative au fascisme. La R.D.A. revendiquait que cette évolution s'était faite à partir des traditions progressives de l'histoire allemande et qu'elle était venue définitivement à bout du fascisme grâce au bouleversement des années 1945–1949. L'image officielle de l'histoire, qui rend l'impérialisme et le capitalisme responsable du national-socialisme, permettait ainsi à la population de ne pas se sentir coupable. Et en effet, le rôle que joua celle-ci tomba progressivement dans l'oubli. Une représentation différenciée de l'histoire commença seulement à prendre place dans les années 70 au cours desquelles on s'efforça, en R.D.A. de donner à «la nation socialiste allemande» une base historique plus large. On prit aussi alors en compte des thèmes jusque-là négligés tels que la résistance non-communiste contre Hitler et l'histoire des Juifs allemands. Mais, jusqu'aux derniers jours de l'existence de la R.D.A., le mythe d'une création antifasciste ne fut jamais remis en cause.

RÉPARATION EN GUISE DE MISE AU POINT DU PASSÉ?

*Constantin Goschler*

Dans cet essai, l'auteur essaie d'évaluer dans quelle mesure les expériences faites à partir des réparations attribuées aux persécutés du national-socialisme en Allemagne après 1945 représentent un précédent historique à la situation actuelle des états post-

communistes en Europe centrale et de l'est. Lorsqu'on compare le développement en R. F. A. avec celui de la R. D. A. il ressort nettement que tout début de réparation envers les victimes d'un régime de terreur conduit obligatoirement à réenvisager globalement cette époque passée. En Allemagne, où deux modèles diamétralement opposés de réparations, justifiés par la légitimation opposée de ces deux Etats, se côtoyaient, il y avait, après 1945, des conditions favorables, créés par l'effondrement total, pour faire une coupure nette avec le passé. A partir de cette perspective, le principal problème d'une réparation vis à vis des persécutés de l'ère communiste en Europe centrale et de l'est constitue la relation bien encore souvent inexplicée des sociétés par rapport à leurs précurseurs.

## LE MEURTRE DES JUIFS DANS LA CONSCIENCE DES ALLEMANDS

*Wolfgang Benz*

L'auteur analyse l'état de conscience des Allemands quarante ans après la fin du national-socialisme, leurs différentes manières de traiter et de nier la culpabilité allemande vis à vis de l'extermination des Juifs. A l'exemple des réactions à un programme télévisé qui avait fait appel, à la fin de l'émission, à des dons privés pour financer le maintien du mémorial du camp d'extermination d'Auschwitz (en raison de son état de délabrement avancé), on peut distinguer des modèles précis d'argumentation répétés et qui semblent être d'importants indicateurs de l'état de la conscience publique au regard de l'holocauste. C'est seulement une minorité qui, sous le poids des souffrances et de la culpabilité, nie ce qui s'est passé et tente de dénoncer Auschwitz comme un mensonge. Ce sont surtout les membres des générations plus âgées qui relativisent les choses par patriotisme offensé, souvent par besoin de compenser leurs propres souffrances et en refusant avec véhémence la thèse de la responsabilité de l'Allemagne de la guerre et celle du reproche présumé d'une culpabilité collective allemande des crimes du régime national-socialiste. D'autres ont trouvé macabres les efforts faits pour préserver le monument commémoratif. Pour finir, l'auteur s'élève contre la pratique généralement répandue d'appel moral à chacun et «à son sentiment de se sentir concerné» qui conduit beaucoup d'Allemands à se détourner. Il est nécessaire de définir de nouvelles formes de débat sur l'histoire.

## QUAND LE PASSÉ S'ADRESSE AU PRÉSENT: CINQ PUBLICATIONS AU SUJET DE L'HOLOCAUSTE DES JUIFS SLOVAQUES

*Yeshayahu Jelinek*

En Slovaquie communiste et dans de nombreux cercles de l'émigration slovaque on s'est efforcé, pendant de longues années, de contester la responsabilité slovaque des déportations de Juifs dans les camps d'extermination. Cela explique pourquoi il y a

toujours jusqu'à aujourd'hui un manque de recherches sérieuses historiques dans ce domaine. Depuis le bouleversement de 1989, de nombreux travaux ont paru en Slovaquie et ceux qui répondent aux critères de l'historiographie moderne sont ici présentés, analysés et commentés. En dehors d'informations concernant les sources des archives qui ne sont en aucun cas épuisées, l'auteur dénonce, comme lacune principale à combler dans le domaine de la recherche, le manque de recherches comparatives.

LES VICTIMES DÉRANGENT :  
EN TCHÉCOSLOVAQUIE, LA MÉMOIRE AUX  
PERSÉCUTÉS N'A PAS LIEU

*Jiří Pešek*

On peut constater que la société tchèque (et elle n'est pas la seule!) a eu et a toujours très peu de compréhension pour la souffrance des citoyens qui furent persécutés, arrêtés ou déplacés. Même les hommes politiques et l'historiographie accordent plus d'intérêt aux auteurs d'actes criminels ou aux héros qui servent à une politique politicienne qu'aux victimes ordinaires, «suspects» de par leurs idées ou de par leurs destins ou simplement trop normaux. La question qui se pose est de savoir qui a préparé le terrain favorable aux destins des victimes et qui porte la responsabilité, du moins morale, de leurs souffrances. En fin de compte, les victimes semblent toujours coupables ou, pour le moins, dérangeant.

MISE AU POINT DU PASSÉ ET RÉINTERPRÉTATION  
DE L'HISTOIRE TCHÈQUE

*Milan Otáhal*

L'auteur étudie les devoirs sociaux de l'historiographie en pays bohêmes, qui est étroitement liée à la situation générale de la société et qui joue aussi un rôle politique important (il suffit pour cela de penser à František Palacký, le fondateur de la conception moderne de l'histoire tchèque ou à T. G. Masaryk). Il s'interroge aussi de savoir comment la pluralité des opinions et des méthodes s'est formée dans l'historiographie indépendante au temps de la «normalisation». Ces problèmes sont mis en évidence par un livre qui a été rédigé de 1975 à 1989 sous le pseudonyme «Podiven» et sous le titre suivant «Les Tchèques dans l'histoire des temps nouveaux. Tentative d'observation de soi-même». Cet ouvrage a paru en décembre 1990. Cette publication n'a pas fait que soulever un enthousiasme passionné parmi les historiens: elle les a divisés en deux camps comme le prouve certains résumés de livres, des polémiques et glossaires. Un camp rejetait complètement le livre et considérait que ses auteurs avaient une attitude nihiliste vis à vis de la nation. L'autre camp, au contraire, soulignait l'attitude critique des auteurs qui s'efforçaient de présenter un miroir à la nation d'elle-même. E. Kohák, qui a peut-être le mieux réussi à saisir l'esprit de Podiven voit en lui une sorte d'antipode à Masaryk, un effort de présenter et d'interpréter l'identité historique contemporaine tchèque de manière cohérente et du point de vue de la droite démocratique. La discussion sur Podiven confirme de nouveau la fonction et le sens de l'historiographie dans les pays bohêmes.

LE «TEMNO» DANS LE CONTEXTE DE L'EUROPE  
CENTRALE:  
AU SUJET DE LA POLITIQUE RELIGIEUSE ET DE  
L'ÉDUCATION EN BOHÈME À L'ÉPOQUE BAROQUE

*Ivana Čornejová*

Une des historiennes tchèques les plus connues de la génération d'après-guerre présente ici une nouvelle image de l'époque baroque en Bohême qui veut remplacer les vieux clichés du «Temno». La réinterprétation la plus remarquable se révèle dans ses tentatives d'envisager les évolutions bohêmes dans le contexte large de l'Europe, surtout de l'Europe centrale. Elle en arrive à la conclusion que la «reconversion au catholicisme... n'a rien en commun avec la germanisation». Elle critique les nombreux et courants mythes du «Temno», que l'on rencontre non seulement dans le public tchèque mais aussi dans les livres scolaires et dans les médias. En outre, elle donne de nombreuses références à ces réflexions qui avaient stimulé sa propre «démystification» du «Temno».

LES PROBLÈMES DU RECOMMENCEMENT:  
REMARQUES SUR DES CONCEPTIONS ET MÉTHODES  
DE LA RECHERCHE HISTORIQUE CONTEMPORAINE  
TCHÈQUE

*Peter Heumos*

A l'aide de publications choisies de l'Ústav pro soudobé dějiny de Prague et d'autres publications ayant pour sujet l'histoire contemporaine en Tchécoslovaquie, l'auteur montre que les problèmes de méthode et de méthodologie de la recherche historique contemporaine tchèque se traduisent par le fait que l'on continue à utiliser de manière non réfléchie les modèles de penser transmis et que le détachement des canons marxistes-léninistes conduit souvent à des manières personnalisées de voir les choses ou à un retrait sur des positions historiques. Par contre, jusqu'à présent on ne peut pas cerner de méthodes modernes de l'histoire structurelle.

LE PASSÉ CHEZ LES TCHÈQUES ET LES ALLEMANDS  
DES SUDÈTES

*Jan Křen*

Le problème de surmonter le passé ou mieux de l'analyser (et de l'accepter) est un phénomène permanent qui accompagne les crises de société et les transformations des opinions historiques sur lesquelles un changement des conditions de vie a toujours une influence plus grande qu'une transformation de l'historiographie. L'auto-réflexion sudète-allemande était de nature plutôt plus pratique (cf. l'intégration en Allemagne) que spirituelle et on peut poser cela comme postulat à la réflexion naissante tchèque.

L'œuvre spirituelle sudète-allemande, dans la mesure où elle n'a pas partagé le destin de l'œuvre spirituelle générale allemande de l'après-guerre, tourne toujours autour des thèmes des personnes déplacées et du passé pré-nazi. Il reste un espace blanc ou un trou, qui serait à combler, celui de l'histoire du nationalisme sudète-allemand ainsi que celui du destin du Sudetenland pendant l'ère national-socialiste. La guerre froide et la division de l'Europe en deux blocs empêcha, et cela des deux côtés, une discussion critique sur le passé. Du côté tchèque, le système communiste a systématiquement freiné ce processus. Quelques tentatives pour briser ce tabou eurent lieu dans les années cinquante et soixante mais ce furent finalement les dissidents qui y arrivèrent au tourant des années soixante-dix et quatre-vingt. L'isolation de l'opposition pendant de nombreuses années fit que ces tentatives n'aboutirent pas.

La discussion critique et auto-critique tchèque et la révision des opinions traditionnelles historiques gagnèrent ainsi en vigueur. L'évolution difficile après 1989 complique et freine ce processus, l'ouverture politique et l'échange libre des opinions l'ont d'autre part facilité et accéléré. Une mise au point du passé et une analyse de celui-ci sont pas atteintes par une simple addition mécanique de l'auto-réflexion chez les Allemands des Sudètes et les Tchèques. Pour atteindre cet objectif, on a plutôt besoin d'une synthèse commune de «l'histoire commune».

## LA DISCUSSION TCHÈQUE AU SUJET DE L'EXPULSION DES ALLEMANDS ET SES CONSÉQUENCES

*Manfred Alexander*

La discussion tchèque qui a eu lieu depuis la fin des années soixante-dix en milieu dissident et en exil ainsi que, depuis 1990, en public au sujet de l'expulsion des Allemands est analysée globalement. L'auteur étudie les arguments utilisés à cet effet et ses retombées dans les discussions politiques au regard des exigences du Landsmannschaft sudète-allemand. Bien qu'ici aussi des publications de propagande aussi bien de provenance tchèque que sudète-allemande soient prises en compte par l'auteur, celui-ci trouve les discussions qui font l'objet de sa recherche très utiles. Il s'élève contre le fait de se distancer du passé ou des côtés amers de celui-ci: «Les jugements ne semblent pas seulement à cet égard justifiés mais nécessaires si les historiens ne veulent pas seulement rassembler et classer des faits.»

## LES SOUVENIRS: UN COMMENCEMENT DE «MISE AU POINT DU PASSÉ»

*Utta Müller-Handl*

L'auteur analyse les résultats d'une recherche et d'une documentation qualitatives portant sur le processus d'intégration à long terme de femmes sudètes dans le land de Hesse. Les recherches s'appuient sur les souvenirs personnels de ces femmes, confiés lors d'entretiens intensifs en 1989/1990.

La coupure la plus profonde qui se révèle nettement dans l'histoire de ces femmes réside dans la période qui va de la fin de la guerre jusqu'à l'expulsion forcée de Tchécoslovaquie. Cette coupure dans leur histoire domine les souvenirs des femmes âgées dans leur passé et leur présent; dans une grande mesure, elle n'a pas été assimilée et provoque un blocage. A la fin de la guerre, indépendamment de savoir si elles étaient personnellement coupables ou non, on les a classées, en tant que Sudètes, dans la catégorie des coupables. En même temps, elles ont été victimes de la répression et expulsées. En raison de cette réunion de circonstances, il leur est plus difficile de mener une discussion neutre sur leur histoire commune avec les Tchèques. Après quarante ans passés en Hesse, ces femmes ne se sentent toujours pas chez elles. Elles se sont adaptées et se sont refait un cercle d'amis qui reconstitue leur groupe ethnique sudète. Durant toute leur vie, elles doivent surmonter la perte d'harmonie avec le système social et essayer de trouver le point un seuil supportable.

### TCHÈQUES ET ALLEMANDS DES SUDÈTES: UNE SÉPARATION LABORIEUSE D'AVEC LE PASSÉ

*Eva Schmidt-Hartmann*

L'auteur analyse les attitudes, les manières de penser, les modèles d'argumentation qui apparaissent fréquemment dans les discussions actuelles entre Tchèques et Allemands des Sudètes. L'accent est mis en particulier sur les concepts sudètes-allemands de la «Heimatkultur» (la culture populaire folklorique) et sur le comportement des images tchèques courantes de l'histoire avec le passé multiculturel des pays bohêmes. L'auteur établit clairement des liens continus dans la manière de penser avec la période de l'après-guerre qu'il considère comme la cause non seulement de la fin tragique de la vie commune tchéco-allemande dans les pays bohêmes mais aussi des conflits et des tensions politiques actuelles. Il insiste sur la nécessité d'une remise en question critique des modèles de penser transmis comme étant la condition sine qua non de pouvoir maîtriser avec succès non seulement le passé mais aussi les problèmes et les conflits actuels.

## RESUMÉ

### OBTÍŽNÉ MINULOSTI A JAK SE S NIMI ZACHÁZÍ

*Hans Henning Hahn*

Zpracovávání minulosti předpokládá, že někdo (osoba, společnost) má obtíže s tím, jak zacházet s určitou minulostí. To je ale jen počitek, nikoliv poznání. Přitom jde většinou o tu část dějin, která je součástí individuální nebo kolektivní paměti. Dějiny jako paměť mohou tak nabýt traumatických rysů (role pachatele, role oběti). Zpracovávání minulosti je nejen proces, který probíhá uvnitř společnosti, ale i důležitý faktor ve vztazích mezi národy a společnostmi. Při zpracovávání minulosti se nejedná o dějiny jako faktografický souhrn událostí, ale o historické povědomí. Z toho vyplývá, že existuje přímá korelace mezi zpracováváním minulosti, veřejnými strategiemi o legitimitu a povědomím kontinuity. Určité únikové varianty (externalizace, univerzalizace, mytizování odporu) se těšily velké oblibě nejen po roce 1945, ale setkáváme se s nimi i po roce 1989. Vypořádání s vlastními dějinami i za cenu konfliktů neznamená zlom v kontinuitě, ale nanejvýš porušení tradice. Při vypořádání s minulostí nejde o zpracovávání skutkové podstaty minulosti, ale o dějinnou zodpovědnost. Historické vědy mohou přitom hrát jen pomocnou, poradenskou roli, nemůžeme od nich očekávat definitivní odpovědi.

### TOTOŽNOSTI – MINULOST – UTLUMOVÁNÍ (S)VĚDOMÍ

*Bedrich Loewenstein*

Článek navazuje na bádání Alexandra a Margarety Mitscherlichových z roku 1967, které si vzalo na mušku utlumování vědomého zpracovávání doby nacionálního socialismu v poválečném Německu. Autor se pokouší najít shody v jednání lidí v postsocialistických společnostech, ale i v jiných procesech utlumování vědomí v minulosti. Spolu s tím poukazuje na roli často fiktivní minulosti při vytváření kolektivní identity a na význam autentického vnímání minulosti. V praktikách zapírání a vzájemného obviňování objevuje autor stopy obranných infantilních mechanismů, kterých lze využít k totalitární mobilizaci mas. Před dějepiscetvím, zbaveným ideologické zátěže, vystává tak do budoucnosti úkol, zpřítomňovat uplynulé šance a učit (se) schopnosti přiznat a nést vinu.

## MINULOST, KTERÁ NECHCE POMINOUT – NÁHRADOU BUDOUCNOSTI, KTERÁ NECHCE PŘIJÍT?

*Włodzimierz Borodziej*

Také v Polsku je překonávání oné čtyřicet pět let mladé minulosti jedním z klíčových témat veřejné diskuse. Dějiny „lidového Polska“ se píší znova, zčásti s obráceným předznamenáním. Současně se ale ukazuje, že jednoduché převrácení systému hodnot, který byl závazný do roku 1989, naráží na značný odpor, mimo jiné i proto, že to znamená zpochybňování miliónů individuálních biografii. Přehodnocení let 1945–89 jde ruku v ruce s revizí stereotypů, které jsou v Polsku doposud spojovány s obrazem a rolí Německa. Také zde probíhají diskuse, ukazuje se ovšem, že dějiny před rokem 1945 vyvolávají podstatně méně emocí než ty „opravdové“, t. j. vlastní, soudobé dějiny, které se datují teprve od konce 2. světové války, kdy jeho východní soused hrál pro Polsko jednoznačně důležitější roli než soused západní.

## NAŘÍZENÉ ZPRACOVÁVÁNÍ MINULOSTI: NACIONÁLNÍ SOCIALISMUS A PROTIFAŠISTICKÁ TRADICE V NDR

*Christiane Brenner*

Tématem předkládaného článku je oficiální interpretace zobrazení nacistické minulosti a dějinný obraz NDR. Antifašismus Jednotné socialistické strany Německa se stal legitimační ideologií NDR, na jejímž pozadí se založení státu a vedoucí role strany jeví být jedinou možnou alternativou k fašismu, a tedy historickou nutností. NDR si dělala nárok na přesvědčení, že vzešla jen z pokrokových tradic německých dějin a po převratu v letech 1945–1949 definitivně skoncovala s fašismem. Oficiální dějinný obraz, který připisoval vinu na vzniku a vzestupu nacistické ideologie imperialismu a kapitalismu byl zároveň nabídkou obyvatelstvu na zproštění viny. Skutečná role obyvatelstva NDR v období nacionálního socialismu upadala takto stále více v zapomnutí. Diferencovanější obraz dějinných událostí mohl vznikat teprve od 70. let, kdy se v NDR objevily snahy, postavit „socialistický německý národ“ na širší historickou základnu. Tehdy se dostalo pozornosti i doposud zanedbávaným tématům, jakými byly např. nekomunistický odboj proti Hitlerovi nebo dějiny německého židovstva. Antifašistická legenda o založení NDR zůstala však až do samého konce státu nedotknutelnou.

## ZNAMENÁ ODŠKODNĚNÍ VYROVNÁNÍ S MINULOSTÍ?

*Constantin Goschler*

Příspěvek vyšetřuje otázku, nakolik zkušenosti z odškodnění pronásledovaných nacionálním socialismem po roce 1945 v Německu představují precedens pro dnešní situaci v postkomunistických státech střední a východní Evropy. Na základě

srovnání vývoje v SRN a NDR je především zřejmé, že každý pokus o odškodnění pro oběti některého přemoženého despotického režimu současně nutí k ohodnocení minulé epochy. Přitom v souvislosti s totálním zhroucením státu byly v Německu, kde se koneckonců podle rozdílných legitimačních potřeb vykrytalizovaly dva protichůdné modely odškodnění, vytvořeny příznivé předpoklady pro radikální řez. Z této perspektivy tvoří tedy hlavní problém odškodnění obětí komunistické éry ve východní a střední Evropě onen ještě namnoze nevyjasněný poměr těchto společností k jejich předchůdcům.

## VRAŽDA NA ŽIDECH VE VĚDOMÍ NĚMCŮ

*Wolfgang Benz*

Příspěvek vyšetřuje formy tematizace německé viny na vyhlazení židů a její odmítání ve vědomí Němců čtyři desetiletí po skončení nacionálního socialismu. Za příklad mu slouží reakce diváků na televizní pořad, který v závěru reportáže o postupujícím rozpadu vyhlazovacího tábora Osvětim vyzýval k soukromé finanční podpoře na uchránění památného místa; v těchto reakcích autor rozeznává jisté, stále se opakující argumentační prototypy a hodnotí je jako důležité ukazatele ve stavu veřejného vědomí vzhledem k fašistickému infernu. Jenom u menšiny vede pocit viny a lítosti k popírání toho, co se stalo, a k pokusu, vydávat Osvětim za lež. Především příslušníci starší generace se však z uraženého patriotismu domáhají srovnání, často vypočítávají vlastní utrpení a vehementně odmítají tézi o německé vině na 2. světové válce i zdánlivou výtku německé kolektivní viny na zločinech nacionálně socialistického režimu. Jiní diváci pocítovali snahu o zachování památníku jako něco ústrašného. Na tomto místě autor článku argumentuje proti široce uplatňované kultuře morálních apelů na „citovou postiženost“ jednotlivce, která vede u mnohých Němců k tomu, že se odvrací, a spatřuje v tom nutnost nových forem kontroverze s dějinami.

## KDYŽ MINULOST HOVOŘÍ K PŘÍTOMNOSTI: PĚT PUBLIKACÍ O HOLOCAUSTU SLOVENSKÉHO ŽIDOVSTVA

*Yeshayahu Jelinek*

Po desetiletých snahách – jak v komunistickém Slovensku, tak i v mnoha kroužcích slovenské emigrace – popřít slovenskou zodpovědnost za deportaci židů do vyhlazovacích táborů, se této oblasti doposud nedostalo seriózního historického bádání. Po převratu v roce 1989 vyšly na Slovensku početné nové práce, z nichž ty, které odpovídají běžným požadavkům moderní historiografie, zde autor představuje, analyzuje a komentuje. Jako důležitý požadavek vyzdvihuje Jelinek – kromě jeho připomínek k nikterak vyčerpaným archiválním pramenům – doposud chybějící komparatistické bádání.

## NEPOHODLNÉ OBĚTI: ČESKÁ PAMĚŤ SELHÁVÁ

*Jiří Pešek*

Je možno pozorovat, že (nejen) česká společnost měla a má velmi málo porozumění pro utrpení pronásledovaných, vězňů a vyštvaných občanů. Také politika a dokonce i historiografie ukazují více zájmu o pachatele a politizovatelné hrdiny než pro -svými myšlenkami nebo osudy „podezřelé“ a pak zase „normální“- obyčejné oběti. A tak vyvstává otázka, kdo vytvářel podmínky a připravoval živnou půdu pro společenskou situaci, ve které se člověk stával obětí, kdo nese alespoň morální spoluzodpovědnost za jejich strasti. Vinnými anebo alespoň nepohodlnými zůstávají nakonec oběti samy.

ZPRACOVÁVÁNÍ MINULOSTI A REINTERPRETACE  
ČESKÝCH DĚJIN*Milan Otáhal*

Příspěvek se zabývá jednak společenskou úlohou historiografie v českých zemích, která byla úzce spjatá s celkovou situací ve společnosti a hrála i významnou politickou roli (stačí připomenout Fr. Palackého, tvůrce první moderní koncepce českých dějin či T. G. Masaryka); jednak zrodem názorové a metodické plurality v nezávislé historiografii v období normalizace. Tyto problémy jsou ukázány na vztahu ke knize, která byla psána od poloviny 70. let do roku 1989 a vyšla pod pseudonymem Podiven a názvem „Češi v dějinách nové doby. Pokus o zrcadlo“ v prosinci 1990. Publikace vyvolala nejen mezi historiky bouřlivý ohlas. V podstatě – jak ukazují jednotlivé recenze, polemiky a glosy – je rozdělila do dvou táborů: jeden ji zcela odmítl a její autory obvinil z nihilistického poměru k národu, druhý naopak vyzdvihl její kritičnost jako snahu postavit národu zrcadlo. E. Kohák, který snad nejlépe vystihl podstatu Podivena, vidí v něm jakýsi protipól Masaryka, snahu o ucelený pohled a výklad české historické a soudobé totožnosti z hlediska demokratické pravice. Diskuse kolem Podivena tak znovu potvrdila společenskou úlohu a význam historiografie v českých zemích.

„DOBA TEMNA“ VE STŘEDOEVROPSKÉM KONTEXTU:  
CÍRKEVNÍ POLITIKA A OSVĚTA V ČECHÁCH V DOBĚ  
BAROKA*Ivana Čornejová*

Jedna z neznámějších českých historiček poválečné generace skicuje ve svém článku nový obraz období baroka v Čechách, který má nyní nahradit tradiční klišé „doby temna“. Nejvýrazněji lze změnu v přístupu k látce postřehnout ve snaze, vidět český vývoj v širokém kontextu celoevropských, a především středoevropských souvislostí; tímto způsobem dochází k závěru, že „rekatolizace neměla s germanizací nic společného“. Autorka kritizuje početné, do dneška nejen v české veřejnosti, ale i v

školních učebnicích a hromadných sdělovacích prostředcích běžné mýty doby temna a nadto nám její článek poskytuje mnohé odkazy na ony procesy poznání, které jí daly podnět a koneckonců i vedly k jejímu vlastnímu „odmytologizování“ tohoto období.

## PROBLÉMY NOVÉHO POČÁTKU: POZNÁMKY KE KONCEPCÍM A METODÁM ČESKÉHO BÁDÁNÍ V OBLASTI SOUDOBÝCH DĚJIN PO ROCE 1989

*Peter Heumos*

Na podkladě vybraných publikací pražského Ústavu pro soudobé dějiny i dalších prací k soudobým dějinám Československa ukazuje autor, že se metodické a metodologické problémy českého bádání v oblasti soudobých dějin odrážejí v tom, že tradované myšlenkové vzory jsou bez reflexe i nadále používány a že směna marxistickoleninského kánonu vede namnoze k personalistickému způsobu uvažování nebo k ústupu na historické pozice. Moderní strukturněhistoriografické metody se dosud nedají ani v náznacích objevit.

## MINULOST U ČECHŮ A SUDETSKÝCH NĚMČŮ

*Jan Křen*

Problém „zvládnutí“ minulosti či lépe její zpracování a vyrovnání s ní je trvalým průvodním jevem společenských krizí a změn historických názorů, na něž má vždy větší vliv změna životních poměrů, nežli změna historiografie. Také sudetoněmecká sebereflexe byla víc praktická (integrace v Německu) než duchovní – totéž lze předpokládat u nastupující sebereflexe české. Sudetoněmecká duchovní tvorba, pokud nesdílela osudy poválečné duchovní tvorby celoněmecké, točila se a točí se kolem tématu vysídlení a kolem přednacistické minulosti – mezerou či „bílým místem“ zůstává historie sudetského nacionalismu, včetně osudů Sudet za nacistické éry. Překážkou kritického vyrovnání s minulostí byla též – ostatně na obou stranách – studená válka a rozdělení Evropy na dva bloky. Na české straně byl tento proces soustavně brzděn komunistickým režimem, jehož tabu se po nábězích v 50. a 60. letech podařilo prorazit teprve disentu na přelomu 70. a 80. let; dlouholetá izolace opozice účinnost těchto průlomů omezovala. To dodalo české kritické a sebekritické diskusi a revizi tradičních historických pojetí na dynamice. Vývoj po r. 1989 tento proces svými obtížemi komplikuje a brzdí, na druhé straně jej uvolnění a svobodná výměna názorů usnadňuje a urychluje. Účinné „zvládnutí“ a zpracování minulosti není však možné pouhým mechanickým součtem sudetské a české sebereflexe, nýbrž jedině jako společná syntéza „společných dějin“.

## ČESKÁ DISKUSE O ODSUNU NĚMČŮ A JEHO NÁSLEDČÍCH

*Manfred Alexander*

Na tomto místě je Vám předkládán přehled o českých diskusích na téma odsunu Němců, které byly od konce sedmdesátých let vedeny v exilu a opozičních kruzích Československa a od roku 1990 i v české veřejnosti. Autor zkoumá v nich používanou argumentaci i její odraz v politických konfrontacích vzhledem k požadavkům sudetoněmeckého krajanského spolku. I když autor do zorného pole své analýzy pojímá i propagandistické publikace jak české, tak i sudetoněmecké provenience, ohodnocuje výtěžek vyšetřovaných diskusí vysoko a vyslovuje se proti distancování od dějin nebo i jejich hořkých stránek: „Hodnocení se přitom ukazují být nejen oprávněnými, ale přímo nutnými, jestli mají historici fakty nejen sbírat a třídit.“

## VZPOMÍNKY JAKO VÝCHODISKO PRO „ZPRACOVÁNÍ MINULOSTI“

*Utta Müller-Handl*

Přednáška podává zprávu o dokumentaci a výzkumném zhodnocení dlouhodobého integračního procesu sudetoněmeckých žen ve spolkové zemi Hessensko. Podkladem práce jsou životopisné vzpomínky, které autorka posbírala v letech 1989–90 v intenzivních rozhovorech s těmito ženami. Nejhlubší přelom v životopise sudetoněmeckých žen představuje období mezi koncem války a nuceným vysídlením z Československa. Tento mezník překrývá vzpomínky starých žen směrem do minulosti i do současnosti, je ještě z velké části psychicky nezpracován a stojí tak v cestě vyrovnání s minulostí. Bez ohledu na otázku osobní viny byly tyto ženy coby sudetské Němky postaveny po ukončení války do řad viníků, současně se však staly obětmi represe a vyhnankyňemi. Ono splynutí viníka a oběti jim současně ztěžuje, vyrovnat se nezaújatě s otázkou jejich společných dějin s Čechy. Ani po více jak čtyřiceti letech nejsou tyto ženy v Hessensku „bez pochyb“ doma. V Hessensku se jim podařilo zdomácnět právě pomocí celých sítí vztahů mezi jimi samými zrekonstruovanou etnickou skupinou. Jejich celý život jim jde o to, jak se vyrovnat se ztrátou identifikace se společenskými souvislostmi a při tom najít i míru, která by byla pro ně snesitelnou.

## ČEŠI A SUDETŠTÍ NĚMCI: SVÍZELNÉ LOUČENÍ S MINULOSTÍ

*Eva Schmidt-Hartmann*

V tomto článku jsou podrobeny analýze postoje, způsoby myšlení a argumentační vzory, které se často objevují v současných česko-sudetoněmeckých diskusích. Autorka věnuje pozornost obzvláště sudetoněmeckým konceptům tzv. domovské kultury a všimá si i toho, jak vžité obrazy českých dějin ovlivňují recepci multikulturní

minulosti českých zemí. Konstatuje myšlenkovou kontinuitu s meziválečnou dobou, ve které shledává příčinu nejen tragického konce česko-německého soužití v českých zemích, ale i příčinu současných politických konfliktů a napětí. V závěru poukazuje na nezbytnost kritické konfrontace s tradovanými myšlenkovými vzory jako nevyhnutelný předpoklad pro úspěšné vypořádání nejen s minulostí, ale i pro úspěšné překonání současných problémů a konfliktů.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AČ	Archivní časopis (Prag)
Acta UC	Acta Universitatis Carolinae (Prag)
AHY	Austrian History Yearbook (Minneapolis, Minn.)
AKBMS	Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien (Königstein/Taunus)
AR	Archeologické rozhledy (Prag)
AZ	Archivní zprávy ČSAV (Prag)
BohZ	Bohemia. Zeitschrift für Kultur und Geschichte der böhmischen Länder
BNGP	Bulletin Národní galerie (Prag)
CASS	Canadian-American Slavic Studies (Vancouver, B. C.)
CEH	Central European History (Atlanta, Georgia)
ČČH	Český časopis historický
ČL	Český lid (Prag)
ČMM	Časopis Matice moravské (Brünn)
ČMorM	Časopis Moravského muzea (Brünn)
ČNM	Časopis Národního muzea, řada historická (Prag)
ČSAV	Československá akademie věd
ČsČH	Československý časopis historický (Prag)
ČSM	Časopis Slezského muzea, vědy historické (Troppau)
CSP	Canadian Slavonic Papers (Ottawa)
ČSPSČ	Časopis Společnosti přátel starožitností českých
DArb	Deutsche Arbeit. Zeitschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen (Prag)
Don	Der Donauraum. Zeitschrift des Forschungsinstituts für den Donauraum (Wien)
DVT	Dějiny věd a techniky (Prag)
ECE	East Central Europe (Salt Lake City, Utah)
EEQ	East European Quarterly (Boulder, Colo.)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FHB	Folia historica bohemica
HČ	Historický časopis (Preßburg)
HHStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv (Wien)
Hist	Historica ČSAV (Prag)
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (Berlin)
HT	Husitský Tábor (Tabor)
HZ	Historische Zeitschrift (München)
JbGO	Jahrbücher für Geschichte Osteuropas (Wiesbaden)
JBoh	Judaica Bohemiae (Prag)
JbWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (Berlin)
JSbH	Jihočeský sborník historický (Budweis)
MGH	Monumenta Germaniae historica
MGSL	Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde (Salzburg/Stuttgart)
MIÖG	Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (Wien)

MSI	Il Mondo Slavo (Padua)
MZČK	Minulostí Západočeského kraje
ÖOH	Österreichische Osthefte
ÖZG	Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften
PA	Památky archeologické (Prag)
PBoh	Postylla Bohemica (Konstanz-Bremen)
PHS	Právněhistorické studie (Prag)
PP	Památky a příroda
PKSČ	Příspěvky k dějinám KSČ (Prag)
RES	Revue des études slaves (Paris)
SbAP	Sborník archívních prací (Prag)
SbH	Sborník historický (Prag)
SbMM	Sborník Matice moravské (Brünn)
SbNM	Sborník Národního muzea v Praze, řada A-Historie (Prag)
SbPFFB	Sborník prací filozofické fakulty brněnské univerzity, řada historická (Brünn)
SEEJ	Slavic and East European Journal (Tucson, Ariz.)
SEER	The Slavonic and East European Review (London)
SIHS	Slovanské historické studie (Prag)
SOF	Südostforschungen (München)
SovSl	Sovetskoe slavianovedenie (Moskau)
SR	Slavic Review (Cheshire, Conn.)
SSb	Slezský sborník (Troppau)
StJb	Stifter-Jahrbuch (München)
Umění	Umění (Prag)
UŘ	Umění a řemesla (Prag)
VČA	Věstník České akademie
VCC	Veröffentlichungen des Collegium Carolinum
VČSAV	Věstník ČSAV (Prag)
VfZ	Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte (Stuttgart)
VKČSN	Věstník Královské české společnosti nauk
VPZM	Vědecké práce Zemědělského muzea (Prag)
VSWG	Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Wiesbaden)
VVM	Vlastivědný věstník moravský (Brünn)
WS	Die Welt der Slaven (München)
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte (München)
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin)
ZfO	Zeitschrift für Ostforschung (Marburg/L.)
ZRG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Weimar)

## MITARBEITER DES HEFTES

- Prof. Dr. Manfred Alexander, Leipziger Ring 11a, 50374 Erfstadt-Liblar  
Prof. Dr. Wolfgang Benz, Baldersheimer Weg 26, 12349 Berlin  
Dr. Włodzimierz Borodziej, Miedziana 16/12, PL-00-835 Warszawa  
Christiane Brenner, Alt-Moabit 37, 10555 Berlin  
Dr. Ivana Čornejová, Troilova 3, CZ-108 00 Praha 10  
Dr. Constantin Goschler, Humboldt-Universität, Institut für Geschichtswissenschaft,  
Unter den Linden 6, 10099 Berlin  
Prof. Dr. Hans Henning Hahn, Musenbergstraße 28a, 81929 München  
Dr. Peter Heumos, Weidenweg 10, 85764 Oberschleißheim  
Prof. Dr. Yeshayahu A. Jelinek, P. O. Box 7289, 84850 Beer-Sheva, Israel  
Prof. Dr. Jan Křen, Hradešínská 47, CZ-101 00 Praha 10  
Prof. Dr. Bedrich Loewenstein, Machnower Straße 39, 14165 Berlin  
Utta Müller-Handl, Rohrbachstraße 11, 60389 Frankfurt/Main  
Dr. Milan Otáhal, Hlavní 7, CZ-141 00 Praha 4  
Dr. Jiří Pešek, Brdičkova 1918, CZ-155 00 Praha  
Dr. Eva Schmidt-Hartmann, Musenbergstraße 28a, 81929 München